

82. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. April 2007

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 5495	Abg. Imhoff (CDU) 5528
Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführen und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen vom 16. April 2007 (Drucksache 16/1377)	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) .. 5529
Abg. Frau Linnert (Berichterstatterin) 5495	Abg. Imhoff (CDU) 5530
Abg. Grotheer (SPD) 5504	Senator Neumeyer 5530
Abg. Focke (CDU) 5508	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) .. 5532
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5512	Abstimmung 5533
Abg. Wedler (FDP) 5516	Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren
Abg. Grotheer (SPD) 5518	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Abg. Focke (CDU) 5520	vom 20. März 2007
Senatorin Rosenkötter 5521	(Drucksache 16/1351)
Bevölkerungs- und Raumordnungsprognose für das Land Bremen	Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 5533
Große Anfrage der Fraktion der CDU	Abg. Peters (CDU) 5534
vom 7. November 2006	Abg. Frau Ziegert (SPD) 5535
(Drucksache 16/1179)	Staatsrätin Dr. Weihrauch 5537
D a z u	Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 5538
Mitteilung des Senats vom 6. März 2007	Abstimmung 5539
(Drucksache 16/1329)	Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen
Abg. Focke (CDU) 5523	Große Anfrage der Fraktion der SPD
Abg. Frau Kummer (SPD) 5524	vom 8. November 2006
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) . 5525	(Drucksache 16/1187)
Staatsrätin Kramer 5526	D a z u
Generalplan Küstenschutz	Mitteilung des Senats vom 20. März 2007
Mitteilung des Senats vom 24. April 2007	(Drucksache 16/1347)
(Drucksache 16/1384)	Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD) 5539
Abg. Frau Garling (SPD) 5527	Abg. Frau Speckert (CDU) 5540
	Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 5541
	Staatsrat Lühr 5542

Strafrechtliche Sanktionen als wirksame Maßnahme gegen Doping?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 11. Dezember 2006

(Drucksache 16/1236)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2007

(Drucksache 16/1378)

Abg. Grotheer (SPD) 5543

Abg. Gerling (CDU) 5545

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 5546

Staatsrat Mäurer 5547

Messbare Erfolge durch die Polizeireform

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 29. Januar 2007

(Drucksache 16/1281)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2007

(Drucksache 16/1348)

Abg. Herderhorst (CDU) 5548

Abg. Kleen (SPD) 5549

Abg. Tittmann (DVU) 5551

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 5552

Bürgermeister Röwekamp 5553

In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. Juli 2005

(Drucksache 16/684)

In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007

(Drucksache 16/1299)

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 5556

Abg. Bartels (CDU) 5557

Abg. Grotheer (SPD) 5557

Staatsrat Dr. Schuster 5559

Abstimmung 5560

Konzept zur Verstetigung des Girls' Day – Mädchen-Zukunftstages

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007

(Drucksache 16/1298)

Abg. Frau Bösch (SPD) 5560

Abg. Frau Windler (CDU) 5561

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 5562

Senator Lemke 5563

Offshore Windenergie – Chance für Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 14. Februar 2007

(Drucksache 16/1309)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. April 2007

(Drucksache 16/1385)

Abg. Frau Tuzek (CDU) 5564

Abg. Frau Marken (SPD) 5566

Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 5567

Senator Neumeyer 5567

28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2006

(Drucksache 16/980)

Stellungnahme des Senats zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 22. August 2006

(Drucksache 16/1111)

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2006 (Drs. 16/980) und zur Stellungnahme des Senats vom 22. August 2006 (Drs. 16/1111)

vom 14. Februar 2007

(Drucksache 16/1310)

29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2007

(Drucksache 16/1362)

Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) .. 5569

Abg. Knäpper (CDU) 5570

Abg. Frau Peters-Rehwinkel (SPD) 5572

Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) .. 5572

Abg. Knäpper (CDU) 5573

Abg. Frau Peters-Rehwinkel (SPD) 5573

Abstimmung 5574

Sicherheitsverwahrung von Sexualstraftätern gesetzlich neu regeln

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 1. März 2007

(Drucksache 16/1328)

Abg. Tittmann (DVU) 5574

Abg. Frau Winther (CDU) 5575

Abstimmung 5576

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Bösch

Schriftführer Herderhorst

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Neumeyer** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrätin **Dr. Weihrauch** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 82. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine 9. Klasse der Heinrich-Heine-Schule Bremerhaven, Schüler und Schülerinnen der Zweijährigen Höheren Handelsschule Bremerhaven, zwei 9. Klassen der Gerhard-Rohlfs-Schule aus Bremen-Vegesack und eine 10. Realschulklasse des Schulzentrums an der Graubündener Straße.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Generalplan Küstenschutz 2007, Mitteilung des Senats vom 24. April 2007, Drucksache 16/1384.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diesen Punkt noch während dieser Sitzung zu behandeln.

Interfraktionell war vorab vereinbart, diese Mitteilung des Senats heute Nachmittag zu Beginn der Sitzung aufzurufen und im Anschluss daran den Tagesordnungspunkt 22, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

(B) Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

2. Einführung des Digitalfunks bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, hier: Information über die geplante Unterzeichnung des „Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle BOS in der Bundesrepublik Deutschland“, Mitteilung des Senats vom 24. April 2007, Drucksache 16/1386.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diesen Punkt noch während dieser Sitzung zu behandeln.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen bekämpfen – „Flatrate-Trinken“ verhindern, Mitteilung des Senats vom 24. April 2007, Drucksache 16/1387.

Ich gehe auch hier davon aus, dass Einverständnis besteht, diesen Punkt noch auf die Tagesordnung zu setzen und ihn am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen

vom 16. April 2007
(Drucksache 16/1377)

(C)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert als Berichterstatterin.

Abg. Frau **Linnert** (Berichterstatterin): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss Klinikverbund hat mich in seiner ersten Sitzung zur Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Den Grünen stand diese Funktion nach dem verabredeten Verfahren zu. Deshalb habe ich die Aufgabe, einen Bericht für den gesamten Ausschuss zu erstatten.

Als Erstes möchte ich mich bei all denen bedanken, die daran beteiligt waren, dass wir heute diesen Bericht vorlegen können. Es gibt auch viele Menschen, die nicht so in der Öffentlichkeit stehen. Ich beginne als Erstes mit einem Dank an Frau Raida und Frau Hennig von der Geschäftsstelle, die Heerscharen von Abgeordneten mit großen Papierpaketen gemanagt und dafür gesorgt haben, dass das alles funktioniert.

(D)

(Beifall)

Ganz wichtige Ansprechpartnerinnen waren für uns Frau Werner und Frau Ohmstedt von der Ausschussgeschäftsstelle, die die Ladungen geschrieben und sichergestellt haben, dass das engere Ausschussgeschäft funktionieren kann. Auch an die beiden unseren ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich glaube, ganz viel Dankbarkeit müssen wir auch Herrn Brandes entgegenbringen und wollen das gern tun, der immer schon dampfend aus seiner Druckerei kam und der, wie niemals bisher zuvor, in einem wahnsinnigen Tempo Massen an Drucksachen, Unterlagen und Akten für uns gefertigt hat. Ich muss selbst einräumen, dass ich manchmal ein schlechtes Gewissen hatte, wenn ich mit meinen Aktenpaketen da herauskam und wusste, dass er mit wirklich übermäßigem Einsatz und großen Nachtschichten dafür gesorgt hat, dass wir das alles für unsere Arbeit auch vorfinden konnten.

(Beifall)

(A) Herr Stubbe war für den Aufsichtsdienst verantwortlich, hat für einen zivilisierten Ablauf gesorgt, hat dafür gesorgt, dass die Zeugen nicht aus dem Ruder laufen, sich nicht begegnen, sich nicht absprechen, und er musste auch manche Frechheit ertragen. Auch Ihnen, Herr Stubbe, herzlichen Dank!

Dank geht auch an all die Techniker, die dafür gesorgt haben, dass wir uns verstehen konnten und die Presse und die Öffentlichkeit uns verstehen konnten!

Vielen Dank an das Protokoll, Frau Giese mit ihren Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob es jemanden gibt, der sich noch einmal an so eine Zeit erinnern kann, in der durch zwei Untersuchungsausschüsse geschrieben wurde, was das Zeug hält. Wir haben immer Menschen gefunden, die Verständnis dafür hatten. Es gab nie eine schlechte Stimmung uns gegenüber, dass wir so viel Arbeit verursachen. Wenn wir ein Protokoll früher brauchten, war das so dienstleistungsorientiert und freundlich, das ist wirklich eine ganz gute Erfahrung gewesen. Danke an Frau Giese mit ihren Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Frau Bartels von der Bewirtung hat dafür gesorgt, dass wir nicht vertrocknen. Auch das war immer gut bereitet und für uns alle wichtig.

(B) Die Ausschussassistenten der Fraktionen sind Herr Korte, Herr Hempel, Herr Engel und Herr Wenning gewesen. Auch an Sie einen großen Dank! Das gute Klima in dem Ausschuss hatte auch maßgeblich mit Ihnen zu tun. Die Ausschussassistenten der Fraktion haben gut fraktionsübergreifend zusammengearbeitet und uns sehr geholfen und unterstützt. Ihnen allen einen ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Die Ausschussassistenten der Bürgerschaft waren Frau Kreitz und Herr Dr. Berger. Frau Kreitz ist vom Finanzsenator zu uns gekommen und Herr Dr. Berger von der Staatsanwaltschaft. Sie waren die Assistenten für die Vorsitzende. Ich will mich auch noch einmal ganz herzlich bei Ihnen bedanken, da oben sitzen sie auch! Ein so kluger, externer und bereichernder Blick von außen, wir sind sonst oft in dieser Politikkäseglocke vielleicht ein bisschen gefangen, hat mich sehr beeindruckt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie sich bereit erklärt haben, uns unter diesen doch nicht ganz einfachen Umständen zu unterstützen. Das Arbeitsergebnis ist vor allen Dingen Ihr Werk, und das werde ich bestimmt nicht vergessen. – Vielen Dank!

(Beifall)

Herr Dr. Mackeben und vor allen Dingen Frau Grotheer-Hüneke waren diejenigen, die managen mussten, dass es zwei Untersuchungsausschüsse gibt. Herr

Dr. Mackeben hat unserem Untersuchungsausschuss zugearbeitet und auch wichtige Teile geschrieben, die wir nachher noch vorstellen werden. Das war sicherlich eine der größten Anstrengungen in Ihrer Berufszeit mit den beiden Untersuchungsausschüssen. Ich konnte das schon sehen, wie sehr auch der Druck hier Ihre Arbeit beeinflusst hat. Wir haben gut miteinander zusammengearbeitet, und auch bei Ihnen möchte ich mich ganz herzlich bedanken!

(C)

Sie haben auch für mich diese Rede entworfen. Ich kann mir das vorstellen, dass das neben all der Arbeit, die jetzt auch noch in der Wahlvorbereitung steckt, schon auch eine große Anstrengung war. Auch wenn es manchmal ein bisschen geknistert hat, weil wir alle ein bisschen genervt waren, war das doch eine gute Zusammenarbeit und gute Erfahrung. Auch dafür vielen Dank an Sie und Herrn Dr. Mackeben!

(Beifall)

Als Letztes, aber wichtig, möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen der SPD und der CDU bedanken, vor allen Dingen bei den beiden Obleuten, bei meinem Stellvertreter Herrn Wolfgang Grotheer von der SPD und Herrn Dieter Focke von der CDU. Wir haben das, und das habe ich am Anfang gar nicht erwartet, dass das so gut gelingen kann, geschafft, in einer Art und Weise zusammenzuarbeiten und zu zeigen, dass es einem Parlament wichtig ist, seine Aufgabe zu machen, die Aufgabe, die wir von der Verfassung haben.

(D)

Wir haben das trotz vielleicht nicht ganz optimaler Bedingungen, nämlich einem immer weiter ins Haus stehenden Wahlkampf und auch einer unangenehmen Ausgangslage, das kann man nicht bestreiten, doch geschafft, in so einer Art zusammenzuarbeiten, wie ich es in all den Jahren im Parlament noch nicht erlebt habe. Das hat ganz viel auch mit Ihnen als Personen und der Kultur, die Sie in Ihren jeweiligen Fraktionen im Ausschuss erzeugt haben, zu tun. Dafür ganz herzlichen Dank!

Wir haben zusammen dafür Lob bekommen. Das ist vielleicht auch in der Öffentlichkeit Dank genug. Aber ich persönlich möchte noch einmal sagen, dass es zu den schönsten Parlamentserfahrungen gehört, die ich bisher hatte, dass man es schaffen kann, so gut und ergebnisorientiert zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Mit der Bürgerschaftsdrucksache 16/1377 legt der Untersuchungsausschuss Klinikverbund der Bremischen Bürgerschaft seinen schriftlichen Bericht vor. Dieser Bericht wurde im Untersuchungsausschuss einstimmig beschlossen.

Seit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses am 12. Oktober 2006 und seiner unmittelbar darauf folgenden Arbeitsaufnahme am 13. Oktober 2006 sind

- (A) gut sechs Monate vergangen! Angesichts des zu bewältigenden Aktenvolumens kann sich das jetzt vorliegende Ergebnis aus unserer Sicht und insgesamt die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses sehen lassen.
- In der Zeit vom 30. Oktober 2006 bis zum 22. Februar 2007 wurden dem Untersuchungsausschuss von der Senatskanzlei insgesamt 325 Akten zugestellt. Sie kamen vom Gesundheitsressort, von den Ressorts Finanzen, Wirtschaft, Bau und Justiz – vor allen Dingen von der Staatsanwaltschaft –, von der Gesundheit Nord sowie vom Klinikum Bremen-Ost und vom Klinikum Bremen-Mitte. Dem Ausschuss wurden von Dritten weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt.
- Auf der Grundlage des Untersuchungsauftrags verständigte sich der Ausschuss über insgesamt acht Beweiskomplexe. Es wurden untersucht das Einstellungsverfahren Wolfgang Tissen und Andreas Lindner, frühere Verbindungen und Geschäfte zwischen Wolfgang Tissen und Andreas Lindner bezüglich Klinik in Brandis in Sachsen und Wittgensteiner Kliniken AG, das Führungsverhalten und die innere Organisation in der Gesundheit Nord gGmbH und der Klinikum Bremen-Ost gGmbH unter den Geschäftsführern Wolfgang Tissen und Andreas Lindner, Beraterverträge/Lieferverträge/Werbeverträge mit fraglicher Leistung und/oder Gegenleistung, Kooperations- und Übernahmeabsichten sowie -verträge in Bezug auf die Kliniken Maternus, Siekertal und Rastede, Aufsicht und Kontrolle der Geschäftsführertätigkeit, Wirtschaftlichkeitsberechnung und -prognosen und Konsequenzen für Verbesserungen.
- (B) Zu den Beweiskomplexen fasste der Ausschuss zwölf Beweisbeschlüsse, zu denen insgesamt 103 Zeugen – davon etliche mehrfach – in öffentlichen Sitzungen zur Beweisaufnahme angehört wurden. Darunter befand sich der von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beauftragte Sonderermittler Professor Ziemann, dem wir viel gute Vorarbeit zu verdanken haben. Ferner hörte der Ausschuss vier Gutachter an, nämlich Professor Dr. Dian Schefold, Dr. Rainer Klemmt-Nissen von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Ernst-Otto Kock von der Vivantes Netzwerk Gesundheit aus Berlin sowie Bernd Hoffmann von der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Köln.
- In der Zeit vom 19. Dezember 2006 bis zum 17. März 2007 führte der Ausschuss insgesamt 22 öffentliche – in der Regel ganztägige – Sitzungen durch. Im gesamten Zeitraum vom 13. Oktober 2006 bis zur Beschlussfassung über den Bericht am 11. April 2007 fanden darüber hinaus 24 interne Ausschusssitzungen statt. In seiner 25. Sitzung am 20. April 2007 hat sich der Ausschuss zum Abschluss seiner Arbeit noch mit den sich widersprechenden Zeugenaussagen und den sich daraus möglicherweise ergebenden strafbaren Handlungen befasst. Er wird der Staatsanwaltschaft eine Reihe widersprüchlicher Aussagen zur Prüfung zuleiten. Alles in allem ein beachtliches Pensum!
- (C) Der Ausschuss hat umfassend zu den Einstellungsverfahren der Herren Tissen und Lindner Beweis erhoben und ist zu dem Ergebnis gelangt, dass beide Bewerbungsverfahren erhebliche Mängel aufweisen.
- Zur Einstellung Tissen: Im Frühsommer 2003 wurde ein professioneller Personalberater, die Firma Kappes und Partner, mit der Suche nach einem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Gesundheit Nord beauftragt. Gesucht wurde eine zielstrebige, sehr kommunikative Persönlichkeit, die neben Verbunderfahrungen ein gutes Gespür für Situationen sowie für das kommunale Umfeld in Bremen mitbringen sollte. Vom Typ her war kein „biederer, braver Verwaltungsdirektor“, sondern eine privatwirtschaftlich geprägte Persönlichkeit gefragt.
- Das zunächst ordnungsgemäß begonnene Verfahren führte zu 27 Bewerbungen, unter denen sich auch der Verwaltungsdirektor des ZKH Links der Weser, Dr. Stremmel, befand, der seine Bewerbung später zurückzog. Über den Umstand der Rücknahme dieser Bewerbung liegen sich widersprechende Zeugenaussagen von Herrn Dr. Stremmel und dem ehemaligen Staatsrat Dr. Knigge vor, die der Ausschuss auf ihren Wahrheitsgehalt nicht abschließend klären konnte, obwohl er die Zeugen mehrfach dazu vernommen hat.
- (D) In diesem Zusammenhang mag eine Vereinbarung der Verwaltungsdirektoren, wonach sich keiner von ihnen auf die Position des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Gesundheit Nord bewerben werde, um dem Anschein einer Begünstigung eines einzelnen Krankenhauses durch den neuen geschäftsführenden Führungsvorsitzenden der Holding zu begegnen und um deren künftige Kompetenzen unabhängig von etwaigen Einzelinteressen festlegen zu können, eine maßgebliche Rolle gespielt haben.
- In diesem Zusammenhang wurde dem Ausschuss das Schreiben des Personalratsvorsitzenden des ZKH St.-Jürgen-Straße an Frau Senatorin Röpke vom 30. September 2003 vorgelegt, mit dem die Einhaltung der zwischen den Verwaltungsdirektoren getroffenen Absprachen unabhängig von der Qualifikation und Eignung eingefordert wurde. Angesichts der zwischen den Kliniken bestehenden Konkurrenzsituation wurde eine unparteiische, am Wohle aller Häuser gleichermaßen orientierte Amtsausübung reklamiert. Nach Auffassung des Personalratsvorsitzenden würde dieser ein interner Bewerber nicht gerecht werden.
- Ein bemerkenswerter Vorgang! Woher wusste der Personalratsvorsitzende des ZKH St.-Jürgen-Straße, dass mit dem Verwaltungsdirektor des ZKH Links der Weser eine interne Bewerbung vorlag? Warum kann ein am Verfahren unbeteiligter Dritter auf diese Weise Einfluss nehmen?

(A) Während der laufenden Vorstellungsgespräche zwischen dem ersten Gespräch mit zunächst acht Bewerbern Anfang Oktober 2003 und dem zweiten Gespräch mit dann nur noch drei Bewerbern, das Ende Oktober 2003 stattfand, kam plötzlich Wolfgang Tissen ins Spiel. Der Ausschuss hat nicht klären können, warum Herr Tissen, der in der rund 10 000 Namen umfassenden Datei des Personalberaters Kappes seit Längerem enthalten war, von diesem nicht zuvor für die Funktion des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Gesundheit Nord vorgeschlagen worden war. Herr Kappes selbst verdeutlichte in seiner Aussage vor dem Ausschuss, dass er Herrn Tissen für diese Funktion als nicht ausreichend kommunikativ und als mit zu wenig Kommunalerfahrung bewertete. Zusammengefasst: Er hielt ihn für die Position des Vorsitzenden der Geschäftsführung der GeNo für nicht geeignet.

Herr Tissen wurde durch einen Vertreter der Firma VAMED, Herrn Müller-Sönnewald, bei Herrn Dr. Gruhl, Abteilungsleiter in der Gesundheitsbehörde und mit dem Auswahlverfahren befasst, ins Gespräch gebracht. Herr Dr. Gruhl kannte Herrn Tissen bereits aus beruflichen Zusammenhängen. Er informierte die Spitze des Gesundheitsressorts über Herrn Tissens Interesse, woraufhin dieser in das laufende Bewerbungsverfahren kurz vor Abschluss aufgenommen wurde.

(B) Am 30. Oktober 2003 – im Anschluss an die zweite Vorstellungsrunde der aus der ersten Runde hervorgegangenen drei Bewerber des engeren Bewerberkreises – stellte sich Herr Tissen vor. Inwieweit dem Auswahlgremium ein vom 19. März 2003 stammender Bewerberbericht über Herrn Tissen, der Herrn Dr. Gruhl vom Personalberater zuvor per E-Mail zugeleitet worden war, zur Kenntnis gegeben wurde oder vorgelegen hat, konnte der Ausschuss nicht klären. Mit diesem Bewerberbericht war Herr Tissen von Herrn Kappes für die vakante Position des Sprechers der Geschäftsführung der Diakonie in Südwestfalen empfohlen worden. Erkennbar war aus diesem Bewerberbericht, dass Herr Tissen als Vorstand der Wittgensteiner Kliniken AG aufgrund von Umstrukturierungen in seinem Aufgabenfeld beschnitten werden sollte.

Nach der Vorstellung von Herrn Tissen votierten die Mitglieder der Auswahlkommission einstimmig für seine Einstellung. Dies ist umso erstaunlicher, als alle anderen Bewerber eine ordnungsgemäße Bewerbung abgegeben hatten, aber für Herrn Tissen noch nicht einmal ein Lebenslauf und Zeugnisse vorgelegt wurden. Auch Herr Kappes, der Herrn Tissen ursprünglich nicht favorisiert hatte und gar nicht erst in den Kreis der Bewerber aufgenommen hatte, sprach sich nunmehr für Herrn Tissen aus. Das Ressort erhielt in der Folge einen aktualisierten Bewerberbericht zur Person Tissen, der unter anderem hinsichtlich der Beschreibung der Persönlichkeit erheblich positiv von der ersten Fassung vom März 2003 abwich.

(C) Als nach Vertragsabschluss die zuständige Personalabteilung im Klinikum Bremen-Mitte von Herrn Tissen Lebenslauf und Zeugnisse für die Personalakte anforderte, erfolgte keine Reaktion: Die Personalakte von Herrn Tissen blieb leer.

Herr Tissen trat sein Amt am 1. Februar 2004 an. In der Folge wurden diverse Vereinbarungen über Tantiemeregungen getroffen, im Rahmen derer rund 135 000 Euro in den Jahren 2004 und 2005 fließen sollten. So wurde zum Beispiel eine Tantiemeregung in Höhe von 30 000 Euro auch bei einer Reduzierung der in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Defizite der Kliniken zugesagt. Die Tantieme war also nicht für die Erzielung des Gewinns, sondern lediglich für die Reduzierung eines erwarteten Verlustes gedacht.

Weitere Einzelheiten zur Auswahl des Vorsitzenden der Geschäftsführung der GeNo können Sie dem Bericht entnehmen. Ich habe mich hier nur auf die wesentlichen Punkte beschränkt.

(D) Die Hintergründe für die Beendigung des Anstellungsverhältnisses mit Herrn Tissen konnte der Untersuchungsausschuss anhand der sich widersprechenden Zeugenaussagen ebenfalls nicht abschließend aufklären. Frau Senatorin Röpke hat dem Untersuchungsausschuss deutlich gemacht, dass zwischen ihr und Herrn Tissen erhebliche Meinungsverschiedenheiten – so bezüglich der Einhaltung von Vergaberichtlinien zur Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Mitte – bestanden haben. Herr Tissen wollte eine Umsetzung ohne Ausschreibung durchsetzen, während Frau Senatorin Röpke und auch Herr Bremermann an einem ordnungsgemäßen Verfahren unter strikter Einhaltung vergaberechtlicher Vorschriften festhielten. Diese Aussage wurde von mehreren Zeugen bestätigt.

Zu Beginn des Jahres 2006 stand im Gesundheitsressort die Frage einer etwaigen Verlängerung des am 31. Dezember 2006 auslaufenden Geschäftsführervertrages mit Herrn Tissen an, sodass die Ressortspitze Einschätzungen über die von Herrn Tissen geleistete Arbeit einholte. Das Ergebnis: Herr Tissen arbeite nicht stringent an der Umsetzung der Ziele für den Klinikverbund, sei nicht ausreichend kommunikativ und werde aus den Kliniken nicht mehr uneingeschränkt unterstützt.

Die von Frau Senatorin Röpke geforderte Erstellung eines Konzeptes für die weitere Tätigkeit der Holding koppelte Herr Tissen an eine Zusage zur Vertragsverlängerung. Senatorin Röpke und Staatsrat Dr. Knigge entschieden gemeinsam nach den übereinstimmenden Aussagen vor dem Ausschuss, das Vertragsverhältnis mit Herrn Tissen zu beenden.

Dieser Darstellung widersprach Herr Tissen: Er habe aufgrund seiner eigenen Entscheidung für eine Weiterbeschäftigung nicht mehr zur Verfügung stehen wollen. Seine Vorstellungen seien von Frau Senatorin Röpke als vor der Wahl politisch nicht durch-

(A) setzbar bezeichnet worden, was aus seiner Sicht zu einem nicht vertretbaren Stillstand geführt hätte.

Der Geschäftsführungsvertrag mit Herrn Tissen wurde mit Ablauf des 31. März 2006 beendet. Er beinhaltete einen Verzicht auf etwaige Tantiemerrückzahlungsansprüche sowie eine Abfindungszahlung in Höhe von 130 000 Euro auf der Grundlage der nach dem Anstellungsvertrag geltenden Freistellungsregelung.

Jetzt komme ich zur Einstellung von Herrn Lindner: Die Besetzung der Stelle des kaufmännischen Geschäftsführers im Klinikum Bremen-Ost wurde maßgeblich von Herrn Tissen beeinflusst. Sein Ziel: Er wollte einen Mann seines Vertrauens als Geschäftsführer des Krankenhaus Bremen-Ost und damit auch in der Geschäftsführung der GeNo etablieren, um auf diese Weise Mehrheitsbeschlüsse in der Geschäftsführerrunde der GeNo zu gewährleisten.

Herr Tissen und Herr Lindner kannten sich aus ihrer Tätigkeit bei den Wittgensteiner Kliniken. So trafen sie sich im Vorfeld des Bewerbungsverfahrens für die Stelle des kaufmännischen Geschäftsführers im Krankenhaus Bremen-Ost am 12. Mai 2004 in Bremen. Der Ausschuss ist der festen Überzeugung, dass bei diesem Treffen die Modalitäten der Bewerbung Lindners vorab geklärt wurden. Mit Scheiben vom 22. Mai 2004 – gerichtet an Herrn Tissen – bewarb sich Herr Lindner auf die Geschäftsführerposition im Krankenhaus Bremen-Ost.

(B) Vor der Vorauswahl eines engeren Bewerberkreises fand ein weiteres Treffen der Herren Tissen und Lindner am 14. und 15. Juni 2004 in der Siekertal-Klinik in Bad Oeynhausen statt. Ich will bereits hier darauf aufmerksam machen, dass der Ausschuss nicht nachvollziehen kann, dass Herr Tissen nach Besichtigung der Klinikräume und einem Zusammentreffen mit Herrn Ennenbach, Verwaltungsdirektor der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH in Oeynhausen, keine Kenntnis über die wirtschaftliche Verflechtung Herrn Lindners mit der Siekertal-Klinik gehabt haben will.

Herrn Lindners Bewerbung war gelinde gesagt lückenhaft. Er legte über seine einschlägigen beruflichen Tätigkeiten im Krankenhausbereich lediglich Zwischenzeugnisse vor. So belegte er seine Beschäftigung bei den Memory-Kliniken in Brandis, wo er zuletzt in der Funktion des Geschäftsführers tätig war, mit zwei Zwischenzeugnissen aus den Jahren 1996 und 2000, obgleich nach Aussage der früheren Gesellschafterin der Memory-Kliniken der Geschäftsführervertrag mit Herrn Lindner bereits am 6. Mai 1997 durch den Konkursverwalter mit sofortiger Wirkung gekündigt wurde. Die frühere Gesellschafterin sagte vor dem Ausschuss weiter aus, dass die von Herrn Lindner vorgelegten Zwischenzeugnisse von ihr nicht unterzeichnet worden seien. Die Staatsanwaltschaft ermittelt diesbezüglich gegen Herrn Lindner auch wegen des Verdachts der Urkundenfälschung.

(C) Auch über die Beschäftigung als operativer Geschäftsführer der Maternus-Klinik für Rehabilitation in Bad Oeynhausen von 2000 bis 2003 legte Herr Lindner nur ein Zwischenzeugnis vor. Der Ausschuss hat in seiner Beweisaufnahme erfahren, dass dort im Jahr 2003 Unregelmäßigkeiten aufgetreten waren. Ab April 2003 erfolgten Bar-Entnahmen durch Andreas Lindner ohne Verwendungszweck und -nachweis in einer Gesamtgrößenordnung von etwa 50 000 bis 100 000 Euro. Der damalige Vorstandsvorsitzende, Herr Wolfgang Stindl, sagte dem Ausschuss, als er von Herrn Lindner Belege verlangt habe, legte dieser hauptsächlich Rechnungen der Siekertal-Klinik Bad Oeynhausen über verschiedene Dienstleistungen – zum Beispiel Personalgestaltung – vor.

Das Objekt Siekertal-Klinik gehört der Marseille Klinik Gruppe, die dort zu dem damaligen Zeitpunkt ein Schulungszentrum betrieb. Herr Lindner hatte das Objekt im Jahre 2003 von der Marseille-Gruppe gepachtet, um einen Klinikbetrieb auf eigene Rechnung aufzubauen. Im Weiteren leisteten Beschäftigte der Maternus-Klinik in der Siekertal-Klinik diverse Arbeiten. Der von Herrn Stindl geforderten Vorlage für Belege für die angeblichen Dienstleistungen der Siekertal-Klinik kam Herr Lindner nicht nach. Stattdessen kündigte dieser im Juni 2003 das mit der Maternus-Klinik bestehende Arbeitsverhältnis. Ein Zeugnis nach Beendigung der Tätigkeit wurde wiederum nicht vorgelegt.

(D) Herrn Lindners Aktivitäten bei Maternus weisen deutliche Parallelen zu den späteren im Krankenhaus Bremen-Ost auf. Die Maternus-Klinik hat die Vorfälle um Herrn Lindner nicht weiter verfolgt und von der Erstattung einer Strafanzeige auf anwaltliches Anraten abgesehen, leider!

Während der Beschäftigungszeit bei der Maternus-Klinik wurde Herr Lindner im Jahre 2002 rechtskräftig wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Diese Verurteilung hat er weder seinem damaligen Arbeitgeber noch seinen späteren Arbeitgebern – den Wittgensteiner Kliniken und dem Klinikum Bremen-Ost – angezeigt.

Auch das Beschäftigungsverhältnis bei den Wittgensteiner Kliniken in den Jahren 2003 und 2004 verlief nicht problemlos. Herrn Lindners Leistungen wurden dort recht unterschiedlich beurteilt: Während das Vorstandsmitglied Dr. Brase als direkter Vorgesetzter von Herrn Lindner die Arbeit negativ bewertete, wurde diese vom Vorstandsvorsitzenden, Herrn Kupczik, als problemlos bezeichnet. Herr Lindner selbst sorgte in einer im Oktober 2004 geschlossenen Nebenabrede zu seinem Arbeitsvertrag dafür, dass er künftig nicht mehr an Herrn Dr. Brase, sondern direkt an den Vorstandsvorsitzenden Kupczik berichten kann. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits den Anstellungsvertrag mit dem Krankenhaus Bremen-Ost mit Wirkung zum 1. März 2005 geschlossen.

(A) Während seiner Tätigkeit bei den Wittgensteiner Kliniken beauftragte Herr Lindner die Firma S und P Reha Consult. Nach Beurteilung des vom Ausschuss gehörten Zeugen Herrn Hallenberger traten dort Unregelmäßigkeiten auf. Die von der Firma S und P gelieferten Ergebnisse waren zumindest zum Teil nicht werthaltig. Auch in diesem Zusammenhang hat Herr Lindner versucht, über die Firma S und P gleichzeitig anderweitig Akquise zu betreiben, um so persönliche Vorteile zu erzielen. Der Ausschuss geht davon aus, dass Herr Dr. Brase Herrn Lindner nahegelegt haben könnte, sich anderweitig zu bewerben. Herr Lindner kündigte sein Anstellungsverhältnis bei den Wittgensteiner Kliniken zeitlich deutlich nach dem im August 2004 erfolgten Vertragsabschluss mit dem Krankenhaus Bremen-Ost mit dem Hinweis, er werde nun nach Bremen gehen.

Der Ausschuss ist im Rahmen seiner Untersuchungen und aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft auf weitere geschäftliche Aktivitäten von Herrn Lindner gestoßen, die dieser in seinem Lebenslauf unterschlagen hat. Herr Lindner war in den Jahren 1997 bis 1999 als geschäftsführender Gesellschafter zweier von ihm gegründeter Unternehmen in Leipzig tätig. In beiden Fällen wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Leipzig die Eröffnung von Insolvenzverfahren mangels Masse abgelehnt. Die Gesellschaften wurden aufgelöst. Aus diesen Insolvenzen hat Herr Lindner mit Sicherheit noch Verbindlichkeiten.

(B) Herrn Lindner war nach den Anstellungsverträgen mit dem Klinikum Bremen-Ost und auch später mit der Gesundheit Nord untersagt, Beteiligungen an Unternehmen zu halten und eigene wirtschaftliche Tätigkeiten zu entwickeln. Herr Lindner hat nicht offenbart, dass er durch den Treuhandvertrag mit Rechtsanwalt Brand vom 2. April 2004 mit der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH deren wirtschaftlicher Eigentümer war. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen zu der am 23. März 2005 von Herrn Dr. Hans-Leo Schumacher gegründeten S und P medconsult GmbH, für die zeitgleich zwischen Herrn Lindner und Herrn Schumacher ebenfalls ein Treuhandvertrag geschlossen wurde, wonach Herr Dr. Schumacher 76 Prozent der Stammeinlagen treuhänderisch für Herrn Lindner hielt, verschwieg dieser.

Fazit: Herr Lindner hat bereits im Einstellungsverfahren systematisch getäuscht. Dies setzte er während seiner Tätigkeit im Krankenhaus Bremen-Ost nahezu ungehindert fort.

Nach Bekanntwerden der im Januar 2006 zwischen dem Klinikum Bremen-Ost und der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH geschlossenen Geschäftsbesorgungsvereinbarung versuchte Herr Lindner wiederum, nach dem bewährten Muster zu täuschen. Nach anfänglichem Leugnen räumte Herr Lindner am 26. Mai 2006 gegenüber Staatsrat Dr. Knigge ein, einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen zu haben, und teilte am 8. Juni 2006 wahrheitswidrig mit, die Geschäftsbesorgungsvereinbarung mit der Siekertal-Klinik sei

ohne finanzielle Folgen für das Klinikum Bremen-Ost aufgehoben worden.

(C)

In Wahrheit hatte Herr Lindner am 6. Juni 2006 eine Vereinbarung zwischen dem Krankenhaus Bremen-Ost und der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH geschlossen, nach der der Geschäftsbesorgungsvertrag vom 15. Januar 2006 zwar aufgehoben, aber im Weiteren eine das Krankenhaus Bremen-Ost belastende Verpflichtung eingegangen wurde, wonach der Betrieb der Klinik Rastede zum 1. Oktober 2006 durch das Krankenhaus Bremen-Ost eigenverantwortlich zu übernehmen und die anteiligen Konzeptkosten der Siekertal-Klinik zu erstatten waren, sofern sich bis September 2006 keine weitere Zusammenarbeit ergeben sollte. Dies führte dazu, dass Herr Lindner am 30. Juni 2006 von seinen Geschäftsführer-Aufgaben im Krankenhaus Bremen-Ost und der Gesundheit Nord entbunden und ihm in der Folge die fristlose Kündigung ausgesprochen wurde.

Im Rahmen der weiteren Aufklärung zeigte sich, dass Herr Lindner im Rahmen seiner Geschäftsführertätigkeit zulasten des Krankenhauses Bremen-Ost zahlreiche Verträge mit erheblichen Zahlungsverpflichtungen und mit unzureichenden oder gar ohne Leistungen geschlossen hatte. Hinsichtlich dieser Vertragsabschlüsse ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Herrn Lindner wegen Untreue.

Exemplarisch will ich hier kurz einige Beraterverträge vorstellen. Die S und P medconsult GmbH: Herr Lindner schloss im April 2005 vier Beraterverträge mit der Firma S und P medconsult GmbH ab, für die das Krankenhaus Bremen-Ost insgesamt 876 544 Euro nach Prüfung und Abzeichnung durch Herrn Lindner leistete. Die Zahlung erfolgte durch die Übergabe von Schecks und durch Überweisung auf das Geschäftskonto der S und P medconsult, für das die Ehefrau von Herrn Lindner eine Vollmacht besaß. Von diesem Konto wurden 163 000 Euro auf das Konto der Lindner Management GmbH weitergeleitet, deren geschäftsführende Gesellschafterin ebenfalls Frau Lindner ist.

(D)

Zur Qualität der von S und P erbrachten Leistungen darf ich auf die Ausführungen im Bericht verweisen. Ich will hier aber verdeutlichen, dass die Beauftragung dieser Beratung zweifelsfrei gegen EU-Vergaberecht verstoßen hat. Die Aufteilung in mehrere Einzelverträge diente eindeutig der Umgehung.

Bedenklich ist, dass gegen die der 3-köpfigen Geschäftsführung des Krankenhauses Bremen-Ost insgesamt teilweise bekannten Maßnahmen kein Widerspruch erhoben wurde. Frau Hilmer als pflegerische Geschäftsführerin des Krankenhauses Bremen-Ost bat lediglich aufgrund der unter Qualitäts- und Arbeitsgesichtspunkten unbrauchbaren Beratungsergebnisse die Hochschule Bremen um Begutachtung und informierte die pflegerischen Geschäftsführer der anderen Kliniken. Eine Information der Aufsichtsbehörde unterblieb.

- (A) Der Ausschuss ist davon überzeugt, dass es sich bei den mit S und P geschlossenen Verträgen um Scheinverträge handelte, da von der Firma S und P keine den Honoraren entsprechenden Leistungen erbracht wurden. Die Zahlungen dienten offensichtlich der persönlichen Bereicherung von Herrn Lindner, der Inhaber und faktischer Geschäftsführer der S und P war.
- Herr Lindner war auch an der Firma ReHaPromed mit einer Stammeinlage in Höhe von 9000 Euro beteiligt, die nachweislich auf das Privatkonto des geschäftsführenden Gesellschafters dieser Firma geflossen ist. Auch hier findet sich wieder die Treuhandkonstruktion: Herr Lindners Geschäftsanteil hielt Herr Hahn aufgrund eines Treuhandvertrages vom 25. November 2005 als Treuhänder.
- Zur Überzeugung des Ausschusses steht fest: Der zwischen dem Krankenhaus Bremen-Ost und der ReHaPromed geschlossene Honorarvertrag beruht auf der engen Verbindung zwischen dem Geschäftsführer dieser Gesellschaft und Herrn Lindner. Der Wert der von dieser Firma erbrachten Leistung ist ebenfalls zweifelhaft. Herrn Lindners Absicht bestand wiederum einzig und allein darin, über diesen Vertrag eine weitere Möglichkeit zur Erstellung von Scheinrechnungen und Weiterleitung von Zahlungen zur persönlichen Bereicherung zu eröffnen.
- Der Vertrag mit K und H Consult GmbH und Verbindung zu den Marseille-Kliniken: Der Ausschuss konnte nicht abschließend feststellen, ob und welche Verbindungen zwischen Herrn Lindners Tätigkeit beim Krankenhaus Bremen-Ost und den Marseille-Kliniken bestanden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang aber der mit der Firma K und H Consult GmbH, Hamburg, geschlossene Vertrag zur Beratung in konzeptionellen und vertrieblichen Fragen zur Versorgung der Patienten und der Mitarbeiter und Gebäudereinigung. Fest steht, dass der geschäftsführende Gesellschafter Wilhelm Kistner gleichzeitig Geschäftsführer der Pro F und B, Food und Beverage, war, einer Tochtergesellschaft der Marseille Kliniken AG. Diese Gesellschaft liefert das Essen für alle Kliniken der Marseille-Gruppe. Pro F und B lieferte auch das Klinikessen für die Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH. Ferner gehört Herr Kistner dem Aufsichtsrat der Karlsruher Sanatoriums AG, einer weiteren Tochter der Marseille-Kliniken, an. Aus unserer Sicht sind die Verbindungen eindeutig.
- Die K und H Consult bezog vom Krankenhaus Bremen-Ost ein Honorar über insgesamt 266 614 Euro. Auch diese Rechnungen wurden ausschließlich von Herrn Lindner geprüft und zur Zahlung angewiesen. Der Umfang der erbrachten Leistung steht in keinem Verhältnis zum Honorar. Gegen die Geschäftsführer der K und H, Kistner und Hawranek, ermittelt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit den Vorfällen im Krankenhaus Bremen-Ost.
- Unserem Bericht können Sie noch eine Reihe weiterer Verträge vergleichbaren Charakters entnehmen.
- (C) Eingehen möchte ich noch kurz auf die Sache mit den Nachttischen, weil sie auch in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt hat. Für den im Mai 2006 abgeschlossenen Kaufvertrag mit der Firma Quadroplan GmbH über die Lieferung von 1000 Multimediaegeräten zu einem Gesamtkaufpreis von 5,684 Millionen Euro verlangte Lindner eine Provision in Höhe von 232 000 Euro für den Abschluss des Vertrages und darüber hinaus in Höhe von 2 Prozent der gesamten Kaufsumme, mithin 113 680 Euro von der mit der Finanzierung der Geräte beauftragten akf Leasing GmbH und Co. KG.
- Abgesehen von der Menge waren die bestellten Geräte für den Einsatz im Krankenhaus Bremen-Ost völlig ungeeignet. An der Anbahnung des Geschäfts war ein in der Justizvollzugsanstalt Remscheid sitzender Freigänger beteiligt, der seit den aufgenommenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bremen zwischenzeitlich wieder im geschlossenen Vollzug sitzt. Dieser Vorgang ist für das Krankenhaus Bremen-Ost noch gut ausgefallen, da die Quadroplan GmbH die erhobene Leistungsklage zurückgenommen hat.
- Herr Lindner hat darüber hinaus ein System von Begünstigungen zur Sicherstellung künftigen Wohlwollens aufgebaut. Dazu gehört der mit Herrn Dr. Demedts als ehemaligem Vorsitzenden der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung im März 2006 geschlossene Honorarvertrag zur Entwicklung eines Medizinischen Versorgungszentrums, für das dieser insgesamt 46 400 Euro vom Krankenhaus Bremen-Ost erhielt. Als Arbeitsergebnis wurde ein Ordner mit Unterlagen vorgelegt, bei dem es sich um im Internet allgemein zugängliche Informationen und schwer lesbare handschriftliche Zettel handelt. Als Leistungsnachweis sind diese Papiere ungeeignet. Der mit Herrn Dr. Demedts geschlossene Honorarvertrag hatte nicht das Ziel, eine konkrete Beratungsleistung zu erbringen. Herr Dr. Demedts sollte von Herrn Lindner als maßgeblicher Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung gewogen gehalten werden.
- (D) Alles im allem ist festzustellen, dass die von Herrn Lindner geschlossenen Verträge im Wesentlichen seiner persönlichen Bereicherung oder zur Sicherstellung künftigen Wohlwollens bestimmter Personen dienten. Die Alleinvertretungsberechtigung des kaufmännischen Geschäftsführers begünstigte Herrn Lindners Handeln erheblich.
- Offenbar ist es Herrn Lindner darüber hinaus auch gelungen, in den Fällen, in denen von Geschäftsführern und Mitarbeitern der Klinik Kritik geäußert wurde, ein Klima herzustellen, das eine weitere Verfolgung und die Einleitung erforderlicher Maßnahmen nicht gestattete. Er schüchertete sein Umfeld ein und erweckte den Eindruck, das ungeschränkte Wohlwollen und die Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Knigge sowie der GeNo-Geschäftsführung, Herrn Tissen, zu besitzen.

(A) Auf die Kooperations- und Übernahmeabsichten in Sachen Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH will ich jetzt eingehen. Zu den Einzelheiten darf ich auf die Ausführungen im Bericht verweisen.

Die Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH hat zwei Dependancen, eine in Rastede und eine in Bad Oeynhausen. Ich spreche zunächst über die Dependance in Bad Oeynhausen. Herr Lindner war zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung zwischen dem Krankenhaus Bremen-Ost und der Siekertal-Klinik wirtschaftlicher Eigentümer der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH. Der für das Krankenhaus Bremen-Ost entstandene Schaden beläuft sich auf insgesamt 345 797 Euro. Die Verlegung der Patienten im Rahmen der integrierten Versorgung nach Paragraph 140 a folgende SGB V fand ohne Zustimmung der Krankenkassen statt, sodass die vom Krankenhaus Bremen-Ost an die Siekertal-Klinik geleisteten Zahlungen von den Kostenträgern nicht erstattet wurden. Die Verlegung von Patienten im Rahmen der Akutbehandlung war zudem unzulässig und erfolgte offensichtlich in betrügerischer Absicht, von den Kostenträgern Zahlungen ohne jede Anspruchsgrundlage zu erhalten.

(B) Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrags mit dem Krankenhaus Bremen-Ost war die Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH bereits zahlungsunfähig aufgrund erheblicher Verbindlichkeiten gegenüber der Marseille-Gruppe, da Herr Lindner seinen Verpflichtungen aus den vertraglichen Vereinbarungen nicht nachgekommen war.

Der Ausschuss ist überzeugt, dass Herr Lindner mit der Vereinbarung zwischen dem Krankenhaus Bremen-Ost und der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH seine eigenen Verbindlichkeiten zu bedienen versuchte. Angesichts der Vermögenslosigkeit der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH war diese aufgrund der in Millionenhöhe bestehenden Schulden gegenüber den Marseille-Kliniken bereits in den Jahren 2005 und 2006 rechtlich überschuldet. Spätestens seit 2006 war auch Zahlungsunfähigkeit eingetreten. Der Insolvenzantrag für die Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Bremen durch die Marseille Kliniken AG aber erst im Februar 2007 gestellt.

Des Weiteren wurde der Betrieb der Klinik Rastede durch die Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH im Auftrag des Krankenhaus Bremen-Ost vereinbart. Danach sollten ab dem 1. Januar 2006 sämtliche neurologischen Anschlussheilbehandlungspatienten bis zur Kapazitätsgrenze von 90 Betten nach Rastede überwiesen werden. Unter Bezugnahme auf diese Geschäftsbesorgungsvereinbarung wurden von Herrn Lindner ab September 2005 bis Juni 2006 471 657 Euro an die Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH gezahlt. Die Zahlungen versuchte Herr Lindner im Krankenhaus Bremen-Ost dadurch zu verschleiern, indem er sie nicht als Aufwendungen des laufenden Betriebs

auswies, sondern mit Buchungsdatum vom 15. Mai 2006 auf das Konto Rückstellung umbuchen ließ.

(C)

Diese Gelder sind nach den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen unmittelbar Herrn Lindner zugeflossen. Er empfing die Zahlungen direkt oder über das Konto seines Vaters, für das er Kontovollmacht besaß. Die bei der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH eingegangenen Gelder wurden auf der Grundlage von Scheinrechnungen teilweise an die Firma Lindner Management GmbH, mithin an die Ehefrau weitergeleitet.

Am 26. Mai 2006 gab Herr Lindner zulasten des Krankenhauses Bremen-Ost gegenüber der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH ein fälliges Schuldanerkenntnis in Höhe von 1,9 Millionen Euro ab. Grundlage für dieses Schuldanerkenntnis war eine sogenannte Verschwiegenheitsvereinbarung, durch die das Krankenhaus Bremen-Ost im Falle einer Veröffentlichung der Kooperation mit der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH zum Schadenersatz verpflichtet werden sollte. Hintergrund war der Antrag auf Akteneinsicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Vertrag mit der Eigentümergesellschaft der ReHa Klinik Rastede, ML Real, wurde für eine Dauer von zehn Jahren – beginnend am 1. Januar 2006 und erstmalig endend am 31. Dezember 2015 – zu einem monatlichen Pachtzins von 36 500 Euro netto geschlossen. Sollte eine gegen das Krankenhaus Bremen-Ost eingereichte Leistungsklage der Eigentümerin der Immobilie Erfolg haben, so entsteht dem Krankenhaus Bremen-Ost für die gesamte vertraglich vereinbarte Laufzeit von zehn Jahren ein weiterer Schaden in Höhe von 4,38 Millionen Euro zuzüglich Nebenkosten.

(D)

Im Zusammenhang mit dem Vertrag Rastede stellte sich auch die Frage, inwieweit Herr Tissen in dieses Geschäft eingebunden war. Herr Tissen hat durch sein Auftreten als Vertreter der Holding und durch Zusage einer dauerhaften Belegung der Klinik Rastede durch die Gesundheit Nord beziehungsweise durch das Krankenhaus Bremen-Ost gegenüber dem Immobilienmakler einen erheblichen Beitrag zum Abschluss des Pachtvertrages geleistet. Er hat als Vorsitzender der Geschäftsführung der GeNo seine Aufsichtspflichten verletzt und durch sein Verschweigen dieser Geschäftsanbahnung gegenüber dem Gesundheitsressort ein rechtzeitiges Eingreifen vereitelt. Somit hat Herr Tissen einen erheblichen Beitrag zum Eintritt des Schadens geleistet und ist nach Auffassung des Ausschusses aus dem Geschäftsführervertrag zum Schadenersatz gegenüber Bremen verpflichtet.

Nach Überzeugung des Ausschusses erhielt Herr Tissen für dieses Handeln Gegenleistungen in Höhe von insgesamt 87 500 Euro, die als Zahlungen von der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH und von der S und P medconsult auf Konten der Ehefrau Tissens flossen. Die Darstellung der Eheleute Tissen, es handle sich um ein Darlehen für Herrn Tissen sowie um

- (A) Honorare für eine durch Frau Tissen zu erbringende Beratungsleistung zur Konzeptionierung und Begleitung der Sparte Homecare, haben sich nach der Überzeugung des Ausschusses als nicht glaubwürdig erwiesen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Vorteilsnahme.
- Zum Führungsverhalten und zur inneren Organisation in der Gesundheit Nord hat der Ausschuss festgestellt, dass der Vorsitzende der Geschäftsführung der Holding, Herr Tissen, nicht bereit oder vielleicht auch gar nicht in der Lage war, sich in den auf Konsens angelegten Strukturen der Holding zu bewegen und konzeptionell überzeugend zu arbeiten. Der Führungsanspruch Herr Tissens stand im diametralen Gegensatz zur tatsächlichen Holdingstruktur. Aber auch nach dem Weggang von Herrn Tissen wurde die Hoffnung auf Befriedung der widerstreitenden Klinikinteressen durch die Bestellung von Herrn Bremermann zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der GeNo nicht erfüllt, sodass auch die Strukturen selbst – unabhängig von handelnden Personen – zu überprüfen sein werden.
- Die Geschäftsführungssitzungen der GeNo waren nicht geprägt von der Lösung strategischer Fragen, sondern fielen noch hinter die Ergebnisse früherer Verwaltungsdirektorensitzungen zurück, sodass seit der Gründung der Gesundheit Nord wenig Inhaltliches im Interesse der Kliniken bewegt wurde und kaum etwas entschieden wurde.
- (B) Das von Herrn Tissen zu erarbeitende strategische Konzept, das erst auf Betreiben von Herrn Dr. Knigge im Februar 2005 unter dem Titel „Konzept zur strategischen Neuausrichtung der Krankenhäuser der Gesundheit-Nord gGmbH“ vorgelegt wurde, war ohne Beteiligung der einzelnen Kliniken und deren Geschäftsführung von Herrn Tissen – im Wesentlichen von dem gleichfalls aus den Wittgensteiner Kliniken kommenden Herrn Knoche – erstellt worden. Das Konzept barg ein erhebliches Konfliktpotenzial, da Herr Tissen Macht und Entscheidungsrechte für sich allein reklamierte. Er wollte Dienstvorgesetzter sein und den Klinikgeschäftsführungen Weisung erteilen. Im Gegensatz dazu war die Struktur der Klinik-Holdinggeschäftsführung auf Zusammenarbeit angelegt.
- Auch im Klinikum Bremen-Ost konnte der Ausschuss feststellen, dass die Geschäftsführung durch Herrn Lindner nicht in der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Form als Kollegialorgan funktionierte. Herr Lindner verhierte bei Entscheidungsprozessen jegliche Transparenz. Der ehemals in der Geschäftsführung gepflegte kollegiale Stil der Zusammenarbeit fand nicht mehr statt.
- Diese Veränderungen traten bereits unter Herrn Tissen ein, der vorübergehend die Funktion des kaufmännischen Geschäftsführers im Krankenhaus Bremen-Ost ausübte. Nach dem Eintritt von Herrn Lindner wurden die beiden anderen Mitglieder der Geschäftsführung nur noch unvollständig informiert. Herr Lindner versuchte unter Außerachtlassung der formellen Rechte, den ärztlichen Geschäftsführer Herrn Dr. Haack unter Zuhilfenahme des Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Dr. Knigge abzulösen.
- (C) Herr Lindner baute im Krankenhaus Bremen-Ost abweichend von der für die Geschäftsführung geltenden Geschäftsordnung und Geschäftsanweisung zur Durchsetzung seiner eigenen Interessen informelle Strukturen auf. Er versammelte einen Kreis ihm wohl gesonnener Personen um sich und versuchte teilweise mit Erfolg, die beiden weiteren Mitglieder der Geschäftsführung von Entscheidungsprozessen auszuschließen. Stattdessen beteiligte er andere Personen, vor allem Herrn Professor Dr. Ukena. Diesem gewährte Herr Lindner Vorteile, indem zum Beispiel dessen Chefarztvertrag zwischen dem 22. Dezember 2005 und dem 3. April 2006 mit der Folge erheblicher Besserstellung viermal verändert wurde.
- Das Verhalten der pflegerischen Geschäftsführerin Frau Hilmer ist in diesem Zusammenhang besonders zu würdigen, deren Ehemann als Arzt im Krankenhaus Bremen-Ost dem Grunde nach auch Vorteile durch Herrn Lindner in Aussicht gestellt wurden.
- (D) Es bleibt festzuhalten, dass die Mitglieder der Geschäftsführung im Krankenhaus Bremen-Ost ihre auf der Grundlage des formellen Rechts gegebenen Kontrollrechte nicht ausgeübt und damit dem Führungsverhalten von Herrn Lindner nicht entgegengetreten sind. Der ärztliche Geschäftsführer Herr Dr. Haack und die pflegerische Geschäftsführerin Frau Hilmer wären rechtlich in der Lage und auch verpflichtet gewesen, den ihnen bekannt gewordenen, von Herrn Lindner erteilten Beratungsaufträgen und Vertragsabschlüssen entgegenzutreten. Sie verfügten in der Geschäftsführersitzung über eine Stimmenmehrheit gegenüber dem kaufmännischen Geschäftsführer, sie nahmen somit ihre Pflichten als Geschäftsführung nicht ausreichend wahr.
- Der Ausschuss hat Empfehlungen erlassen, die Sie nachlesen können. Wir werden gleich in der Debatte noch darüber sprechen, was wir glauben, was den Anteil des Gesundheitsressorts bezüglich Aufsicht und Kontrolle betrifft, und auch die Rolle der Aufsichtsräte werden wir gleich noch in den Redebeiträgen würdigen. Ich habe vielleicht auch schon zu lange geredet, deshalb lasse ich jetzt einen Teil der Rede weg. Ich möchte nur zum Abschluss, weil das die Öffentlichkeit auch interessiert, noch darauf hinweisen, dass wir 340 000 Euro für die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses verwendet haben. Das ist deutlich unter dem Anschlag, der von der Bürgerschaft bewilligt wurde. Ich finde, dass wir im Wesentlichen eine gute Arbeit geleistet haben, die den Einsatz dieser Steuergelder rechtfertigt. – Ich bedanke mich!
- (Beifall)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schaue jetzt auch nicht auf meine Uhr. Nein, aber im Ernst, ich fand, es war ein sehr sachlicher Bericht, deswegen konnte ich es aushalten, dass die Vorsitzende des Ausschusses die verabredete Redezeit von 20 Minuten bei Weitem überschritten hat, ich denke, das muss auch einmal möglich sein.

Wir haben sehr gut zusammengearbeitet, und wir haben dort in dem Ausschuss keine Wahlkampfshow veranstaltet. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich auch aus meiner Sicht zunächst einmal für den sachlichen Bericht bedanken, den Frau Linnert abgegeben hat.

(Beifall)

Außerdem möchte ich mich bei Herrn Focke und Frau Linnert, in dieser Reihenfolge, weil wir auch eine Koalitionsrolle in diesem Ausschuss hatten, für die wirklich gute Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses und auch bei allen anderen Mitgliedern bedanken.

(B) Das ist, glaube ich, keine Selbstverständlichkeit gewesen. Für mich war das eine Premiere, das war mein erster Untersuchungsausschuss, seitdem ich im Jahr 2003 ins Parlament gekommen bin. Ich habe spannende Erfahrungen sammeln können, insbesondere auch bei der Frage, wie eigentlich Zeugen mit Fragen im Ausschuss umgehen. Es war aus meiner Sicht bemerkenswert, wie dort zum Teil doch langatmig und an der Sache vorbei geredet wurde. Das ist mir manchmal etwas nahegegangen, weil ich es aus meiner früheren beruflichen Tätigkeit doch etwas anders kenne. Aber das nur am Rande!

(Abg. F o c k e [CDU]: Da wird auch gelogen! – Heiterkeit)

Da wird auch gelogen, sagt Herr Focke! Aber es ist doch auffällig, es gibt doch große Unterschiede, es ist noch etwas anderes. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist eben kein Gericht. Aber mir hat die Arbeit bei aller Anstrengung in den letzten Monaten Spaß gemacht, und deshalb würde ich fast sagen, ich würde gern mit Frau Linnert und Herrn Focke auch einen nächsten Ausschuss besetzen. Aber ich sage dazu auch, es muss nicht dieses Ressort sein, das wir untersuchen, sondern dann sollten wir uns vielleicht anderen Themen zuwenden.

Ich habe zu Beginn der Arbeit in unserer Fraktion gesagt, ein Untersuchungsausschuss ist kein Gericht, sondern ein parlamentarisches Gremium, und ich habe darauf hingewiesen, dass in der einschlägigen juristischen Literatur darauf verwiesen wird, dass parlamentarische Untersuchungsausschüsse ein, wie es dort

heißt, Kampfinstrument der Opposition sind, jeweils mit dem Ziel, Regierungshandeln an den Pranger zu stellen. Ich habe damals schon gesagt, ich möchte das gern anders handhaben.

(C)

Wir haben als SPD-Mitglieder unseren Auftrag so interpretiert, dass wir einen politischen Auftrag des Parlaments hatten, nämlich aufzuklären. Diesen Auftrag haben wir gemeinsam mit allen anderen Mitgliedern des Ausschusses ernst genommen, und wir haben zusammen solide Aufklärungsarbeit geleistet, und unsere politischen Konkurrenten, ich möchte jetzt einmal nicht von Gegnern sprechen, sind auch nicht der Versuchung aufgesessen, im Ausschuss eine Wahlkampfshow zu veranstalten. Das hat uns natürlich auch gefreut, es hat sehr zu diesem sachlichen Klima beigetragen.

Wie gesagt, wir haben als SPD den Auftrag ernst genommen. Wir haben uns deshalb auch nicht darauf verlassen, dass die Opposition im Ausschuss nur ausschusseigene Beweisanträge stellt, sondern wir haben selbst Beweisanträge gestellt, um die Sache voranzutreiben. Wir haben insgesamt die Aufgabe gesehen aufzuklären, nicht zu vertuschen. Wir wollten dazu beitragen, dass Fehler erkannt werden, dass aus Fehlern Lehren gezogen werden können, damit wir in diesem für Bremen so wichtigen Bereich auch zu Verbesserungen gelangen können. Deshalb sind wir sehr froh über diesen einstimmigen Beschluss des Ausschusses, der zwar an manchen Stellen noch einige Interpretationen zulässt, aber im Wesentlichen auch ein einmütiges Ergebnis darstellt.

(D)

Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz herzlich bei Herrn Professor Ziemann bedanken, der mit seinem Ermittlungsbericht eine wesentliche Grundlage für die Arbeit des Ausschusses geboten hat. Wir haben an keinem einzigen Punkt entdecken können, dass der Bericht von Herrn Professor Ziemann unzutreffend war. Er hat das, was er ermitteln konnte, in einer relativ kurzen Zeit richtig ermittelt und hat das sehr klar dargestellt. Herzlichen Dank an Herrn Professor Ziemann!

(Beifall)

In diesem Tatzusammenhang darf ich sagen, es war eine richtige Entscheidung des Senats, damals sofort einen Sonderermittler einzusetzen, um möglichst schnell zur Aufklärung beizutragen, denn wir haben nun gesehen, dass sowohl die Staatsanwaltschaft und die Polizei als auch der Ausschuss einige Monate gebraucht haben, um noch weitere Einzelheiten aufzudecken.

Im Übrigen geht unser Dank auch an die Kriminalpolizei und an die Staatsanwaltschaft! Diese Institutionen haben auch sehr präzise gearbeitet und erheblich dazu beigetragen, dass der Ausschuss seiner Aufgabe gerecht werden konnte.

Wenn Sie mir gestatten, will ich noch einige Anmerkungen zu einzelnen Themen machen: Zunächst

- (A) einmal zu dem Einstellungsverfahren von Herrn Tissen als Geschäftsführer für die Gesundheit Nord! Da ist zunächst ein Personalberater ausgesucht worden in einem normalen, völlig korrekt verlaufenen Ausschreibungsverfahren, bis dahin war nichts zu beanstanden. Dann gab es Bewerbungen. Frau Linnert, Herr Stremmel hat übrigens selbst davon erzählt, dass er sich beworben hatte, von daher war es kein Wunder, dass andere davon erfahren hatten. Es war ein Bewerbungsverfahren, in dem es verschiedene Bewerbungen gab, soweit war eigentlich alles in Ordnung. Es gab eine Auswahlkommission, man hat sich Gedanken über geeignete Bewerber gemacht.
- Dann kam plötzlich Herr Tissen ins Spiel. Wir konnten, Frau Linnert hat es berichtet, nicht ganz genau aufklären, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass er ein Bewerber in diesem Verfahren wurde. Aber eines wissen wir: Der Personalberater, der bis dahin ganz ordentlich gearbeitet hatte, hat zunächst einen Bewerberbericht aus einem früheren Verfahren über Herrn Tissen eingereicht, das war die Grundlage dafür, dass Herr Tissen an diesem Verfahren überhaupt teilnehmen konnte, weil dieser Bewerberbericht positiv war. Der Personalberater hat dann später im Herbst des Jahres einen zweiten Bericht über Herrn Tissen eingereicht, der noch positiver und auf dieses Bewerbungsverfahren in Bremen bezogen war und letztlich die Grundlage dafür bot, dass die Gremien dieser Bewerbung zugestimmt haben.
- (B) Dieser zweite Bericht hatte, das wissen wir, überhaupt keine weitere sachliche Grundlage. Der Personalberater hat uns jedenfalls nicht berichten können, dass er in der Zwischenzeit zwischen Frühjahr und Herbst des Jahres noch weitere Ermittlungen angestellt hätte, dass er Referenzen eingeholt hätte, dass er Näheres zu der beruflichen Tätigkeit von Herrn Tissen wusste. Nichts davon, sondern das war, das behaupte ich, und so haben wir es auch gesehen, ins Blaue hinein, was er dort im Herbst des Jahres aufgeschrieben hat, das war eine wesentliche Grundlage dafür, dass es zu dieser Einstellungsentscheidung gekommen ist.
- In dem Verfahren selbst, das sagen wir auch in Richtung Ressort, sind Fehler gemacht worden, weil man letztlich entschieden hat, ohne dass Referenzen vorgelegen haben. Es bleibt streitig, ob der Personalberater oder das Ressort die Referenzen einholen sollte, aber jedenfalls ist Herr Tissen eingestellt worden, ohne dass Referenzen vorlagen, und das war ein Fehler.
- Auch die Gremien, die damit befasst worden sind, haben in diesem Fall nicht nachgesteuert, nicht nachgehakt. Es gab eine einzige kritische Anmerkung in diesem Einstellungsverfahren, sie stammte von meinem Kollegen Winfried Brumma, der in einer E-Mail an den Staatsrat danach gefragt hatte, was denn die Gründe dafür seien, dass ein Bewerber wie Herr Tissen, der an anderer Stelle, an anderer Wirkungsstätte viel mehr Geld verdient hatte als in Bremen, nun bereit wäre, nach Bremen zu kommen. Das blieb unbeantwortet, am Ende ist jedenfalls eine Einstellung erfolgt.
- (C) In Bezug auf Herrn Lindner, der Geschäftsführer des Klinikums Bremen-Ost geworden ist, sagen wir, das Einstellungsverfahren war von Anfang an frisiert. Herr Lindner war der Favorit von Herrn Tissen, Herr Lindner sollte Geschäftsführer werden! Die beiden Herren kannten sich aus früherer Zusammenarbeit bei den Wittgensteiner Kliniken. Auch hier ist es so, das muss man sagen, dass das Verfahren selbst nicht in Ordnung war, weil Herr Tissen daran beteiligt war, darauf komme ich gleich noch.
- Aber auch das Ressort hat hier Fehler gemacht, weil kein Bundeszentralregisterauszug, kein polizeiliches Führungszeugnis eingefordert worden ist. Es gab das Problem, dass die Krankenhausreferenten gerade vor diesem Bewerbungsverfahren verabredet hatten, es sei nicht mehr notwendig, dass polizeiliche Führungszeugnisse eingeholt werden müssten. Daraufhin hat man im Fall von Herrn Lindner auch davon abgesehen.
- Das ist ein schwerer, wie wir sagen, verhängnisvoller Fehler gewesen, denn hätte man ein polizeiliches Führungszeugnis gesehen, wäre der Mann nie eingestellt worden. Er wäre auch nicht eingestellt worden, wenn man seine Zeugnisse ordentlich kontrolliert hätte, wenn man, was immer mehr der Fall ist, von ihm verlangt hätte, dass er eine Schufa-Auskunft vorlegt, denn daraus hätte sich ergeben, dass er hoch verschuldet war.
- (D) Es war aber auch nicht in Ordnung, dass Herr Tissen an diesem Verfahren beteiligt war, denn der Geschäftsführer des Klinikums Bremen-Ost sollte, so war die Konstruktion dieser Holding, gleichzeitig Mitgeschäftsführer von Herrn Tissen in der GeNo, in der übergeordneten Gesellschaft, werden. In der GeNo, der Holding-Mutter, war es aber so organisiert, dass zwei Geschäftsführer nur gemeinsam zeichnungsbe-rechtigt waren. Das heißt, Herr Tissen hat sich mit der Auswahl von Herrn Lindner auch gleichzeitig einen Mitgeschäftsführer in die Holding geholt und war damit auch in die Lage versetzt, alle möglichen Verträge zu unterschreiben, ohne dass er dazu noch andere befragen musste. Das war nicht in Ordnung, das hätte man eigentlich bemerken müssen. Auch das war falsch, so etwas darf nicht mehr passieren!
- Wir haben uns aus gutem Grund sehr intensiv mit dem Vorleben von Herrn Lindner beschäftigt, weil wir aufgrund der Aktenlage Anhaltspunkte dafür hatten, dass sein Lebenslauf nicht nur nicht in Ordnung, sondern geradezu fürchterlich frisiert war. Das war übrigens nicht ganz unumstritten in unserem Ausschuss, weil es auch Bedenken gab, ob der Untersuchungsauftrag das zulässt. Wir standen auf dem Standpunkt, dass es hier um die Frage eines Anstellungsbetrugs geht und dass in diesem Zusammenhang selbstverständlich das berufliche Vorleben eine Rolle spielt.

(A) Es war gut, dass wir uns hier durchgesetzt haben, deshalb sind wir nämlich dazu gekommen, unter anderem Frau Puschmann zu vernehmen, die, wie wir alle in der Presse gelesen haben, auch wegen Steuerhinterziehung zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Mit Frau Puschmann hatte Herr Lindner früher zusammengearbeitet, sie war Gesellschafterin, er Geschäftsführer in einem Krankenhaus, die beiden haben offenbar gut kooperiert. Man kann fast sagen, dass Herr Lindner bei ihr in die Lehre gegangen ist, jedenfalls, was den Umgang mit der Steuerpflicht angeht, gibt es durchaus Ähnlichkeiten, denn auch Herr Lindner ist wegen Steuerhinterziehung bestraft worden.

Für uns war auch wichtig zu wissen, in welchem Umfang es Verbindungen zwischen Herrn Lindner und den Firmen aus dem Marseille-Konzern gibt. Der Name Marseille sagt uns allen etwas, insbesondere auch den Bremerhavenern, glaube ich, das will ich jetzt nicht näher erläutern, die wissen, worum es geht. Das ist nicht als Vorwurf an die Bremerhavener gemeint, nur, denke ich, sie haben da einen Wissensvorsprung vor den bremischen Abgeordneten.

(B) Für uns war erstaunlich, dass Herr Lindner ganz erhebliche persönliche Verbindlichkeiten gegenüber den Firmen aus dem Marseille-Konzern hat. Er hatte, das heißt nicht er, sondern Gesellschaften, deren Gesellschafter beziehungsweise Geschäftsführer er war, hatten mit diesen Gesellschaften aus dem Marseille-Konzern Geschäfte betrieben und hatten dort Verbindlichkeiten angehäuft. Dann hat Herr Lindner eines Tages für diese Verbindlichkeiten die persönliche Haftung übernommen, was sich überhaupt nicht weiter erschließt, es gibt an sich keinen nachvollziehbaren Grund dafür. Es ging dort nicht um Peanuts, um 100 oder 1000 Euro, sondern es ging um Beträge weit über eine Million Euro, die er dort als Verbindlichkeit anerkannt hat. Er hat sich in einem Schuldanerkenntnis auch der Zwangsvollstreckung unterworfen. Es gibt dazu einen Zahlungsplan, in dem er verabredet hat, dass monatlich unglaublich hohe Beträge zurückgezahlt werden sollten auf diese Darlehen. Das ist dann zum Teil auch sogar passiert und zum Teil nicht.

Dann hat er am Ende sogar in seiner Zeit, in der er hier in Bremen in Untersuchungshaft sitzt, seine Geschäftsanteile an der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH an Marseille zur Sicherheit für diese Verbindlichkeiten verpfändet. Da gibt es also Verbindungen, die wir nicht alle völlig aufklären konnten, aber die sicherlich ganz wichtig sind. Wenn man die Motivation von Herrn Lindner untersucht, stellt sich die Frage: Warum musste er so schnell zu so viel Geld kommen? Eine Detailerklärung ist sicherlich, dass er an Marseille in diesem Bereich schnell Zahlungen leisten musste.

Zum Bereich Schädigungen wollte ich nur noch darauf hinweisen, Frau Linnert hat es auch erwähnt: Wir gehen davon aus, dass unsere Arbeit im Ausschuss

(C) ganz erheblich mit dazu beigetragen hat, dass es gelungen ist, das Schadensrisiko, das Herr Professor Ziemann mit über 14 Millionen Euro beziffert hat, auf etwa 7 Millionen Euro zu drücken. Die Differenz besteht darin, dass die Firma Quadroplan, bei der ja diese sogenannten Nachtschränke – Nachtschränke ist ein bisschen harmlos ausgedrückt – bestellt worden sind, ihre Ansprüche nicht mehr geltend macht, ihre Klage zurückgenommen hat und auf die Ansprüche verzichtet hat. Der reine Kaufpreis betrug etwas über 4 Millionen Euro, es kamen noch Zinsen und Kosten aus dem Leasinggeschäft, das parallel dazu verabredet worden ist, hinzu, sodass sich das Risiko ganz erheblich vermindert hat.

Ich finde, da kann man auch ganz selbstbewusst als Ausschuss und auch als Parlament sagen: Wir haben keinen Fehler gemacht, einen Ausschuss einzusetzen. Er hat zwar Geld gekostet, es ist ja nicht unerheblich, wir haben über 400 000 Euro verbraucht für Personalkosten, Protokolle, Mitarbeiter und so weiter, nicht für uns, wir haben ja nichts davon außer den Sitzungsgeldern bekommen, aber wir können sagen, diese Entscheidung hat sich gelohnt, und auch die Arbeit hat sich gelohnt.

(D) Wichtig ist noch der Hinweis darauf, dass wir keinen Zweifel daran haben, dass Herr Tissen und Herr Lindner sich sehr intensiv kannten. Herr Tissen und Herr Lindner haben sich bereits getroffen, bevor Herr Lindner hier in Bremen eingestellt worden ist. Im Sommer 2005 hat Herr Lindner dafür gesorgt, dass Herr Tissen ein privates Darlehen bei der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH in der Größenordnung von 50 000 Euro erhalten hat. Die Frau von Herrn Tissen hat einen Beratervertrag erhalten, der mit monatlich 7000 Euro dotiert war, für den sie keine Gegenleistung erbringen musste, und das Ganze im zeitlichen Zusammenhang in einem Gespräch in Berlin, in dem einem Zeugen klar wurde, so hat er es uns erzählt, dass Herr Lindner in Gegenwart von Herrn Tissen als Geschäftsführer der Siekertal-Klinik Betriebs-GmbH aufgetreten ist.

Das ist ein Gesichtspunkt, auf den ich insbesondere das Ressort noch einmal ganz deutlich aufmerksam machen möchte, denn dieser Punkt ist wichtig für die Frage, ob man Herrn Tissen auch für das, was sich an Schaden aus der Anmietung Rastede ergibt, in die zivilrechtliche Haftung nehmen kann. Wir meinen, es müssen alle, aber wirklich alle Schritte unternommen werden, um hier auch diesen Geschäftsführer der GeNo in die Haftung zu nehmen.

(Beifall)

Die Geschäftsführung des Klinikums Bremen-Ost, so sagen wir, hat als Kollektiv versagt. Die Rechte und Pflichten waren zwar bekannt, aber waren nicht geläufig, wurden nicht gelebt. Trotz Kenntnis von Missständen sind keine gegenläufigen Entscheidungen

(A) in den Geschäftsführungen zustande gekommen. Das hat mit Verschulden, sagen wir Verantwortung, auf der einen Seite zu tun, auf der anderen Seite aber auch damit, dass Herr Lindner ein ganz raffiniertes System der Günstlingswirtschaft dort aufgebaut hat, indem er Leute dadurch an sich gebunden hat, dass er ihnen Vorteile verschafft hat, Chefarztverträge, hier ist schon ein Name genannt worden. Auch die Frau H., wie ich sagen würde, ist in dieses Geschäft eingebunden gewesen.

Herr Lindner hat sogar versucht, den Betriebsrat zu kaufen, hat ihm also angeboten: Ihr könnt meine Tantieme haben. Da ist er nicht zum Zuge gekommen, er hat das nicht gemacht. Aber es gab auf allen Ebenen Versuche, Leute an sich zu binden. Das ist also ein richtiger Betrüger, so muss man es sagen, so darf man es hier im Parlament auch diskutieren. Wir hoffen, dass die Anklage gegen Herrn Lindner möglichst bald beim Gericht eingehen wird. Er sitzt ja seit Anfang des Jahres in Untersuchungshaft, und die Staatsanwaltschaft hat noch bis Anfang Juni Zeit. Es gibt eine Frist von 6 Monaten, um die Anklage zu erheben. Wir gehen fest davon aus, dass das gelingen wird. Die Beweislage ist mehr als erdrückend, und vielleicht kommt es ja noch dazu, dass Herr Lindner angesichts dieser Beweislage auch dazu bereit sein wird, endlich ein Geständnis abzulegen und zuzugeben, was er hier alles angerichtet hat.

(B) Wir haben aber auch eine mangelhafte Organisation im Gesundheitsressort zu kritisieren, was die Aufsicht und Kontrolle über die Kliniken anging. Da muss es zu Verbesserungen kommen. Es lagen ja Informationen vor, denen nicht zeitnah genug nachgegangen worden ist, das muss besser werden. Es ist unklar geblieben, wann das Ressort wirklich zum ersten Mal Informationen über Unstimmigkeiten, Unregelmäßigkeiten in den Krankenhäusern erhalten hat. Es gab Behauptungen, die hätten schon Ende 2005 vorgelegen, das hat sich so nicht bestätigen lassen. Es bleibt sozusagen der Verdacht, der ist auch nicht ganz ausgeräumt, aber er hat sich nicht bestätigen lassen. Jedenfalls lagen Informationen Anfang 2006 vor, und denen hätte man damals zeitnäher als geschehen nachgehen müssen.

Das Stichwort Aufsichtsräte möchte ich noch erwähnen! Da haben wir festgestellt, dass die Aufsichtsräte ihre Aufgabe als eigenständiges Organ der Gesellschaft nicht wahrgenommen haben, sondern dass die Entscheidungen des Senats nur nachvollzogen worden sind. Es ist ja öffentlich und ordentlich kritisch diskutiert worden, ob wir diese Konstruktion im Krankenhausbereich brauchen. Der Bericht beschäftigt sich ausführlich damit, das ist aber nur eine Teilfrage.

Die andere Frage ist, und die ist viel wichtiger: Wie soll es mit der Struktur der bremischen Krankenhäuser weitergehen? Da sagen wir: Es muss vor allen Dingen darauf geachtet werden, dass die Existenz der vier Häuser, der vier kommunalen Kliniken in Bre-

men, an den Standorten gesichert wird. Das ist das Anliegen, das wir verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Dem hat sich alles andere unterzuordnen. Da müssen steuerrechtliche, mitbestimmungsrechtliche Fragen geprüft werden, um dieses Ziel zu erreichen. Aber eines ist klar, ich will jetzt gar nicht auf Einzelheiten eingehen, diese Konstruktion, so, wie wir sie jetzt gehabt haben, hat sich nicht bewährt, sie muss auf jeden Fall verändert werden. Ob am Ende aber eine Einheitsgesellschaft steht oder eine andere Form von mehreren Gesellschaften für die verschiedenen Standorte, das muss jetzt in Ruhe rechtlich und steuerrechtlich geprüft werden, das wird einige Zeit dauern.

Das haben wir als Ausschuss natürlich nicht leisten können, das war auch nicht unsere Aufgabe. Aber wir gehen davon aus, dass das Ressort diese Aufgabe erfüllen wird. Der Bericht liegt jetzt vor, er muss jetzt abgearbeitet werden. Wir geben auch noch Empfehlungen, was Einstellungsverfahren betrifft, polizeiliche Führungszeugnisse, Schufa-Unterlagen sollen geprüft werden und so weiter, das findet sich alles in dem Bericht wieder.

Ich bin ganz froh darüber, das wollte ich zum Schluss sagen, dass der Senat doch eine Reihe von Konsequenzen gezogen hat, die sich auf diesen Bereich beziehen. In dem Public Corporate Governance Codex für das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen hat der Senat unter anderem verabredet, und das ist uns mitgeteilt worden, dass die Geschäftsführergehälter künftig individuell und aufgeschlüsselt nach fixen und variablen Bestandteilen offengelegt werden sollen.

Das soll auch Aufsichtsratsentschädigungen betreffen. Das ist gut so. Der Aufsichtsrat soll regelmäßig seine Arbeit evaluieren und darüber berichten, auch das ist notwendig. Es wird auch darauf hingewiesen, dass eine verantwortungsvolle Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandates Zeit erfordert und dass die Zahl der Aufsichtsratsmandate, die ein Aufsichtsratsmitglied wahrnimmt, deshalb beschränkt werden sollte, damit er dieser Aufgabe auch wirklich nachkommen kann. Das ist auch ein wichtiger Beitrag.

Dann wird empfohlen, das finde ich auch richtig, man könnte auch sagen, das ist eine Aufgabe, die man an sich nicht hier durch Senatsbeschluss beschreiben muss, aber trotzdem ist es gut, dass es hier steht, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats angesichts der hohen persönlichen Verantwortung für ihre Arbeit ihre Kompetenz durch Fortbildung weiterentwickeln. In der kommenden Legislaturperiode, heißt es hier, gibt es dafür besondere Angebote.

Das ist gut, das ist übrigens kein Thema, das sich nur auf den Bereich der öffentlichen Gesellschaften beschränkt, sondern wenn man die Wirtschaftspresse

(C)

(D)

(A) verfolgt, ist das ein Thema, das generell bundes-, europa- und weltweit diskutiert wird. In der Privatwirtschaft gibt es auch Probleme mit der Wahrnehmung der Rechte und Pflichten von Aufsichtsräten, also auch dort kann man Anleihen nehmen.

Zum Schluss ist noch Gegenstand dieses Beschlusses, dass das Vier-Augen-Prinzip eingeführt werden soll, auch das ist dringend notwendig. Das ist eines der Ergebnisse der Arbeit unseres Ausschusses. Ich denke, hier ist eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, andere werden noch folgen. Insgesamt können wir sagen, wir haben als Parlament gut daran getan, diesen Ausschuss einzusetzen, und ich sage noch einmal an unsere eigene Adresse, wir haben als SPD auch gut daran getan, uns diesem Anliegen, das ja damals von den Grünen ausging, nicht zu verschließen, sondern uns dieses Anliegen zu eigen zu machen und aktiv daran mitzuwirken, hier Aufklärung zu leisten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

(B) Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich ganz zu Anfang herzlich bedanken bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, insbesondere bei Wolfgang Grotheer und Karoline Linnert, die beide schon gesagt haben, wie gut die Zusammenarbeit gewesen ist erstens bei der Arbeit in diesem Ausschuss und zweitens bei den Leistungen, die wir da erbracht haben. Diese können sich bei dem komplizierten Sachverhalt doch sehen lassen.

Frau Linnert hat es ja eben beschrieben in über 40 Minuten und ist noch nicht einmal richtig zu Ende gekommen, was den Bericht betrifft. Es war nicht ganz einfach, es ging nicht nur um einen Punkt, es ging um diverse Punkte, die sich dann aus diesem Untersuchungsauftrag, den wir bekommen haben, ergeben haben. Wir hatten ja selbst, glaube ich, nie gedacht, dass wir in so tiefe Abgründe hineinschauen würden. Da haben sich natürlich für uns ganz eigenartige und komische Dinge aufgetan, aber auch ein paar skurrile und ganz witzige Dinge, die natürlich in Wirklichkeit sehr traurig sind, weil das Ergebnis so traurig war.

Dass man auf so etwas hereinfliegen konnte, meine Damen und Herren, ist schon sehr abenteuerlich. Hereingefallen ist man deswegen, weil man von Anfang an die Kontrolle nicht richtig wahrgenommen hat und das Einstellungsverfahren nicht richtig begleitet hat. Wenn das richtig gelaufen wäre und dieses Versagen der persönlichen Führung des Ressorts

nicht gewesen wäre, hätte dieser Skandal gar nicht stattfinden können. (C)

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das muss man ehrlicherweise sagen, das ist der Hauptpunkt, der sich praktisch wie ein roter Faden durch die ganzen Ermittlungen zieht. Es ist beschrieben worden im Bericht, dass es angefangen hat mit dem Einstellungsverfahren von Herrn Tissen. Dieses Verfahren ist nicht transparent, es weist sehr viele Eigenarten auf, denn von Anfang an gesehen mit der Einschaltung des Personalberaters, der Auswahl von Kandidaten, ist alles perfekt gelaufen bis zu der Vorstellung Ende September/Anfang Oktober mit einem Auswahlverfahren, an dem auch noch Mitarbeiter der künftigen Gesundheit Nord, die gab es ja damals noch nicht, Herr Götsche und Frau Ebeling teilnahmen und außerdem Herr Kappes, der Personalberater, Herr Knigge, Herr Gruhl und Herr Thielbar, der ehemalige Geschäftsführer des Krankenhauses-Ost. Das war das erste Auswahlgremium, das hatte sich auf sieben oder acht Kandidaten geeinigt.

Da war zum Beispiel eine Besonderheit, dass bei diesen Kandidaten, die eigentlich vorgestellt werden sollten, auch der Geschäftsführer des Klinikums Links der Weser, Herr Dr. Stremmel, gewesen ist. Das ist jetzt hier noch nicht besonders angesprochen worden, aber Herr Dr. Stremmel ist in das Verfahren hineingekommen. Wir können es nicht ganz hundertprozentig klären, weil es da zwei total unterschiedliche Aussagen gibt. (D)

Herr Dr. Stremmel, hat gesagt, er hätte sich auf Biten von Herrn Dr. Gruhl beworben. Herr Dr. Gruhl behauptet, er hätte Gerüchte gehört, dass Herr Dr. Stremmel sich bewerben wolle, und hätte deswegen mit Herrn Dr. Knigge darüber gesprochen, ob er sich bewerben könne und solle oder wolle. Da hat es dann ein Gespräch im Krankenhaus Links der Weser gegeben, über das auch unterschiedlich berichtet worden ist. Herr Dr. Gruhl sagt, er darf sich bewerben, hätte er ihm gesagt, aber Herr Dr. Stremmel sagt, dieser sagte, er solle sich bewerben.

Bei dieser Sache, die nicht ganz aufgeklärt werden konnte, spielt eine besondere Rolle, dass die Geschäftsführer der vier Klinika sich wohl untereinander vorher darüber unterhalten haben, ob es überhaupt sinnvoll ist, dass sich einer der Geschäftsführer auf die Position des Holding-Geschäftsführers Gesundheit Nord bewerben solle. Dabei sei man wohl zu der Auffassung gekommen – das haben auch alle bestätigt –, dass man das nicht tun solle, weil das ja vielleicht zu Interessenkonflikten führen könne. Trotzdem sagte Herr Dr. Stremmel, er sei von Herrn Dr. Gruhl aufgefordert worden, sich zu bewerben. Herr Dr. Gruhl behauptet allerdings, er hätte von dieser Absprache nichts gewusst.

(A) Nachdem Herr Dr. Stremmel in das Verfahren gekommen war und von dem Personalberater Herrn Kappes als besonders geeignet herausgestellt worden ist – auf jeden Fall in die engere Wahl kommen sollte –, gab es plötzlich Proteste aus dem Kreis der Geschäftsführer, aber auch aus dem Kreis der Betriebsräte. Es existiert ein ganz interessanter Brief – den möchte ich auch noch einmal zitieren –, den der Betriebsratsvorsitzende des Klinikums Mitte, Herr Hollnagel, an Frau Senatorin Röpke geschrieben hatte.

„Uns ist zur Kenntnis gelangt, dass der Verwaltungsdirektor des Zentralkrankenhauses Links der Weser sich für die Position des Geschäftsführers der Holding beworben hatte. Unabhängig von der Qualifikation und Eignung erwarten wir, dass absprachegemäß keiner der derzeitigen Verwaltungsdirektoren der vier Krankenhäuser für die Besetzung ausgewählt wird. Diese Absprache sollte verhindern, dass es auf diesem Wege zu Vorteilsnahmen einzelner Häuser kommt, und macht außerdem Sinn für die erforderliche Neutralität, um die Wahrung der Interessen des gesamten Verbundes vertreten zu können.“

Meine Damen und Herren, das ist für mich eine ganz eigenartige Einflussnahme auf ein Bewerbungsverfahren, das völlig unabhängig sein müsste. Es ist aber, wie es scheint, nicht unabhängig und ohne Einflussnahme gegangen. Jedenfalls ist dann Herr Dr. Stremmel sofort von Herrn Dr. Knigge im Auftrag von Frau Röpke mit dem Verlangen nach Rückzug seiner Bewerbung angerufen worden, was er – weil er ein anständiger Mann ist – auch sofort gemacht hat, aber natürlich nicht ohne einen bitteren Nachgeschmack.

(B) Ich meine, einmal abgesehen davon, dass es vielleicht tatsächlich Gründe gegeben hätte, dass ein Geschäftsführer einer Klinik sich nicht auf diesen Posten bewirbt, so hätte man das jedenfalls eigentlich nicht unterbinden dürfen. Solche Absprachen, finde ich, sind auch nicht ganz im Sinne eines normalen, ordentlichen Bewerbungsverfahrens.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das muss man schon bemängeln!

Dann haben die vier Geschäftsführer der anderen Kliniken auf das weitere Auswahlverfahren natürlich weiter Einfluss genommen, denn es wurden dann drei ausgewählt, die dann auch vorgestellt wurden. Allerdings hat Herr Thielbar im Auftrag der anderen drei Geschäftsführer einen Brief verfasst und geschrieben: Die passen uns alle nicht, die wollen wir alle nicht haben! Deswegen muss nach etwas anderem sozusagen Ausschau gehalten werden, oder es muss etwas anderes passieren.

In dem Moment kam plötzlich der Name Tissen ins Spiel, von wem, das haben wir nach langer Recherche erfahren. Ob das wirklich so ist, wir können es

nur vermuten, dass es ein Vertreter der VAMED war, also ein Vertreter des Fresenius-Konzerns. Die Wittgensteiner Kliniken, bei denen Herr Tissen beschäftigt war, gehörten ja auch zum Fresenius-Konzern.

(C)

Herr Tissen behauptet zwar selbst, das stimme nicht, er hätte sich selbst bei Herrn Dr. Gruhl danach erkundigt, aber diese Aussage erscheint uns nicht glaubwürdig, weil es von anderen auch nicht bestätigt werden konnte.

Dann wurde der Personalberater Kappes eingeschaltet, der den Mann ja in seiner Kartei, ihn aber nicht empfohlen hatte. Frau Linnert hat es vorgelesen, warum er ihn nicht empfohlen hat. Er hat ihn ausdrücklich nicht empfohlen – er wusste, dass er in der Kartei war –, weil er eben nicht geeignet erschien. Weil er aber nun aufgefordert worden ist, Herrn Tissen in das Verfahren zu integrieren, hat er das auch gemacht, er hat auch einen alten Bericht, den er einmal für eine frühere Bewerbung geschrieben hat, dem Ressort rechtzeitig vor dem stattfindenden Gespräch am 30.10. übermittelt.

Dieser Bericht ist laut Herrn Dr. Gruhl allen Beteiligten dieses Auswahlverfahrens bekannt gewesen und ihnen vorgelegt worden, nämlich Frau Röpke, Herrn Dr. Nußbaum, Herrn Dr. Knigge und Herrn Dr. Gruhl. Das haben diese allerdings bestritten, sie haben gesagt, dass sie das nie gesehen hätten. Herr Dr. Gruhl behauptet allerdings, er hätte das vorgelegt. In diesem Bericht wird Herr Tissen beschrieben, er wird auch positiv beschrieben, weil er sich ja auf eine Stelle damals im März bei einem Diakonie-Krankenhaus beworben hatte.

(D)

Nach dem Gespräch am 30. Oktober hatte der Personalberater Kappes, das muss man nun ehrlicherweise sagen, ganz deutlich die Auffassung gewonnen, dass eine Entscheidung für Herrn Tissen gefallen sei, und hat sich aus dem Verfahren mehr oder weniger ausgeklinkt, ob nun berechtigt oder nicht. Jedenfalls hat er nichts Besonderes mehr unternommen, hat auch keine Referenzen über ihn eingeholt. Er hat uns in seiner Aussage gesagt, er sei davon ausgegangen, dass die Referenzen von woanders hergekommen seien, er wäre in das Verfahren empfohlen worden, und man wolle ihn wohl auch haben.

Auf Bitten des Ressorts hat er dann einen neuen Bericht verfasst, allerdings erst, als die endgültige Entscheidung gefallen war, nämlich am 19.11., dass Herr Tissen hier angestellt werden sollte. Der Bericht datiert vom 20. November. Darin beschreibt er ihn auch sehr positiv, nur im Gegensatz zu dem anderen Bericht, da hatte er von einem schlanken, mittelgroßen Mann gesprochen, schreibt er nun in diesem Bericht von einem kräftigen, überdurchschnittlich großen Mann. Er ist also in sechs Monaten ziemlich gewachsen und hat zugenommen!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das soll
vorkommen!)

(A) Aber ansonsten war der Bericht sehr positiv. Es zeigt sich, das stimmt, in dieser Sache hat Herr Grotheer recht, der Personalberater hat nichts mehr gemacht, nachdem er in das Verfahren integriert worden ist.

Das, glaube ich allerdings, kann man dem Personalberater nicht zu hundert Prozent anlasten, weil er eben davon ausgegangen ist, dass das schon erledigt sei mit den Referenzen, sie auch gar keine mehr haben wollten, weil sie auch gar keine angefordert haben. So blieb die Personalakte leer, meine Damen und Herren, und das ist der Anfang des Skandals! Das hätte überhaupt nicht passieren dürfen! Wenn dort anständig recherchiert worden wäre, wenn anständig die Referenzen und die Zeugnisse und alles überprüft worden wären, wenn nach dem Ausschreibungsverfahren genau darauf geachtet worden wäre, dass ein Studium, wie angefordert, vorhanden sein müsste, dann hätte es diese Einstellung nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es diese Einstellung nicht gegeben hätte, dann hätte es die weitere Einstellung, zu der ich jetzt komme, von Herrn Lindner auch nicht gegeben. Herr Lindner ist nur auf besonderen Druck von Herrn Tissen eingestellt worden. Uns haben alle, Herr Dr. Knigge, Frau Röpke, Herr Dr. Gruhl, gesagt, den mochten sie überhaupt nicht. Frau Röpke sagte: Der war mir so richtig unsympathisch, der Mann! Aber Herr Tissen, der hat sich so für den eingesetzt, der hat seine Hand für ihn ins Feuer gelegt und gesagt: Ich war mit dem bei Wittgenstein, das war alles super, und ich möchte auch einmal einen Mann meines Vertrauens haben, deswegen dürft ihr den nicht ablehnen!

(B) Was haben sie gemacht? Sie haben alle gesagt: Ja, okay, Herr Tissen, dann wollen wir das einmal so machen! Sie haben dann den Aufsichtsgremien diesen Mann vorgeschlagen, ohne die Referenzen besonders zu prüfen. Das ist natürlich ein besonderer Skandal, weil er sogar noch Zeugnisse vorgelegt hatte. Man hätte dort anrufen und sich erkundigen können. Dann hätte man allerdings feststellen können, dass die Firmen teilweise seit Jahren pleite sind und er gefälschte Adressen und Daten angegeben hatte. Wenn man bei Wittgenstein angerufen hätte, hätte man feststellen können, dass er dort auch schon unangenehm aufgefallen ist.

Das hat man alles nicht gemacht. Insofern hat man der Sache Tür und Tor geöffnet. Allerdings, das sage ich immer wieder, wenn man Herrn Tissen nicht genommen hätte, hätte man Herrn Lindner auch nicht bekommen. Das Verfahren Lindner war im Grunde genommen insofern eine Farce.

Man muss deutlich sagen, wenn ein Aufsichtsratsvorsitzender eine besondere Aufgabe hat, dann ist es die, Leitungspersonal einzustellen und auszusuchen. Herr Dr. Knigge war Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikums Ost und daher dafür zuständig, das

konnte er nicht Herrn Tissen von der Gesundheit Nord überlassen, er ist der Aufsichtsratsvorsitzende gewesen, und er hätte sich darum persönlich kümmern müssen. Im Gegenteil hätte er eigentlich Herrn Tissen nicht genehmigen dürfen, den auszusuchen, weil er sich ja selbst einen Mitgeschäftsführer in der Gesundheit Nord ausgesucht hat, und das ist natürlich unsinnig. Deswegen ist in diesem Fall auch die Hauptverantwortung bei der Ressortspitze und in diesem Fall bei Herrn Dr. Knigge zu suchen, meine Damen und Herren! Das muss auch so benannt werden, selbst wenn er schon zurückgetreten ist.

Jetzt will ich auf die vielen Einzelheiten der anschließenden kriminellen Tätigkeit von Herrn Lindner gar nicht eingehen. Die Angelegenheit mit den Beraterverträgen hat Frau Linnert ausführlich beschrieben, wie er sich dort selbst in die Tasche gewirtschaftet hat. Eines ist ganz klar, und das zeigt auch die Verbindung Tissen/Lindner, Herr Lindner hat am 1. März 2005 im Klinikum Ost angefangen, und Mitte April hatte er Herrn Tissen schon ein größeres Darlehen über die Siekertal-Klinik verschafft. Es hat also noch nicht einmal drei Wochen gedauert, da hatte er schon ein Darlehen von ihm bekommen.

Seine Frau, Frau Tissen, hat auch im April 2005 – Herr Lindner hatte sozusagen noch gar keine Wohnung, der Schreibtisch war gerade eingeräumt, der Kugelschreiber war da – schon einen Beratervertrag: 7000 Euro, um Sondernahrung zu verkaufen und Klinika und Ärzte zu beraten. Der Vertrag ist zwar mit der Siekertal-Klinik geschlossen worden, aber dafür ist nie gearbeitet worden, und es gab auch nichts Schriftliches, es ist also rein zusätzliches Geld gewesen, wofür gar nichts geleistet worden ist.

Frau Tissen hat uns gesagt, als wir ihr das vorgeworfen haben, das wäre ja eine Unverschämtheit, sie hätte ja schließlich immer dort gesessen und darauf gewartet, dass jemand kommt. Das wäre genauso, als ob man in einem Textilladen steht, es käme kein Kunde, und dafür würde man schließlich auch bezahlt als Verkäuferin. Das war ihre zynische Bemerkung dazu, dass sie 7000 Euro für Nichtstun kassiert hat, für das Gefügigmachen, anders kann man das ja gar nicht bezeichnen!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dann ist über die Kontrolle in dem Ressort gegenüber den Kliniken gesprochen worden. Es ist so angeklungen, na ja, das konnte man ja alles nicht wissen, was da passiert ist. Wir sind alle ein bisschen überrascht worden. Das kann man nach den Berichten, die wir recherchiert haben, eigentlich so nicht stehen lassen. Es gab viele Gerüchte in der Klinik, nicht nur in den Klinika, die Gerüchte sind auch an die Behörde weitergegeben worden, es haben mehrere Leute sehr viele Informationen gehabt. Teilweise

(C)

(D)

(A) haben sie uns gesagt, das war alles so geheim, das wollten wir lieber nicht weitergeben, und sie haben das in den Reißwolf getan, oder sie sagten, wir sind gebeten worden, das doch nicht weiterzuverwenden.

Das ist alles nicht glaubhaft, meine Damen und Herren, insbesondere deswegen nicht, weil es einen Vermerk von dem Abteilungsleiter Gesundheit, Herrn Dr. Gruhl, vom 10. März gibt, das ist lange, bevor sich herauskristallisiert hat, dass Herr Lindner dieser Betrüger ist, da wird darüber gesprochen, was alles nicht funktioniert in den Kliniken. Das ist ja auch eine Erkenntnis, die wir erst aus dem Untersuchungsausschuss heraus gewonnen haben. Wir wussten ja gar nicht, dass das in der Struktur überhaupt nicht funktioniert. Dass es in den Kliniken drunter und drüber geht, dass dort niemand miteinander kommuniziert, war uns alles nicht bekannt, als wir den Untersuchungsausschuss begannen!

Herr Dr. Gruhl schreibt dort: „Schwierigkeiten mit den Geschäftsführungen der Gesundheit Nord. Probleme werden fast auf allen Ebenen der Kommunikation gesehen. Erstens: Außenkommunikation aller Geschäftsführungen mit den Entscheidungs- beziehungsweise Beteiligungsinstitutionen außerhalb des Ressorts, innerhalb der Geschäftsführung der Holding, zwischen den Geschäftsführungen der Einzelklinika und der Holding, zwischen den Geschäftsführungen der einzelnen Klinika untereinander, zwischen den Geschäftsführungen einzelner Häuser. Die Holding tritt nach außen nicht mit einer einheitlichen Stimme auf, ohne klare Kommunikationsstrategie oder einfach nur unglücklich. Genügend Beispiele sind der Hausleitung längst bekannt.“

(B) Die Gesundheitsabteilung hat bereits mit einem Schreiben gegenüber der Hausleitung verdeutlicht, dass die Kommunikationsnotwendigkeiten zu den Kliniken, insbesondere in Richtung Klinikum Bremen-Ost, aber auch durchaus in andere Kliniken nicht im angemessenen Zeitraum beantwortet werden beziehungsweise keine Antwort erfolgt. Dies betrifft Bereiche der Aufsicht, der Investitions- und Landeskrankenhausplanung. Nichts funktioniert!

Eine Beurteilung kann durch die Hausleitung selbst erfolgen. Gemeinsam in der Holding zwischen den fünf Geschäftsführern verabschiedete Maßnahmen werden nur formal gemeinsam vertreten und nicht proaktiv umgesetzt. Strategieplan, Dangaster Kompromiss wird behindert in allen Krankenhäusern mit dem Ziel, alles wieder zurückzunehmen.“

Ein langer, langer Vermerk, der auf Umstände hinweist, die weit vor dem 10. März liegen, also im Jahre 2005 beginnen und zeigen, dass es drunter und drüber gegangen ist in den Klinika und dass die Ressortleitung nicht in der Lage war, der Sache Einhalt zu gebieten! Das ist das zweite schlimme Versagen, dass es möglich war, dass über eineinhalb Jahre nichts von dem passiert ist, was eigentlich notwendig gewesen

wäre, um das Strategiepapier zum Erhalt der Krankenhäuser umzusetzen!

(C)

Man könnte noch weitere Dinge anfügen und auch zitieren, aber ich glaube, es führt zu nichts. Wir müssen den Blick auch nach vorn richten, aber ich möchte noch eine Sache erwähnen: Herr Dr. Knigge hat dann versucht – sagt er –, nach seinem Kenntnisstand herauszubekommen, was es mit Herrn Lindner, den Kliniken und den Verträgen, die abgeschlossen worden sind, auf sich hat, bis er von mehreren Leuten darüber informiert wurde, dass es teilweise sogar schon Verlegungen in die Kliniken gab.

Im April wurde er informiert, dass es teilweise unterzeichnete Verträge gab mit der Siekertal-Klinik und Geschäftsbesorgungsverträge dann auch mit Rastede und dem Klinikum Bremen-Ost – diese waren noch nicht unterschrieben, aber sie lagen trotzdem vor, der Sache ist man nicht nachgegangen –, bis Herr Lindner ihm dann am 8. Juni sagen musste, nachdem es nicht mehr verschwiegen werden konnte, dass es Verträge gegeben hatte, die er aber wieder zurückgenommen hat.

Daraufhin, hat er uns gesagt, hätte er einen ganz bösen Brief an Herrn Lindner geschrieben, so etwas hätte er in seiner ganzen Laufbahn als Staatsrat noch nicht gemacht, und ihn aufgefordert, die Sache jetzt auch aufzuklären. Dieser Brief ist ganz harmlos verfasst, ganz nett geschrieben. Darin ist von Drohung überhaupt keine Spur, darin steht nur: „Zur Vorbereitung der Beratung des Aufsichtsrats in der nächsten Sitzung bitte ich um einen umfassenden Bericht zum Stand und zur geplanten Entwicklung der Rehabilitation und Anschlussbehandlung im Klinikum Bremen-Ost. Soweit eine Befassung des Aufsichtsrats nicht erfolgt ist, bitte ich um Darstellung der hierfür maßgebenden Gründe.“

(D)

Wenn das ein Brief ist, bei dem man vor Angst erzittern müsste, dann weiß ich nicht, was für Briefe er in den 14 Jahren, oder wie lange er dort gewesen ist, vorher geschrieben hat! Das jedenfalls würde einen überzeugten Kriminellen überhaupt nicht erzittern lassen! So sind die Dinge dort abgelaufen! Dort hat man wirklich harmlos reagiert!

Nun zu den Konsequenzen: Wir haben in dem Bericht sehr viele Empfehlungen gegeben, was die Arbeit des Aufsichtsrats, von Kontrollgremien und von Geschäftsführungen betrifft. Es sind Empfehlungen gegeben worden, dass Geschäftsführungen normal und laufend zu schulen sind und das Einstellungsverfahren geändert werden muss. Es kann nicht angehen, dass kein polizeiliches Führungszeugnis eingeholt wird. Es muss auch heute möglich sein, Erkundigungen einzuziehen über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir haben es bei dem total verschuldeten Herrn Lindner gesehen, was alles herauskommen kann. Die Aufsichtsräte müssen in die Lage versetzt werden, darüber Bescheid zu wissen, was in den Gesellschaften passiert, sie müssen auch rich-

(A) tig vorbereitet werden. Das hat in den Ressorts wohl auch nicht funktioniert, dazu muss es einen anderen Leitfaden geben. Was ganz wichtig ist, die Struktur der kommunalen Krankenhäuser – das ist auch angesprochen worden – kann so, wie sie jetzt ist, nicht weitergeführt werden!

Ich meine, es hätte schon längst etwas mehr passieren können als das, was wir bis jetzt haben. Nun gibt es einen Sonderbeauftragten, der das jetzt alles koordinieren soll, aber es ist dringend notwendig. Das sieht man auch an dem Vermerk, den ich vorgelesen habe. Es ist bis heute nicht besser geworden mit der Zusammenarbeit zwischen den Kliniken. Es ist nach wie vor so, dass, weil eben nichts Genaueres geklärt ist und die Leute auch nicht wissen, ob das Strategiepapier und der Dangaster Kompromiss wirklich auch weiter durchgesetzt werden sollen oder nicht oder ob es dort andere Dinge geben soll, alle abwarten und wie das Kaninchen auf die Schlange starren.

Wir haben Empfehlungen abgegeben! Wir haben nicht gesagt, wir müssen jetzt eine Einheitsgesellschaft gründen, wir wollen aber, dass die 4 Krankenhäuser, die kommunalen Krankenhäuser, erhalten bleiben in einer wirtschaftlichen Einheit, weil wir glauben, dass es eine solch große Identifikation mit den Stadtteilen, aber auch mit den Mitarbeitern gibt, dass es sich lohnt, alle 4 Krankenhäuser zu erhalten.

(B) (Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir meinen aber, dass es ganz viele Änderungen geben muss, um diese Struktur und auch so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Es muss zu einem einheitlichen Personalmanagement kommen! Das ist unweigerlich, es geht nicht anders. Wir haben es in den letzten Jahren festgestellt, alle haben uns gesagt, das funktioniert nicht. Jedes Krankenhaus stellt ein, wie es will, und koordiniert nicht. Das geht nicht! Es muss ein einheitliches Buchführungs- oder Finanz- und Controllingwesen geben! Es muss klar sein, wo Gewinne und wo Verluste erwirtschaftet werden, und die Klinika, die ordentlich wirtschaften, müssen in der Lage sein, teilweise ihre Überschüsse wieder zu reinvestieren, damit sie ihre Krankenhäuser sichern und verbessern.

Das sind einige Dinge, die wir aufgeschrieben haben. Ich finde es auch sehr gut, wenn wir einen Arbeitsdirektor haben. Wir haben uns mehrere Modelle angeschaut aus anderen Städten – aus München, aus Berlin –, wie solche Strukturen aussehen können, und ich würde doch sehr darum bitten, dass dies in die nächsten Überlegungen auch mit einbezogen wird!

Vielleicht kann man als Fazit sagen, wir haben mit dem Untersuchungsauftrag, den wir von Ihnen aus diesem Haus bekommen haben, eigentlich mehr herausgefunden, als in diesem Ausschuss in den einzelnen Fragen zuerst überhaupt möglich erschien. Uns

sind Dinge aufgefallen, die wir aus dem Ziemann-Bericht gar nicht herauslesen konnten. Der Ziemann-Bericht ist ein Bericht, der oberflächlich alles angesprochen hat, aber nicht ins Detail gegangen ist. Was wir dann alles im Detail erfahren haben, war abenteuerlich. Was wir auch über das Vorleben der Leute erfahren haben, haben wir hier noch gar nicht ausbreitet, das ist auch abenteuerlich.

Ich muss noch einmal auf den Anfang meiner Ausführungen zurückkommen. Wenn man ordentlich, nach normalen Kriterien eingestellt hätte, hätten wir uns in diesem Untersuchungsausschuss gar nicht mit diesen Dingen befassen müssen. Das hätte es alles nicht gegeben! Deswegen ist das Wesentliche, dass in den nächsten Jahren den Einstellungsverfahren besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die Einstellungspraxis verändert wird. Vieles ist schon in den neuen Personalleitfaden eingeflossen, muss dann allerdings auch überall kommuniziert werden, sodass auch überall so gehandelt wird.

Die anderen Punkte, die wir über das Gebaren – die Kommunikation, die Aufsicht und die Kontrolle – in den Krankenhäusern herausgefunden haben, sind Dinge, die wir eigentlich nicht untersuchen sollten. Wir haben sie aber herausgefunden, und sie müssen in den nächsten Monaten kurzfristig erledigt werden. Wenn wir das nicht erledigen, haben wir ein ganz großes Problem mit unseren kommunalen Krankenhäusern. Ich habe das PPP-Modell gar nicht angesprochen, weil es sonst noch länger dauern würde, aber wenn wir dieses Problem nicht sauber und ordentlich abarbeiten, bekommen wir große Schwierigkeiten in den Krankenhäusern, und das wollen wir nicht! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will jetzt, nachdem wir uns in den meisten Punkten über die Sachverhaltsdarstellung einig sind, noch einmal ein bisschen versuchen, mehr in Richtung politische Bewertung zu argumentieren. Wir haben zusammen festgestellt, dass weder Herr Tissen noch Herr Lindner mit einem ordnungsgemäßen Verfahren eingestellt wurden. Wenn man sich dann aber damit beschäftigt, was eigentlich die dahinter liegende Motivlage gewesen sein könnte, dann – das räume ich ein – muss ich hier mehr spekulieren, als wir es bisher, auch bei der Sachverhaltsdarstellung, gemacht haben, aber ich halte es trotzdem für notwendig.

Ich glaube – und es gibt auch Zeugenaussagen, die in solch eine Richtung gingen –, dass sich Bremen in den letzten Jahren auch und insbesondere bei dem starken Ausgründen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung dahin entwickelt hat, wirtschaft-

(C)

(D)

(A) liche Abläufe überzubetonen, und dass man auf Manager-Typen, die tough daherkommen und, ich sage einmal, ein großes Mundwerk haben – das war jedenfalls bei Herrn Tissen zweifellos der Fall –, schlicht und einfach hereinfällt. Man kann es auch einfacher sagen: Diese Regierung hat Bremen in eine Situation gebracht, in der die Wahrscheinlichkeit, dass man auf Blender hereinfällt, einfach ziemlich groß ist. Wir müssen uns zusammen anschauen, wie man es hinbekommt, ein sicheres Gespür zu entwickeln auch für die menschlichen Werte und Fähigkeiten, die wir von Menschen verlangen, wenn sie andere führen: Was können diese Leute, welche Führungsqualitäten haben sie eigentlich?

Es reicht nicht, irgendein ökonomisches Kauderwelsch herunterzubeten, das man in jeder PPP-Produktion, mittlerweile ist es wieder besser geworden, aber in Zeiten Roland Bergers eingetrichtert bekommen hat. Das reicht nicht aus! Führungspersönlichkeiten müssen auch in der Art, wie sie sich als Person präsentieren, auf ihre Eignung hin überprüft werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Mit dem Überbetonen wirtschaftlicher Abläufe geht auch ein Abwerten der Leute einher, die wir bisher hier hatten. Das ist auch nicht in Ordnung! Wenn über die braven und biedereren Verwaltungsdirektoren gesprochen wird, ist mir ehrlich gesagt jemand wie Herr Schmidt doch tausendmal lieber! Er hat seine Arbeit gemacht, er fährt keine Leute barsch an, er hat seinen Bereich halbwegs im Griff, er ist zu einem ehrlichen Wort imstande. Wie kann man es zulassen, dass eine Kultur einkehrt, in der man solche Menschen als brave, biedere Verwaltungsdirektoren bezeichnet? Das darf man nicht! Das sind unsere Leute!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Darauf nicht hereinfallen, das Eigene wertschätzen und eine Weiterentwicklung behutsam machen! Wir haben hier doch Leute, die bereit sind, sich auch zu verändern und zu bewegen, und das muss man fördern und darf ihnen nicht die ganze neue tolle Philosophie vor den Latz knallen! Die Frage, wie sehr ich mich dagegen wehre, wenn es dann schiefgeht, mit welcher inneren Haltung ich zu Herrn Dr. Knigge gehe und sage, wissen Sie was, diese Personalentscheidung richtet im Krankenhaus Bremen-Ost Katastrophen an, hat doch auch etwas mit damit zu tun, ob ich vorher jemand war, der wertgeschätzt wurde, dessen Urteil man vertraut hat und auf dessen Ressourcen wir hier gebaut haben!

Auch der Umgang mit Herrn Dr. Haack, das will ich hier auch noch einmal sagen, hat noch einmal eine andere Dimension, das war einfach schofelig. Da ist ein ärztlicher Direktor im Krankenhaus Bremen-Ost,

der sich über Jahre großes Ansehen erworben hat. Alle, die ihn kennen, wissen, dass er ein überaus anständiger, nachdenklicher Mann ist mit großen Führungsqualitäten für dieses Krankenhaus. Der geht zu Herrn Dr. Knigge und kommt mit Herrn Lindner nicht klar, er verlässt das Zimmer mit der klaren Ansage, vertragt euch, und wenn ihr euch nicht vertragt und es nicht zu der Rotation der Geschäftsführer kommt, dann musst du gehen. So geht man mit seinen eigenen Leuten einfach nicht um! Das muss man ernst nehmen, wenn es Konflikte gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

So hat gerade Herr Dr. Knigge massiv dazu beigetragen, dass Herr Lindner überall den Eindruck erwecken konnte, er sei von ganz oben, also von Herrn Knigge, aber dann auch darunter, nämlich von Herrn Dr. Gruhl, und dann noch einmal darunter, Herrn Tissen, gedeckt, und er könne machen, was er wolle.

Zur Gutachteritis möchte ich gern noch etwas sagen. Das gehört auch zu den Dingen, die der Ausschuss festgestellt hat und die weit über unseren Untersuchungsbereich hinausreichen, sie hängt aber ein bisschen mit dem zusammen, was ich gerade gesagt habe. Wir haben in allen Ressorts, in allen Institutionen kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Teil auch gut bezahlt, auch Justiziere zum Beispiel.

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Die verdienen viel Geld!)

Die verdienen viel Geld, und das ist auch in Ordnung! Wir haben es uns abgewöhnt in dieser Stadt, in diesem Bundesland, auf die Kompetenz dieser Leute zurückzugreifen. Was machen wir denn da? Welch ungeheuerliche Dummheit und Verschwendung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Als ich hier gehört habe, Entschuldigung, das ist auch nicht Untersuchungsauftrag gewesen, dass Herr Hilker schon wieder mit 100 000 Euro ausgestattet ist für Gutachten und durch die Gegend läuft, da habe ich gedacht, macht doch einfach einmal einen runden Tisch, macht ein bisschen Öffentlichkeit, lasst uns doch einmal darüber reden, wo die Leute die Probleme sehen, und zwar so, dass man es diskutieren kann und nicht überall interessengeleitete Leute von außerhalb sind! Sie hätten die sehen müssen vor dem Ausschuss. Da kommt man auch wirklich ins Grübeln, welche Personengruppe sich mittlerweile teilweise zusammengerottet hat.

Ich will sie bestimmt nicht alle hier in die Pfanne hauen, es gibt auch sinnvolle Gutachten, die man ver-

(C)

(D)

(A) geben kann. Aber wir hatten den Eindruck, es wird gar kein Problem mehr selbst gelöst, sondern es gibt einen völlig selbstverständlichen Reflex, gib es nach außen, dann ist es schon gut, und vor allen Dingen erzählen die mir auch, was ich hören will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum sind so viele Hinweise verpufft? Ich glaube auch, dass man hier vielleicht weniger schonend sagen muss, dass es im Ressort eine Haltung gab, was nicht sein darf, das nicht sein kann. Es gab ja Kritik und Hinweise, und natürlich ist es richtig, dass im Moment in der Öffentlichkeit zu Recht diskutiert wird, dass dieses Ressort auch noch mit einem einzigen Staatsrat ausgestattet ist, das auch noch wollte, denn mehr Macht ist ja besser, als sie zu teilen, aber diesen großen Aufgaben so gar nicht gewachsen sein kann. Es ist auch Verdienst unseres Ausschusses, das festgestellt zu haben.

Es ist auch richtig, dass Herr Tissen Menschen eingeschüchtert hat. Es ist auch richtig, dass Herr Linder alles getan hat, damit Intransparenz herrscht und möglichst niemand etwas finden kann oder von Dingen etwas erfährt. Es ist auch richtig, dass Herr Lindner sich Personen gewogen gemacht hat und sich auf die Ressortspitze berufen hat. Aber es gab auch eine Kultur im Ressort, Probleme möglichst nicht wahrzunehmen, weil man nämlich das große politische Ziel verfolgen wollte, den Masterplan nicht zu gefährden, keine Diskussion über den Neubau für das Krankenhaus zu führen, um den von uns gewünschten Neubau für das Krankenhaus Mitte nicht zu gefährden. Deshalb hat man sich so lange die Ohren zugestopft, weil schlechte Nachrichten im Krankenhausbereich dieses politische Ziel möglicherweise gefährdet hätten. Das war nicht in Ordnung!

(B) Es gibt aus unserer Sicht drei große Mängelbereiche: Das ist einmal die Ressortspitze im Gesundheitsbereich, das ist einmal im Krankenhaus Bremen-Ost selbst, und das ist der Aufsichtsrat. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass auf Seite 161 in dem Bericht noch einmal ganz deutlich steht, dass der Verwaltungsaufbau des Gesundheitsressorts ineffizient war. Es gab keinen einheitlichen Verwaltungsaufbau für die Kontrolle und Steuerung der Krankenhäuser, Informationen flossen nicht zusammen. Unter diesen Bedingungen, so, wie die Gesundheitsverwaltung aufgebaut war, konnte das nur schiefgehen, früher oder später.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eben so, dass diese Regierung sich neben allen ankreiden lassen muss, dass sie massenweise GmbHs ausgegründet hat, ohne sich trotz Staatsgerichtshofurteil, das die Grünen erwirkt haben, Gedanken darüber zu machen, wie man vor diesem Hintergrund eine ausreichende Steuerung und Kontrolle des Staa-

tes erwirken kann. Vielleicht können wir jetzt ein bisschen dazu beitragen, dass es besser wird.

(C)

Es ist ja auch langsam angekommen, das Beteiligungshandbuch begrüße ich ausdrücklich, es beinhaltet viele Verbesserungen. Auch noch einmal einen Dank an das Finanzressort, das da Hand in Hand mit uns gearbeitet hat, nicht gegen uns und nicht immer erzählt hat, wer hat es zuerst erfunden! Aus grüner Sicht ist es aber so, dass die Regeln im Beteiligungshandbuch für verpflichtend erklärt werden sollen. Frau Senatorin Röpke sagte dem verblüfften Ausschuss, ja, das waren ja irgendwie Empfehlungen. Das geht so nicht! Die Empfehlungen sind Pflicht, und wer davon abweicht, unterliegt einer Begründungspflicht und muss das im Haushaltsausschuss oder in der Fachdeputation sagen, so sehen wir das.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch nicht richtig, dass Herr Dr. Knigge sich darauf zurückzieht, er habe zu viel vertraut. Er ist verantwortlich gewesen dafür, dass es einen völlig insuffizienten Verwaltungsaufbau im Gesundheitsressort gegeben hat, wo allein die Aufgabenbeschreibung für Herrn Dr. Gruhl nicht klar gewesen ist, wo nicht sicher war, wer jetzt für was zuständig ist, sondern da gab es so viele geheime Trampelpfade, dass man sich in dem ganzen Gestrüpp eigentlich überhaupt gar nicht begegnet ist, und es war dann auch niemand mehr wirklich verantwortlich.

(D)

Im Krankenhaus Bremen-Ost hat das Führungsteam nicht funktioniert, Frau Hilmer, Herr Dr. Haack und Herr Lindner, das wurde hier angesprochen. Da, glaube ich, muss man unbedingt dazu kommen, Menschen auch dabei zu helfen, dass sie im Ernstfall einer Konfrontationskultur gewachsen sind. Aus unterschiedlichen Gründen waren sie es nicht. Wir sagen ja im Bericht, dass es Schulungen geben muss für die Gesellschaften, wenn sie überführt werden. Hier hätte es, glaube ich, gut getan, dass man den Geschäftsführern, die ihre Rechte formal kannten, aber letztendlich in sich keine Freiheit hatten, gegen Herrn Lindner wirklich die Glacéhandschuhe auszuziehen, dabei hilft und ihnen Verfahren zeigt, wie man so etwas hätte machen können, um damit durchzudringen.

Die Aufsichtsräte! Da, finde ich, schonen wir uns selbst nicht, wir als Abgeordnete in Aufsichtsräten. Auch wir nutzen unsere Rechte nicht ausreichend und haben nicht ausreichend reflektiert, dass wir Rechte und Pflichten haben. Aber als Allererstes geht es um den Aufsichtsratsvorsitzenden, und da stellt der Untersuchungsausschuss auf Seite 154 seines Berichtes fest, ich zitiere: „Der Ausschuss stellt fest, dass Dr. Knigge trotz der aufgeführten zahlreichen Hinweise auf die Vorkommnisse im Krankenhaus Bremen-Ost seiner Pflicht als Aufsichtsratsvorsitzender nicht hinreichend nachgekommen ist.“

(A) Wir alle müssen lernen, wenn wir in Aufsichtsräten sitzen, welche Funktion wir da haben, welche Instrumente wir nutzen können und dass wir auch in der Haftung sein können, wenn wir da unsere Arbeit nicht machen. Es wäre jederzeit möglich gewesen, Sondersitzungen einzuberufen, all das ist unterblieben.

Das Beteiligungshandbuch verpflichtend machen, Abweichungen müssen besonders erklärt werden, Aufsichtsräte und Geschäftsführer schulen, und zwar sowohl in fachlicher Hinsicht – das steht im Bericht – als auch in allgemein rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht! Da bin ich der festen Auffassung, dass sich das Finanzressort in den nächsten Jahren da deutlich besser aufstellen muss, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. GmbHs gründen und sich nicht richtig darum kümmern, das erzeugt nicht nur diese Katastrophe wie in den Krankenhäusern, sondern noch viele andere mehr.

(B) Ich will gern, weil das ja das politisch brisanteste Thema ist, auch darüber sprechen, was ich über die Vorgeschichte der Planungen für den Masterplan und für den Neubau Mitte denke, und wie ich glaube, wie es da weitergehen kann! Aus meiner Sicht hat der Ausschuss auf jeden Fall ein hohes Maß an Intransparenz gefunden und wenig Offenheit gegenüber Problemen. Diese Philosophie im Gesundheitsressort hat sich leider auch in den Planungen für den Neubau Mitte wieder niedergeschlagen. Normalerweise wäre es so, wenn ein Krankenhaus neu gebaut werden muss, dass man dann ganz frühzeitig die politischen Gremien informiert, dass Investitionsmittel angemeldet werden und sie in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden, dass man es gegen andere Finanzentscheidungen abwägt. Nichts von all dem ist passiert!

In Artikel 79 Landesverfassung, das möchte ich hier kurz zitieren, heißt es: „Der Senat ist verpflichtet, die Bürgerschaft bei der Standortplanung und der Durchführung von Großvorhaben frühzeitig und vollständig zu unterrichten.“ Wir als Ausschuss wissen, dass schon vor dem Jahr 2003 feststand, dass das Krankenhaus Bremen-Mitte aus Not natürlich darauf lossteuert, eine PPP-Finanzierung für den geplanten Neubau zu machen. Diese frühzeitige Entscheidung ist nirgendwo in der Öffentlichkeit debattiert worden. Sie ist in keiner Finanzplanung aufgetaucht. Der Haushaltsausschuss wurde nicht informiert und die Öffentlichkeit auch nicht, sondern die Herren Gruhl, Knigge und Bremermann haben sich das, ich unterstelle keine unlauteren Motive, aber sie haben es sich einfach überlegt, weil sie gar nicht wissen und vergessen haben, dass sie nicht der Souverän und der Haushaltsgesetzgeber sind, sondern weil sie so gearbeitet haben: Was wir wollen, soll Gesetz werden, und das ist auch auf jeden Fall richtig!

12 Millionen Euro Vorarbeiten sind in die PPP-Entwicklung des Neubaus geflossen. Ich bin einmal gespannt. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass

(C) da ein großer Fehler passiert ist. Ich bin auch der Auffassung, dass das frühe Festlegen auf die PPP-Finanzierung schon vor dem Jahr 2003 gegen die Verfassung verstoßen hat und dass die vom Haushaltsgesetzgeber vorgesehene Wirtschaftlichkeitsberechnung und die Vorplanung nicht richtig gemacht worden sind. Das ist nicht in Ordnung.

Es ist auch so, dass man zum Teil auch ohne Ausschreibung Firmen frühzeitig an Planungen beteiligt hat, es Beraterverträge gegeben hat von Firmen, die man aus unserer Sicht nicht hätte beteiligen sollen, wenn man jeden Anschein vermeiden will, dass das Verfahren nicht korrekt läuft.

Ich möchte gern noch auf einen Punkt eingehen, der hier in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt hat, nämlich bei dem letzten Untersuchungsausschuss zu Zech ging es um die Frage, wie erreicht werden kann, unser Verwaltungsverfahren korruptionsfest zu machen. Auch das ist eine ganz bittere Erkenntnis des Untersuchungsausschusses. Niemand, bei all dem, was da durch die Gegend schwirrte an Verdächtigungen, Halbwahrheiten und Halbwissen, keiner dieser Akteure ist auf die Idee gekommen, die Innenrevision einzuschalten, die Grünen übrigens auch nicht. Nach dem, was wir alles erfahren haben, habe ich gedacht, das kann ja wohl nicht wahr sein, was machen wir denn jetzt! Da ist auch der erste Impuls gewesen, okay, dann eben Akteneinsicht, wenn wir gar nicht weiterkommen. Das geht so nicht!

(D) Wir haben die Antikorruptionsstelle des Innensekretärs, und wir müssen uns ganz viel einfallen lassen, damit in allen bremischen Institutionen ein Wissen über die Arbeit dieser Antikorruptionsstelle ankommt und damit das zum ganz normalen Handwerkszeug aller leitenden Mitarbeiter und für alle kenntlich wird, dass man sich an diese Stelle wenden kann, wenn man einen Verdacht hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Zur Struktur der Holding! Das ist ja die Frage aller Fragen, wie soll es mit der Holding weitergehen. Ich bin nicht der Auffassung, dass der Ausschuss zweifelsfrei festgestellt hat, dass es an der Struktur der Holding gelegen hat. Es hat auf jeden Fall ganz viel an der Person Tissen gelegen. Weil sich das so überlagert, ist nicht mehr wirklich herauszufinden, was jetzt eigentlich Verschulden der Struktur ist und was es einfach nur mit diesem Mann geben konnte.

Was ungut ist, Frau Winther, das finde ich auch, ist, dass die Geschäftsführer der Krankenhäuser gleichzeitig die Geschäftsführung der Holding darstellen. Damit sind sie selbst in einem Interessenkonflikt. Sie sollen als Geschäftsführer der einzelnen Krankenhäuser deren Interessen wahren, diese Krankenhäuser stark machen und sie einzeln profilieren. Gleichzeitig müssen sie dann für das Ganze denken. Ich glaube,

(A) dass das nicht geht und dass das Verantwortung verwischt.

Aber die Grünen sind nicht der Auffassung, dass die Lehre aus dem Ausschuss ist, dass man einen Einheitsbetrieb machen sollte. Wir brauchen die Motivation und die Identifikation der Menschen mit ihren Häusern vor Ort. Das gilt auch und insbesondere für Mitte. Wir brauchen Anreize vor Ort für wirtschaftliches Verhalten, und wir brauchen vor allen Dingen auch eine bessere Einbeziehung von ärztlichem Sachverstand in die Entscheidungen, die in der Zukunft getroffen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen wünschen sich einen parlamentarischen Krankenhausausschuss in der Zukunft. Dieser muss nicht für ewige Zeiten bestehen, sondern er soll in der jetzigen Situation, die ja in der Tat unbestreitbar schwierig und verfahren ist, erstens eine bessere Kontrolle über das Ressort ausüben und soll zweitens möglich machen, das zu politisieren, was passiert. Die Bedeutung der Krankenhäuser ist in den letzten Jahren einfach unterbewertet worden. Sie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sind der zweitgrößte Bremer Arbeitgeber, und wir haben ganz große Zukunftschancen in diesem Bereich. Ich möchte gern, dass das Parlament sich dem auch konzeptionell annimmt mit einem Parlamentsausschuss, in dem wir freier von Ressortinteressen agieren können und in dem das Parlament sagen kann, dahin soll die Reise gehen.

(B)

Abschließend kann ich nur sagen, Frau Senatorin Röpke ist zu Recht und mit Grund zurückgetreten, und sie hätte auch, wenn sie nicht wegen Kevin zurückgetreten wäre, wegen dieser Sache zurücktreten müssen. Das Ressort war nicht so aufgestellt, in keiner Art und Weise, dass es seine Aufgaben erledigen konnte. Es ist auch so, dass die Entlassung von Herrn Knigge zu Recht erfolgt ist.

In der Zukunft muss man diesen Bereich neu aufstellen, und zwar ganz von vorn, und das wird sehr mühselig. Es muss eine Kontrolle und Steuerung durch das Ressort sichergestellt werden. Es muss sichergestellt werden, dass wieder politische Entscheidungen fallen, der Senat wurde ja gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Anstatt für Transparenz zu sorgen, hat man versucht, alles hinter den Türen dieses Ressorts hinzubekommen.

Man muss es schaffen, eine Kultur der Offenheit und Transparenz für die Öffentlichkeit und für das Parlament zu schaffen. Das ist in diesem Ressort unterbelichtet, weil Leute sich selbst mit dem Souverän verwechseln. Das ist ein ganz tiefer Tanker. Man wird Jahre brauchen, um so eine Kultur und Philosophie zu ändern. Nur mit einem offenen Diskurs über Lösungen für unsere Krankenhäuser und wie wir den geplanten und wichtigen Neubau für das Kranken-

haus Mitte schaffen wollen, können wir unsere Krankenhäuser zukunftsfähig aufstellen. – Danke!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP) : Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte meine Ausführungen mit einem Lob beginnen. Frau Linnert, Sie haben es zusammen mit den weiteren Mitgliedern des Untersuchungsausschusses trotz der knapp bemessenen Zeit sicherstellen können, dass wir heute und damit noch rechtzeitig vor Ende der Legislaturperiode über die Ergebnisse der Untersuchung beraten können, und das auf der Grundlage eines ausführlichen, ich möchte sogar sagen, bitteren und auch eines ehrlichen und schonungslosen Berichts mit vielen Antworten. Das finde ich sehr lobenswert, das möchte ich hier auch ausdrücklich betonen. Das waren selbstverständlich die Zielsetzungen bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, das war auch erhofft, aber es war nicht unbedingt zu erwarten.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Loben möchte ich auch die Verwaltung, die ihren Teil zu der erfolgreichen Arbeit beigetragen hat. Frau Linnert hat vorhin bei ihrer Berichterstattung das schon ausreichend gewürdigt. Ich muss es deswegen hier nicht wiederholen, ich möchte mich diesem Lob und diesem Dank ausdrücklich anschließen.

(D)

Sowohl die Bürgerschaft als auch die Fraktionen sind mit den beiden parallel laufenden Untersuchungsausschüssen an die Grenze ihrer Möglichkeiten gegangen. Die normale Arbeit in der Bürgerschaft, in den Ausschüssen und in den Deputationen musste ja weitergehen. Es gab nach meinem Eindruck zwar gelegentlich ein leises Stöhnen über die hohe Arbeitslast, Frau Linnert sprach vorhin von beachtlichem Arbeitspensum, das kann ich nachvollziehen, wenn ich die Ergebnisse sehe. Insgesamt aber hat es keinen Stillstand in der Arbeitserledigung gegeben, allenfalls leichte Verzögerungen hier und da, wenn ich zum Beispiel an verzögerte Protokolle oder so etwas denke. Hierfür möchte ich meine ausdrückliche Hochachtung der Verwaltung gegenüber erklären.

Loben möchte ich auch die Tatsache, dass der Abschlussbericht ein geeintes Ergebnis gebracht hat, man also der nahe liegenden Versuchung widerstanden hat, das Thema „Klinikskandal“ parteipolitisch auszuschlachten und in den Wahlkampf hineinzuziehen. Das gilt gleichermaßen auch für den Kindeswohl-Abschlussbericht, den wir morgen beraten werden. Auch dies muss lobend hervorgehoben werden, weil

(A) so etwas zu Wahlkampfzeiten nicht selbstverständlich ist. Ich hoffe, dass dies – heute konnte man das ja schon nachvollziehen – auch morgen in der Debatte so bleibt, trotz heißer Wahlkampfzeiten. Ich will mich ebenfalls an diese Zurückhaltung halten.

Zu den Fakten und Abläufen, die untersucht wurden, muss ich hier nicht viel sagen, das wurde im Bericht, in den Medien, auch in den Debattenbeiträgen und in dem Bericht von Frau Linnert heute Morgen, schon breit genug ausgeführt. Für mich hat sich hier, wenn ich das noch einmal als Resümee rekapituliere, ein Abgrund von Versagen, insbesondere auf den persönlichen Ebenen, aufgetan. Das schreit regelrecht nach der Staatsanwaltschaft und nach strafrechtlichen Ermittlungen, unabhängig von dienstrechtlichen Konsequenzen, die das unter Umständen auch noch haben kann.

Es ist jetzt notwendig, das ist das Entscheidende für mich, aus dem, was geschehen ist, und dem, was wir in den Berichten nachlesen können, dem, was an Feststellungen getroffen und als Empfehlungen gegeben worden ist, die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen und Anpassungen vorzunehmen. Sicher gibt es da bei Einzelheiten unterschiedliche Betrachtungen und Wertungen, aber das sollte nicht verhindern, dass es bei den zu ziehenden politischen und organisatorischen Schlussfolgerungen zu einer möglichst breiten Übereinstimmung kommt.

(B) Die Empfehlungen des Ausschusses, damit möchte ich mich hier jetzt ausschließlich beschäftigen, erfolgen mit großer Einmütigkeit, das ist gut so! Ich kann mich diesen Empfehlungen ebenfalls anschließen, insbesondere der Empfehlung zum Einstellungsverfahren, darüber ist heute schon breit diskutiert worden, und wir sind auf die Schwachstellen und einige Neuerungen hingewiesen worden. Dem kann ich mich ausdrücklich anschließen.

Auch die Empfehlungen zur inneren Organisation und zur Führung der Kliniken, zur Korruptionsbekämpfung, zu den Beraterverträgen und zu den Wirtschaftlichkeitsberechnungen finden wir richtig, und dem gilt unsere ungeteilte Zustimmung. Die Ausführungen zur Verantwortlichkeit der Ressortspitze sind ebenfalls richtig, sie decken sich im Übrigen mit dem, was ich schon bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gesagt habe, damals allerdings noch nicht auf der Basis einer solchen Untersuchung, sondern aufgrund von Vermutungen, die sich im Zusammenhang mit diesen Dingen ergeben haben.

Der Rücktritt des Staatsrats Knigge war eigentlich die falsche Antwort. Beamte können gar nicht zurücktreten, das habe ich damals auch gesagt, sie können nur entlassen werden, aber das ist eine andere Ebene. Zurücktreten kann nur die Senatorin, damals die verantwortliche Senatorin, dieser Rücktritt hätte schon damals erfolgen müssen, das habe ich damals gesagt,

und das wird durch die Berichterstattung heute ausdrücklich bestätigt. Von mangelhafter Organisation und Aufsicht der Kontrolle war hier die Rede, ich kann das nur nachträglich unterstützen, und deswegen müssen aus diesen Dingen die richtigen, die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Als Bremerhavener Abgeordneter könnte ich mich bei den Strukturüberlegungen zur Krankenhauslandschaft in Bremen zurückhalten und das, was im Bericht zur Struktur der kommunalen Krankenhäuser gesagt wurde, nicht weiter kommentieren. Ich glaube aber, dass der Krankenhausbereich zu sensibel und für die Zukunft der Stadtgemeinde Bremen zu bedeutsam ist, um sich hier der Stimme zu enthalten. Zudem drängen meine Bremer Parteifreunde darauf, doch hierzu auch etwas zu sagen.

Nach der Lektüre des Berichts muss man zu der Überzeugung kommen, dass die Konstruktion der Gesundheit Nord in keiner Weise zu einer Lösung der Probleme beigetragen hat. Stattdessen wurde nur eine neue Verwaltungsebene eingeführt, die es erschwert hat, Zuständigkeiten zuzuordnen und finanziellen Durchblick zu schaffen. Die Frage muss erlaubt sein, ob es sich dabei nicht nur um einen Wasserkopf handelte oder ob noch anderes dabei im Spiel war.

Bremen braucht die einzelnen Klinikstandorte, muss ihnen dort Zuständigkeiten geben, wo es sinnvoll ist. In diesem Punkt stimmt die FDP mit den Empfehlungen unter Nummer vier des Berichts vollständig überein. Die Synergieeffekte, die man sich durch die Holding versprochen hat, sind nicht eingetroffen, sie waren auch kaum zu verwirklichen. Es gibt unklare Zuständigkeiten, zu viele Entscheidungsebenen und ein zu starres Personalkonzept, einschließlich der Beschränkungen, die das bremische Personalvertretungsgesetz möglicherweise an dieser Stelle bringt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Gilt nicht!)

Bei der GmbH-Lösung gilt das Betriebsverfassungsgesetz, richtig, das ist klar.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Gilt in ganz Deutschland, Herr Wedler! Stellen Sie sich das vor!)

Das gilt in ganz Deutschland, aber gleichwohl sind das Verständnis und die Interpretation dieses Gesetzes natürlich dem PVG folgend. Im Übrigen galt vorher, als die Häuser noch städtische Einrichtungen waren, natürlich das PVG. Das Denken in diesen Kategorien hat sich fortgesetzt, insofern gibt es da keinen Unterschied.

Eigenständige Einheiten hätten wesentlich effektiver wirtschaften können. Synergieeffekte können auch mehrere selbstständig wirtschaftende Kliniken durch Zusammenarbeit erzielen, wenn sie dem ent-

(C)

(D)

(A) sprechenden Wettbewerbsdruck ausgeliefert sind. Ein gemeinsamer Konzern ist nur sinnvoll, wenn die einzelnen Kliniken wirklich bereit sind, Kompetenzen abzugeben. Daran hat es aber ganz offensichtlich gefehlt.

Wir Liberalen stehen für selbstständige Kliniken, die in ihren Stadtbezirken verankert sind und selbstständig wirtschaften können. Sowohl den Klinikleitern als auch den Betriebsräten ist zuzutrauen, dass sie die Notwendigkeiten erkennen und angemessen zusammenarbeiten. Die Krankenhausbedarfsplanung des Landes mit Aussagen auch für Bremen ist das angemessene politische Instrument, um eine gute Versorgung für die bremische Bevölkerung zu garantieren.

Auch die Empfehlungen zur Aufsicht und Kontrolle werden von uns geteilt. Wiederholt haben sich die bestehenden Regelungen als problematisch herausgestellt. Das weisungsgebundene Mandat ist nicht hinnehmbar. Eine effektive Kontrolle findet so im Zweifel nicht statt. Wir fordern von der Wirtschaft zu Recht unabhängige Aufsichtsräte. Dann müssen wir uns in der Politik ebenfalls daran halten!

Vollkommen zu Recht fordert der Bericht eine angemessene Schulung der Aufsichtsräte, und wenn wir ehrlich sind, fehlt vielen Abgeordneten der Einblick in die Tätigkeit eines Aufsichtsrats. Aufsichtsräte müssen darauf vorbereitet sein, was sie erwartet und welche Aufgaben sie haben, das ist vorhin auch schon betont worden. Politischer Proporz, was die Aufteilung und Zuordnung der Mandate angeht bei den Besetzungsverfahren für die verschiedenen Aufsichtsräten, ist jedenfalls nicht ausreichend, um diese Funktion wahrzunehmen.

(B) Eine Reform, die sicherstellt, dass zukünftig unabhängige, nicht weisungsgebundene und gut vorbereitete Vertreter in den Aufsichtsräten sitzen, wäre ein Kernpunkt der Lehren, die man aus dem Fiasko der letzten Jahre in diesem Bereich ziehen sollte.

Als Fazit möchte ich festhalten: Die Ergebnisse des Berichts sollten nicht mit dem heutigen Tage im Aktenschrank verschwinden, sondern auch in der kommenden Legislaturperiode und darüber hinaus von Senat und der Bürgerschaft beherzigt werden. Einige Empfehlungen sind schon umgesetzt worden, einige andere müssen noch umgesetzt werden. Das neue Strukturkonzept für die bremische Krankenhauslandschaft sollte sorgfältig unter Berücksichtigung der Ausschussempfehlung überdacht werden. Sorgfalt geht hier vor Schnelligkeit, denn es geht um viel, nicht nur um viele Patienten, sondern auch um viele Beschäftigte und am Ende natürlich auch um sehr viel Geld.

Es kommt also viel Arbeit in den nächsten Jahren auf die Politik und die Verwaltung zu. Ich wünsche allen Beteiligten daran ein glückliches Händchen und viel Erfolg im Sinne der Freien Hansestadt Bremen! – Vielen Dank!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Grotheer.

(C)

Abg. **Grotheer** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als der Kollege Wedler eben von seinen Freunden in der FDP sprach, sind einige zusammengesetzt und haben gefragt: Welche sind denn das?

(Heiterkeit)

Wir lesen in der Presse immer nur, dass es da großen Streit gibt. Das war aber nur eine kleine Bemerkung am Rande!

Ich denke, wenn wir hier über Verantwortlichkeiten sprechen, und damit beschäftigen wir uns ja, dann dürfen wir nicht ausblenden. Ich möchte Verantwortlichkeiten jetzt nicht kleinreden, das möchte ich voranstellen, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht, aber wenn wir über Verantwortlichkeiten in diesem Bereich des Gesundheitswesens reden, dann müssen wir sehen, dass es leider nicht nur in Bremen – wir haben ja auch eigene Erfahrungen, die schon 15 Jahre zurückliegen –, sondern auch in anderen Bundesländern immer wieder Vorfälle gibt, Skandale im Gesundheitsbereich, wo es Korruptionsfälle gibt, wo es Bestechlichkeit gibt und so weiter, also Dinge, die wirklich nicht schön sind. Man muss eben sehen, dass im Gesundheitsbereich sehr viel Geld umgesetzt wird.

Es sind zum Teil sehr undurchsichtige Strukturen, daraus kann man nur den Schluss ziehen, es ist ein Bereich, der anfällig ist, und wenn man das sieht, dann muss man umso genauer hinsehen und umso bessere Kontrollelemente finden und umsetzen, um Derartiges zu verhindern.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es ist auch eine der Konsequenzen, die wir in unseren Berichten diskutieren, wenn wir über die Frage, Dieter Focke hat es eben angesprochen, des Versagens der Führung sprechen, er hat das eben sehr in den Vordergrund gestellt. Ich finde, auch das ist richtig! Wir haben zum einen ein Versagen der politischen Führung, da sind aber Konsequenzen gezogen worden. Es ist also nicht die jetzige politische Führung, sondern Staatsrat Arnold Knigge hat die politische Verantwortung getragen, er hat das auch öffentlich erklärt,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die
Grünen]: Kann er gar nicht!)

und da muss man auch anerkennen, dass hier jemand zu seiner Verantwortung steht. Das tun wir jedenfalls auch.

Was aber nicht angeht, das will ich ganz deutlich sagen: dass man hier die Verantwortung der politi-

(A) schen Führung, die getragen wird, wo Konsequenzen gezogen werden, vermischt mit der Verantwortung nachgeordneter Mitarbeiter. Das kommt nicht hin. Ich denke, man muss da unterscheiden: Es gibt diejenigen an der Spitze, die die politische Verantwortung getragen haben, aber man kann nicht so tun, als ob dann sozusagen der Sachbearbeiter, der Zahlenkolonnen nachzuprüfen hat, auch eine politische Verantwortung zu tragen hat.

Dies sind Mitarbeiter, die abhängig sind von Anweisungen, von internen Strukturen, die sie wiederum nicht zu verantworten haben. Da bitte ich doch ganz genau hinzusehen und ein bisschen zurückhaltend zu sein! Ich kann mir auch vorstellen, dass in einem solchen Apparat gewissermaßen abgeschottete Bereiche vorhanden sind, wo man nur Teile von Informationen hat, aber nicht das große Ganze im Zusammenhang sehen kann. Von daher tun wir gut daran, den Blick in die oberen Etagen zu richten.

(B) Was die Frage der Absprache zwischen den Geschäftsführen betrifft und die Frage, ob es auch eine Absprache zwischen dem Ressort oder der Ressortspitze und den Betriebsräten gab, da muss ich ganz deutlich sagen: Nach dem, was wir herausgefunden haben im Ausschuss, ist es offen geblieben, ob diese Passage, die hier zitiert worden ist in dem Brief des Herrn Hollnagel an die Senatorin, dass absprachegemäß keine interne Besetzung erfolgen sollte, bedeutet, es gehe um die Absprache zwischen den Geschäftsführen oder um eine Absprache zwischen der Senatorin und den Betriebsräten. Nach meiner Erinnerung hat der Verfasser des Schreibens selbst diesen Brief so interpretiert, dass es um die Absprache zwischen den Geschäftsführen ging. Aber das ist am Ende offen geblieben, da sind beide Interpretationen denkbar.

Dann meine ich auch allerdings: Es ist nicht verboten, dass Senatoren, welche auch immer, mit Betriebsräten sich über die Frage auseinandersetzen, welche Geschäftsführer denn eingestellt werden sollen. Natürlich ist es auch die Frage der Kommunikationsfähigkeit, der Kommunikation zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat, was ein Eignungskriterium jedenfalls sein kann. Ich finde, das ist nicht zu geißeln, sondern das ist ein Aspekt, mit dem sich ein Senator in einem solchen Einstellungsverfahren auseinanderzusetzen hat. Einen Geschäftsführer, von dem zum Beispiel von vornherein feststeht, dass er nicht in der Lage ist, mit Betriebsräten zu kommunizieren, würde ich niemals einstellen. Das ist für mich, aus meiner Sicht jedenfalls, eine Eignungsvoraussetzung.

(Beifall bei der SPD)

Andererseits ist auch richtig, dass natürlich nicht nur ausschließlich darauf zu schauen ist, welche Vorstellungen die Betriebsräte haben. Sie sind zu beteiligen, ihre Argumente sind anzuhören, und man muss sich mit ihnen auseinandersetzen.

(C) Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass nach unserem Eindruck die Verwaltung, das Gesundheitsressort, nicht richtig in der Lage war, mit diesen neuen Strukturen, die mit der Privatisierung der kommunalen Kliniken eingeführt worden sind, umzugehen. Hier ist also der traditionelle öffentliche Dienst auf das private Recht, auf das GmbH-Recht, gestoßen, und man kann sagen: Das passte so nicht zueinander. Es benötigt offenbar einige Zeit, bis die öffentliche Verwaltung in der Lage ist, diese Instrumente zu handhaben: eine völlig andere Buchhaltung, ein anderes Rechnungswesen, andere Strukturen, ein anderes Mitbestimmungsrecht als im öffentlichen Dienst, Aufsichtsräte, die es in den Behörden nicht gibt.

Es gibt Abgeordnete, die eine ganz andere Funktion haben, das muss man lernen. Nun gibt es Bereiche in der bremischen Verwaltung, die sich mit dem privaten Recht auskennen und damit umgehen können. Im Gesundheitsbereich war es so, dass das nicht funktionierte. Wir müssen ganz klar sagen: Die Privatisierung der Krankenhäuser, die mit zu diesem Ergebnis beigetragen hat, war politisch von den Regierungskoalitionen gewollt. Vielleicht ist man dabei etwas über das Ziel hinausgeschossen.

(D) Wir sagen in unserem Bericht: Die Gesundheitsabteilung im Ressort muss gestärkt werden, damit auch politische Führung stattfinden kann. Die Gesellschaften müssen angeleitet und kontrolliert werden, das geht nur, wenn man sich mindestens auf Augenhöhe begegnet. Das heißt, das Fachwissen, das in den Geschäftsführungen der Krankenhäuser vorhanden ist, muss mindestens auch auf der Behördenseite vorhanden sein, damit man richtig miteinander sprechen kann. Anders kann es nicht funktionieren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Da gibt es Nachsteuerungsbedarf, das sehen wir so. Wir haben auch vorgeschlagen, dass eine Revisionsabteilung auf der Ebene des Senatsressorts eingeführt wird, eine Instanz, die Hinweisen jedweder Art nachgehen muss, wenn irgendetwas nicht zu stimmen scheint. Das ist in der Vergangenheit nicht so organisiert gewesen. Auch hier kann man die Kontrollmöglichkeiten noch verbessern, das sollte dann, bitte sehr, auch geschehen.

Frau Linnert, dann wollte ich noch einmal auf die Frage der Stimmbindung zu sprechen kommen! Sie haben das ja eben noch einmal erwähnt. Das war ein Thema, das uns sehr beschäftigt hat. Ich denke, mit etwas Distanz auch zu der Beweisaufnahme betrachtet ist es ein schwieriger Spagat, den der Senat versucht mit dem, was Sie als Stimmbindungserklärung bezeichnen. Es ist ja in Wirklichkeit nur eine Verfahrensregelung. Ein Abgeordneter, der als Aufsichtsrat den Vorgaben des Senats nicht folgen möchte, soll das anzeigen, und im Zweifel hat er sein Aufsichtsratsmandat sogar zur Verfügung zu stellen. Eine Stimmbindung in dem Sinne, dass ein Abgeordneter ge-

(A) zzwunden werden kann, mit rechtlichen Mitteln oder wie auch immer, in einer bestimmten Weise abzustimmen, gibt es nicht, aber er verliert dann das Aufsichtsratsmandat, dazu hat er sich verpflichtet.

Das ist ein Ergebnis des Widerspruchs zwischen der exekutiven Aufgabe, die der Senat wahrnimmt, und dem Mandat. Der Senat vertritt den Gesellschafter, die Bürger Bremens in den Gesellschaften, und die Aufsichtsräte sind Vertreter der Gesellschafter. Die exekutive Aufgabe auf der einen Seite und die Wahrnehmung des freien Mandats auf der anderen Seite hat man versucht, mit dieser Erklärung unter einen Hut zu bringen. Wir müssen sagen: Das ist nicht richtig gelungen! Jedenfalls haben alle Abgeordneten gesagt, dass sie sich in dieser Rolle unwohl fühlen.

Wir haben andererseits festgestellt: Es gibt Bereiche, die haben wir nicht untersucht, in denen die Abgeordneten als Aufsichtsräte mit ihrer Rolle zufrieden sind. Bei der BSAG hört man das, bei der Gewoba soll es so sein, aber im Krankenhausbereich war es nicht so. Also muss man schauen, ob man hier zu Veränderungen kommen kann. Wir haben nicht sagen können, es muss jetzt generell anders werden im bremischen Beteiligungswesen, aber für den Bereich der Krankenhäuser sagen wir, so wie es war, war es nicht in Ordnung.

(B) Im Übrigen betrifft dieses Problem nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Senatoren. Wir sagen in dem Bericht, die fachfremden Senatoren, das sind in diesem Fall nicht der Gesundheitssenator und nicht der Finanzsenator, denn das sind die Fachsenatoren, die fachfremden, das waren der Wirtschaftssenator und der Bausenator. Sie haben auch keine eigenständige gestaltende Funktion als Aufsichtsräte wahrgenommen, sondern sie haben nur das nachvollzogen, was der Senat vorher beschlossen hatte.

Es ist zu überprüfen, ob das eigentlich notwendig ist, zumal, wie wir gesehen haben, es erhebliche terminliche Probleme gab. Nicht alle Senatoren konnten immer teilnehmen. Einer war dabei, der nur an der Hälfte der Aufsichtsratsitzungen teilgenommen hat, nicht, weil er keine Lust hatte, glauben wir, sondern weil es auch noch viele andere Aufgaben gibt, die er wahrzunehmen hat. In diesem Bereich muss man zu Veränderungen kommen.

Zum Schluss noch ein paar Sätze zur Frage der Struktur: Frau Linnert, in dem Bericht sagen wir, wir sind der Auffassung, dass überprüft werden muss, ob die gewählte, also die jetzige Struktur für die Erfüllung der Aufgaben, die dort vorhanden sind, geeignet ist. Dieser Satz ist aus meiner Sicht nicht beliebig interpretierbar, sondern es ist ganz eindeutig so, dass wir damit ausdrücken, die jetzige Struktur ist nicht geeignet, sonst brauchen wir sie nicht zu untersuchen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich doch gesagt!)

Dann können wir sagen, prima, alles wunderbar, bestens. Da sage ich noch einmal: Ganz wichtig ist, dass wir uns vor Augen führen, welche Ziele wir haben. Wir wollen, dass die kommunalen Krankenhäuser erhalten bleiben, dass sie wirtschaftlich existieren können, und dazu sind bestimmte Maßnahmen notwendig.

Deshalb hatte bei der Gründung der Holding der Senat das Ziel zu erreichen, dass der Einkauf verbessert werden sollte. Es sollte ein zentraler Einkauf möglich gemacht werden, das ist nur teilweise gelungen, jedenfalls mit ganz erheblichen Schwierigkeiten verbunden gewesen.

Es sollte ein einheitliches Personalmanagement her. Wir reden über den sogenannten Personal-Binnenmarkt, das ist ja nur ein Hilfsmittel, weil es notwendig war, wenn man die Organschaft herstellen wollte, dass man dort diese Verknüpfungen herstellte. Das ist jedenfalls das Ziel: ein einheitliches Personalmanagement. Es muss eine einheitliche Fortbildung geben für die Mitarbeiter in den bremischen Kliniken. Es muss natürlich ein Leistungsaustausch zwischen den Kliniken, wie er ja tagtäglich läuft, stattfinden, ohne dass dort Mehrwertsteuer anfällt. Es muss ein einheitliches Buchhaltungs- und Rechnungswesen geben, das gibt es bis heute nicht, das ist doch unglaublich!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Es muss eine einheitliche Führung von Patientenakten geben, auch das scheint nicht der Fall zu sein. Es muss gehen in Richtung elektronische Patientenakte, alles Dinge, die dringend notwendig sind, die man unbedingt umsetzen muss. Da sagen wir, diese Ziele müssen erreicht werden, die Frage ist zu prüfen, in welcher Rechtsform das stattfindet.

Es müssen diese gesamten Ziele erreicht werden, an diesem Projekt müssen wir arbeiten. Ich glaube, Frau Linnert, auch wenn wir da in Nuancen unterschiedlicher Auffassung sind, dass wir mit unseren Empfehlungen dazu ganz entscheidende Anregungen gegeben haben. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will das jetzt nicht unnötig verlängern, ich will nur noch zwei Punkte ansprechen: Herr Grotheer hat über die künftige Struktur der Krankenhäuser gesprochen. Ich kann das 100-prozentig un-

(C)

(D)

(A) terschreiben, welche Kriterien er genannt hat, was erreicht werden muss. Ich glaube, nur mit diesen Kriterien, die wir auch zum größten Teil als Empfehlungen darin stehen haben, kann erreicht werden, dass wir die Krankenhäuser künftig in ein sicheres Fahrwasser bringen. Ich kann nur dringend raten, dass diesen Empfehlungen auch wirklich gefolgt wird!

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den Herr Grotheer eben genannt hat, vielleicht bin ich hier missverstanden worden: Die politische Führung, eindeutig, ganz klar, sind Frau Röpke und Herr Dr. Knigge. Herr Dr. Knigge hat die Verantwortung übernommen, Frau Röpke eigentlich nicht richtig. Erst als sie über den anderen Skandal gestolpert ist, hat Frau Röpke die Konsequenzen gezogen. Spätestens nach Vorlage dieses Berichts hätte sie meines Erachtens nach die Konsequenzen ziehen müssen, insofern ist die politische Sache klar.

Es gab aber, und das wollte ich vorhin, als ich das angesprochen habe, damit sagen, in dem Ressort Gesundheit, das durch den Gesundheitsabteilungsleiter Herrn Dr. Gruhl vertreten wurde, mit mehreren anderen Mitarbeitern eine Abteilung, in der die Kommunikation überhaupt nicht funktioniert hat, das hat nicht an den Beschäftigten gelegen, sondern auch an der politischen Führung, das muss man ganz deutlich sagen!

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich möchte noch einmal aus einem Schreiben, das ich bekommen habe, zitieren, aber ich werde den Namen jetzt nicht nennen. Er schreibt mir: „Ich habe mich sehr wohl um weitere Aufklärung bemüht, was allerdings in Anbetracht der damaligen behördlichen Kommunikationsstruktur nur begrenzt erfolgreich war, ich möchte dies jetzt nicht weiter ausführen.“ Hier wird deutlich, welche Defizite es in diesem Ressort unter dieser politischen Führung gegeben hat, nichts anderes wollte ich sagen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass die geleistete Arbeit des Untersuchungsausschusses unseren großen und uneingeschränkten Respekt verdient! Wir werden die Ergebnisse in den nächsten Wochen sehr sorgfältig und noch viel weiter- und tiefgehender auswerten sowie diese bei der Neuaufstellung der kommunalen Kliniken unbedingt mit einbeziehen müssen.

Diverse Punkte sind in den nächsten Wochen zu diskutieren, abzuwägen und zu entscheiden. Ich will versuchen, hier meinen Beitrag in sehr sachlicher Form zu bringen und nur – ich glaube, das ist auch nicht

anders zu erwarten – den Blick ganz wesentlich nach vorn zu richten. Gleichwohl, und daraus mache ich kein Geheimnis, habe ich mich natürlich von Beginn meines Amtsantritts mit diesem Thema und mit dem Thema Kindeswohl in sehr großem Maße beschäftigt.

Ich will hier im Einzelnen auf die Maßnahmen eingehen, die Korruption verhindern sollen und die durch den Senat und das Ressort zwischenzeitlich ergriffen und umgesetzt wurden, damit sich ähnliche Machenschaften nicht wiederholen können. Sie wissen, dass diese Maßnahmen sich unter anderem auf Gesellschaftsverträge und Geschäftsführerverträge beziehen, das ist auch im Bericht des Untersuchungsausschusses so nachzulesen. Weitere wesentliche Punkte werden folgen.

Das Haus und die Geschäftsführung des KBO haben ferner alle rechtlichen Schritte unternommen, um die Ansprüche, die sich aus den verursachten Schäden und Risiken für das Klinikum ergeben, zu sichern. Hierzu haben wir gerichtliche Verfahren eingeleitet und die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen verschiedene Beteiligte und, ich betone, insbesondere gegen Herrn Lindner und Herrn Tissen, beauftragt. Erste wesentliche Erfolge, auch das ist hier schon gesagt worden, sind zu konstatieren.

Meine Damen und Herren, nach diesen Erfahrungen und den damit verbundenen finanziellen und ideellen Schäden geht es darum, kraftvoll nach vorn zu schauen. Es ist ein zentrales Aufgabenfeld bremischer Gesundheitspolitik, die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Klinika sicherzustellen. Wir müssen deren vorhandenen Stärken ausbauen und sie auf eine wirtschaftlich sichere Basis stellen. Das ist eine der zentralen Aufgaben, vor die die Politik Bremens in den nächsten Monaten und Jahren gestellt sein wird.

Die Herausforderungen für die kommunalen Krankenhäuser in Bremen wie im Übrigen für alle Krankenhäuser in der Republik sind immens. Sie ergeben sich unter anderem aus den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dem sich wandelnden Gesundheitssystem und den sich gänzlich verändernden Finanzstrukturen der stationären Versorgung. Hier seien nur die Beispiele Verweildauer, andere Krankheitsbilder und Weiteres genannt. Wir stehen hier unter einem erheblichen Zeitdruck! Bereits jedes Teilthema und Problem für sich genommen ist eine Herausforderung. Wir müssen mit dieser Vielfalt und Bündelung von Problemen fertig werden, das erfordert eine konzentrierte gemeinsame Bearbeitung.

Seit Beginn meiner Amtszeit habe ich dem Personalauswahlverfahren auf der Grundlage eines Aufsichtsratsbeschlusses der Holding vom September 2006 ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Den vom Aufsichtsrat bestimmten und besetzten Personalaussschuss habe ich dabei sofort und umfänglich in das anstehende Verfahren mit einbezogen und

(C)

(D)

(A) beteiligt. Die Schwierigkeit, für diese Position eine geeignete Besetzung zu finden, ist zuletzt Ende März deutlich geworden. Das Verfahren wird aktuell, umfänglich und transparent weitergeführt.

Meine Damen und Herren, die Kliniken sind im Jahre 2003 in einer Holding-Struktur zusammengeführt worden. Durch ein abgestimmtes, strategisches Vorgehen sollte insbesondere die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit verbessert werden. Heute wissen wir, dass die gesetzten Ziele nicht in vollem Umfang erreicht, sondern hinter den Erwartungen im Bereich organisatorischer, struktureller, fachlicher und auch wirtschaftlicher Hinsicht sehr zurückgeblieben sind.

Zwar konnte eine Reihe konzernweiter Maßnahmen ganz oder teilweise realisiert werden, die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und die umfassende Mobilisierung von Synergieeffekten kommen aber ganz wesentlich zu langsam voran. Beispiele sind hier genannt worden: Zentraleinkauf, Zentral-IT, gemeinsames Radiologiekonzept. All das sind Aufgaben, die vor uns stehen, die gelöst werden müssen und die sorgfältig gelöst werden müssen. Dazu bedarf es der Beteiligung aller vier Häuser, um dies zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund hat der Senat in seinem Beschluss vom 20. Februar 2007 die strukturelle Weiterentwicklung des Klinikverbundes gefordert, und zwar – das möchte ich hier besonders betonen – im Sinne einer erforderlichen Balance zwischen gemeinsamen Leistungsanforderungen und dezentraler Profilbildung, und eine Erhöhung der Effizienz des Gesamtsystems der kommunalen Bremer Krankenhausversorgung angemahnt.

(B) Die wesentlichen Eckpunkte für die Zukunft der Bremer Krankenhäuser sind für mich klar definiert. Ich möchte sie an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich nennen: Erhalt aller vier Klinikstandorte, Erhalt der Kliniken in kommunaler Trägerschaft, Sicherung einer hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung, Einbeziehung und Berücksichtigung der Mitarbeiterinteressen.

Anfang März hat der Senat Herrn Klaus Hilker als Beauftragten für eine Neustrukturierung der kommunalen Kliniken eingesetzt. Bis zum 1. Juni wird er einen Vorschlag für die Neustrukturierung der kommunalen Klinika vorlegen und als Vorsitzender des Aufsichtsrats der vier Klinika zugleich Überlegungen für weitere Wirtschaft stärkende Maßnahmen einbringen.

Sie wissen, dass wir aktuell die Wirtschaftspläne 2007 im Aufsichtsrat der Holding bisher noch nicht verabschiedet haben mit der Maßgabe, dass hier die Kliniken aufgefordert waren, weitere Maßnahmen in das laufende Geschäftsjahr einzubringen. Das ist jetzt die wesentliche Aufgabe, das auch zeitnah in der nächsten Aufsichtsratssitzung der Holding zu verab-

schieden, damit wir hier auf einer sicheren Grundlage die weiteren Geschäftsabläufe tätigen können. Wir werden dabei auch hier, wenn es um die weiteren Überlegungen für Wirtschaft stärkende Maßnahmen geht, die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses ebenso wie auch die Erfahrungen aus vergleichbaren Verbänden außerhalb Bremens in unsere Überlegungen einbeziehen.

Klar ist, Grundlinien und Prinzipien der Neuaufstellung sind auf Konsequenzen und ihre Nachhaltigkeit sauber zu durchdenken, hier sind Schnellschüsse verfehlt. Wir merken schon jetzt in ersten Planüberlegungen und Diskussionen dazu, dass hier immer wieder geschaut werden muss, welche Linien zueinander stehen und welche Linien und Konsequenzen sich aus möglichen Veränderungen und Notwendigkeiten ergeben. Das muss sehr sauber durchdiskutiert werden, bevor hier ein tragfähiges Modell insgesamt vorgestellt werden kann.

In der Tat müssen wir, ich betone das noch einmal, so zügig wie möglich zu Lösungen kommen, daher auch der ehrgeizige Zeitplan. Wir müssen aber auch in diesem von außerordentlichen komplexen und von unterschiedlichen Interessen geprägten Bereich alle Aspekte abwägen und zu Lösungen kommen, die unsere Krankenhäuser tatsächlich in eine medizinisch und wirtschaftlich tragfähige und sichere Zukunft führen.

(D) Dabei, das ist nicht unwesentlich, sind auch Antworten darauf zu geben, wie zukünftig die Arbeit und Zusammensetzung der Aufsichtsräte gestaltet werden soll, um zum Beispiel den ständigen Informationsfluss zu gewährleisten. Zu klären ist in diesem Zusammenhang die Beteiligung des Parlaments im Aufsichtsrat. Dies wird sicherlich eine Aufgabe auch dieses Hauses in der nächsten Legislaturperiode sein. Eine Veränderung der Organisationsstruktur des Gesundheitsressorts, wie im Bericht des Untersuchungsausschusses vorgeschlagen, habe ich in wesentlichen Teilen bereits umgesetzt, aber auch hier werden wir gegebenenfalls weitere Anpassungen und Konkretisierungen vornehmen müssen.

Der Untersuchungsausschuss hat sich gezielt auch mit den Fragen der Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Prognosen im Zusammenhang mit dem Neubau des Klinikums Bremen-Mitte beziehungsweise dem Masterplan KBM befasst. Dazu nur ganz grundsätzliche Anmerkungen: Ich halte nach wie vor eine zügige Umsetzung des Masterplans im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Klinikums Bremen-Mitte für ein Vorhaben von hoher Priorität.

Die Umsetzung des Masterplans ist auch deshalb notwendig, um das Klinikum Bremen-Mitte auf eine gesunde wirtschaftliche Basis zu stellen und insgesamt auch hier den Klinikverbund weiter voranzubringen. Die Entscheidung darüber, ob das Projekt in Form einer PPP verwirklicht wird, hängt aber letztendlich

(A) davon ab, ob beziehungsweise dass damit eine wirtschaftliche Lösung gefunden wird.

Für deren Überprüfung und um das Ergebnis transparent und nachvollziehbar zu machen, ist ein unabhängiger Experte bereits beauftragt worden. Ein weiterer Experte hat zwischenzeitlich den Auftrag erhalten, und das war hier auch noch einmal Ausgangspunkt oder Kritikpunkt des Untersuchungsausschusses, das Vergabeverfahren zu prüfen, um auch hier Transparenz herzustellen und jeden Verdacht von unzulässigen Verflechtungen auszuräumen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Fazit. Unsere vier Kliniken sind qualitativ hervorragend aufgestellt. Sie sind ein zentraler Baustein der Gesundheitswirtschaft dieses Landes und damit auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Umsatz unserer vier kommunalen Kliniken beträgt rund 500 Millionen Euro jährlich, und wir sprechen dabei von über 5500 Vollzeitarbeitsplätzen. Wir müssen alles daran setzen, und zwar so schnell wie möglich, sie für die Zukunft fit zu machen. Der Gesundheitsstandort Bremen, auch im Hinblick darauf, dass 40 Prozent der Patientinnen und Patienten aus dem niedersächsischen Umland kommen, muss stark bleiben! Die kommunalen Kliniken sollten Schlagzeilen machen aufgrund ihrer anerkannten hohen medizinischen Kompetenz und nicht aufgrund von Machenschaften.

(B) (Beifall bei der SPD)

Es geht darum, mit aller Sorgfalt und Konzentration den Weg für eine Neustrukturierung zu gehen. Die Neustrukturierung eines solchen Verbunds ist nicht auf dem Reißbrett zu zeichnen. Wir haben es mit einem sensiblen und hochkomplexen System zu tun, bei dem die Veränderung bereits an einer Schraube Auswirkungen in unterschiedlichster Hinsicht haben kann. Unser Ziel ist es gleichwohl, bereits Anfang Juni einen konkret entwickelten Vorschlag hier auch vorlegen zu können. Mit Abschluss des Untersuchungsausschusses und Vorlage des Berichts sehe ich mich in den bereits jetzt eingeleiteten Maßnahmen bestätigt und bin daher auch zuversichtlich für die nächsten Wochen und Monate. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen Kenntnis.

Bevölkerungs- und Raumordnungsprognose für das Land Bremen (C)

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2006
(Drucksache 16/1179)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. März 2007

(Drucksache 16/1329)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Kramer.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Staatsrätin, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, dass ich jetzt erfreut bin, noch einmal eine große Debatte über die Bevölkerungs- und Raumordnungsprognose für das Land Bremen zu führen, was ja überaus interessant ist, denn –.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Natürlich!
– Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Die habt ihr doch eingereicht! –
Abg. Dr. Sieling [SPD]: Dann hätten wir auf die Debatte verzichten können!)

Ja, wir hätten verzichten können, aber wir wollen nicht!

(Heiterkeit)

Das ist ganz einfach, ich bin heute einfach ganz gut in Form!

(Heiterkeit und Beifall)

Deswegen kann ich auch noch 3 Minuten hier reden. Es ist ja sowieso nur eine Fünf-Minuten-Debatte.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Prognose sind doch, dass Bremen eine Stadt ist, die nicht schrumpft, sondern wächst. Wenn die Stadt Bremerhaven so weitermacht, wie sie es in den letzten Monaten gemacht hat, dann schrumpft sie auch nicht

(A) mehr, und dann wachsen wir als Land auch noch. Das ist doch eine ganz positive und super Aussage aus der Antwort auf diese Große Anfrage.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Hier wird ja auch auf den demografischen Wandel eingegangen und auf die Entwicklung, wie sich das auf die Haushalte in Bremen überträgt. Da kommen wir auf ein ganz großes Lieblingsthema meiner Kollegin Karin Krusche, die ja das Eigenheim so verteufelt. Hier stellen wir Gott sei Dank fest, dass das Eigenheim überhaupt nicht out ist, sondern eine große Nachfrage nach Eigenheimen besteht,

(Beifall bei der CDU)

dass es einen Angebotsüberhang an Mietwohnungen und an Mehrfamilienhäusern gibt, es aber einen Nachfrageüberhang bei Einfamilienhäusern und Reihenhäusern gibt. Das zeigt uns, meine Damen und Herren – wir wollten das damit auch noch einmal deutlich machen –, dass wir nicht aufhören dürfen in unseren Bemühungen, neue Einwohner in unser Bundesland zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Das bedeutet im Klartext, dass wir nicht aufhören dürfen, auch darüber nachzudenken, Wohnungsbaugebiete auszuweisen und an dem, was wir uns vorgenommen und auch gemacht haben, festzuhalten. Dazu gehört zum Beispiel auch für die Zukunft das Vorhalten der Osterholzer Feldmark für eine anständige, ordentliche Bebauung, die der Zukunft auch entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe meine 5 Minuten nicht ausgenutzt und habe Ihnen in drei, vier Sätzen dargestellt, was das für eine super Antwort auf diese Große Anfrage ist! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Genau deswegen wollten wir die Anfrage nicht mitmachen, weil wir genau vorausgesehen haben, dass das so eine zwischengeschobene Debatte ist, in der noch einmal die Arbeitsleistung des CDU-Bauressorts gelobt wird. Sei es drum, es war auch nicht allzu schlecht!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Aber diese Fünf-Minuten-Debatten zum Ende der Legislaturperiode sind angesichts dessen, was wir hier sonst noch zu debattieren haben, nicht angemessen. Ich will trotzdem ein paar Worte dazu sagen. So kurz wie Dieter Focke bekomme ich es wahrscheinlich nicht hin, aber Sie kommen pünktlich zum Mittagessen, Herr Pflugradt!

Wir haben das in den letzten Jahren so häufig nachgefragt, im November 2005, im Februar 2006, da war ich dann auch selbst gespannt darauf, was das Ressort Neues mitzuteilen hat. Eine positive Sache hat Dieter Focke eben dargestellt: Es gibt in der Tat Einwohnerzuwächse in der Stadt Bremen, das freut uns auch. In Bremerhaven ist es leider noch nicht so. Leider bleibt es beim starken Bevölkerungsrückgang in Bremerhaven und seinen ganzen dramatischen Folgen und damit auch bei einer Abnahme der Bevölkerungszahlen im Land Bremen insgesamt.

Auch nicht neu ist – Herr Focke hat es eben gesagt –, dass eine Abnahme der Bevölkerung auch nicht mit einer solchen in der Wohnflächennachfrage einhergeht, im Gegenteil, diese steigt weiter. Die Haushaltsgrößen sinken, und die Wohnfläche der einzelnen Personen steigt. Was auch nicht neu ist, sind alle Folgen des demografischen Wandels.

In der Antwort des Senats wird auf das Handlungskonzept „Wohnen in Bremen – eine generationengerechte Adresse –“ hingewiesen. Das hat die Bau-deputation im März letzten Jahres auch beraten. Was ebenfalls nicht neu ist, ist die Tatsache, dass sich zwar die Wohnwünsche ausdifferenzieren, der Wunsch nach dem Einfamilienhaus aber weiterhin ungebrochen ist. Ob es dann gleich die Osterholzer Feldmark sein muss, die da immer wieder als Beispiel angeführt wird, weiß ich nicht. Wir haben auch sehr viel in Baulückenbebauung und auf kleineren Flächen in der Stadt gemacht, und das hat sich ebenfalls als positiv erwiesen.

(D) Was mir in der Antwort allerdings richtig fehlt, ist zumindest der Versuch der Beantwortung der Frage, wie wir mit der drohenden Segregation in und zwischen den Stadtteilen unserer beiden Städte umgehen. Das geht nicht nur die Großsiedlungen mit den Abrissen an, auf die in Frage 10 eingegangen wurde, sondern auch die alten Arbeiterwohnquartiere wie zum Beispiel Gröpelingen. Ich hatte im Untersuchungsausschuss Kindeswohl die Gelegenheit, ganz tief in diese prekären Wohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Menschen einsteigen zu müssen, und ich glaube, diese Wohnverhältnisse in diesen Stadtteilen zu verbessern ist mindestens genauso eine große Zukunftsaufgabe wie der demografische Wandel, den wir auch zu bewältigen haben.

Jetzt habe ich es, glaube ich, nicht ganz so schnell geschafft wie Herr Focke. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dieter Focke, ich hatte heute Morgen während der Debatte zum Untersuchungsausschuss eigentlich das Gefühl gehabt, dass du ja manchmal doch sehr differenziert argumentierst. Das, was du eben geleistet hast, war wieder ein üblicher Dieter Focke, platter kann man es kaum noch ausdrücken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eigenheim, noch einmal Eigenheim, und das ist deine Antwort auf den komplexen Prozess des demografischen Wandels!

(Abg. F o c k e [CDU]: Ich wollte es nicht so lang machen!)

Da muss ich nur sagen: Wenn man als CDU schon eine so Große Anfrage einreicht und das so reduziert auf „wir müssen die Osterholzer Feldmark bebauen, sonst bekommen die Familien hier kein anderes Angebot“, dann – mit Verlaub gesagt – hat die CDU nicht kapiert,

(B) (Abg. F o c k e [CDU]: Ich wollte dich nur provozieren, und das hat geklappt!)

was es heißt, den demografischen Wandel hier in dieser Stadt und in Bremerhaven zu bewältigen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe leider auch das Gefühl, Herr Kollege Focke, dass Sie seit dem Stadtentwicklungskonzept von 1999, als die Große Koalition auf Wachstum, Wachstum, Wachstum gesetzt und uns versprochen hat, wie viele zigtausend Bremerinnen und Bremer mehr wir werden, wie viele zigtausend Arbeitsplätze wir mehr haben werden und wie viele zigtausend Kilometer Straße wir für den Güterverkehr brauchen und so weiter, nichts in den zehn, elf oder bald zwölf Jahren, die Sie jetzt hier regieren, kapiert haben.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels heißen erstens, von Stadtteil zu Stadtteil sehr differenzierte und sehr kleinteilige Entwicklungskonzepte vorzulegen – Frau Kummer hat darauf hingewiesen –, sehr differenziert nach Schrumpfen und Wachsen. Wenn wir eine Stadt haben, wo ganz deutlich ist, welche Riesenherausforderung der demografische Wandel verursacht, dann ist es die Stadt Bremerhaven, wo wir neulich in der Zeitung lesen konnten, dass dort in den nächsten Jahren 8000 Wohnungen abgerissen werden müssen, weil es ein Woh-

nungsüberhangangebot gibt, weil es Leerstand gibt, und den Leerstand gibt es genau in den Bausünden der Vergangenheit, wenn ich es einmal ganz platt sage.

Da muss ich ein großes Lob an die Bremerhavener Wohnungsbaugesellschaften aussprechen. Diese haben sich nämlich zusammengeschlossen und ein hervorragendes, sehr differenziertes Konzept vorgelegt, wie sie diesen Rückbau verantwortlich organisieren wollen. Dieses Konzept sieht eindeutig vor: weg von den Stadträndern, hin zur Stadtmitte. Die Stadtmitte zu stärken ist das Gebot der Stunde, und wenn Sie hier heute immer noch mit den zigtausenden Wohneinheiten in der Osterholzer Feldmark kommen, dann haben Sie vom Klimawandel und von ressourcenschonendem Bauen nichts verstanden, dann haben Sie überhaupt nichts verstanden, lieber Herr Kollege Focke! Insofern haben Sie hier völlig falsch und diesem Thema überhaupt nicht angemessen argumentiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich habe jetzt vermutlich nicht mehr so viel Zeit. Einen Aspekt würde ich gern noch erwähnen, den fand ich am interessantesten an der Antwort des Senats, nämlich dass inzwischen sehr viele Untersuchungen über den demografischen Wandel gelaufen sind, dass der Senat feststellt, Wanderungsgewinne, Stabilität im Bevölkerungswachstum gibt es nur, wenn man Leute von außen für die Städte dazugewinnt.

(Abg. F o c k e [CDU]: Ja, super!)

Ein interessanter Gedanke! Dann muss man sich allerdings auch fragen, wie man das hinbekommt und wer diese Gruppen überhaupt sind, die zu uns kommen können, denn wir leben hier ja nicht allein auf einer Insel. Wir sind im Standortkonkurrenzwettbewerb mit anderen Städten und Regionen.

Es ist sehr interessant, dass hier das erste Mal auftaucht, welche anderen Faktoren auch eine Rolle spielen, nämlich wie sind die soziale Infrastruktur, das Wohnungsangebot, das kulturelle Angebot und das Nahverkehrsangebot. Das sind alles die Zukunftsfaktoren, die man immer schnell so als weiche Faktoren abtut. Sie sind überhaupt noch nicht erforscht, und da, meine liebe Große Koalition, haben Sie in den vergangenen Jahren Ihre Hausaufgaben überhaupt nicht gemacht. Da hätten Sie alle Zeit der Welt gehabt, hier einmal nachzuforschen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann wären Sie nämlich auch zu dem Ergebnis gekommen, dass Bildung die zentrale Voraussetzung ist, um hier junge Menschen herzubekommen, zu

(C)

(D)

(A) halten und für Arbeitsplätze zu sorgen, und dann kann man nicht anfangen, bei den Hochschulen zu sparen, denn die Studentinnen und Studenten sind diejenigen, die im Augenblick dazu beitragen, dass unsere Bevölkerung in Bremen nicht schrumpft, sondern sogar anwächst.

Also, unter dem Strich gesagt: Sie sind hier vom demografischen Wandel her noch in den Anfangsschuhen, im Pantöffelchen, aber Lösungsvorschläge haben Sie noch lange nicht gemacht. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Haben Sie wieder alles hineingepackt in die Rede!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Frau Präsidentin, meine Herren und Damen Abgeordneten! So schlecht kann die Politik des Senats ja nicht gewesen sein, wenn wir gegen den weitverbreiteten Trend in den letzten Jahren Einwohnergewinne in der Stadt Bremen – und in den letzten Monaten zeichnet sich das auch für Bremerhaven ab – verzeichnen konnten; dies alles, obwohl wir insgesamt in einem Prozess des demografischen Wandels sind, der mit den Worten weniger, älter, bunter beschrieben wird! Zumindest weniger gilt jedenfalls für Bremen, und hoffentlich verstetigt auch für Bremerhaven, im Moment jedoch noch nicht. Aber das Thema demografischer Wandel, das ja letzten Endes auch die Debatte um Krippenplätze für die bis zu dreijährigen Kinder betrifft, ist doch ein Ausfluss des allgemeinen Bewusstseins für den demografischen Wandel und wird uns natürlich auch erreichen.

Sie haben recht, Frau Krusche, wenn Sie sagen, wenn eine Bevölkerung insgesamt weniger wird und wir weiter Gewinner sein wollen, wir können uns nicht von dem allgemeinen demografischen Trend abkoppeln, wir können nur Wanderungsgewinne generieren. Dazu ist es erforderlich, dass eine Stadt attraktiv ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir haben alle gemeinsam sehr viel dafür getan, dass die beiden Städte Bremen und Bremerhaven in diesem Land in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen haben. Ich selbst verfolge diesen Prozess erst seit 3 Jahren. Aber was allein in diesen 3 Jahren passiert ist, das haben diejenigen, die mir eine längere bremische Geschichte voraus haben, vielleicht nicht mehr so sensibel wahrnehmen können wie jemand, der von außen hereinkommt, neugierig und unwissend durch die beiden Städte läuft und dann umso mehr mitbekommt, wie viel sich in einer kurzen Zeit, in nur 3 Jahren, getan hat. Ich den-

ke, das ist eine Erfolgsbilanz, auch eine Erfolgsbilanz der Großen Koalition, die man sich dort nicht kaputt-machen lassen sollte,

(Beifall bei der CDU)

eine Erfolgsbilanz des Senats, und ganz nebenbei glaube ich auch sagen zu dürfen, eine Erfolgsbilanz des Hauses, für das ich hier stehe. Insofern bedanke ich mich bei Frau Kummer für die etwas eingeschränkte, aber doch positive Aussage.

Last, but not least lassen Sie mich noch ankündigen, dass es zu den von Frau Krusche angemahnten Feinbetrachtungen stadtteil- und quartierbezogen unter der Federführung meines Hauses das Stadtmonitoring gibt, und wir werden – leider haben wir es nicht mehr bis zu dieser Debatte geschafft – in wenigen Wochen dazu einen Bericht vorlegen, der die demografische Entwicklung der Bremer Ortsteile darstellt – insofern wäre auch die Stadtbürgerschaft betroffen – und zwischen 1984 und 2004 zeigt. Ich glaube, dass wir daraus dann gemeinsame Erkenntnisse für die Handlungsbedarfe der Zukunft gewinnen können.

Ich freue mich darauf, an diesem Thema auch mit Ihnen, Frau Krusche, in Zukunft weiter arbeiten zu können, bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte, die wir dabei haben und die auch in dieser Debatte deutlich geworden sind.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/1329, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Ich unterbreche die Landtagssitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich ganz herzlich eine Besuchergruppe der CDU-Fraktion und den

(C)

(D)

(A) Deutsch-Amerikanischen Frauenclub aus Bremerhaven. Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Generalplan Küstenschutz 2007

Mitteilung des Senats vom 24. April 2007
(Drucksache 16/1384)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Neumeyer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Weltklima verändert sich, der Meeresspiegel steigt, vielleicht nur 20, 30 Zentimeter, vielleicht aber auch 60 Zentimeter in den nächsten 100 Jahren. Die Temperaturen steigen, und Meere erwärmen sich, das Wasser dehnt sich aus, der Meeresspiegel steigt.

(B) Dabei leben die Menschen in der norddeutschen Tiefebene ohnehin schon in einer Badewanne. Weiße Flächen nicht nur an der Küste, sondern bis tief in das Land hinein, sind nur dank ihrer Deiche zu besiedeln. 85 Prozent der Stadtfläche Bremens sind unterhalb des mittleren Tidehochwasserstandes gelegen. Bremen stände ohne Deiche schon heute zweimal am Tag unter Wasser und wäre als Siedlungsgebiet nicht mehr nutzbar.

De nich will dieken, de mutt wieken, also: Wer nicht deichen will, der muss weichen. Das älteste Deichrecht war das sogenannte Spatenrecht. Konnte ein Bauer zwar den Hof bewirtschaften, aber den Deich nicht mehr pflegen, so steckte er den Spaten in den Deich. Wer diesen Spaten herauszog, dem gehörte der Hof, und er musste den Deich pflegen.

Gott sei Dank ist am Montag noch die Entscheidung zum Start für den Generalplan Küstenschutz gefallen. Die Entwicklung dieses Generalplans ist gemeinsam mit Niedersachsen vollzogen worden. Der niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz wurde beauftragt, ein einheitliches Vorgehen zu entwickeln. Das Ergebnis ist kein Grund zum Jubeln, sondern aus Sicht der SPD-Fraktion lediglich als Startschuss zu betrachten. Bremen hinkt hinterher, Niedersachsen baut schon kräftig.

Berücksichtigt wurden zwei Vorgaben. Das ist zum einen der säkulare Meeresspiegelanstieg, das ist praktisch der Anstieg, den es in den letzten 100 Jahren

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) gegeben hat. Dabei ist man auf einen Anstieg von 25 Zentimeter gekommen. Dann muss man natürlich auch den Anstieg durch den Klimawandel berücksichtigen. Es ist jetzt praktisch als Ergebnis herausgekommen, dass man sich darauf verständigt hat, dass die ganzen technischen Bauwerke gleich mit einem Klimaschutzzuschlag berechnet und einen Meter höher gebaut werden. Die Gründeiche allerdings sollen nur 25 Zentimeter höher gebaut werden.

Dazu, muss man sagen, gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass die Entscheidung im Senat gefallen ist, die schlechte Nachricht ist allerdings, dass man sich bei den Gründeichen nicht dazu durchringen konnte, hier gleich zu den 25 Zentimetern, die von vielen Wissenschaftlern auf der Grundlage des IPCC-Gutachtens empfohlen werden, noch einmal 25 Zentimeter oben darauf zu nehmen und dabei dann insgesamt auf 50 Zentimeter zu kommen.

Ich weiß, dass unser Senator das insgesamt besser gefunden hätte, ich weiß auch, dass es immer noch Verhandlungen gibt darüber, wie sich das weiter entwickeln wird, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist das so entschieden worden. Ich vermute einmal, dass Umweltminister Sander aus Niedersachsen dafür hauptverantwortlich ist, weil er behauptet, es gäbe noch keine wissenschaftlichen Ergebnisse aufgrund des Klimawandels, und er ist der Auffassung, man könne das ja in den nächsten Jahren beobachten, und dann könne man sich ja immer noch irgendwie anders entscheiden und die Deiche dann entsprechend höher bauen.

(D) Wenn es nur darum ginge, den Meeresspiegelanstieg zu beobachten, dann mag dieses Vorgehen in Ordnung sein! Sturmfluten kann man aber nicht beobachten, sondern die kommen einfach. Man muss sich einfach einmal klarmachen, dass es in Bremen 570 000 Menschen gibt, die diese Deichsicherheit brauchen. Hochwasserschutz ist für diese Stadt existenziell.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Menschen ist es egal, ob Bremen oder Bremerhaven, ob da nun Niedersachsen irgendwie eine Entscheidung trifft oder ob es die SPD ist, die CDU oder die Grünen sind, sondern sie erwarten zu Recht von uns, dass wir den Schutz gewährleisten für die Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Flutwellen kennen keine Grenzen, und wir wünschen uns, dass die weitere Zusammenarbeit mit den Niedersachsen konstruktiv, zielführend und vor allem selbstbewusst ist. Ich habe aus dem Ressort häufiger einmal gehört, dass die Niedersachsen doch wesentlich längere Deichlinien haben und dass wir als Bremer an der Stelle vielleicht ein bisschen kleiner

(A) sind und etwas leiser sein müssen. Ich finde, mit 570 000 Menschen, die es zu schützen gilt, braucht man sich nicht leise zu verhalten, da kann man richtig selbstbewusst auftreten, und das erwarten wir auch.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich finde es ein bisschen schade, dass es so lange gedauert hat, bis dieser Generalplan jetzt wirklich vorliegt, dass er so kurz vor Ende der Legislatur erst vorliegt, denn insgesamt ist, glaube ich, in den letzten 3 Jahren schon mit Niedersachsen daran gearbeitet worden, und es gab in der letzten Zeit auch noch so ein Hin und Her, was die Finanzierung des Generalplans betrifft. Bisher ist eine Summe von 100 Millionen Euro veranschlagt, wobei eigentlich alle wissen, dass diese Summe wahrscheinlich bei Weitem nicht ausreichen wird. Es wird aller Voraussicht nach sehr viel mehr Geld kosten, weil man jetzt auch noch nicht sagen kann, insbesondere bei den technischen Bauwerken, welche Lösungen man dort entwickeln kann. Man muss sich zum Beispiel vorstellen, für den Bereich der Schlachte wird es schon schwierig werden, dies alles entsprechend höher zu bauen.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Ende.

(B) Insgesamt sind wir aber froh, dass dieser Generalplan jetzt noch durch den Senat gegangen ist und dass wir jetzt endlich anfangen können, denn Deiche werden vorwiegend in den Sommermonaten gebaut, und wir brauchen dringend den Startschuss. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! De nich will dieken, de mutt wieken. Das ist ein Spruch, der von früher her gilt, und ein Stück weit gilt er auch heute noch, aber früher war es ja so, dass, wenn man nicht gedeicht hat, man sein Land verlor und anderen Leuten das Land geschenkt wurde mit einer Deichlast. Heute sind wir stolz darauf, dass wir unser Land haben, und wir sind nicht bereit, einen Quadratzentimeter abzugeben, und deswegen werden wir auch nicht weichen.

Eines bleibt festzuhalten: Unsere Weserdeiche haben in den letzten Jahren auch dem jemals höchsten gemessenen Wasserstand bei den Sturmfluten 1994 und 1995 standgehalten. Diese gewaltigen Sturmfluten haben uns jedoch veranlasst, mit Niedersachsen zusammen unsere Deichhöhen und Wasserbauwerke neu zu überprüfen. Hinzu kamen ein stetiger An-

*) Vom Redner nicht überprüft.

stieg des Meeresspiegels und Untersuchungen zu den Auswirkungen des Klimawandels. So ist der uns jetzt vorliegende Generalplan Küstenschutz auf den Weg gebracht worden.

(C)

Warum ist Küstenschutz für Bremen und Bremerhaven so wichtig? Wichtig ist er, weil 85 Prozent der Bremer Landesbevölkerung auf Hochwasserschutz angewiesen sind. 85 Prozent sind gefährdet bei Sturmfluten, und genau aus diesem Grund nehmen wir das Thema ernst, weil Menschen, Tiere und Sachgüter hier in Gefahr stehen, und die gilt es zu schützen.

Der Generalplan ist zusammen mit Niedersachsen entwickelt worden, und das macht auch Sinn, denn wenn es eine große Sturmflut gibt und Niedersachsen schützt nicht, dann laufen wir von hinten voll, während Niedersachsen nicht unbedingt vollläuft oder nur geringfügig, wenn wir in Bremen nicht die Deiche schützen. Insofern ist mit Niedersachsen dort ein gemeinsames Konzept gemacht worden, was Sinn macht.

Die Maßnahmen im Einzelnen! In Bremerhaven fangen wir an. Dort gibt es 50 Kilometer Deich, die fast komplett erhöht werden müssen, sowie die Hochwassersperrwände auf der Columbus-Insel, die Sturmflutsperrwerke an der Geeste und die Kaiserschleuse. In Bremerhaven fangen wir auch an mit unseren Maßnahmen, weil sie dort am wichtigsten sind und auch am schnellsten umzusetzen sind.

Im Bereich des linken Weserufers haben wir 21,6 Kilometer Deiche, davon müssen 13 Kilometer erhöht werden, wobei davon 3 Kilometer Spundwände und andere Schutzbauwerke sind. Im Bereich des rechten Weserufers haben wir den größten Anteil, hier haben wir 37 Kilometer Deichlänge, wovon 27 Kilometer erhöht werden müssen und das oftmals auch um einen halben Meter, außerdem die Bauwerke Lesum-Sperrwerk, die Spundwände in Bremen-Nord.

(D)

Dann haben wir noch die Schlachte. Ich glaube, es wird noch schwere Diskussionen in Bremen geben. Jetzt sagen alle, ja, wir müssen unsere Deiche erhöhen zum Schutz, aber wenn man jetzt von einer prognostizierten Erhöhung der Schlachtesicherungsmaßnahmen von 2 Metern hört, dann, denke ich, brauchen wir nicht lange zu warten, bis die ersten Bürgerinitiativen auf dem Platz stehen, die uns sagen werden, dass das alles so nicht geht, und ich höre jetzt schon die Gastwirte schreien. Ich glaube aber, es wird ein Verfahren geben, das transparent ist und in dem alle mitdiskutieren dürfen, mit dem wir versuchen werden, für alle einen vernünftigen Kompromiss zu finden.

All diese Maßnahmen werden nicht im kommenden Jahr abgewickelt, sondern in den nächsten 10 Jahren. Ich denke, das ist ein Zeitraum, der der Größe der Maßnahmen auch angemessen ist und insofern auch als schnell aufgefasst werden kann. Zu den verschiedenen Bemessungsgrundlagen möchte ich nur so viel sagen, in Schleswig-Holstein werden die Dei-

(A) che anders bemessen als in Bremen. Man kann nur noch einmal zum Vergleich sagen: In Bremen sind wir durchgängig höher aufgrund unserer Bemessungsgrundlagen als in Schleswig-Holstein, und ich denke, wir sind da in guten Schuhen, auch wenn es jetzt eine neue Studie gibt. Diese neue Studie muss ausgewertet werden, und wir müssen in dem kommenden Verfahren schauen, ob wir unsere Deiche jetzt noch weiter erhöhen müssen, als es der Generalplan aussagt, oder nicht.

Eines ist aber auch klar, es wird nicht durchgängig um 25 Zentimeter erhöht, sondern es wird unterschiedlich erhöht. Das errechnet sich dadurch, dass es an verschiedenen Ecken verschiedene Strömungen, Wellenschläge, verschiedene Windeinflüsse gibt, und insofern gibt es dort verschiedene Höhen, die aber nicht kantig irgendwie abgestuft werden, sondern langsam auslaufen.

Als letzten Punkt möchte ich noch drei Punkte zur Finanzierung sagen. Als Erstes begrüße ich, dass die norddeutschen Länder eine Initiative auf den Weg gebracht haben, dass der Bund sich auch tatsächlich beteiligt, denn das ist gesetzlich festgeschrieben, dass er zu 70 Prozent die Kosten mit übernehmen muss, was über die GAK-Mittel finanziert wird. Die Mittel gibt es, aber sie reichen bei Weitem nicht aus, um 70 Prozent der Gemeinschaftsaufgaben zu finanzieren.

(B) Der zweite Punkt ist, dass die 100 Millionen Euro, die wir auf die zehn Jahre veranschlagt haben, dynamisch sein können, wahrscheinlich auch sein werden, weil wir natürlich mit jeder einzelnen Baumaßnahme sehen, wie teuer es wird. Es ist eine Schätzung, und wir sollten hier keine Augenwischerei machen. Es kann vielleicht billiger werden, aber wie so oft im Leben wird es vielleicht auch ein bisschen teurer.

Als letzten Punkt zur Finanzierung möchte ich sagen, es hat mich erst einmal gefreut, dass der Senat das als Querschnittsaufgabe gesehen hat. Dann hat es mich schon ein bisschen geärgert, dass es dort leichte Querelen gab. Wenn auf Staatsräteebene etwas abgesprochen wird, man sich am Montag noch einig ist, der Finanzsenator, ich weiß ja nicht, ob er die Nacht am Deich geschlafen hat oder wo auch immer, sich am Dienstag nicht erinnern kann – schade, dass er nicht da ist –, wie die Absprache der Staatsräte war, dann finde ich das schon ganz schön traurig.

Für uns steht eines fest: Deichschutz ist eine Querschnittsaufgabe des Senats und kann nicht allein auf Kosten des Umweltressorts gehen! Das Umweltressort und das Bauressort haben in den letzten Jahren wirklich erhebliche Einschnitte erfahren, und wir müssen aufpassen, dass wir uns dort nicht selbst untergraben. Auch wenn wir ein Haushaltsnotlageland sind, bringt jedes Ressort seine einzelnen Beiträge. Das wissen auch die Kollegen von der SPD-Fraktion. Deswegen brauchen Sie da nicht zu rumoren.

Insofern finde ich, dass wir im Ganzen eine gute Vorlage haben, dass wir eigentlich eine solide Finanzierung aufgestellt haben. Ich freue mich, dass wir noch einmal so kurz vor der Wahl ein Thema haben, das nicht vom Wahlkampf geprägt ist. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab möchte ich in Erinnerung rufen, dass Küstenschutz vor allen Dingen Klimaschutz ist. Das war immer Politik von uns Grünen in diesem Hause, der Sie leider nicht gefolgt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, wir müssen uns jetzt leider auch mit dem weltweiten politischen Versagen, das ist nicht nur auf Bremen bezogen, nämlich den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen. Hier drängt die Zeit für Bremen.

Bremen ist weit im Verzug hinsichtlich der entsprechenden Anpassungsmaßnahmen. Deswegen hatten wir Grünen auch die Aktuelle Stunde mit dem Thema „Senat versagt beim Küstenschutz“ beantragt, weil wir Druck erzeugen wollten, dass der Generalplan endlich verabschiedet wird. Es wäre fahrlässig gewesen, wenn noch weitere Verzögerungen eingetreten wären. Man kann sagen, buchstäblich in letzter Sekunde haben sich die Senatoren, Herr Neumeyer und Herr Dr. Nußbaum, geeinigt. Wir Grünen werden eben insbesondere auch, weil die Zeit extrem drängt, den Beschlussvorschlag, der sich in der Mitteilung des Senats befindet, mittragen, auch wenn wir nicht mit allem hundertprozentig übereinstimmen.

Es ist, wie gesagt, aber dringend erforderlich, dass keine weiteren Verzögerungen eintreten, und das umso mehr aufgrund der Tatsache, dass der Klimawandel sich erheblich schneller vollzieht, als irgendjemand noch vor Monaten gedacht hätte, dass es sich in dieser Richtung darstellen würde. Das heißt, es muss mit den Deichanpassungen losgehen. Alles andere wäre unverantwortlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt, der für uns sehr wichtig ist, ist, dass mit dem Generalplan jetzt auch eine substanziale Grundlage vorhanden ist, die es ermöglicht, dass Bremen in Verhandlungen mit dem Bund tritt, sodass dieser sich angemessen an den Küstenschutzmaßnahmen beteiligt. Deswegen ist es zu begrüßen, den Generalplan Küstenschutz heute hier zu verabschieden.

(C)

(D)

(A) Bremen hinkt hinterher, Niedersachsen und Hamburg haben bereits mit den Deicherhöhungen begonnen. Die Große Koalition hat es versäumt, rechtzeitig auf den Klimawandel zu reagieren. Auf Kosten schneller, angeblicher Erfolge hat der Senat nicht gehandelt und seine Hausaufgaben nicht gemacht. Gleichzeitig wurden die finanziellen Spielräume für Bremen extrem eingeschränkt. Es wurde Geld für überflüssige Projekte ausgegeben. So sind zum Beispiel jetzt im Anschlussinvestitionsprogramm bereits Finanzmittel bis 2014 verfrühstückt. Ich nenne einmal einige Beispiele: 9,4 Millionen Euro für den Büropark Oberneuland, 152,9 Millionen Euro für den Space Park, 55,6 Millionen Euro für die Kapazitätserweiterung der Stadthalle, 174 Millionen Euro für den Hemelinger Tunnel und so weiter.

(Abg. Frau W i n d l e r [CDU]: Alte Kamellen!)

Das heißt, hier hätte man Geld gehabt, wenn man anders regiert hätte, wenn man richtig regiert hätte und nicht solche Projekte finanziert hätte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuerufe von der CDU – Abg. P e r s c h a u [CDU]: Das ist ja wie im Kindermärchen!)

(B) Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt! Frau Garling hatte es bereits angesprochen, dass der Generalplan Küstenschutz auf einer jetzt noch unrealistischen Grundlage basiert, weil nämlich der beschleunigte Meeresspiegelanstieg nicht eingerechnet wurde. Herr Senator Neumeyer, trotz Ihres Versprechens in der Umweltdeputation, in Verhandlungen mit Niedersachsen einzutreten, ist das bis heute nicht erfolgt. Es ist weiter offen, soweit ich es verstanden habe. Mir ist auch klar, dass es nicht einfach ist. Mir ist klar, meine Damen und Herren, dass es nicht einfach ist, mit dem niedersächsischen Umweltminister zu verhandeln. Aber eines erstaunt mich schon: Wenn man im Umweltausschuss in Niedersachsen sagt, dass man auch nicht mehr tun muss, weil Bremen auch nur diese 25 Zentimeter säkularen Anstieg des Meeresspiegels annimmt, dann kommen in der Tat Zweifel bei mir auf, ob der Umweltsenator engagiert genug verhandelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen erwarten, dass entsprechend nachgebessert wird, denn, Herr Imhoff, wir sind nicht in guten Schuhen, sondern wir müssen dann die Gummistiefel anziehen.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das reicht nicht!)

(C) Last, not least fordern wir Grünen, dass auf die Vertiefung der Unterweser verzichtet wird. Nach dem neuen IPCC-Bericht muss von diesem Vorhaben endgültig Abstand genommen werden. Was passiert eigentlich, wenn man die Unterweser weiter vertieft? Was heißt das? Das bedeutet, dass man die Folgen des Klimawandels um 10 Jahre nach vorn verschiebt. Das heißt, dann reicht die Zeitplanung, so, wie sie der Senat vorgelegt hat, überhaupt nicht mehr aus, weil man dann die Deiche und die Schutzbauwerke noch schneller erhöhen und entsprechende Maßnahmen treffen muss. Deswegen fordern wir Grünen Sie auf, dass endgültig von diesem ökologisch und ökonomisch unsinnigen Projekt der Unterweservertiefung Abstand genommen wird. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal eben kurz darauf eingehen, dass Frau Dr. Mathes sagt, dass wir schon lange etwas zum Küstenschutz hätten tun müssen. Ohne fachliche Begründung, ohne eine Untersuchung dessen hätten wir keine GAK-Mittel vom Bund dafür ausgeben können, weil das ein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung ist.

(D) Ich sehe, gerade die Grünen, die sonst ja immer darauf erpicht sind, die Landeshaushaltsordnung einzuhalten, die sonst immer den Zeigefinger heben und sagen, das macht ihr verkehrt, und das ist nicht richtig –.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gab es ja auch genug zu zeigen!)

Das glauben Sie! Aber Sie haben ja nie Recht bekommen, das ist ja das Problem!

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie uns jetzt gerade vorwerfen, dass wir dafür Geld ausgeben müssen und dafür gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen sollen, finde ich schon ein bisschen seltsam. Aber ich freue mich, dass wir alle für den Küstenschutz sind. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zunächst einmal be-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) danke ich mich bei allen Fraktionen dieses Hauses, dass wir beim Thema Küstenschutz eine Meinung haben, nämlich die Meinung, dass Küstenschutz alle angeht, dass Küstenschutz alternativlos ist und eine wesentliche Sicherung unserer Lebensgrundlagen ist. Vor dem Hintergrund finde ich es auch außerordentlich positiv, das sage ich ganz deutlich, dass wir nicht über Zentimeterabweichungen reden, sondern dass wir sagen, es muss jetzt der Generalplan Küstenschutz neu verabschiedet werden, sodass wir tatsächlich loslegen können.

Frau Dr. Mathes, Sie haben es richtig und zu Recht angesprochen, nur mit einer Verabschiedung eines neuen Generalplans Küstenschutz haben wir überhaupt die Voraussetzung, um mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, um mehr GAK-Mittel für Bremen zu generieren. Zurzeit ist es so, dass wir jährlich nur eine Million Euro aus GAK-Mitteln für den Deichschutz in Bremen zur Verfügung haben. Nur mit einem neuen Generalplan Küstenschutz – den werden wir heute verabschieden, das haben alle Fraktionen signalisiert – haben wir auch die haushaltsrechtliche Voraussetzung, tatsächlich den Deichschutz neu anzupassen.

(B) Vor dem Hintergrund ist eben richtig, dass mein Amtsvorgänger Jens Eckhoff vor 2 Jahren gesagt hat, wir müssen endlich einen neuen Generalplan Küstenschutz haben. Normalerweise ist es so, dass der Generalplan Küstenschutz alle 20 Jahre erneuert wird. Der bestehende Generalplan Küstenschutz, über den wir heute sprechen, der jetzt noch die rechtliche Handhabe für den Deichschutz im Land Bremen ist, basiert auf dem Jahr 1959. Es ist damals eine Untersuchung des Franzius-Instituts aus Hannover gewesen, und seitdem hat es keine Überprüfung gegeben. Insoweit können Sie jetzt nicht sagen, es ist ein Verschulden der Großen Koalition. Ich glaube, Herr Fücks war einmal Umweltsenator, es gab hier viele Umweltsenatoren. Der erste Kollege, der es auf den Weg gebracht hat, dass wir eine Überprüfung machen müssen, ist mein Vorgänger Jens Eckhoff, und dafür gebührt ihm Dank.

(Beifall bei der CDU–Abg. D r . S i e l i n g
[SPD]: Aber er fehlt wieder!)

Nun, Frau Dr. Mathes, haben Sie es ganz richtig angesprochen, dass es nicht immer einfach ist, mit den Kollegen in Hannover in vertretbare Verhandlungen einzutreten. Das Ergebnis ist natürlich ein gemeinsames Ergebnis, weil es keinen Sinn macht, dass wir zu anderen Berechnungen gelangen als das Land Niedersachsen, weil es der Weser und der Nordsee am Ende egal ist, wo wir Landesgrenzen ziehen. Das Wasser findet seinen Weg, wenn wir es nicht vernünftig in Abstimmung miteinander bringen. Von daher ist es zwingend, dass wir einen gemeinsamen Generalplan Küstenschutz für die Nordseeküste und die Weser machen. Es ist nicht nur zwingend für die

570 000 Menschen in Bremen und Bremerhaven, es geht wirklich den gesamten Raum an der Küste an. Deswegen ist es richtig, dass wir es gemeinsam machen.

(C)

Es war zugegebenermaßen relativ kompliziert, dem Kollegen Sander klarzumachen, dass wir nicht nur das Ergebnis des Generalplans Küstenschutz, des Gutachtens, das Ihnen heute auch als Anlage zur Beschlussfassung vorliegt, vorlegen, sondern dass wir auch die aktualisierten Werte der IPCC-Wissenschaftler einbeziehen, die immerhin die namhaftesten Wissenschaftler sind, die sich überhaupt mit Klimafolgen beschäftigen. Vor diesem Hintergrund haben wir das im Übrigen natürlich auch mit in die Vorlage der Beschlussfassung zur Senatsvorlage für heute vorgelegt.

Ich verweise da, Frau Dr. Mathes, auf Seite 13, wo wir sehr deutlich beschrieben haben, dass das für uns nicht das Ende der Fahnenstange ist. Wir glauben sehr sicher, wenn man die Maßstäbe der IPCC-Gutachter nimmt, die davon ausgehen, dass sich der säkulare Meeresspiegelanstieg zwischen 18 und 58 Zentimetern abspielen dürfte, dass wir mit 25 Zentimetern – so, wie die Gutachter uns das im Dezember noch ins Stammbuch geschrieben haben – eher an der unteren Fahnenstange angekommen sind und wir hier nicht die absolute Sicherheit für die nächsten 100 Jahre haben.

Deswegen ist meine Position und auch die des Senats, dass es eher die untere Kante ist, an der wir uns bewegen. Wir erwarten, dass wir in der Umsetzung, mit der wir in der Tat jetzt auch beginnen können, tatsächlich auch die Ergebnisse der IPCC-Gutachter einfließen lassen. Da zeichnet es sich ab, dass wir im Durchschnitt nicht mit bis 25 Zentimetern auskommen werden, sondern in einer Größenordnung von 50 Zentimetern. Niemand muss uns davon abhalten, früher anzufangen. Es gibt keinen Grund zu sagen, wir müssten das in 10 Jahren machen. Wenn wir erkennen, dass die Klimafolgen tatsächlich so rasant weiter zunehmen, wie es in den letzten 20 Jahren der Fall war, dann muss uns niemand davon abhalten, hier auch früher gemeinsam anzufangen.

(D)

Es ist sowohl von Frau Garling als auch von Ihnen gesagt worden, dass die anderen schon angefangen hätten. Nun ist es so, in Hamburg ist die Wahrheit, dass es in den Neunzigerjahren seinen Generalplan Küstenschutz komplett überholt hat. Das heißt, sie hatten eine andere zeitliche Abfolge. Mit Niedersachsen machen wir es gemeinsam, sodass sich da die Frage stellt, wieso hat denn Niedersachsen jetzt schon etwas gemacht? Die Antwort ist leider bedrohlich, aber auch genauso wahr: Die Deiche in Niedersachsen hatten zum großen Teil einen Unterbestieg, eine Tatsache, die wir, Gott sei Dank, in Bremen aufgrund einer guten Zusammenarbeit mit den Deichverbänden links und rechts der Weser nicht haben. Unsere Deiche haben keine Sicherheitsgefährdung, aber die Deiche, die uns in Niedersachsen umgeben, haben nicht den Qualitätsansprüchen Genüge geleistet, im

(A) Übrigen auch nicht den Qualitätsansprüchen des alten Generalschutzplanes Küstenschutz. Von daher müssten sie etwas tun, weil sie etwas nachholen mussten.

Das ist nicht das, was wir jetzt gemeinsam mit dem neuen Generalplan Küstenschutz voranbringen wollen. Von daher passt es nicht, da werden etwas die berühmten Äpfel mit den Birnen verglichen. Ich möchte allerdings auch nicht verhehlen, dass wir überall da, wo wir in den Küstenraum hineingegangen sind – ob es in Bremerhaven beim CT IV ist, ob es in Bremerhaven beim Alten und Neuen Hafen ist –, schon die Deichbauwerke, die Schleusen und die Sperrwerke entsprechend deutlich über das erforderliche Maß angepasst haben, weil man es so machen sollte, dass es tatsächlich auch einen Bestand hat, der für deutlich länger reicht. Kurzum, ich glaube, dass wir heute nur den Anfang machen, den Anfang, um mehr Deichschutz und mehr Bearbeitung der Klimafolgen auf den Weg zu bringen.

Bei allen Maßnahmen, das sagen Sie doch ganz richtig, auch wenn es um die Unterweseranpassung geht, müssen wir immer Ausgleichssituationen organisieren und herstellen. Deswegen gibt es auch dazu passend Umweltverträglichkeitsgutachten, deswegen wird die Oberste Landesbehörde, Naturschutzbehörde in Niedersachsen, aber auch in Bremen, solche Baumaßnahmen und solche Ausbaumaßnahmen zu beurteilen haben. Deswegen werden auch beispielsweise Umweltverbände befragt werden, um auch ihre Kompetenz mit einzubringen. Es wird auch Ausgleichsmaßnahmen geben müssen. Jede einzelne Maßnahme muss natürlich auch dem Gedanken Rechnung tragen, wie das zum Deichschutz passt. Da, wo wir neue Dinge machen, müssen wir immer die Antwort darauf geben, wie das auf Klimafolgen wirkt und welche Ausgleichsmechanismen man möglicherweise einsetzen kann, um diesen Folgen zu begegnen.

(B)

Ich möchte mir eine letzte Bemerkung erlauben, was die Finanzierungsfragen angeht! Die 100 Millionen Euro, die wir Ihnen hier als Summe mit der Vorlage auf den Weg gegeben haben, werden eher das untere Ende der Fahnenstange sein. Gehen Sie bitte davon aus, dass es nicht möglich sein wird, heute schon präzise vorherzusagen, wie sich Baukosten tatsächlich in den nächsten 10 Jahren entwickeln werden! Gehen Sie bitte davon aus, wenn wir die Deiche entsprechend anpassen, wenn wir an die Deichsonderbauwerke herangehen, dass wir auch naturgemäß sinnvollerweise überlegen müssen, ob man dann nicht von vornherein noch etwas mehr Sicherheit mit einbaut, um nicht dann möglicherweise 10 Jahre später die gleichen Deichbauwerke anzupassen.

Insofern werden wir natürlich mit diesem Startschuss – das ist richtig angesprochen worden – heute nur einen Anfang machen. Die tatsächlichen Kostenfolgen werden deutlich höher sein. Das ist natürlich eine Aufgabe des Gesamtsenats, als solche hat

es auch der Gesamtsenat identifiziert. Ich sage als Umweltsenator, es macht natürlich wenig Sinn, Deichschutz gegen Umweltschutzmaßnahmen auszuspielen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Damit erreichen wir gar nichts. Wenn wir beim Umweltschutz sparen, um die dann eingesparten Mittel beim Deichschutz einzusetzen, dann werden wir keinen Beitrag leisten, um aktiv positiv gegen die Klimafolgen vorzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, hat es eine Diskussion gegeben. Natürlich ist in einem Haushaltsnotlageland der Senator für Finanzen daran interessiert, in den Einzelhaushalten der zuständigen Fachsensatoren möglichst viel auch schon abzusichern. Dafür habe ich großes Verständnis. Ich bin auch sicher, dass die Diskussion auch in der nächsten Legislaturperiode noch nicht zu Ende ist, weil wir jede einzelne Maßnahme, so wie wir jetzt den Lohmanndeich in Bremerhaven erneuern werden, natürlich auch in ein vernünftiges Finanzierungskonzept überführen müssen. Aber es war mir sehr wichtig, dass wir von vornherein sicherstellen – aus Sicht des Umweltbereiches –, dass Deichschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, eine Aufgabe, die uns alle in diesem Parlament und alle im Senat angeht, nicht nur den Senator für Umwelt. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur klarstellen, dass aus dem, was ich hier gefordert habe beziehungsweise aus den Versäumnissen, die ich aufgezeigt habe, kein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung resultiert, sondern ich habe ganz konkret dargelegt, dass die Große Koalition – ist es richtig, dass sie jetzt seit 12 Jahren das Land regiert? – viel zu spät an die Überarbeitung des Generalplans Küstenschutz herangegangen ist, dass sie damit auch nicht die Grundlage hatte, um hinsichtlich der Übernahme von Finanzierungskosten in Verhandlungen mit dem Bund zu treten und dass sie ihre Zeit damit verschwendet hat, unsinnige Projekte zu finanzieren, an denen Bremen noch lange knabbern muss, ich nenne nur den Space-Park. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (A) Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussfassung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/1384 in der Neufassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Beschlussempfehlung des Senats zu.

(Einstimmig)

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2007
(Drucksache 16/1351)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Schuster.

- (B) Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz einer veränderten Konjunkturlage und trotz eines bundesweiten Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland und insbesondere in Bremen und Bremerhaven zu hoch. Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt haben auch gegenwärtig fast ausschließlich Arbeitslose, die relativ kurz arbeitslos waren, also Arbeitslose, die Beziehler des Arbeitslosengeldes I sind. Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosengeld II bekommen, haben auch jetzt kaum Zugang zu dem ersten Arbeitsmarkt. Es gilt der Satz: Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu bleiben.

Für Langzeitarbeitslose hier in Bremen und in Bremerhaven sind die BAGIS und die ARGE Job-Center zuständig. Sie verabschieden jährlich ein arbeitsmarktpolitisches Programm für die sogenannten Integrationsleistungen, also für beschäftigungspolitische Maßnahmen und Qualifikationsmaßnahmen, und sie sind zuständig für die ganzen passiven Leistungen, also für die Auszahlung zum Lebensunterhalt, auch für die Kosten zur Unterkunft, sowie einige Mehrbedarfe. Die BAGIS erhält im Jahr für Arbeitsmarktmaß-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

nahmen circa 60 Millionen, ARGE Job-Center 22 Millionen. Die BAGIS hat damit im letzten Jahr für 7500 Menschen Ein-Euro-Jobs gemacht und dafür 29 Millionen Euro ausgegeben. Das ist die Hälfte des Etats. Gleichzeitig hat die BAGIS nur 690 sozialversicherungspflichtige Jobs gefördert. Also, auf einen sozialversicherungspflichtigen Job kommen 11 Ein-Euro-Jobs. Das ist aus unserer Sicht ein ganz kras- ses Missverhältnis zu dem, was wir hier in diesem Lande brauchen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hatten gestern die Debatte zum Mindestlohn. Bei allen Differenzen und Nuancen hier im Haus zu Mindestlöhnen habe ich aber aus der Debatte mit- genommen, dass eine breite Mehrheit des Parlaments die Meinung hat, dass Lohn und Gehalt auskömm- lich und armutsfest sein müssen und dass es auch eine Frage der Menschenwürde ist, dass es ein existenz- sicherndes Einkommen gibt, von dem die Menschen Leben können. Uns Grünen war immer daran ge- legen, dass es die Ein-Euro-Jobs nicht gibt. Sie sind uns ein Dorn im Auge, erst recht in diesem Umfang, in dem es sie gibt, das wissen Sie auch.

Sie sind uns aus verschiedenen Gründen ein Dorn im Auge. Erstens sagt das Sozialgesetzbuch II dazu aus, dass die Ein-Euro-Jobs das letzte Mittel sein sollen. Das erste Mittel soll Integration in den ersten Arbeitsmarkt sein, das zweite Mittel soll Integration in den zweiten Arbeitsmarkt mit sozialversicherungs- pflichtigen Jobs sein. Dritte Maßnahme, erst zum Schluss, wenn nichts mehr hilft, sollen Ein-Euro-Jobs sein. Sie sollen nicht das Mittel der Wahl sein, so wie es hier in Bremen ist.

Der zweite Grund, warum uns die Ein-Euro-Jobs ein Dorn im Auge sind, ist, dass es für die Menschen nämlich einen Unterschied macht, ob sie für ihre Arbeit Lohn und Gehalt beziehen oder ob sie für ihre Ar- beit nur einen Euro die Stunde bekommen, anstelle Gehalt zu beziehen. Das macht einen Unterschied. Sie haben als Arbeitnehmer Arbeitnehmerrechte, die haben sie im Ein-Euro-Job nicht, und es ist zentral wichtig für das Selbstwertgefühl dieser Menschen und ihrer Familien, ob sie für ihre Arbeit Gehalt oder Lohn bekommen oder ob sie einen Euro zum Lebensun- terhalt dazubekommen. Das ist für das Selbstwert- gefühl ein Unterschied, und es fördert am Ende auch die Beschäftigungsfähigkeit, wenn wir sozialversiche- rungspflichtige Jobs statt Ein-Euro-Jobs anbieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus all diesen Gründen ist es sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir wollen, dass aus Ein-Euro-Jobs sozialversicherungspflichtige Jobs ge- macht werden, und wir wollen, dass arbeitsmarkt-

(C)

(D)

(A) politische Maßnahmen kostengünstiger werden, die gegenwärtig auch zu teuer mit ESF-Mitteln finanziert werden.

Ich will dazu ein Beispiel nennen! Wir haben in der letzten oder vorletzten Sitzung der Arbeitsdeputation ein Programm für ältere Arbeitnehmer verabschiedet. Das ist auch richtig gewesen. In diesem Programm gibt es für 450 Menschen ein Programm, dass sie geordnet in Rente gehen können, dass sie da Gehalt beziehen. Für diese 450 Menschen werden 7 Millionen Euro ESF-Mittel eingesetzt, das sind 8 Prozent des Gesamtetats der ESF-Mittel, die wir bis 2013 zur Verfügung haben, also ein enorm hoher Betrag. Damit wird deutlich, dass wir uns solche Maßnahmen nicht allzu häufig leisten können, weil das Geld schlicht dann verbraucht wäre. Das ist deswegen so teuer, weil wir bei diesen Maßnahmen nicht das eingesparte Arbeitslosengeld II und auch nicht die nicht mehr anfallenden Mietkosten einsetzen können, sondern da spart dann der Bundeshaushalt an dieser Stelle. Wir können das eingesparte Geld hier nicht einsetzen.

(B) An diesem Punkt komme ich jetzt zu dem zentralen Punkt unseres Antrags. Wir fordern an dieser Stelle eigentlich das, was die meisten Arbeitsgemeinschaften hier in Deutschland fordern – auch die BAGIS fordert das, die meisten Fachleute halten das für richtig, die Bundesanstalt für Arbeit ist dem gegenüber aufgeschlossen –, nämlich dass es eine einseitige Deckungsfähigkeit der passiven Leistungen geben soll, also der Leistungen Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft, zu den aktiven Leistungen, die die Integrationsleistungen sind, also die arbeitsmarktpolitischen Eingliederungsmaßnahmen. Das ist deshalb bedeutsam, denn gegenwärtig ist das nach dem Bundesgesetz nicht vorgesehen. Sie dürfen nicht zur Deckung eingesetzt werden, aber wenn man in der Tat am Ende Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren will und das von den Kosten hinbekommen will, muss es diese Deckungsfähigkeit geben. Ich gebe zu, das ist jetzt für alle in diesem Haus etwas technisch, aber es ist in der Sache ein ganz tief gehender Tanker.

Deswegen fordern wir den Senat an dieser Stelle auf, eine Bundesratsinitiative zu starten, damit wir diese Deckungsfähigkeit bekommen. Wir fordern dies zunächst nur für 10 Prozent der passiven Leistungen, damit wird am Ende schon sehr viel Geld mobilisiert. Wir glauben, das ist ein moderater Einstieg an der Stelle. Wir wollen uns auch die Lenkungswirkung anschauen. Wir glauben, wenn das sehr erfolgreich läuft, dass wir dort dann auch mit höheren Prozentsätzen in die Zukunft hineingehen wollen. Wir wollen den Einstieg an der Stelle so gestalten. Wir sind an der Seite der Fachleute in der Bundesrepublik, wie gesagt, der Arbeitsgemeinschaften, der Fachleute in der Arbeitsmarktpolitik, sowohl in Bremen als auch bundesweit. Wir Grünen schließen uns dieser Auffassung an. Wir wollen mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Arbeitslosengeld II plus Ein-Euro-Jobs. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finan-

zieren. Deswegen bitten wir Sie, dass Sie diesen Antrag hier unterstützen. – Herzlichen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren! Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich noch eine Korrektur bekannt geben. Es war ein Fehler meinerseits. Für diese Debatte ist seitens des Senats zugeordnet Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch und nicht Frau Senatorin Rosenkötter und Herr Dr. Schuster. Ich bitte um Entschuldigung!

Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Peters.

Abg. **Peters** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ lautet der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Diese Aussage, muss ich bestätigen, ist absolut richtig. Wenn es doch so einfach wäre, dies umzusetzen! Natürlich ist auch für die CDU die eindeutige Prämisse, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit der Zahlung von Löhnen und Gehältern immer an erster Stelle stehen müssen. Erst an zweiter Stelle darf die Förderung der leider noch viel zu vielen Arbeitslosen stehen, die allerdings für die Betroffenen in diesem Fall wichtig ist. Auch soll sie sinnvoll sein, das heißt, diese Förderung muss zielorientiert eingesetzt werden, um die Menschen immer mit dem Blick in Richtung ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

(D)

Nur, so pauschaliert, wie Sie es in Ihrem Antrag planen, sollten wir es nicht angehen, denn als Erstes ist doch sicherzustellen, dass für Menschen auch die nötige Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung steht. Es nützt mir nichts, wenn ich eine Förderung habe, aber nicht die Arbeitsplätze, weil das im Grunde genommen unter Umständen bei dem einen oder anderen falsche Hoffnungen wecken könnte. Deshalb möchte ich auch noch einige andere Punkte anführen, warum wir heute diesen Antrag ablehnen werden; nicht, weil wir gegen diese Arbeit sind, sondern ich werde noch einige Anmerkungen machen und vielleicht auch ein bisschen darauf hinweisen, wie die Perspektiven aussehen könnten.

Die Grünen zielen in ihrem Antrag auf die große Zahl der in Bremen beschäftigten In-Jobber ab, das hat Frau Schön auch angeführt. In der Tat ist es aber nicht so, dass dabei die Aussage richtig ist, dass wir hierbei nur die Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern allen Teilnehmern wird in diesem Bereich die Möglichkeit eröffnet, in das aktive Berufsleben zumindest wieder einen Einstieg zu finden und unter Umständen auch eine weitere Perspektive daraus entwickeln zu können. Ich gebe natürlich zu, bei dieser riesigen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Zahl gibt es auch einige Fehlentwicklungen, über die man reden muss.

Außerdem ist es auch nicht so, dass dann keiner weitere Ideen überlegt oder entwickelt hat, sondern – Frau Schön hat es auch schon angeführt – wir haben vor Kurzem gerade für die älteren Langzeitarbeitslosen eine Maßnahme realisiert im Bereich der In-Jobber. Sicher kostet sie Geld, aber – und vielleicht muss man auch andere Dinge dabei bedenken – ich halte es für ganz wichtig, dass man sich Gedanken darüber macht, was man mit dem Geld machen will, woher es auch immer kommt, um diese Menschen ganz zielorientiert dort hinzubringen, dass sie dauerhaft in Arbeit kommen.

Ich finde es außerordentlich wichtig, dass wir für diese Menschen, die über 55 Jahre sind, die teilweise Jahrzehnte in Betrieben gearbeitet haben und unverschuldet arbeitslos geworden sind – und wir wissen alle, ältere Arbeitnehmer, ich würde auch dazu gehören, will keiner mehr haben –, wieder eine Perspektive aufbauen können, sodass sie würdevoll in Rente gehen können oder nicht das Gefühl haben, Almosenempfänger zu sein.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Dies ist immerhin für eine Anzahl von Menschen, 430 oder 450, ermöglicht worden. Andersherum merken wir da schon, wie schwierig es ist, für diese Menschen auch die ausreichende Anzahl an Arbeitsplätzen zu finden. Ich kann mich nur bei allen bedanken, die dort initiativ sind, um diese Chance für diese Menschen auch umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb auch meine Eingangsausführung: Es nützt uns nichts, wenn wir jetzt statt 4000 In-Jobber 3000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze fördern können und diese nicht finden. Denken Sie daran – Sie hatten es auch schon erwähnt –, wir hatten gestern die sehr umfangreiche Debatte bezüglich der Mindesteinkommen, die dort auch mit hineinspielen. Sie haben in der Deputation auch mit der Förderung der über 55-Jährigen schon Probleme gehabt; Sie sagen jetzt, wegen der Finanzierung, aber Sie sollten auch offen sagen: Wir wollen das zielorientiert, und im Ansatz, wenn wir die Maßnahme haben, schauen wir, wie wir das finanzieren, wie wir das umsetzen.

Wir sollten dabei ganz besonders für die Zukunft auch im Auge behalten, dass wir passgenau die Angebote machen für arbeitslose Jugendliche, für die älteren arbeitslosen Menschen, für anderweitig benachteiligte Menschen, und erst schauen, was können wir mit ihnen machen, und dann schauen, wie wir das Ganze finanzieren, um diese Mittel dann auch wirklich realistisch, vernünftig einzusetzen. Natürlich

lich muss dies im Rahmen des gesamten In-Jobber-Programms überdacht werden. Man muss schauen und vielleicht auch noch einmal neu justieren, und dann kann auch im Rahmen dieser Maßnahmen Ihr Antrag diskutiert werden, ob man dort nicht finanziert, sobald man weiß, was man machen will und mit wie vielen Menschen man es machen will. Ich kann noch einmal wiederholen: Nicht so pauschal, sondern zielorientiert!

(C)

Auf die Debatte über den Mindestlohn hatte ich eben schon hingewiesen. Lassen Sie uns doch auch aufgrund einiger dieser Argumente, die ich eben anführte, in der nötigen Ruhe die Situation auch der In-Jobber und dort eventuell eingetretener Fehlentwicklungen betrachten und gegebenenfalls nach geeigneten Möglichkeiten der Umsteuerung suchen, damit wir das Ziel, das wir erreichen wollen – möglichst viele Menschen wieder in Arbeit zu bekommen –, auch erreichen können! Dies aber nicht mit so einem, Sie haben es selbst gesagt, tief gehenden Tanker und, ich möchte einmal sagen, im Moment komplizierten Schnellschuss im Bundesrat, der dann am Ende eventuell nicht zum gewünschten Erfolg führt. Unter anderem deshalb lehnen wir Ihren Antrag zu diesem Zeitpunkt ab.

Lassen Sie uns dieses Thema mit der nötigen Seriosität diskutieren, um ein erfolgversprechendes Ergebnis zu erzielen, um den vielen arbeitslosen Menschen wirklich eine Perspektive geben zu können! Dann können wir auch darüber reden. – Danke!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es muss doch unser erstes Ziel sein, Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen, und zwar richtige Arbeit, Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen geben wir uns auch nicht damit zufrieden, jetzt und hier zu resignieren, sondern ich denke, dass wir gerade jetzt, da wir erleben, dass die Konjunktur wieder in Schwung kommt, auch eine verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wir haben in Bremen erstmals seit Jahren wieder einen kräftigen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, und zwar richtigen Arbeitsplätzen, also keine Minijobs oder Ähnliches. Dann ist es die Aufgabe der Agenturen, auch der BAGIS und der ARGE, dass sie auch Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln und ihnen auch Chancen durch Qualifizierung verschaffen, aber sich nicht

(A) darauf beschränken, leichter vermittelbare kurzzeitig Arbeitslose zu vermitteln und die Langzeitarbeitslosen zu vernachlässigen. Deshalb messe ich auch die Leistungen der BAGIS oder der ARGE nicht – wie ich es bei Frau Schön herausgehört habe – daran, wie viele sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Arbeitsplätze sie schaffen anstelle von Ein-Euro-Jobs, sondern ich messe sie daran, wie weit es ihnen gelingt, Langzeitarbeitslose in richtige Arbeit zu bringen. Ich finde, das muss auch weiterhin unser Ziel und auch das Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein!

Zugleich müssen wir natürlich auch überlegen, was bieten wir den Menschen an, die absehbar keine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt finden werden, wie dieser Arbeitsmarkt im Augenblick in den Betrieben ist. Das sind ja Menschen, die keinerlei Mängel haben, sondern es sind Menschen, die einfach aufgrund ihres Alters oder aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen aller Voraussicht nach absehbar keine Chance haben. Ich glaube, dass wir für diejenigen in der Tat etwas tun müssen.

Was die Ein-Euro-Jobs betrifft, will ich doch einmal mit einem hartnäckigen Vorurteil oder einer hartnäckigen Vorstellung aufräumen: Diese Ein-Euro-Jobs sind kein zweiter Arbeitsmarkt, kein Ersatzarbeitsmarkt und nicht dazu da, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern sie sind eigentlich eine soziale Maßnahme, die die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen erhöhen soll, die zunächst einmal nicht durch andere Maßnahmen – Qualifizierung, Training oder Ähnliches –, sondern einfach dadurch, dass sie die Möglichkeit haben, strukturiert in einem Betrieb zu arbeiten, wieder an die Tätigkeit im normalen Arbeitsleben gewöhnt werden sollen. Deswegen handelt es sich hier auch nicht um ein Arbeitsverhältnis.

Es wird auch nicht bezahlt, die Menschen bleiben weiter im Hilfebezug. Dieser eine Euro ist auch keine Bezahlung für Arbeit – das wäre ja nun auch wirklich unhaltbar –, er ist eine Mehraufwandsentschädigung dafür, dass man eben mehr Aufwand hat, wenn man zur Arbeit geht, als wenn man nicht zur Arbeit geht. Es ist auch richtig, dass die Ein-Euro-Jobs kurzfristig sind, dass nach einem halben Jahr oder einem Dreivierteljahr Schluss ist.

Wie wichtig das aber für die Arbeitslosen ist, merkt man daran, dass es eine riesige Nachfrage nach diesen Ein-Euro-Jobs gibt und dass viele Arbeitslose ihren Ein-Euro-Job auch verlängern wollen. Das zeigt übrigens auch, dass sämtliche Vorurteile gegen Arbeitslose, dass sie nicht arbeiten wollen, haltlos sind. Die Menschen wollen arbeiten, unter welchen Umständen auch immer! Deswegen ist es, finde ich, auch die soziale Aufgabe von Arbeitsmarktpolitik, für diejenigen etwas zu tun, die absehbar auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Das haben wir mit dem Programm „55 plus“ gemacht. Es war übrigens ein Programm, das zwar die Deputation verabschiedet hat, das aber von der Bürgerschaft initiiert wur-

de. Merkwürdigerweise haben die Grünen damals dagegen gestimmt,

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt ja gar nicht!)

aber nun ist es trotzdem zustande gekommen.

Dieses Programm ging davon aus, dass es unwürdig ist, wenn Menschen, die lange gearbeitet haben, die 30 oder 40 Jahre lang im Betrieb gewesen sind, die auch ihre Beiträge gezahlt haben, dann erleben müssen, dass sie arbeitslos werden und dann von Stütze leben müssen. Man kann denjenigen nicht sagen, sucht euch doch einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt, weil sie wissen, unter den gegenwärtigen Umständen finden sie einfach keinen. Auch unter den Ein-Euro-Jobbern gibt es solche Menschen.

Ich muss übrigens auch etwas anderes korrigieren: Frau Linnert hat gestern einmal nebenbei gesagt, Bremen hätte einen Spitzenplatz bei den Ein-Euro-Jobbern. Das stimmt nicht! Etwa 38 Prozent der Finanzen werden hier bei der BAGIS für solche Jobs verwendet, bei anderen Agenturen wie etwa Köln oder Berlin sind es bis zu 50 Prozent.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei uns sind es auch 50 Prozent!)

Das ist viel, aber das mit dem Spitzenplatz war eine Fehlinformation, die man, wie ich finde, auch korrigieren muss.

Unter denen, die jetzt hier Ein-Euro-Jobber sind, gibt es viele Menschen, die absehbar eine solche Chance nicht haben, und für diejenigen, das glauben wir auch, muss es ein Programm geben für sozialversicherte öffentlich geförderte Beschäftigung.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Nein!

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eigentlich nur eine Zwischenbemerkung!)

Richtig gestaltet kann daraus eine Win-win-Situation, ein Vorteil entstehen, sowohl für unser Gemeinwesen, wenn es sich um gemeinnützige öffentlich geförderte Beschäftigung handelt, als auch für diese Arbeitslosen, die dann die Möglichkeit haben, ihren

(C)

(D)

(A) Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern und nicht mehr auf Hilfeleistungen angewiesen zu sein.

Man kann natürlich überlegen, wie man das finanziert. Frau Schön hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es bisher unter den gegenwärtigen Umständen sehr teuer ist, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze voll zu finanzieren. Wir geben insgesamt 12 Millionen Euro aus EU-Mitteln für das Programm „55 plus“ aus, und da ist es durchaus überlegenswert – das hat Herr Peters auch gesagt –, dass man sich fragt, ob man nicht die Initiativen unterstützen sollte. Fachleute sind sich auch einig, dass es sinnvoll ist, von dem Geld, das eingespart wird bei der Zahlung für den Lebensunterhalt der Arbeitslosen – ich würde hier übrigens für Bremen sagen, es fallen natürlich auch Einsparungen bei den Kosten für die Unterkunft an – etwas in aktive Leistungen der Beschäftigungsförderung umzuwidmen. Wir streben seitens der SPD an, für die nächste Legislaturperiode hier ein solches Programm aufzulegen. Ich denke, im Gesamtpaket eines solchen Programms ist es dann auch sinnvoll, sich zu überlegen, wie die Finanzierung sichergestellt werden kann, möglicherweise auch im Rahmen einer Bundesratsinitiative, aber auch durch eine ganze Reihe anderer Dinge.

(B) Wenn wir noch mitten in der Legislaturperiode wären, würde ich sagen, wir überweisen diesen Antrag an die Deputation. Das geht nun nicht mehr, da er auf den letzten Drücker gekommen ist. Wir werden deshalb diesen Antrag ablehnen, aber inhaltlich – das hat Herr Peters schon gesagt – ist es sowieso etwas, was im Augenblick in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion ist und was auch in Bremen in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion bleiben wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch.

Staatsrätin Dr. Weihrauch: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern, ich denke, das ist eine Forderung, die wir alle unterschreiben können, die wir aber auch seit vielen Jahren, wenn ich das so sagen darf, umsetzen. Allerdings liegen die Probleme sicher im Detail und in der Frage der konkreten Umsetzung einer solchen plakativen Forderung. Ich möchte aber auch meinen Ausführungen noch einmal voranstellen, dass unser oberstes Ziel sein muss, Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, und dass ich sehr optimistisch bin in unserer Arbeitsmarktsituation, dass uns das hoffentlich dann auch mit Beginn der neuen Legislaturperiode deutlich besser gelingen wird, als es in den letzten Jahren zum großen Teil der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

(C) Die Zahlen jedenfalls, bundesweit und auch hier im Land Bremen, sprechen sehr dafür.

In Bremen wird derzeit, auch initiiert durch unser Ressort, eine fachliche Debatte über die Zukunft der Beschäftigungsförderung geführt. Für mich ist dabei ganz unbestritten, dass wir zu einer stärkeren Ausdifferenzierung der vorhandenen Instrumente kommen müssen, sodass wir den unterschiedlichen Problemlagen auch besser Rechnung tragen können. Das gilt ganz besonders für die Langzeitarbeitslosen, die in den vergangenen Jahren in der schwierigen Arbeitsmarktsituation ganz besonders benachteiligt waren und für die wir jetzt besonders da, wo sie schwer vermittelbar sind, hoffentlich sowohl einerseits neue Instrumente, zum anderen aber auch bessere Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen können.

Für einen Teil der Langzeitarbeitslosenzielgruppe, die nicht auf den Arbeitsmarkt unmittelbar vermittelbar sind, wird es zusätzliche und längerfristige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote geben müssen. Hier kann sich zum Beispiel die Arbeitsmarktpolitik auch mit Stadtentwicklungspolitik verbinden und dem sozialen Zusammenleben in der Kommune dienen.

(D) Ich will an dieser Stelle auch betonen, dass ich die Umwandlung von passiven in aktive Leistungen nicht grundsätzlich für falsch halte. Hierzu müssten dann, das hat Frau Schön gesagt, gegebenenfalls auch die notwendigen Regelungen noch getroffen werden. Den Zusammenhang aber, den Sie als Grüne dazu herstellen, kann ich so pauschal nicht mittragen. Eine ersatzweise voll versicherungspflichtige Beschäftigung einer so großen Gruppe von Langzeitarbeitslosen, die nicht unmittelbar in den allgemeinen Arbeitsmarkt integrierbar ist, ist weder arbeitsmarktpolitisch sinnvoll noch finanzierbar.

Ich möchte ein paar der Probleme, die sich in der Konsequenz stellen würden, auch konkret nennen! Es entstünden daraus einerseits Verteilungsprobleme, und zwar zwischen Bund und Kommunen, nämlich vor dem Hintergrund, dass die Höhe der ABM-Vergütung zum Beispiel oder der Vergütung solcher Beschäftigungsverhältnisse nur für sehr kleine Haushalte existenzsichernd wäre. Das heißt, dass ergänzende Unterstützungsleistungen dann aus den Haushalten der Kommunen zur Verfügung zu stellen wären, dies ist im Sinne einer Vorrangregelung bundesweit so geltendes Recht. Das würde bedeuten, dass die Kommunen zusätzlich belastet würden.

Zum anderen würde eine solche Regelung auch bedeuten, dass die öffentliche Hand stärker in die Sozialversicherungsträger investiert, denn Profiteure einer solchen Regelung wären die Sozialversicherungsträger, die dann höhere Beiträge – und zwar in diesem Fall aus den öffentlichen Kassen – erhielten. Im Übrigen berücksichtigte eine solche Lösung auch noch nicht, dass auch die Beschäftigungsträger mitmachen müssten, für die dann gegebenenfalls auch

- (A) nicht oder nicht in auseichendem Maße Fördermittel zur Verfügung stünden.

Ich will auch noch einen weiteren Aspekt ansprechen, den wir alle wahrscheinlich aus den Neunzigerjahren noch ganz gut kennen, den sogenannten Lock-in-Effekt, den wir für arbeitsmarktpolitisch, und zwar besonders bei solchen Arbeitslosen, die durchaus Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, besonders dann, wenn er sich erholt, die nämlich dann von sich aus die Initiativen nicht mehr in dem Maße entwickeln und eher vom Arbeitsmarkt abgekoppelt würden –.

Ich möchte auch noch einen ganz kurzen Satz sagen zu den Ein-Euro-Jobs. Auch wir sehen natürlich, dass die sogenannten Ein-Euro-Jobs oder die In-Jobs nicht die erste Lösung darstellen, das ist gar keine Frage. Die generelle und doch sehr pauschale Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den In-Jobs aber wird von uns und übrigens auch von sehr vielen Teilnehmern an solchen In-Jobs nicht geteilt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Gerade im Bremer System der In-Jobs liegt eine sinnvolle Kombination von Beschäftigung und Qualifizierung, die an die Bedarfe der jeweiligen Zielgruppe angepasst ist, die gerade dazu beitragen können, Integrationshemmnisse abzubauen, und darum muss es bei vielen Langzeitarbeitslosen gehen.

(B)

Wir werden also bei unseren Überlegungen zur zukünftigen Gestaltung der Beschäftigungsförderung auch weiterhin strikt auf die Vermeidung von Verdrängungs- und Drehtüreffekten – wie sie übrigens auch eintreten können mit einer solchen Regelung, weil wir wieder in das soziale Sicherungssystem des SGB III dann eintreten würden – setzen. Wir würden auch darauf achten müssen, dass arbeitsmarktpolitisch sinnhafte und in der Finanzierung realisierbare Lösungen gefunden werden.

Gegenwärtig, das will ich noch erwähnen, setzt die bundespolitische Debatte für besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose auf eine Finanzierung neuer Förderansätze im Rahmen der vorhandenen Eingliederungsbudgets der Argen, Stichwort sozialer Arbeitsmarkt. Dies entspricht auch unseren Intentionen. Für diese Zielgruppe kann dann auch aus unserer Sicht das Instrument der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung durchaus Sinn machen. Insofern, denke ich, ist der Antrag der Grünen für bestimmte Zielgruppen durchaus eine Alternative, aus unserer Sicht aber als genereller Lösungsvorschlag in dieser Form so nicht umsetzbar. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es außerordentlich bedauerlich, dass die Große Koalition einem Antrag nicht folgen kann, den die gesamte Fachwelt eigentlich will. Die Geschäftsführer der Argen in Deutschland sind meistens nicht mit grünen Geschäftsführern besetzt, sondern meistens von der CDU und der SPD.

(C)

(Abg. **P e r s c h a u** [CDU]: Nicht so viele Krokodilstränen!)

Von daher ist es mir unverständlich, dass Sie sich in Anbetracht dessen, dass wir in 2 Wochen hier eine Wahl haben und das vielleicht für Ihre Profilierung auch wichtig ist, einem Antrag, den eigentlich alle für notwendig halten, nicht anschließen können und dass Sie dann mit irgendwelchen Argumenten sagen, das hier wäre ein Schnellschussantrag. Er ist monatelang in Deutschland diskutiert worden, daran ist überhaupt nichts Schnellschüssiges. Frau Ziegert sagt, es muss ein Gesamtpaket geben. Wir haben mit keinem Wort gesagt, dass das die Lösung aller Probleme ist, sondern es bestenfalls ein Baustein ist, da mehr Gerechtigkeit hineinzubekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier werden also Argumente angebracht, da bin ich dann doch schon etwas erstaunt.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann noch einmal ein Satz zur Wahrheitsfindung, Frau Ziegert! Sie haben hier gesagt, Frau Linnert habe hier gestern irgendwie etwas Falsches erzählt, und es seien nur 38 Prozent derjenigen, die hier in Bremen In-Jobs machen. Nur noch einmal für die Wahrheit und Klarheit hier in diesem Hause: Die BAGIS hat im letzten Jahr genau 58,5 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen ausgegeben und davon genau 29 Millionen Euro für Ein-Euro-Jobs. Das sind rechnerisch genau 49,75 Prozent und nicht 38 Prozent. Die Zahlen habe ich dort liegen, ich kann sie Ihnen von mir aus nachher zeigen. Daran zeigt sich doch, dass die In-Jobs hier ein Schwerpunktinstrument sind und nicht ein Instrument unter mehreren.

Mit der großen Angepasstheit der Ein-Euro-Jobs hier in Bremen haben wir auch so unsere Erfahrung, was uns viele Menschen hier in dieser Stadt erzählen. Wir haben doch gerade erst auch die Berichte sowohl der inneren Revision der Bundesanstalt für Arbeit als auch des Rechnungshofs gehabt, dass es dort überhaupt kein vernünftiges Fallmanagement gibt, dass es keine Integrationsvereinbarung gibt. Wo ist denn da die genaue Angepasstheit? Die ist doch an der Stelle gar nicht gegeben, das muss doch erst

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) noch einmal geschaffen werden. Von daher sei die Angepasstheit mit den In-Jobs einmal dahingestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass diese In-Jobs nur für diejenigen sind, die einfach zu schlecht sind, in Anführungsstrichen, wie es hier auch immer gesagt wird, dann möchte ich hier gern einmal kurz eine Anzeige eines Trägers zum Besten geben, der hier jemanden auf In-Job-Basis gesucht hat, nämlich „PR-Assistenz zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit, Voraussetzung: Erfahrung in der Pressearbeit, gute PC-Kenntnisse, kommunikative und soziale Kompetenz“. Das ist, glaube ich, eine Beschreibung, mit der man eigentlich Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt sehen will, wo man auch Kompetenzen erwartet, die für den ersten Arbeitsmarkt tauglich sind. Von daher ist es für mich überhaupt gar nicht einsehbar, weshalb hier so eine Argumentation vorgetragen wird, dass die das doch auch auf Ein-Euro-Job-Basis machen können. Warum man an der Stelle nicht sozialversicherungspflichtige Jobs machen kann auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt, da leuchtet mir hier die Argumentation der Großen Koalition überhaupt nicht ein.

Wir bleiben dabei: Arbeit muss auch mit Lohn und Gehalt bezahlt werden. Arbeit kann nicht alimentiert werden durch einen Ein-Euro-Job, sondern da brauchen wir ganz andere Regelungen. Ein Einstieg zur Finanzierung auf Bundesebene ist eben, dass wir passive Leistungen für aktive Leistungen nutzen können. Schade, dass die Große Koalition nicht bereit ist, diesen konstruktiven Weg hier zu gehen! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/1351 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen (C)

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 8. November 2006
(Drucksache 16/1187)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2007

(Drucksache 16/1347)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Lühr.

Ich gehe davon aus, Herr Staatsrat, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD nicht mündlich wiederholen möchten.

Gehe ich recht in der Annahme, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen? – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als Erstes erteile ich das Wort der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern schon hatten wir die Frage Existenzsicherung hier in diesem Hause ausgiebig diskutiert in einer sehr intensiven, aber wichtigen Fragestunde zu dem Thema Mindestlöhne. Heute wollen wir hier ein etwas anderes Thema beleuchten, das wir hier in Bremen direkt auch anpacken können. Mindestlöhne sind ein Bundesthema, hier in Bremen können wir aber auch direkt zu einem kleinen Teilbereich etwas tun.

Dieser Teilbereich ist uns aufgefallen, als wir uns im Personalcontrollingbericht die Daten, das Zahlenmaterial angesehen haben. Wir haben festgestellt, dass es zu unserer großen Freude sehr viele Teilzeitkräfte in Bremen gibt. Wir haben dafür lange vor allen Dingen frauenpolitisch gekämpft und sind sehr stolz darauf, dass wir in Bremen so viele Teilzeitkräfte beschäftigen können. Auf der anderen Seite haben wir uns natürlich auch die Frage gestellt: Sind das alles Teilzeitplätze, die wirklich gewünschte Teilzeitplätze sind? Wir sind nach vielen Gesprächen mit den Betroffenen darauf gestoßen, dass es in einigen Bereichen üblich ist, einige Stellen nur als Teilzeitstellen auszuschreiben. Die Menschen, die sich auf diese Stellen bewerben, haben also nicht die Wahl, in Vollzeit oder in Teilzeit zu arbeiten – das, was wir uns eigentlich immer wünschen –, sondern sie haben nur die Wahl, in Teilzeit zu arbeiten.

Wir wissen, dass die Haushaltslage in Bremen und personalorganisatorische Maßnahmen oft nur Teilzeitstellen zulassen. Wenn man sich den Personalcontrollingbericht ansieht, fällt es aber auf, dass diese Teilzeitstellen vermehrt oder fast ausschließlich im Gesundheits- und im Sozialbereich sind, dort, wo fast ausschließlich Frauen beschäftigt sind. Dies ist ein sehr augenfälliges Ungleichgewicht. Wir möchten mit

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) dieser Großen Anfrage dazu beitragen, dass in den nächsten Personalcontrollingberichten des Senats auch einmal abgefragt wird bei denjenigen, die eine Teilzeitstelle haben, ob sie sich vielleicht auch eine Vollzeitstelle vorstellen könnten. Wir möchten den Senat auch auffordern, mit Teilzeitkräften Personalentwicklungsgespräche zu führen, um hier vielleicht auch einmal andere Personal- und Zeitvertragsstrukturen hineinzubringen.

Wir wissen, dass es vor allen Dingen auch aus Gründen der finanzpolitischen Sicht schwer ist, alle Teilzeitstellen in Vollzeitstellen umzuwandeln. Für uns ist es aber wichtig, dieses Thema anzusprechen und erst einmal den Weg zu gehen, hier einige Bereiche anzusprechen, anzupacken und Stellenbereiche umzuwandeln. Wir wollen hier den Einstieg mit unserer Großen Anfrage fördern, das ist uns ganz wichtig, denn alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen die Freiheit haben zwischen Vollzeit und Teilzeit. Es soll eine gewünschte Teilzeit geben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Speckert.

(B) Abg. Frau **Speckert** (CDU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Teilzeitarbeit ist in der Öffentlichkeit so aktuell wie schon lange nicht mehr. Zum einen ist viel die Rede von flexiblen Arbeitszeiten, wenn es um die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf geht. Hier wird von den Arbeitgebern zu Recht verlangt, auf die Wünsche der Beschäftigten so weit wie möglich einzugehen, um zu einer familienfreundlicheren Arbeitswelt zu gelangen. Hier ist der bremische öffentliche Dienst mit seiner Vielzahl an Möglichkeiten, in Teilzeit zu arbeiten, seit Langem als Vorbild zu betrachten.

Zum anderen bedeutet Teilzeitarbeit selbstverständlich immer eine Reduzierung des durch Arbeit erzielbaren Einkommens. Für mich ist einerseits klar, ein durch Vollzeitwerbsarbeit erzielt Einkommen muss zur Existenzsicherung ausreichen. Bei Teilzeitarbeit ist die Situation komplizierter, weil hier die Motivationslagen sowohl der Beschäftigten als auch die des Arbeitgebers einbezogen werden müssen. Teilzeitarbeit bewegt sich in einem Spannungsverhältnis. Sie ist für die Beschäftigten ein Mittel, berufliche Anforderungen und private Lebensplanung zu vereinbaren.

(Beifall bei der CDU)

Für den Arbeitgeber ist Teilzeitarbeit aber auch ein Mittel, um mit betrieblichen Erfordernissen umzugehen. Daneben gibt es auch das übergreifende Interesse, mit den knappen finanziellen bremischen Mitteln möglichst viele Menschen zu beschäftigen.

(C) Jetzt aber zu den problematischen Aspekten von Teilzeitarbeit! Die Ziele, flexibel auf betriebliche Erfordernisse eingehen zu können und die Sicherung der Beschäftigten, einer möglichst großen Anzahl von Personen, sind legitim, aber sie haben ihre Grenzen in den Einkommen, die aus diesen Tätigkeiten erzielt werden können.

Meine Damen und Herren, die vorgelegte Darstellung des Senats zur Beantwortung der Anfrage macht deutlich, dass es sich im öffentlichen Dienst nicht um eine Frage der Höhe der Stundensätze handelt, sondern um den Umfang der angebotenen Teilzeitbeschäftigungen. Ebenso deutlich wird, dass es sich eigentlich nicht um ein generelles Problem von Teilzeitbeschäftigten handelt, sondern um ein Problem von Teilzeitarbeit in spezifischen Beschäftigungsbereichen, in denen betriebliche Erfordernisse zur Stückerkelung von Arbeitszeiten führen können.

In der Beantwortung der Anfrage steht, dass es eine gewisse Anzahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bremen gibt, die bedingt durch Teilzeitarbeit ein Einkommen erzielen, das unter den Grenzen liegt, die im Allgemeinen als sozialstaatliche Grenzen der Existenzsicherung anerkannt sind. Ich denke, dass die angegebenen Einkommengrenzen, nach denen bei weniger als 850 Euro brutto die Existenz ungesichert und zwischen 850 und 1250 Euro als prekär angesehen werden kann, der Realität entsprechen.

(D) Ob mit dem Unterschreiten dieser Grenzen für Teilzeitbeschäftigte eine Existenzbedrohung vorliegt, kann leider anhand der Untersuchung nicht bestätigt werden, da auch dort die Motive für die Teilzeitbeschäftigung nicht bekannt sind. Wer zum Beispiel aus eigenem Antrieb mit einer solchen sehr geringen Stundenzahl arbeitet, kann sich sehr bewusst für eine vermehrte privat verfügbare Zeit zulasten eines geringeren Einkommens entscheiden. Zum anderen können sich aber auch solche Beschäftigten in einer finanziell sehr prekären Lebenssituation befinden. Es sind vor allem Reinigungskräfte, Betreuungspersonal, Krankenpfleger sowie Küchendienste, die unter den 650 Betroffenen in Bremen die Mehrzahl der Fälle stellen. In diesen Personengruppen werden Dienste geleistet, bei denen aus organisatorischen Gründen oftmals nur geringe tägliche Stundenkontingente erforderlich sind. Es ist nach Angaben des Senats nicht bekannt, in wie vielen Fällen für diese Beschäftigten die betrieblichen Erfordernisse direkt individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten nach einer Aufstockung entgegenstehen.

Die Verteilung der Beschäftigten auf einige wenige Personengruppen spricht daher dafür, dass es sich in den meisten Fällen nicht um eine freiwillige Beschränkung der Arbeitszeit handelt, sondern dass die entsprechenden Dienststellen diese Arbeitszeitmodelle aus organisatorischen Notwendigkeiten heraus anbieten. Für diese Beschäftigten besteht im Einzelfall

- (A) Handlungsbedarf, und es gilt, einen Ausgleich zwischen den organisatorischen Notwendigkeiten einerseits und den legitimen Interessen der Beschäftigten andererseits herzustellen. Das Interesse der Dienststelle an einer ökonomisch vertretbaren Arbeitszeitregelung sollte daher genau hinterfragt werden.

Der Senat hat dies vorgeschlagen, indem er die Dienststellen auffordert, strengere Maßstäbe anzusetzen, bevor derartige Arbeitsverträge angeboten werden. Außerdem sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um, wenn es gewünscht wird, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu erzeugen, aber es kann dafür keine generelle Regelung geben, sondern sich nur um ein intensives Bemühen handeln, in jedem Einzelfall zu einer fairen Lösung zu gelangen. Der Senat sollte daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, auf diesem Weg zu einer Lösung zu gelangen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

- (B) Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden. Es ist sicherlich positiv zu bewerten, dass 40 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Kernverwaltung und in den Eigenbetrieben mit reduzierter Stundenzahl arbeiten. Im Idealfall kann eine reduzierte Stundenzahl dazu führen, dass man Arbeit und persönliche Lebensplanung besser miteinander verbinden kann, und gesellschaftlich betrachtet bedeutet das natürlich auch eine gerechtere Verteilung von Arbeit in der Gesellschaft.

Im ungünstigen Fall – das ist auch schon gesagt worden – kann Teilzeitarbeit nicht existenzsichernd sein. Diese Arbeitsverhältnisse muss man sich genau ansehen und zu existenzsichernden Arbeitsverhältnissen ausbauen. Gerade wenn es sich um Angestellte im öffentlichen Dienst handelt, sind wir in besonderer Weise gefordert und haben auch eine Verantwortung.

Höchst bedenklich finde ich allerdings, dass 87 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen sind, und bei der Entlohnungsgruppe bis 850 Euro – das ist eine Entlohnungsgruppe, wenn es keine weitere Einkommen gibt, die als existenzgefährdet angesehen wird – sind es auch zu 85 Prozent Frauen. In Zahlen sind das über 500 Frauen, das ist eine große Gruppe.

Wenn man sich dann noch anschaut, in welchen Berufsbereichen sie arbeiten, dann sind das wieder die klassischen – alle ahnen das bestimmt –, nämlich Krankenhaus, Erziehung und Raumpflege, also klassische Frauenberufe, in denen sowieso wenig Geld verdient wird. Wenn ich dann noch in der Senatsant-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

wort lese, dass das auch Arbeitsbereiche sind, in denen systematisch Teilzeitarbeit mit geringer Stundenzahl angeboten wird, weil es angeblich aus betrieblichen und organisatorischen Erfordernissen so notwendig ist, so ist es jedenfalls der Antwort zu entnehmen, dann habe ich mit so einer Antwort Probleme. Dann finde ich das auch zynisch, dass ausgerechnet im Niedriglohnbereich wie Raumpflege, Kindergärten, Küchen, Krankenhäuser angeblich so wenig Arbeitsstunden anfallen, dass sie nicht existenzsichernd sind. Ich glaube, hier gibt es einen riesigen Nachholbedarf, gerade unter Gendergesichtspunkten, hier muss man sich die Dinge in nächster Zeit noch einmal genau anschauen und auch zu Neubewertungen kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Leider hat der Senat keine Daten darüber, ob Teilzeit selbst gewählt ist oder aufgrund der Stellenbeschreibung so erzwungen wurde. Der Senat weiß leider auch nichts darüber, ob die Einkommen existenzsichernd sind oder ob es auch andere Einkommensquellen gibt. Es ist bedauerlich, dass die Senatsantwort einen Grundton hat, na ja, es handelt sich wohl im Wesentlichen um mitverdienende Frauen, die aus familiären Gründen die Teilzeit selbst gewählt haben, von daher wird es wohl nicht so schlimm sein. Handlungsbedarf sieht der Senat an dieser Stelle jedenfalls nicht.

(D) Das ist für mich völlig unverständlich. Erstens sagen Sie auf der einen Seite, Sie haben keine Daten, und zweitens setzt diese Annahme auf einem ziemlich veralteten Rollenbild auf. In der heutigen Zeit dürfte es wohl gesichertes Wissen sein, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen und dass dazu auch die Möglichkeit im öffentlichen Dienst gegeben sein muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich betrachte diese Anfrage als einen ersten Aufschlag, sich die Problematik in der nächsten Legislaturperiode noch einmal genauer anzusehen. Die Personalentwicklung muss darauf achten, dass Männer und Frauen gleiche Chancen auf ein existenzsicherndes Einkommen haben. Arbeitnehmerinnen, die mit so geringer Stundenzahl arbeiten, dass ihr Einkommen nicht existenzsichernd ist, müssen als Erste die Chance haben, ihre Stundenzahl auszuweiten, damit sie von ihrer Arbeit auch leben können. Ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit, gerade wenn ich mir die Debatte von gestern zum Mindestlohn noch einmal vor Augen führe.

Außerdem wird man sich die Bedingung genau ansehen müssen, warum Teilzeit so ungleich zwischen Männern und Frauen verteilt ist. Man wird zu einem gerechteren Ausgleich zwischen Männern und Frauen an dieser Stellen kommen müssen, das gebietet der

- (A) Gleichheitsgrundsatz, und ich bin fest davon überzeugt, dass wir in der nächsten Legislaturperiode – und ich bin davon überzeugt, dass wir Grünen dabei sein werden – dazu Konzepte erarbeiten, wie das anders aussehen muss. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Staatsrat Lühr.

Staatsrat Lühr: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schlüsselbegriff für die politische Diskussion über existenzsichernde Einkommen ist die Teilzeitarbeit. Das ist in den Debattenbeiträgen klar geworden. Um noch einmal auf die Zahlen zu kommen: Wir haben zurzeit 40 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Kernverwaltung wie in Eigenbetrieben und in Sonderhaushalten – also für den Gesamtkonzern Bremen sind die Gesellschaften nicht mitgezählt – in Teilzeitverhältnissen beschäftigt. Das ist bundesweit eine Vorreiterrolle, dafür sind wir im Städtetag und in anderen Einrichtungen immer gelobt worden. Das ist auch ein Durchbruch, weil das eine flexible, aber auch eine autonome Auswahl und Disposition der Beschäftigten ermöglicht. Das ist natürlich immer interessengeleitet, weil das, wie das hier auch schon in der Debatte gesagt worden ist, von beiden Seiten betrachtet werden kann.

- (B) Im Hinblick auf die Existenzsicherung muss dabei klar differenziert werden einerseits zwischen den Teilzeitbeschäftigten, die auf eigenen Antrag ihre bisherige Wochenarbeitszeit reduziert haben, und andererseits solchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Stellen von Beginn an nur als Teilzeitarbeitsplätze vergeben wurden. Für die erste Gruppe – man könnte sie auch Wahlteilzeitbeschäftigte nennen – spielt die Frage der Existenzsicherung sicherlich nicht eine so große Rolle, obwohl wir, wie das auch von Frau Schön gesagt worden ist, natürlich keine Erkenntnisse haben, weil wir keine Motivforschung machen können. Es ist auch schlicht arbeitsrechtlich nicht zulässig nachzufragen, was das Motiv war, die Teilzeitarbeit anzustreben. Aber ich würde da einfach die These wagen, dass da die Existenzsicherung nicht die große Rolle spielt.

Im Gegenteil haben wir sogar flexible Möglichkeiten der Rückkehr, wenn die Bedrohungssituation stärker wird. Wenn das Familieneinkommen reduziert worden ist, haben wir auch gleichzeitig eine Ausnahme vom Einstellungsstopp, sodass man dann wieder erhöhen kann, auch unabhängig von den gewählten Zeiträumen.

Anders sieht das, das will ich hier auch gar nicht verhehlen, natürlich bei den Beschäftigten aus, deren Arbeitsplatz von vornherein als Teilzeitstelle ausgeschrieben worden ist. Da gibt es nichts zu beschö-

nigen. Das sind 651 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Einkommen unter 850 Euro brutto liegt. Die Frauenquote, das hatte Frau Schön schon angesprochen, ergibt sich auch aus der Antwort. Das sind 9 Prozent der insgesamt 40 Prozent, die Teilzeitarbeit machen. Die einzelnen Einsatzfelder sind hier auch schon benannt worden, also Raumpflege-, Kindertagesstätten-, Küchen- und Krankenhaus-, Pflegepersonal. Da wir das Haushaltseinkommen dieser Beschäftigten nicht kennen, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, dass alle über keine existenzsichernden Einkünfte verfügen. Es besteht aber doch die große Wahrscheinlichkeit, dass eine nicht unerhebliche Zahl dieser Gruppe zuzurechnen ist.

Frau Schön, vielleicht darf ich ein Wort direkt zu Ihnen sagen, da Sie, wenn wir hier schonungslos die Statistiken offenlegen und uns auch um Sachaufklärung bemühen – dazu werde ich gleich noch etwas sagen –, dem Senat ein paar Etiketten aufkleben und sagen, das sei antiquierte Familienpolitik. Das Wort frauenfeindlich ist zwar nicht gefallen, aber der interessierte Beobachter könnte das auch noch zwischen den Zeilen herauslesen. Das muss ich natürlich zurückweisen. Im Gegenteil, wir haben eine Referentin beim Senator für Finanzen, die sich ausschließlich um diese Sachen kümmert, die vorher bereits als Psychologin im öffentlichen Dienst beschäftigt war und die diese vielen kleinen Schritte macht. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

(D) Um die Situation zu verändern, braucht man natürlich auch einen Einblick und muss sehen, was eigentlich die Rahmenbedingungen sind. Nur Rundschreiben herauszugeben oder Proklamationen zu verschicken, würde in der Verwaltung wenig bringen. Wir müssen stattdessen da heran, wo es kneift, und das liegt eben, wie es schon von Frau Speckert gesagt worden ist, in den betrieblichen und organisatorischen Erfordernissen.

Deswegen müssen wir nicht nur personalpolitisch ansetzen – das ist immer der letzte Schritt in der Entwicklung –, sondern wir müssen ansetzen an der Organisation selbst, und wir müssen eigentlich die Dienststellen und Ämter, Einrichtungen, Krankenhäuser, Universitäten hervorheben, die familienfreundliche oder auch für Einzelnerwerbstätige, in Klammern fast ausschließlich Frauen, extra eingerichtete Arbeitsplätze schaffen, die ihnen auch eine entsprechende Wahrnehmung dieser Arbeit ermöglichen. Das ist die Kernstruktur.

Zu Ihnen, Frau Arnold-Cramer! Sie haben ja den Senat aufgefordert, andere Verträge anzubieten und Personalentwicklungsgespräche zu führen. Dazu sage ich gleich noch einmal etwas. Ich kann aber an dieser Stelle noch einmal sagen: Wir werden das nicht als administrativen Vollzug herstellen können. Das ist eine Kommunikationsfrage, dafür brauchen wir die Beschäftigten selbst, die Personalräte, aber auch die Frauenbeauftragten, das muss ein Interessenwi-

(A) derstreit sein, wo man dann versucht, gemeinsam solche Rahmenbedingungen und die Arbeitsplätze zu gestalten.

Kurz zu Ihren Vorschlägen, Frau Arnold-Cramer! Das Gesetz über Teilzeit und befristete Arbeitsverträge legt ja schon gesetzlich fest, dass die unter dem Rahmen Teilzeit Beschäftigten jederzeit bevorzugt bei der Vergabe anderer Arbeitsplätze zu berücksichtigen sind. Das ist aber immer diese Organisationsfrage, deswegen haben wir uns nicht darauf reduziert, denen einmal das Gesetz mitzuteilen oder das in unser Infosys-System zu stellen, dass es alle nachlesen können, sondern der Senat hat über die gesetzlichen Regelungen hinausgehende Schritte eingeleitet.

Alle Ämter und Dienststellen sind aufgefordert, die sozialen Schief lagen erst einmal zu ermitteln und auch abzubauen beziehungsweise künftig von vornherein zu verhindern, eben durch organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen. Gegebenenfalls muss man da auch flexible Belegungspläne für Arbeitsräume machen, weil das sonst anders nicht möglich ist. Das hat ja auch oft dazu geführt, dass das dann gemacht worden ist, und wir haben ja auch schon von anderen Stellen Aufforderungen bekommen, Teilzeitarbeit nicht zuzulassen, weil wir dann zu viele Räume brauchen. Das weise ich zurück und sage: Da ist für uns der Ansatzpunkt! Wir wollen durch diese Anweisung an die Dienststellen erreichen, dass zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten durch Aufstockung geschaffen werden. Für Stellen, die neu eingerichtet werden, gilt dann ganz besonders, dass strenge Maßstäbe bei der Beurteilung der betrieblichen Erfordernisse anzulegen sind. Hier bieten wir auch vom Finanzsenator an, dass unsere Organisationsfachfrauen und -männer da noch einmal hinkommen und die Dienststellen unterstützen, dass das gemacht wird.

Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche, oder was Sie hier, Frau Arnold-Cramer, als Personalentwicklungsgespräche aufgeführt haben, darum kämpfen wir schon seit einigen Jahren, schon in der vorletzten, letzten und in dieser Legislaturperiode, dass das zum Allgemeingut in der Verwaltung gegeben wird. Da bedanken wir uns für die Unterstützung, wir werden diesen Hinweis noch einmal als Aufforderung nehmen, weiter Power zu entwickeln, um das zu machen.

Letztlich wird es also darum gehen, dass man Teilzeitarbeit als gute Möglichkeit, die Ressource Beschäftigung auf möglichst viele Schultern zu verteilen, nutzt, die Disposition der Beschäftigten auch zu fördern, also ihnen auch die Möglichkeiten zu geben. Unfreiwillige Teilzeitarbeit mit geringer Stundenzahl wird und soll immer eine Ausnahme bleiben. Den jetzigen Bestand von 651 – das wäre unsere Leitlinie bis zum nächsten Bericht, der angefordert wird, Frau Schön – wollen wir reduzieren. Dies alles vorausgesetzt wird der Konzern Bremen auch in Zukunft das Instrument Teilzeitarbeit weiter nutzen, um den Belangen der

Beschäftigten und den differenzierten Anforderungen der modernen Dienstleistungsgesellschaft auch gerecht zu werden.

Wir haben zum Beispiel auch im Landesgleichstellungsgesetz eine Vorschrift, dass bevorzugt beurlaubte Kolleginnen eingesetzt werden sollen in kleinen Arbeitsanteilen, um wieder eine Rückkehr zu ermöglichen oder den Kontakt zu behalten. Wir müssen auch sehen, dass wir da eine einheitliche Strategie haben und nicht die geringfügige Beschäftigung an sich dann wegwerfen mit der Zielrichtung, dass wir das lösen wollen. Soziale Schief lagen werden wir also künftig verhindern und weiter abbauen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/1347, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD Kenntnis.

Strafrechtliche Sanktionen als wirksame Maßnahme gegen Doping?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Dezember 2006 (Drucksache 16/1236)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2007

(Drucksache 16/1378)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Mäurer.

Herr Staatsrat, ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort nicht mündlich wiederholen möchten, aber ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen. Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine 5-Minuten-Debatte vereinbart worden, sodass er also nicht in allen Einzelheiten beleuchtet werden kann, was, finden wir, sehr schade ist.

Dieses Thema ist sehr wichtig. Wir haben ja nicht nur wegen Jan Ullrich das Thema auf der Tagesordnung, sondern es gibt immer wieder Berichte über

(C)

(B)

(D)

- (A) Dopingfälle im Sport, sei es in der Leichtathletik oder beim Fußball, es sind viele Bereiche betroffen.

(Vizepräsidentin D r . M a t h e s übernimmt den Vorsitz.)

Nun könnte man sagen: Was soll uns das angehen? Sollen doch die Sportler sich gesundheitlich schädigen, das ist doch deren Sache, und sollen sie doch machen, was sie wollen! Wir finden das nicht richtig. Die Sportler, gerade die Spitzensportler, haben für unsere Jugend eine ganz wichtige Vorbildfunktion, und deshalb wollen wir das, was dort passiert, so nicht hinnehmen. Wir haben den Eindruck, ganz oberflächlich betrachtet, dass doch die Sportgerichtsbarkeit nicht mit allen Erscheinungsformen des Dopings fertig wird, sondern dass es da auch einer Begleitung, so will ich es einmal sagen, durch das Strafrecht bedarf, auch wenn – das ergibt sich aus der Antwort des Senats, es ist uns auch bekannt – natürlich gewisse Verstöße ohnehin nach dem Arzneimittelgesetz strafbar sind.

Wir haben uns zu dieser Großen Anfrage entschieden, weil wir damit einen Beitrag leisten wollen zu der öffentlich laufenden Debatte, und fragen danach, welche gesundheitlichen Risiken mit Doping verbunden sind, ob effektive Aufklärungs- und Sanktionsmöglichkeiten bestehen, wie etwa vergleichbare Sachverhalte im europäischen Ausland strafrechtlich und sonst rechtlich geregelt sind. Wir wollen wissen, wie der Senat die laufende Debatte beurteilt und wie er insbesondere die Forderung der Sportverbände sieht, die Behandlung des Dopings weiterhin der Sportgerichtsbarkeit zu überlassen, und wir wollten gern wissen, welche Entwürfe, welche Tatbestände, welche Regelungen es dort geben soll und wie der Konflikt zwischen strafrechtlichen Regelungen und Sanktionen durch die Sportgerichtsbarkeit gesehen wird, und natürlich wollen wir wissen, wie unser Senat sich bei Beratung dieses Themas im Bundesrat verhalten hat und verhalten wird.

Die Antwort des Senats, das will ich vorweg sagen, ist weitestgehend für uns sehr zufriedenstellend. Der Sachverhalt ist dort wirklich ordentlich dargestellt. Also kann man sagen: Wer die Antwort des Senats gelesen hat, der ist schlauer als vorher. – Das ist ja schon einmal ganz wichtig. Es gibt aber auch einige kritische Anmerkungen.

Zunächst einmal zu den Risiken, die mit Doping verbunden sind! Das ist eine richtige Horrorliste, die der Senat dort zusammengestellt hat, das entspricht alles den Tatsachen. Medizinisch gesehen gibt es ganz erhebliche Risiken, die, so glauben wir, von vielen jungen Leuten, die in den Sportstudios oder woanders mit Anabolika, also mit Doping, zu tun haben, gar nicht erkannt werden: Herzinfarkttrisiko, Bewusstseinsstrübung, Atemlähmung, die bis zum Tode führen kann, und dann Lebertumore, bei Männern das Wachsen einer weiblichen Brust und andere schlimme Dinge,

bei Frauen die Vermännlichung mit Zurückbildung der weiblichen Brust, Vertiefung der Stimme, Bartwachstum, bei Jugendlichen wird von Wachstumshemmungen berichtet, Bluthochdruck, Reizbarkeit, Depressionen, Halluzinationen, also ganz viele Folgen, die mit Doping verbunden sein können!

Wir haben natürlich zum einen ein Interesse an der Gesundheit der Bevölkerung, das ist richtig, zum anderen wollen wir aber auch nicht zu sehr mit staatlichen Eingriffen reagieren. Dass aber der Senat hier sagt, Strafrecht ist die Ultima Ratio und deshalb eigentlich für diese Fälle nicht angebracht, finde ich nicht so ganz zutreffend, sondern gerade nach der Beschreibung dieser gravierenden gesundheitlichen Risiken, die bestehen, muss man sagen: Wenn wir erkennen, dass weder das Arzneimittelrecht noch die Sportgerichtsbarkeit ausreichen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen, dann muss dringend über eine strafrechtliche Begleitung und Sanktion nachgedacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist dann allerdings, wie der Senat dann selbst ausführt, dass die bestehenden Aufklärungs- und Sanktionsmöglichkeiten verbesserungsbedürftig sind, also der Senat sieht es durchaus teilweise so, dass es dort zu Veränderungen kommen muss, allerdings nicht in der Schärfe, in der wir es, zum Teil jedenfalls, formulieren.

Dem Sport ist es jedenfalls nach Auffassung des Senats nicht ausreichend gelungen, das Doping-Problem effektiv zu bekämpfen. Es wird nicht nur verwiesen auf die bekannt gewordenen Doping-Fälle, die wir in den Medien verfolgen können, sondern der Senat verweist darauf, dass es in Deutschland allein im Jahr 2006 etwa 400 Versuche von Trainingskontrollen gab, die nicht stattfinden konnten, weil die Betroffenen, also die dafür vorgesehenen Sportler, sich dieser Kontrolle nicht gestellt haben. Das ist ja ein deutlicher Hinweis darauf, dass sie etwas zu verbergen hatten; vielleicht nicht alle, es gibt ja manch einen, bei dem funktioniert das nicht. Wir haben letztes über Oliver Kahn gelesen, da klappte es nicht mit der Abgabe der Probe, aber das wird nicht in allen Fällen die Erklärung sein, sondern wir können vermuten, dass in vielen Fällen auch die Sportler einer Probe entgehen wollen, weil sie ein schlechtes Gewissen haben.

Ermittlungsverfahren, die es im Moment auch gibt, werden geführt wegen des Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz, bei den Staatsanwaltschaften sind spezielle Zuständigkeiten gebildet worden. Das läuft auf der fachlichen Ebene nach der jetzigen Gesetzeslage ordentlich, da gibt es keine Kritik. Wir wollen aber auch wissen: Wie würde es denn funktionieren, wenn wir das Gesetz ändern? Da sind also noch einige Fragen offen. Leider ist auch unsere Frage

(C)

(D)

- (A) nicht beantwortet worden, wie die Sachverhalte im europäischen Ausland geregelt sind.

(Glocke)

Der Senat teilt uns mit – ich komme zum Schluss! –, dass er darüber keine Erkenntnisse hat. Dazu sage ich nur: Man hätte auch einmal beim Bundesinnenministerium nachfragen können, vielleicht weiß man dort etwas mehr, das ist zu vermuten. Wir meinen also zusammenfassend, dass es einer Regelung bedarf. Wir sind froh darüber, dass der Senat doch einige Anhaltspunkte dafür bietet: Strafverschärfung, Strafvorschriften, Festlegung von Grenzwerten et cetera, also an sich sind wir auf einem guten Weg. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden dieses Thema weiter im Auge behalten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich jetzt dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne Mitglieder des SPD-Ortsvereins Verden. Herzlich willkommen!

(Beifall)

- (B) Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gerling.

Abg. **Gerling** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einsatz von Doping im Spitzensport und auch im Breitensport stellt eine große Bedrohung aller Werte, für die der Sport in unserer Gesellschaft steht, dar. Wir verbinden den Sport mit Fairness, Wettkampf, mit dem Erhalt der Gesundheit und dem Herantasten an die Grenzen der eigenen Leistung. Diese positiven Eigenschaften werden durch alle, die durch verbotene Mittel ihre Leistung steigern wollen, mit Füßen getreten.

Das Ansehen des Spitzensports hat durch die vielen Skandale, die in den letzten Jahren durch die Medien gegangen sind, einen erheblichen Schaden genommen. Vor allem der Radsport ist durch die vielen Doping-Vorfälle im Zusammenhang mit der Tour de France in der öffentlichen Meinung unter Generalverdacht gefallen. Es ist deshalb zunächst einmal die Pflicht der Verbände, gerade ihren guten Ruf zu wahren, Konsequenzen gegen das Doping in den eigenen Reihen vorzugeben und den Wettbewerbern und dem Publikum faire Wettkämpfe zu garantieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir beschäftigen uns heute mit der Frage, wie wir dem Einsatz und der Verbreitung von Dopingmitteln strafrechtlich entgegentreten können. Dabei ist die Arbeitsteilung zwischen Staats- und Sportorganisa-

tionen klar definiert. Für die Umsetzung der Dopingkontrolle und die Ergreifung von Sanktionen gegen die Verwendung von Doping ist zunächst einmal die Sportgerichtsbarkeit verantwortlich, der Staat sollte dem Sport dabei entschieden zur Seite stehen. Strafrechtliche Sanktionen dürfen und können allerdings nur eine Ergänzung zur Arbeit der Nationalen Anti Doping Agentur und der Verbände und Vereine sein.

Lassen Sie mich deshalb meine Ausführungen mit einigen Worten zur Dopingbekämpfung innerhalb der Sportorganisationen fortführen! Die Tatsache, dass es Leistungssportlern anscheinend äußerst leicht fällt, Blut- und Urinproben zu umgehen, halte ich für skandalös. Daher fordere ich entschieden, dass die Verbände wirksamere Sanktionsmechanismen entwickeln, die in Zukunft auch das unerlaubte Fernbleiben von den Kontrollen bestrafen.

Die bisher nur mangelhafte Überwachung der Sportler mag ein Grund dafür sein, dass die Nationale Anti Doping Agentur, die in Deutschland die Kontrollen durchführt, finanziell recht dürtig ausgestattet ist. Besser ausgestattet wäre es der NADA nämlich auch möglich, die Wettkampfkontrollen vermehrt durch Trainingskontrollen von Spitzensportlern zu ergänzen und so die Einhaltung fairer Bedingungen wirksam zu überwachen. Das Vorhaben des Deutschen Olympischen Sportbundes, seinen jährlichen Zuschuss an die NADA in diesem Jahr zu verdoppeln, kann hierbei nur ein Anfang sein, denn man beachte, dass auch der verdoppelte Zuschuss nur 250 000 Euro beträgt. Diese Summe kann angesichts der enormen Umsätze im Spitzensport noch deutlich aufgestockt werden. Die Skandale und Verdächtigungen der letzten Jahre sind schließlich Grund genug dafür, dass sich die Verbände und Vereine im eigenen Interesse verstärkt gegen das Doping einsetzen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für eine effektive Bekämpfung des Dopings seitens des Staates ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Sportorganisationen und Ermittlungsbehörden von großer Wichtigkeit, dann können nämlich Polizei und Staatsanwaltschaft direkt an die sportinternen Dopingbekämpfungen anknüpfen. Während innerhalb des Sports Blut- und Urinkontrollen durchgeführt werden und dann gegebenenfalls die Sportgerichtsbarkeit Sportler bestraft, die durch Betrug und Täuschung ihre Leistung verbessern wollen, ist es Aufgabe der Ermittlungsbehörde, an die Hintermänner heranzukommen und Dopingnetzwerke ins Visier zu nehmen. Die Meldungen von der Tour de France haben gezeigt, dass hinter jedem Dopingsportler eine Reihe von Mittätern steht.

Bei der Verfolgung der Täternetzwerke muss der Staat Ermittlungen ergreifen, weil das die Aktivitäten der Zugriffsbehörde von Sportorganisationen übersteigt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Strafen für das banden- und gewerbsmäßige Inverkehrbringen von Arzneimitteln verschärft, sowie die

(C)

(D)

- (A) Einführung der Besitzstrafbarkeit von Dopingmitteln in nichtigen Mengen erscheinen mir das geeignete Mittel, hier polizeilich und juristisch besser vorgehen zu können. Meiner Ansicht nach kann dabei auch die Telekommunikationsüberwachung Verdächtiger von großem Vorteil sein, wie es bei einigen Formen der organisierten Kriminalität der Fall ist.

Ein Feld, auf dem Doping anscheinend allgegenwärtig ist, ist das Bodybuilding im Fitnessstudio. Nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts, die im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet wurde, wurden bei Analysen von Urinproben bei Bodybuilding-Wettkämpfen in fast 40 Prozent der Proben Dopingsubstanzen, vor allem Anabolika, gefunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Glocke)

Sie können in der Antwort des Senats die Gesundheitsschäden nachlesen, welche Folgen durch den Gebrauch von Anabolika entstehen. Meiner Meinung nach müssen die Fotos, die von Bodybuildern gezeigt werden, ausreichen, um die Finger von diesem Zeug zu lassen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben die Große Anfrage zum Doping, glaube ich, in der Sache ausreichend gewürdigt, sodass ich das nicht wiederholen will. Lassen Sie mich von daher nur ein paar Bemerkungen auch aus Sicht der Grünen machen!

Ich glaube, dass wir von vornherein 2 Bereiche bei diesem Thema unterscheiden müssen: Der eine betrifft die Menschen, die gewerbsmäßig solche Substanzen in den Handel bringen, mit ihnen Handel treiben, diese als Trainer oder Betreuer Sportlern verabreichen, die in Bodybuilding-Studios damit handeln und diese nicht genehmigten Substanzen verkaufen. Das ist der eine Aspekt. Da haben wir strafrechtlich im Moment schon einen Katalog, der aber, meine Vorredner sagten es, möglicherweise nachgebessert werden muss. Ich sehe es auch so, dass es hier noch erhebliche Lücken gibt, und es gibt vernünftige Vorschläge, dies nachzubessern.

Der andere Bereich ist, dass sich Spitzensportler mittels Doping einen Vorteil im Sportwettkampf gegenüber anderen Sportlern verschaffen. Das ist natürlich auch eine Geschichte, die dem Sport massiv schadet, bei der aber meines Erachtens zu Recht gesagt wird, dass hier in erster Linie die Sportgerichts-

*) Vom Redner nicht überprüft.

barkeit, die Sportverbände gefragt sind, weil – und das finde ich in der Antwort des Senats eine sehr vernünftige Aussage – gesagt wird, dass für diesen sportlichen Vorteil im Wettkampf das Strafrecht als solches letztlich nur die Ultima Ratio sein kann. Das Strafrecht kann in dieser Gesellschaft nicht alles erledigen und nicht alles klären. Hier sind in allererster Linie die Sportverbände und die Sportgerichtsbarkeit gefragt. Diese Unterscheidung auch in der Wahl der Mittel, wie man nun dieses Phänomen bekämpft, halte ich grundsätzlich für richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man darf nicht vergessen – und hier, finde ich, kann man gerade in diesem Punkt noch einmal an das negative Beispiel des DDR-Sports erinnern –, dass gerade viele Jugendliche dadurch, dass sie von ihren Trainern und Betreuern mit diesen Substanzen über lange Jahre versorgt wurden, ganz erhebliche Schäden davongetragen haben. Es gibt heute noch viele Dopingopfer aus der ehemaligen DDR, die versuchen, ihr Recht einzuklagen. Von daher ist das kein Kavaliersdelikt und auch keine Sache, alle einschlägigen Experten berichten es, die man so quasi einfach erledigen kann, sondern hier geht es um Gesundheit, manchmal auch um das Leben der Sportlerinnen und Sportler.

Wenn Sie daran denken, dass Eltern ihre Kinder und Jugendlichen Trainern und Betreuern bei Kaderschulungen, bei entsprechenden Trainingslagern anheimgeben, dann müssen diese Eltern einhundertprozentig sicher sein, dass ihre Kinder und Jugendlichen nicht mit solchen Dopingsubstanzen in Berührung kommen. Auch dafür sind die einschlägigen Gesetze zwingend notwendig, meine Damen und Herren.

Wir haben dann auf der anderen Seite das Phänomen im Spitzensport. Der Fall Jan Ullrich wurde angesprochen, aber es gibt auch sehr viele andere Sportarten, vor allen Dingen die Ausdauersportarten, bei denen das Problem ein Thema ist. Wenn wir bei dem Beispiel Ullrich bleiben, hat er sich als Sportler einen Vorteil verschafft – obwohl man sich bei der Tour de France fragt, ob sich da noch jemand einen Vorteil verschafft, weil wahrscheinlich alle Spitzenfahrer, jedenfalls hat man den Eindruck, unter dem Einfluss von Dopingsubstanzen stehen, aber das ist etwas, das der Radsportverband klären muss –, und andererseits gibt es kriminelle Netzwerke, die im Strafgesetz unter banden- und gewerbsmäßigem Arzneimittelbetrug subsumiert werden.

Das erinnert sehr an das Netzwerk des spanischen Arztes Fuentes. Wenn man sich nur einmal vorstellt, dass dort Blut von Sportlern eingesammelt wird, mit mehreren Substanzen versetzt, in Labors in Kühlschränken aufbewahrt und an anderer Stelle den Sportlern wieder zugeführt wird, dann, finde ich – und

(C)

(D)

- (A) Fuentes hatte ja nur Glück, dass die spanischen Gesetze zeitlich nach seinen Betrugsmaßnahmen in Kraft gesetzt worden sind –, wird deutlich, dass es hier natürlich auch um erhebliche Summen Geld geht, tatsächlich um ein Betrugssystem, das internationales Ausmaß hat und das wir auf jeden Fall in die Schranken weisen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wurde das Versagen der Nationalen Anti Doping Agentur in Deutschland angesprochen. Die hat ihren Namen, NADA, zwar aus einer Abkürzung, aber man könnte auch denken, dass sie ihren Namen, NADA, aus dem Spanischen hat, weil im Spanischen nada nichts heißt. Wenn man sieht, in wie viel hundert Fällen pro Jahr diese Dopingkontrollen gescheitert sind, dann hat man fast das Gefühl, dass diese Agentur ihren Namen eher aus dem Spanischen als aus einer Abkürzung ableitet, so ein großer Fehlschlag ist das in den letzten Jahren gewesen.

- (B) Nun haben wir, und der Senat sagt das in seiner Antwort, bundesweit mehrere Vorschläge vorliegen. Der weitestgehende ist der aus Bayern, wen wundert es, der selbst den Sportbetrug, also den Betrug, sich innerhalb des Leistungssports Vorteile durch Doping zu verschaffen, mit dem Strafrecht regeln will. In den einschlägigen Ausschüssen, in diesem Fall im Rechtsausschuss des Bundesrats, ist dieser Antrag mit einer Stimme gegen 15 andere Länder abgestimmt worden. Ich finde, sehr zu Recht, weil es keinen Sinn macht, das Strafrecht für dieses Feld heranzuziehen. Ich glaube, wenn sich die 15 Länder hier einig sind, dann wird dieser bayerische Vorstoß nie Gesetzeskraft erlangen.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin!

Die Vorschläge, die aus dem bremischen Senat gemacht worden sind, namentlich vom Senator für Inneres und Sport, sind selbst auf der Ebene der Großen Koalition auf Widerstand gestoßen, sodass sie ebenfalls nicht umgesetzt werden konnten. Ich finde den positiven Bezug auf die nun von der Bundesregierung in die Wege geleiteten Vorschläge, die im Deutschen Bundestag anhängig sind, sehr vernünftig und sehr ausgewogen. Wenn Bremen sich hinter diese 3 existierenden Vorschläge zur Bekämpfung des Dopings stellen kann, dann ist Bremen dort in einem guten Geleitzug. Ich glaube, dass wir auch in diesem Haus – jedenfalls habe ich das bei den Kollegen herausgehört – einen Konsens finden können, uns hinter diese Verbesserungsvorschläge zu stellen, um das Doping noch wirksamer und besser als in der Vergangenheit bekämpfen zu können. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (C) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat Herr Staatsrat Mäurer.

Staatsrat Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht noch einige Aspekte mehr aus der rechtlichen Warte als zum Thema Sport! Sie haben gesehen, dass man sich die Sache nicht leicht gemacht hat. Die Diskussion zum Einsatz des Strafrechts war sehr kontrovers. Sie ist es auch weiterhin, weil man in der Tat bisher davon ausgegangen ist, dass die Dopingbekämpfung in erster Linie Aufgabe der Sportverbände ist, aber nicht allein. Es gab immer ein strafrechtliches Sanktionssystem, welches auch zum Einsatz kam.

Dafür, dass die Sportverbände aktiv werden, spricht natürlich auch eine ganze Reihe von Argumenten. Denken Sie zum Beispiel daran, dass Sie schnell reagieren können! Wettkampfsperren sind eine sehr effektive und sehr wirksame Möglichkeit, Sie haben es bei der letzten Tour de France gesehen. So einfach kann die Justiz sich das nicht machen. Es gilt bis zur rechtskräftigen Entscheidung die Unschuldsvermutung, und das kann manchmal sehr lange dauern. Insofern, denke ich, ist es richtig, dass die Verbände in erster Linie gefragt sind, aber das allein reicht nicht.

- (D) Wir haben natürlich eine ganze Reihe von Möglichkeiten nach dem geltenden Arzneimittelrecht. Das Arzneimittelgesetz droht für die Fälle des Inverkehrbringens Geldstrafen, Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren, in besonders schweren Fällen sogar eine Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren an. Leider sind mir kaum Fälle in der Praxis bekannt, bei denen das bisher überhaupt jemals zum Einsatz gekommen ist. Dennoch, und das ist eine Erfahrung der letzten Jahre, ist inzwischen allen klar, dass insbesondere der banden- und gewerbsmäßige Einsatz von Dopingmitteln stärker bestraft werden muss, als dies heute der Fall ist. Das gilt natürlich insbesondere für große Mengen an Substanzen, die man auch hier und dort gefunden hat.

Rechtliche Probleme bereiten uns die kleineren und geringeren Mengen. Eine ähnliche Situation besteht im Betäubungsmittelrecht. Auch da ist es ein Problem, dass allein der Besitz von Haschisch in geringen Mengen nicht strafbar ist. So ist es auch hier im Doping. Es gibt enorme Probleme, das überhaupt nachzuweisen, weil auch die meisten Dopingmittel gebräuchliche Medikamente sind, die man ganz normal in der Apotheke beziehen kann. Darüber hinaus muss man sehen, dass es nicht strafbar ist, wenn man sich gesundheitlich selbst schädigt. Insofern haben Sie immer dieses Dilemma, dass Sie hier eine Grenze ziehen müssen. Das ist mit den rechtlichen Möglichkeiten, die wir zur Verfügung haben, sehr schwierig.

Wie geht es weiter? Die Bundesregierung hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der heute Beratungs-

(A) gegenstand im Rechtsausschuss des Bundesrats ist. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir diesem Entwurf der Bundesregierung unsere Zustimmung geben werden. Für den Schnellschuss aus Bayern, das war absehbar, und die Mehrheitsverhältnisse sprechen dafür, wird es keine Mehrheit geben. Selbst die CDU-Länder sind in diesem Fall Bayern geschlossen in den Rücken gefallen und haben dafür plädiert, diesen Entwurf aus dem Verkehr zu ziehen.

Was bringt dieser Gesetzentwurf an Veränderungen? Es ist vorgesehen, dass Ermittlungsbefugnisse im Bereich der international organisierten Kriminalität und des Handels auf das BKA übergehen. Neben dieser Regelung muss man noch erwähnen, dass das Bundesjustizministerium in diesen Tagen einen weiteren Gesetzentwurf einbringt. Ich denke, nach der bisherigen Beratung dieses Entwurfs im Bundestag wird dieser Entwurf eine große Chance haben, eine breite parlamentarische Mehrheit zu finden. Danach ist vorgesehen, dass hier dann auch im Bereich des gewerbsmäßigen und bandenmäßigen Inverkehrbringens zukünftig eine Überwachung der Telekommunikation möglich sein wird. Ich glaube, das ist eine Erfahrung gerade aus den Erfahrungen aus Spanien, dass gerade der Telekommunikationsüberwachung hier eine sehr zentrale Rolle zukommt. Dafür die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(B) Zusammenfassend glaube ich sagen zu können, dass der Senat weiter an seiner Linie festhalten wird. Die abschließende Meinungsbildung steht noch aus, aber ich glaube, Sie haben gesehen, dass zwischen Senat und Bürgerschaft hier eine breite Übereinstimmung besteht, und ich hoffe, dass dieser Weg auch zu konkreten Ergebnissen führt – die jetzige Lage jedenfalls ist so nicht hinnehmbar –, und ich hoffe, das ist ein Beitrag dazu. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/1378, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Messbare Erfolge durch die Polizeireform

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 29. Januar 2007
(Drucksache 16/1281)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2007

(Drucksache 16/1348)

(C)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Röwekamp, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

Auch hier gehe ich davon aus, dass wir gleich in eine Aussprache eintreten. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich vorgestellt, dass wir dieses Thema hier heute etwas ausführlicher besprechen könnten. Dem ist aber nun aufgrund der Zeitenge nicht so, und deswegen möchte ich mich auf wenige grundsätzliche Anmerkungen beschränken.

Zunächst einmal stelle ich fest, dass diese Antwort eben gerade so ausführlich ist, dass sie hier gar nicht im Detail debattiert werden kann, und von daher stelle ich auch nur fest, dass der Senat insgesamt zu einem positiven Schluss kommt, was diese Reform angeht und den derzeitigen Stand der Reform. Er erkennt auch, dass es an einigen Stellen dieser Reform oder dieser Neustrukturierung unzweifelhaft Nachbesserungsbedarf gibt, und dem würde ich auch so zustimmen wollen, denn erkennbar ist, dass es hier und da doch noch hakt. Ich glaube aber, dass diese Defizite abgearbeitet werden können und dass wir in absehbarer Zeit dann eine Strukturierung der Polizei Bremen haben werden, die den Erfordernissen so entspricht, wie sie einer modernen und effizient arbeitenden Polizei zukommt.

(D)

Es ist eigentlich insofern etwas unglücklich, in diesem Zusammenhang von Reform zu sprechen, weil es ja eine Reihe von Reformen in den letzten 10 bis 20 Jahren bei der Polizei gegeben hat. Wenn die alle erfolgreich gewesen wären, also bei allen die Verbesserung des Bestehenden am Ende hätte stehen können, dann wäre dies also die Oberreform. Ich glaube, wir sollten uns deswegen mehr auf das Vokabular beschränken zu sagen, es handelt sich um eine Neustrukturierung, die die Polizei so gesehen in sich neu ordnet und damit auch zu besseren Arbeitsergebnissen kommt.

Es wäre natürlich – und da greife ich nur einmal kurz auf die gestrige Debatte zurück –, wenn man von Reform spricht, auch optimal, wenn man dazu das nötige Personal hätte, aber ich will hier herausstellen, dass diese Neustrukturierung der Polizei Bremen basiert auf dem Status quo, und deswegen, und das habe ich gestern gesagt, müssen wir auch alles tun, um diesen Stand von rund 2480 Beamtin-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nen und Beamten zu halten, denn sonst wird diese Neustrukturierung an bestimmten Stellen nicht funktionieren. Hinzu kommt, dass wir natürlich auch immer, und das ist gestern mehr oder weniger unter den Tisch gefallen, bei den Neueinstellungen jeweils die Bremerhavener Situation im Auge haben müssen. Auch dort ist ja Personalbedarf angesagt, und auch dort erfolgt ja die Versorgung letztendlich aus der Ausbildung des Landes Bremen heraus.

Die Mitteilung des Senats enthält ja lediglich die Ergebnisse aus der Neustrukturierung der Schutzpolizei, der Bereitschaftspolizei und der Wasserschutzpolizei. Nicht dabei sind zurzeit noch die Polizeidirektion Kriminalpolizei und das LKA. Dort wird an einem solchen Projekt auch gearbeitet, wie wir wissen, und da merke ich an, dass auch zumindest die Innendeputierten laufend über den Fortgang dieser Dinge und der Arbeit informiert worden sind. Dies trifft auch auf die Kriminalpolizei zu, und ich denke, in absehbarer Zeit, in der nächsten Legislaturperiode wird auch das Ergebnis der dortigen Arbeiten vorgelegt werden und dann ebenfalls mit in die Auswertung dieser Gesamtmaßnahmen einbezogen werden können.

(B) Die Innendeputation hat jedenfalls damals, als die Planungen vorgelegt wurden, dem einstimmig zugestimmt, und ich denke, im Grundsatz wird man auch heute nicht sagen können, davon müssen wir zwingend abrücken. Ich glaube eher, dass wir und die zukünftigen Innendeputierten das Augenmerk darauf legen sollten, dass diese Arbeiten dort fortgesetzt werden, wo sie noch fortgesetzt werden müssen, und dass dort, wo nachgebessert werden muss, eben nachgebessert werden muss, dass im Ganzen also diese Räder Zahn in Zahn greifen und tatsächlich Effizienz und Effektivität dabei herauskommen.

Es wäre auch sehr wünschenswert, wenn im Rahmen dieser Neustrukturierung die einzelnen Bereiche der Polizei Bremen zumindest noch etwas mehr zusammenrücken. Ich habe nach wie vor das Gefühl – und ich kenne das aus früheren Zeiten, da war es extrem –, dass hier diese Bereiche der Polizei, also Schutzpolizei, Bereitschaftspolizei, auf verschiedensten Ebenen nicht immer die nötige Kooperationsbereitschaft zeigen und insbesondere auch nicht das jeweilige Verständnis füreinander für bestimmte Positionen in der täglichen Arbeit haben. Da denke ich oder hoffe ich, besser gesagt, auch, dass sich das noch ein bisschen verbessert und dass das auch ein Nebenprodukt dieser Neustrukturierung ist.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss und erwähne noch, dass ich noch einmal deutlich auf den insbesondere von den Freidemokraten transportierten Slogan antworte, es würden Reviere geschlossen: Es sind keine Reviere geschlossen, ich verweise da auf die Seite 2 der Mitteilung des Senats.

Meine Damen und Herren, dies war meine letzte Rede in diesem Hause nach 16 Jahren.

(C)

(Abg. Kleen [SPD]: Du kommst bestimmt noch wieder!)

Ich denke, dass ich nicht mehr wiederkomme, sondern ich werde eher in den Ruhestand gehen. Als Beamter bin ich schon im Ruhestand und so gesehen als Politiker auch. Ich wünsche diesem Hause auch zukünftig alles Gute, vor allen Dingen immer das richtige Händchen, egal in welcher Konstellation, im Sinne der Bremer Bürgerinnen und Bürger und im Sinne meiner Geburtsstadt!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich jetzt dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass inzwischen interfraktionell vereinbart wurde, dass die Tagesordnungspunkte 8, Girl's Day, und die miteinander verbundenen Punkte 9 und 10, In Kinder investieren, in der Reihenfolge der Beratung getauscht werden.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen (SPD)***): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich so reden, dass Herr Herderhorst sich so ärgert, dass er noch einmal hierher kommt. Jetzt hat er sich aber so nett verabschiedet, das streiche ich jetzt alles heraus!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage zur Polizeistrukturereform ist sehr umfassend, ist ganz detailliert und gibt einen guten Zwischenstand über ein nach meiner Überzeugung insgesamt erfolgreiches Projekt. Aus verschiedenen Richtungen gibt es Kritik, Sie haben es in den Zeitungen lesen können. Meines Erachtens kommt das auch gar nicht unerwartet angesichts der Dimension dieser Reform. Jetzt kommt es darauf an, konstruktive Kritik ernst und anzunehmen. Auch bei der Aufnahme dieser Kritik rumpelt es an manchen Stellen – Herr Herderhorst ist darauf eingegangen –, aber man kann, glaube ich, hier sehr deutlich sagen, dass im Großen und Ganzen die Polizei bei schwierigen Rahmenbedingungen auf der Erfolgsspur ist, und dabei verdient sie politischen Rückenwind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, da sind wir auch ganz eigennützig, denn nach meiner festen Überzeugung

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) gibt es zur Polizeistrukturereform überhaupt keine vernünftige Alternative.

Herr Herderhorst hat noch einmal die Debatte von gestern angesprochen. Natürlich ist die Polizeistrukturereform auch eine Antwort auf sinkende Ressourcen. Die Polizei soll schlanker und effektiver arbeiten, wir wollen mehr Polizisten auf die Straße bringen, wie es so schön heißt. Deshalb ist es richtig, und auch die Sozialdemokraten stehen voll dahinter, Polizei bedarfsgerecht auszubilden, dass wir die Polizei nicht verkleinern. Die gestrige Debatte ging aber auch nicht darum, dass die einen die Polizei verkleinern wollen und die anderen die Polizei vergrößern wollen, sondern die gestrige Debatte hatte etwas damit zu tun, dass wir eine Gesamtverantwortung haben und dass eigentlich auch Sie diese Gesamtverantwortung annehmen müssten, denn Sie wissen ganz genau, dass viele der Herausforderungen, die auch in diesem Bericht zur Polizeistrukturereform stehen, von der Polizei allein überhaupt nicht gelöst werden können.

(Beifall bei der SPD)

Dazu brauchen wir Bildung, dazu brauchen wir Soziales, dazu brauchen wir auch Justiz. Frank Imhoff nickt so schön, wahrscheinlich brauchen wir dazu auch Umwelt.

- (B) (Abg. I m h o f f [CDU]: Nachhaltigkeit!)

Deshalb trifft es uns als Innenpolitiker auch, wenn wir keine ordentliche Jugendpolitik betreiben können, wenn wir keine präventive Sozialpolitik betreiben können und wenn wir nicht genug Staatsanwälte und Richter haben, und deshalb müssen wir uns um alle Bereiche kümmern und nicht nur um die Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, immer wieder wird der öffentliche Dienst angegriffen und mit Vorurteilen konfrontiert. Häufig bekommen in Haushaltsdebatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes den Eindruck, sie seien nur Kostenstellen, eigentlich Ballast bei der Modernisierung und Verschlankung der Verwaltung. Beliebte Stichworte in Debatten sind eher Personalabbau und Beschneidung von Mitbestimmungsrechten. Wie falsch diese Vorurteile und Verunglimpfungen sein können, sehen wir auch in der Antwort des Senats zur Polizeistrukturereform. Rund 1550 Beamtinnen und Beamte, das sind etwa 60 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sind von dieser Reform betroffen. Nicht allen gefällt, was da passiert, im Gegenteil, einigen gefällt das überhaupt nicht, aber alle ziehen im Wesentlichen mit. Innovation ist das Stichwort, auch wenn nicht in allen Fällen von Innovationsfreude geredet werden darf.

Dass alle so mitziehen, ist bestimmt kein Selbstläufer, Herr Herderhorst hat es angesprochen. Bei der bremischen Polizei ist in den Neunzigerjahren ordentlich herumgedoktert worden, beginnend mit der Trennung des Stadt- und Polizeiamtes, also der Verwaltungspolizei und der Vollzugspolizei als Ausfluss des Gladbecker Geiseldramas. Danach gab es immer wieder Reformprozesse, von denen die Untersuchung durch Roland Berger sicher nicht die billigste, aber die bekannteste war.

Die Polizeistrukturereform, über die wir heute reden, hat den dramatischen Vorteil, dass sie von Anfang an von der Polizei selbst ausgegangen ist. Ich bin sehr dafür, dass wir als Politik die Erfolge der Polizeistrukturereform auf unsere Fahnen heften, aber wir sollten auch ehrlich sein: Verdient hat sie die Polizei selbst!

(Beifall bei der SPD)

An manchen Stellen geschieht diese Reform aus Einsicht in Notwendigkeiten. Das betrifft und betraf insbesondere die Öffnungszeiten in den Polizeireviere. Noch immer haben Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen das Gefühl, dass wir eigentlich zurück müssten. Jeder von uns weiß aber, dass das nicht geht. Polizisten, die nachts ein Polizeirevier bewachen, stehen für Polizeiarbeit für die Bürgerinnen und Bürger nicht zur Verfügung. Das müsste auch die Partei wissen, die sich anschickt, mit mindestens 18 Prozent in dieses Haus zu kommen, und wir wissen alle, es wäre schön, wenn sie fast 3 Prozent bekommen würde. Es ist aber einfach so, dass wir nicht dahin zurückkommen können, dass wir alle Reviere geöffnet haben. Wir müssen bei den Öffnungszeiten so bleiben, aber sie möglicherweise flexibler machen.

(Glocke)

Frau Präsidentin, Sie haben das Licht jetzt ausgemacht, dass meine Redezeit zu Ende ist. Heißt das, ich kann jetzt weiterreden?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Nein, das geht automatisch aus, Herr Abgeordneter!

(Abg. F o c k e [CDU]: Das hast du in den 12 Jahren immer noch nicht kapiert!)

In dem Moment klinge ich dann.

Abg. **Kleen** (SPD): Ich muss unbedingt noch einmal wiederkommen, damit ich solche technischen Sachen auch irgendwann begreife!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich höre jetzt auf, Ober sticht Unter! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

(Abg. F o c k e [CDU]: Ich bin dafür, wir geben Herrn Kleen noch 5 Minuten!)

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Komisch, dass sich die FDP, die sich das ja auf das Wahlplakat geschrieben hat, zu diesem wichtigen Thema Polizeireform nicht zu Wort meldet. Das finde ich schon sehr bemerkenswert. Meine Damen und Herren, vor circa 2 Jahren wurde im Bundesland Bremen Ihre ach so hochgelobte Polizeireform auf Kosten der inneren Sicherheit mit unsozialen Einschnitten bei unseren Polizeibeamtinnen und -beamten rücksichtslos durchgepeitscht. Nun fragen ausgerechnet Sie von der SPD und CDU, die dieses Chaos einer Reform zu verantworten haben, nach messbaren Erfolgen durch die Polizeireform. Da kann ich namens der Deutschen Volksunion nur sagen, es gibt keine messbaren Erfolge durch Ihre Polizeireform. Ganz im Gegenteil! Die ohnehin schon sehr schlechte, dramatische innere Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung im Land Bremen haben sich dadurch noch verschlimmert.

(B) Tatsache ist doch, die Geschäftsleute, zum Beispiel im Roland-Center, müssen täglich in Angst und Schrecken leben. Fast jede Nacht wird dort eingebrochen, zerstört, geklaut und randaliert, und das nicht nur im Roland-Center. Nun fragen Sie doch einmal, Herr Senator Röwekamp, die mutige Polizeibeamtin, die von Ihnen ach so lieben, angeblich friedlichen ausländischen jugendlichen Erzengelchen in Kattenturm so brutal zusammengeschlagen worden ist, nach Ihren messbaren Erfolgen der Polizeireform! Laut Aussage des Centermanagers, Herrn Giesa, haben solche meist ausländischen Jugendbanden sage und schreibe in 14 Tagen achtmal eingebrochen, randaliert und ungestört zerstört, Tendenz steigend. Dadurch fügen Sie auch mit Ihrer Polizeireform den Geschäftsleuten einen unermesslichen finanziellen Schaden zu, sodass sehr viele Geschäftsleute, nicht nur im Roland-Center, dadurch vor dem finanziellen Ruin stehen, weil sie nicht wissen, ob die Versicherung morgen oder übermorgen den entstandenen Schaden überhaupt noch bezahlt.

Laut einer Studie des Senats ist die Gewaltkriminalität im Bundesland Bremen sogar noch höher als in der Großstadt Berlin. So sehen Ihre messbaren Erfolge Ihrer Polizeireform in der Realität aus. Geschäftsleute werden auch durch Ihre Polizeireform ruiniert, und ihre Existenz wird vernichtet. Polizeibeamtinnen und -beamte werden von den meist ausländischen Jugendlichen sogar mit Waffen körperlich angegriffen, schwer verletzt, verlacht, verhöhnt, getreten und bespuckt. Das ist ein Skandal sondergleichen und wäre unter einer größeren politischen Verantwortung der DVU unmöglich. Merken Sie sich

eines, das habe ich Ihnen schon einmal gesagt: Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten sind nicht die Prügelknaben der Nation. Sie sind auch kein billiger Fußabtreter der politischen Altparteien und ihrer verfehlten Politik.

(C)

Dass Sie es bei den eben genannten Tatsachen überhaupt noch wagen, eine solch scheinheilige Anfrage einzubringen, ist an Hohn und Unehrlichkeit nicht mehr zu überbieten. Die wirklich Einzigen, die über messbare Erfolge Ihrer Polizeireform sprechen können und dürfen, wären die zahlreichen in der Mehrzahl ausländischen Jugendbanden. Das sind nämlich die Einzigen, die wirklich großartige, messbare Erfolge zu verzeichnen haben, Sie aber nicht, Herr Senator!

Ich habe damals schon deutlich namens der DVU ausgesagt, dass zum Beispiel eine Nachtschließung von Polizeirevieren unverantwortlich ist, dass die Streifenwagen viel zu viel Zeit brauchen, um an den nächsten Einsatzort zu kommen, weil die Wege zu lang sind, dass die Personaldecke insgesamt viel zu dünn ist, dass unsere Beamten unseriös und unsozial durch diese sogenannte Sparliste abgezockt worden sind. Ich habe wieder einmal recht behalten. Ihre sogenannte Polizeireform ist erbärmlich gescheitert. Sie sehen, von messbaren Erfolgen Ihrer Polizeireform kann überhaupt nicht die Rede sein, ganz im Gegenteil! Ihre ach so großartige Polizeireform ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt in die Steinzeit, denn trotz oder gerade wegen Ihrer Polizeireform stiegen die Gewalttaten dramatisch an und werden auch weiterhin ansteigen. Die jugendlichen Gewalttäter werden immer brutaler, die Täter immer jünger und rücksichtsloser. Eine sogenannte Hemmschwelle gibt es nicht mehr.

(D)

Darum ist es dringend erforderlich, dass Sie endlich eine Polizeireform umsetzen, die den Namen Polizeireform auch wirklich verdient, die nicht unsozial auf Kosten der Gesundheit unserer unterbezahlten Beamtinnen und Beamten rücksichtslos umgesetzt wird und die die innere Sicherheit unserer Bevölkerung uneingeschränkt garantiert. Dazu sind Sie aber nicht in der Lage.

Herr Senator Röwekamp, bevor Sie gleich wieder jammernd nach vorn kommen und mich mit Ihren Hasstiraden bewusst fälschlicherweise in die rechtsradikale Ecke stellen wollen,

(Glocke)

sage ich Ihnen gleich: Lassen Sie das! – Ja, bitte?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Tittmann** (DVU): Einen kleinen Moment noch! Das glaubt Ihnen gerade in Bremerhaven sowieso kein

- (A) Mensch mehr. Gerade da kennen mich die Leute, auch Ausländer, als toleranten, bürgernahen Menschen.

(Lachen – Glocke)

Stattdessen erklären Sie der Öffentlichkeit lieber einmal den Widerspruch: Hier faseln Sie gegen den sogenannten Rechtsradikalismus, und in Berlin gehen Ihre CDU-Genossen meines Wissens Hand in Hand mit den Kameradschaften auf die Straße und demonstrieren gegen Moscheebau.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(Zurufe von der SPD – Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Den Unterschied können Sie mir gleich einmal erklären! Erklären Sie es mir einmal! – Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Jetzt reicht es! – Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Das haben Sie nicht zu bestimmen! Lesen Sie lieber in der Zeitung weiter! Das ist gescheiter!)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

- (B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem, warum die DVU keinen sinnvollen Beitrag zur inneren Sicherheit leisten kann, ist, dass sie – das hat man gerade eben wieder gemerkt – denjenigen, die wir an dieser Stelle bekämpfen, sehr viel näher steht als denjenigen, die jeden Tag auf der Straße als Polizei in Bremen und Bremerhaven für Recht und Ordnung sorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf des Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Das ist das Problem der DVU. Bei dieser Teilung stehen Sie auf dieser Seite und die Polizei auf einer ganz anderen. Deswegen können Sie die Polizei gar nicht unterstützen. Sie müssen aufpassen, dass die nicht hinter Ihnen her ist, was sie ja auch schon manchmal war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf des Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Meine Damen und Herren, die Grünen haben dieser Polizeireform, über die wir jetzt sprechen, zugestimmt,

*) Vom Redner nicht überprüft.

weil sie für uns in dieser Form angesichts der Personalstärke und unseren zur Verfügung stehenden Mitteln alternativlos war. Selbstverständlich stehen wir zu dieser Zustimmung auch im Wahlkampf und auch in der Folge, weil von uns erwartet werden kann, dass etwas, da wir vor 2 Jahren gemeinsam in der Innen- deputation getragen haben, dann auch hier 2 Wochen vor einer Wahl gemeinsam vertreten wird. Ich denke, dass sich das auch im Unterschied zu den Herrschaften von der DVU für demokratische Parteien so gut anlässt.

Die Kritik, die es gleichwohl an dieser Reform gibt, finde ich trotzdem sehr bedenkenswert; im Übrigen nicht die Kritik, die vonseiten der FDP kommt, das ist ganz billiger und platter Populismus. Da muss man sich gar keine großen Gedanken machen. Aber richtig ernst nehme ich die Kritik, die von der Polizei selbst kommt, weil das diejenigen sind, die mit Sachverstand die Auswirkungen der Reform Tag für Tag und Nacht für Nacht selbst bemerken. Deswegen finde ich, dass eine vornehme Aufgabe bei der Bilanzierung einer solchen Reform natürlich auch das Ernstnehmen der Kritik aus der Institution heraus ist, die von dieser Reform besonders betroffen ist, nämlich von der Polizei Bremen.

Da finde ich schon etwas merkwürdig: Wenn man sich nun einmal die Antwort des Senats auf die Große Anfrage auf die eine Seite legt, wenn man sich andererseits das Bilanzpapier der Direktion Schutzpolizei nach einem Jahr Polizeireform daneben legt, dann gibt es so viele Punkte, in denen die beiden Aussagen nicht übereinstimmen, bei denen die Bewertung eine völlig andere ist, teilweise sogar die Fakten völlig andere sind. Da ist es schon sehr merkwürdig, dass diese Bewertung aus der Polizei heraus, die sogar auf Direktionsleiterebene niedergeschrieben ist, die man nachlesen kann, keinen Eingang in eine offizielle Antwort des Senats findet. Hier, finde ich, sollte man diese Kritik und diese Anregungen, die aus der Praxis kamen, sehr viel ernster nehmen.

Ich weiß nicht, welchen Grund es gibt, die Polizei selbst, die sich mit den Auswirkungen der Reform ja intensiv befasst hat, an dieser Stelle nicht ernst zu nehmen. Die Antwort des Senats ist an vielen Stellen komplett über diese Analyse der Schutzpolizei hinweggegangen. Deshalb ist diese Antwort des Senats keineswegs eine befriedigende und ausreichende Antwort auf die Frage, ob die Polizeireform nun erfolgreich war oder nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das kann man an vielen einzelnen Punkten festmachen, wenn man sich beide Papiere nebeneinanderlegt.

(C)

(D)

(A) Gerüchtweise habe ich gehört, dass der Polizeipräsident die Antwort des Senats auf diese Große Anfrage des Senats selbst verfasst haben soll, weil es vielleicht niemanden mehr in der Polizei gibt, der in der Lage ist, das so positiv niederzuschreiben, wie es in der Senatsantwort geschehen ist. Die Zusammenfassung der Senatsantwort sagt, dass das herausragende Ziel der Polizeireform, die aktive polizeiliche Präsenz und Sicherheitsarbeit in Form von Schwerpunktmaßnahmen in der Region zu stärken, erreicht wurde. Das ist die zentrale Aussage der Antwort des Senats, wie sie uns heute im Parlament vorgelegt worden ist.

Wenn man sich hingegen anschaut, wie die Schutzpolizei, die ja im Kern von dieser Reform betroffen war, dieselbe Frage bewertet, dann kommt dort die Führung der Schutzpolizei zu der Aussage – ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren –: „Mit der personellen Ausstattung der Sachgebiete in den Polizeiinspektionen ist eine kontinuierliche Brennpunkt- und Ermittlungsarbeit nicht möglich. Zusammengefasst: Das Problemerklientel wird zeitweise sich selbst überlassen. Die Kräfte der Bereitschaftspolizei stehen nicht wie vorgesehen verlässlich, flexibel und kontinuierlich für regionale Schwerpunktmaßnahmen zur Verfügung.“

(B) Das heißt, die Schutzpolizei selbst sieht nun in der täglichen Arbeit, dass wir in der Tat mit unserer Personaldecke und mit unserer schwierigen Personallage, aber auch teilweise mit organisatorischen Problemen, die diese Reform gebracht hat, die Ziele und die Aufgaben, die wir uns selbst gesteckt haben, noch keineswegs vollständig erfüllen.

Das macht diese Reform, wie ich am Anfang gesagt habe, nicht falsch. Das macht sie auch nicht zu einem politischen Objekt, bei dem man nun hinausgehen und sagen könnte, hier hat der Senator versagt, oder hier hat die Große Koalition versagt, aber es sind sehr wichtige fachpolitische und organisatorische Themen und Diskussionen in der Polizei. Was besonders negativ bewertet wird in der Polizei, so kann man das in vielen Gesprächen hören, ist, dass diese Art von Kritik, die aus der Organisation selbst heraus vorgetragen wird, in der Weise missachtet und nicht ernst genommen wird, dass nach außen immer wieder ein Bild vermittelt wird, wir haben das alles im Griff, es gibt keine großen Probleme, und im Grunde genommen ist das alles erfolgreich und rosarot. Damit tut man weder der Bevölkerung noch der Politik, noch dem Senat und vor allen Dingen nicht der Polizei einen Gefallen, wenn man so vorgeht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Satz! Ich danke meinen beiden Kollegen Hermann Kleen und Rolf Herderhorst, die heute ja hier zumindest zum Thema Innenpolitik – ich glaube, Hermann Kleen wird morgen noch einmal

reden – das letzte Mal gesprochen haben, für die sehr faire, sachliche und gute Zusammenarbeit. Bei allen inhaltlichen Differenzen, die es immer gab, war es eine Arbeit, die Spaß gemacht hat, weil sie immer das politische Gegenüber sehr geachtet hat und sehr fair war, und dafür danke ich beiden Kollegen recht herzlich. – Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Parlament sehr dankbar für die doch in weiten Teilen – bis auf einen Redner, muss man ehrlicherweise sagen – sehr sachbezogene Auseinandersetzung, eine nüchterne Bilanz über rund anderthalb Jahre Polizei Bremen nach der Reform. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Notwendigkeit zu dieser Polizeireform sich nicht daraus ergeben hat, dass wir ein Sparprogramm verordnen wollten, sondern wir haben zu Beginn der neuen Legislaturperiode vor fast 4 Jahren eine nüchterne Bestandsaufnahme gemacht zu den Problemen, die wir in der Polizei Bremen haben.

Es gibt natürlich im Wahlkampf immer wieder auch dumpfe Vereinfachungsaussagen. Immerhin setzt sich die FDP, deren Freund ich ja nun wahrlich nicht bin, wenigstens auf den Plakaten mit der Polizeireform auseinander. Herr Tittmann, Sie haben sich mit Sachpolitik 4 Jahre lang nicht auseinandergesetzt, und deswegen finde ich es ein bisschen anmaßend, wenn Sie meinen, über das Verhalten anderer demokratischer Parteien hier im Parlament urteilen zu müssen. Das steht Ihnen wirklich nicht zu!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich will eine der Hauptsorgen und auch einen Wahlkampfschlager der FDP an dieser Stelle –. Herr Tittmann, ich hoffe, dass Ihre Zeit nicht nur hier am Rednerpult, sondern insgesamt nach Ablauf dieser Legislaturperiode wirklich abgelaufen ist!

(Beifall – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich freue mich schon auf den Tag, an dem Sie aus diesem Parlament verabschiedet werden, und hoffe, dass er bald kommt!

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir natürlich über die Frage diskutieren, wie viele Reviere wir in Bremen haben. Subjektiv nehmen Menschen natürlich veränderte Öffnungszeiten an Revieren sofort als Einbuße von Sicherheit wahr. Die Wahrheit ist aber, und das will ich an dieser Stelle noch

(C)

(D)

(A) einmal sagen, in keiner anderen Großstadt Deutschlands gibt es so viele Polizeireviere pro Einwohner wie in Bremen. Wir haben die höchste Dichte an Polizeireviere, auch nach der Veränderung durch die Polizeireform, und das ist für die subjektive Sicherheit der Menschen in den beiden Städten unseres Landes außerordentlich wichtig und notwendig.

Wahr ist aber auch, wenn man heute eine neue Polizei planen würde, also, würden wir bei null anfangen, hätten keine Gebäude, hätten keine Infrastruktur und würden praktisch in einer neuen Stadt für eine Einwohnerzahl, wie Bremen sie hat, eine neue Polizei planen, würde niemand auf die Idee kommen, eine solche Stadt mit 18 Polizeireviere auszustatten. Das ist Wahrheit. Für die organisatorische Wahrnehmung unserer Aufgaben brauchen wir in unserer Stadt nicht 18 Polizeireviere. Wir brauchen sie für das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen, damit sie das Gefühl haben, dass sie in Bremen nicht nur sicher sind, sondern sich auch sicher fühlen können. Dafür haben wir die 18 Reviere erhalten, und ich finde, diese Zusage muss auch für die nächste Legislaturperiode gelten.

Auch wenn man heute auf dem Reißbrett eine andere Polizei zeichnen würde, bleibt es dabei, dass die Bevölkerung die Polizei so wahrnimmt, wie sie sie zurzeit wahrnimmt, und deswegen halte ich ein Rütteln an den Polizeireviere nicht für richtig. Wir müssen die Anzahl der Polizeireviere für die Menschen in den beiden Städten unseres Landes tatsächlich erhalten.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Der Umstand aber, dass wir die Öffnungszeiten eingeschränkt haben, meine Damen und Herren, folgt ganz normalem Kundenverhalten, wenn ich das einmal so sagen darf. Was nützt mir ein Polizeirevier, das nachts geöffnet hat, in dem aber nachts nichts los ist, weil sich zum Beispiel niemand nachts an das Polizeirevier wendet, wenn Polizisten von einem Polizeirevier aus Dienst tun, wo Menschen diese Reviertätigkeit nachts eigentlich überhaupt nicht nachfragen!

Die Polizei Bremen wird zu 98 Prozent zentral gerufen, das heißt, Menschen rufen 110 an und sagen, ich brauche die Polizei, und wir haben sehr viel Energie in der Vergangenheit darauf verwendet, die Polizei dann dezentral einzusetzen. Es macht aus meiner Sicht sehr viel mehr Sinn, wenn wir schon zentral angefordert werden, den Einsatz auch zentral zu steuern. Nichts anderes haben wir miteinander verabredet bei der Polizeireform. Am Ende führt es dazu, dass wir mehr Streifenwagen in der Fläche und mehr polizeiliche Präsenz in den Stadtteilen haben. Das ist ein messbarer Erfolg dieser Reform, auf den alle, die sie mitgetragen haben, auch stolz sein können.

Ich weiß, dass es in der Polizei Bremen natürlich keine uneingeschränkte Begeisterung über die Polizeireform gibt, aber wie wollen Sie die auch errei-

chen, wenn Polizistinnen und Polizisten in erheblicher Anzahl – in diesem Fall, sage ich einmal, über 1000 Menschen – aus bewährten Strukturen, in denen sie vertraut waren und sich ausgekannt haben, sich neu beruflich orientieren müssen! Das sorgt für Verunsicherung, das ist klar. Nach anderthalb Jahren ist das auch noch nicht abgeschafft, und deswegen messen Polizistinnen und Polizisten auch heute immer noch ihre jetzige Tätigkeit natürlich an der Zeit vor der Reform. Ich bin aber ganz zuversichtlich, dass die Anzahl derjenigen, die erkennen, dass wir mit der Polizeireform die Polizei Bremen insgesamt effektiver und schlagfertiger gemacht haben, zugenommen hat.

Dazu kommt natürlich auch, das muss man an dieser Stelle sagen, dass wir den Polizistinnen und Polizisten in diesen Zeiten der Veränderung auch erhebliche materielle Einbußen zugemutet haben. Wir haben das Urlaubsgeld gestrichen, wir haben das Weihnachtsgeld gekürzt, und wir diskutieren über weitere Maßnahmen wie Lebensarbeitszeit und Ähnliches. Das verunsichert die Polizistinnen und Polizisten zusätzlich, und deswegen will ich an dieser Stelle sagen: Trotzdem ein herzliches Dankeschön an die Bremer Polizei, dass sie trotz dieser äußeren Umstände die Polizeireform diesen Weg mitgegangen ist, wie sie ihn mitgegangen ist! Das ist eine hohe Einsatzbereitschaft, die die Kolleginnen und Kollegen unter schwierigen Rahmenbedingungen gezeigt haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C)

Ich will auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir in den letzten beiden Jahren, also im Jahr 2 nach der Reform, mittlerweile in beiden Jahren eine zurückgehende Kriminalitätshäufigkeit in Bremen haben. Wir haben im Jahr 2005 eine zurückgehende Kriminalität in der Stadt Bremen von 6 Prozent gehabt, im letzten Jahr noch einmal von knapp 2 Prozent. Ob und inwieweit das jetzt reformbedingt ist, vermag man nicht zu sagen. Ich weiß nur aus dem Alltag von polizeilicher Arbeit, dass wir heute in der Lage sind, mit ganz anderem Kräfteinsatz besondere Lagen wie auf der Diskomeile oder auch in Bremen-Nord zu steuern und zu Ermittlungserfolgen beizutragen.

Das hat Polizeiarbeit qualitativ verbessert, nicht nur mehr Polizei auf der Straße, sondern auch tatsächlich mehr Polizei in den Schwerpunkten, das ist eine ganz wesentliche Botschaft dieser Reform. Wir sind in der Lage, mit hohem Kräfteinsatz Sonderlagen wie in Huchting beispielsweise nach der Brandserie, wie auf der Diskomeile nach den Tötungsdelikten und an anderen Stellen dieser Stadt zu fahren. Zu solchen Einsätzen wären wir früher nie in der Lage gewesen, und auch deswegen haben wir die Polizeireform gebraucht, um solche Einsätze steuern zu können.

Im Übrigen will ich an dieser Stelle sagen, einer der großen Einsätze ist auch gewesen, als die Groß-

(D)

(A) demonstration der Herr Tittmann sehr nahestehenden NPD in Bremen stattgefunden hat. So unangenehm es auch für Polizistinnen und Polizisten ist, NPD-Anhänger in einer Demonstration zu beschützen, so sehr wissen sie doch, dass das ihre demokratische Aufgabe ist. Es hat keiner mit Begeisterung gemacht, Herr Tittmann, aber es haben Menschen aus Überzeugung für unsere Demokratie getan, und das ist ein Beweis für gelebte polizeiliche Arbeit im Gegensatz zu Ihrer schlichten Demagogie, die Sie von hier vorn immer wieder verbreiten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn Herr Dr. Güldner jetzt sagt, das, was der Senat berichtet, ist etwas anderes als das, was die Polizei denkt, dann finde ich, wir sind sozusagen im Jahr anderthalb nach der Polizeireform. Wir haben versprochen, dass wir alle Kritik, die aufkommt, auch ernst nehmen und auch weiterleiten. Ich will nur davor warnen, dass wir jetzt übereilt aus einzelnen Wasserstandsmeldungen voreilige Schlüsse ziehen. Der Polizeipräsident – –. Ich weiß, Sie klingeln, aber ich kann doch so lange reden, wie ich will, egal, wie lange ich noch im Senat bleibe, oder?

Präsident Weber: Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen!

(B) **Bürgermeister Röwekamp:** Ich weiß ja nicht, ob das nicht auch meine letzte Rede hier ist, deswegen wollte ich das ein bisschen auskosten!

(Heiterkeit)

Außerdem kann ich den Kollegen dann die Gelegenheit geben, sich noch einmal zu Wort zu melden.

Ich will also zu diesem letzten Punkt noch einmal etwas sagen, weil das die Kritik von Herrn Dr. Güldner war! Wir nehmen jede Kritik ernst, die aus der Polizeiorganisation heraus an den Erfolgen dieser Reform kommt, aber zu diesem Ernst gehört eben auch, dass wir uns nicht einseitig auf Informationen verlassen und eben nicht nur auf eine Sparte wie die Schutzpolizei, sondern wir warten das ab, was wir an Rückmeldungen haben, auch von der Bereitschaftspolizei beispielsweise, von der Direktion Wasserschutz und Verkehr, wo es erhebliche Veränderungen auch im Ablauf gegeben hat, und fassen sie dann zu einem nüchternen Bericht über die Polizeireform zusammen.

Das ist mein Ziel, das muss der Polizeipräsident leisten, da wird nichts unterdrückt und auch nichts versteckt, da werden alle Mängel offengelegt. In einer Stadt wie Bremen ist es sowieso fast unmöglich, überhaupt irgendetwas zu verstecken, sonst wären Sie ja auch nicht an dieses Papier gekommen, sondern es geht darum, am Ende eine relativ nüchterne Bilanz über alle Polizeisparten hinweg zu treffen und dann

zu verlässlichen Änderungen auch bei der Polizeireform zu kommen.

(C)

Ich bin sehr dankbar, dass das Parlament in der Deputation und auch heute die Ideen dieser Reform in breiten Teilen mitträgt, sie ist ja nicht nur von der Politik mitgetragen worden, sondern auch von der Gewerkschaft und auch vom Personalrat der Polizei Bremen. Ich glaube, ein ganz großer Bestandteil des Erfolges ist, dass wir darauf verzichtet haben, uns teuren externen Sachverständigen einzukaufen, denn wir haben jeden Tag in Bremen 2500 Polizistinnen und Polizisten und in Bremerhaven 500, die in hervorragender Weise ihren Dienst verstehen. Niemand versteht mehr von polizeilicher Arbeit, keiner von uns und auch nicht ich, als die Menschen, die jeden Tag die Arbeit auf der Straße tun. Insofern herzlichen Dank insbesondere an Hermann Kleen und Rolf Herderhorst, die immer kritisch, aber doch sehr konstruktiv diese Reform begleitet haben! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/1348 auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

(D)

In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 2005
(Drucksache 16/684)

Wir verbinden hiermit:

In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007
(Drucksache 16/1299)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Schuster

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/684 ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 46. Sitzung am 12. Oktober 2005 an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration überwiesen worden. Diese De-

(A) putation legt mit der Drucksachen-Nummer 16/1299 nunmehr ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Crueger. Herr Crueger, ist das Ihre letzte Rede heute?

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Nein, die ist morgen! Das ist meine viertletzte Rede heute! Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben 5 Minuten Zeit, um über dieses Thema zu diskutieren. Wir haben hier ja auch schon einmal darüber diskutiert, es geht nämlich auf einen grünen Antrag zurück, wie wir den Ausführungen des Präsidenten gerade entnehmen konnten.

Dieser Antrag wurde damals in die Deputation für Soziales überwiesen. Der Senat hat seine Ergüsse zum Thema Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen uns zukommen lassen, wir haben darüber in der Deputation gesprochen, und nun reden wir hier darüber, und ich muss sagen, ich bin nicht zufrieden mit dem, was im Konzept des Senats steht. Ich glaube auch, mich erinnern zu können, die Kollegen aus den anderen beiden Fraktionen sind auch nicht wirklich zufrieden mit dem, was darin steht.

(B) Fakt ist, und das muss man, glaube ich, erst einmal voranstellen: Die Arbeit, die in unseren Kindergärten im Moment geleistet wird, ist gut. Angesichts der miserablen äußeren Umstände, unter denen unsere Erzieherinnen und Erzieher jeden Tag arbeiten, muss man ihnen an dieser Stelle auch erst einmal ein großes Lob dafür aussprechen, das ist zweifelsohne richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich glaube aber auch, dass, wenn wir das ernst nehmen, was wir uns seit Langem auf die Fahnen schreiben – wir Grünen, würde ich beanspruchen, hatten das immer ein bisschen früher auf unseren Fahnen, die SPD war sozusagen hinterher, und die CDU haben wir ja mittlerweile auch davon überzeugt –, nämlich dass wir bei Kindergärten ganz schnell ganz stark aufholen müssen, dass es falsch ist zu sagen, das ist eine Betreuungseinrichtung, dass es richtig ist zu sagen, Kindergärten sind Bildungsgärten, dass es wichtig ist, dort die gleichen Maßstäbe an die Qualität anzusetzen, wie man das im Schul- und im Hochschulbereich tut. Wenn wir das alles ernst nehmen und wenn wir uns auch orientieren, wie es in anderen Ländern aussieht, dann müssen wir auch erkennen, dass die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ein wesentlicher Schlüssel ist, damit wir sie in die Lage

*) Vom Redner nicht überprüft.

versetzen, die Herausforderungen, die wir richtigerweise an ihre Arbeit stellen, auch zu erfüllen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht dabei nicht darum, die Erzieherinnen und Erzieher zu Akademikerinnen zu machen, die dann sozusagen in der Theorie wunderbar sattelfest und in der Praxis völlig ungeeignet sind. Darum geht es nicht, und wenn wir in die anderen Länder schauen, wird es dort auch nirgendwo so gemacht. Es geht darum, dass man neben dem Praxisanteil eben auch den theoretischen Anteil auf Hochschulniveau vertieft. Wenn wir uns anschauen, was mittlerweile hier an der Universität durch den Studiengang der Bosch-Stiftung schon erreicht wird, dann, finde ich, ist das ein sehr gutes Praxisbeispiel dafür, wie so etwas funktionieren kann, dass nämlich Erzieherinnen, die aus der Praxis kommen, dort so ein Aufbaustudium machen. Das ist eine genau richtige Sache.

Das Problem ist bloß, wir haben diese Kompetenz in Bremen, aber wir nutzen sie bislang nicht richtig. Es kostet 3000 Euro, an diesem Studiengang teilzunehmen, und wir können für unsere Mitarbeiter des städtischen Trägers diese 3000 Euro nicht vorschießen, können ihnen da keine Möglichkeit bieten, das nicht aus eigener Tasche bezahlen zu müssen. Noch nicht einmal die evangelische Kirche, die diesen Studiengang hier wesentlich vorangetrieben hat, kann das ihren Mitarbeitern wirklich anbieten, entgegen den eigenen Vorhaben. Ich sehe also, wir haben hier zwar Kompetenzen, aber wir nutzen sie nicht, und das, glaube ich, ist nicht nur an dieser Stelle, sondern generell unser kinderpolitisches Problem in Bremen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn nun der Senat sagt, wir können die Ausbildung der Erzieherinnen nicht verbessern, das geht im Moment nicht, wir müssen stattdessen das Praktikum, das jede Erzieherin durchlaufen muss, umstrukturieren, es wird in Zukunft dann modularisiert, und im Endeffekt führt es dann dazu, dass wir da Geld einsparen, weil wir im Moment den Erzieherinnen für ihr Anerkennungspraktikum Geld zahlen und das in Zukunft dann nicht mehr tun, dann, glaube ich, ist es nicht nur so, dass wir die Zeichen der Zeit nicht erkennen, sondern wir machen sogar noch einen Schritt nach hinten, wir machen einen ganz klaren Rückschritt.

Ich würde mir einfach wünschen, dass für die kommende Legislaturperiode aus den vielen Bekundungen, die wir bundes- und landespolitisch zum Thema Kinderpolitik hören, auch endlich einmal konkrete Schritte resultieren, und da müssen Sie mir Recht geben: Es geht nicht, ohne das Qualifikationsniveau der Erzieherinnen zu verbessern, erst recht, wenn wir sagen, Zweitkräfte wollen wir zusätzlich einstellen, die müssen ausgebildet werden und dann doch bit-

(C)

(D)

(A) te schön auf einem Niveau, das der Zeit entsprechend ist. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat haben wir einen ganz unbeschreiblichen Reformbedarf im Elementarbereich in ganz Deutschland. Wir haben einen hohen Anspruch an die Erzieherinnen und die Erzieher. Dem Dank an ihre Arbeit darf ich mich hier an dieser Stelle auch anschließen.

(B) Wir haben in Bremen einen Rahmenplan für Bildung und Erziehung eingeführt. Das ist schön und gut, aber die Mitarbeiter unseres kommunalen Eigenbetriebs KiTa Bremen haben in ihrer Personalversammlung neulich sehr eindrücklich und interessant dargestellt, wie schwierig doch die Umsetzung in den Kitas selbst ist, weil das Personal natürlich einen schwierigen Personalschlüssel vorfindet, es kommen auf eine Fachkraft 20 Kinder, das ist das eine, aber auch, weil vielfach die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher nicht gut genug ist. In der Tat brauchen wir verbindliche Rahmenpläne auch im Elementarbereich, die auch koordinierter sein müssen, wie wir seitens der CDU-Fraktion unter den Ländern finden. Das ist doch zu sehr ein Einzelgang in den einzelnen Bundesländern, der auch zusammengeführt werden muss.

Die Erzieherinnen und Erzieher in Deutschland gehören im europaweiten Vergleich zu den am schlechtesten Ausgebildeten, das ist leider Fakt. Der akademische Anteil in Kitas ist bei 3,3 Fachkräften, das ist viel zu wenig, meine Damen und Herren. Deshalb brauchen wir klare Schritte, wie wir die Qualität bei den Erzieherinnen und Erziehern verbessern können, und wir müssen die Mitarbeiter in unseren Kindertageseinrichtungen dabei auch mitnehmen. Wir müssen eine Weiterbildungsinitiative starten, die dann auch berufsbegleitend die Erzieherinnen und Erzieher auf die wachsenden Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung vorbereitet. Wir brauchen ein abgestimmtes Kerncurriculum für den Elementarbereich, und zwar bundesweit, und wir brauchen eine Qualifizierung auch der Ausbilder an den Fachschulen für unsere Erzieherinnen und Erzieher.

Es bedarf dabei flankierender Maßnahmen, sodass die berufliche Weiterbildung dann auch verpflichtend ist, dass sie generell als Fortbildungsverpflichtung gilt und dass alle Berufsgruppen in den Kindertagesstätten daran auch teilnehmen. Wir brauchen auch einen Nachweis darüber, dass diese Fortbildungen wahrgenommen werden. Ich glaube, dass wir auch die Trä-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) ger mit in die Verpflichtung nehmen müssen, die teilweise die Kosten dafür auch mittragen müssen.

Wir brauchen eine Methodenkompetenz, weil Bildung eben auch schon direkt mit der Geburt anfängt und nicht erst in der Grundschule. Wir brauchen eine Verzahnung zwischen den Fachkräften in den Kindertagesheimen und auch den Grundschulpädagogen. Da kann man keinen Unterschied machen, finden wir, und da müssen wir zusammen auch bundesweit zu Verbesserungen kommen.

Es ist teilweise ein Kompetenzwirrwarr, das wir erleben. Der Bildungssenator ist zuständig für die Fachschulausbildung, und selbst bei diesem Antrag, den wir hier ja überwiesen haben an die Deputation für Soziales, ist ein großes Interesse auch bei allen Fraktionen zu sehen, dass wir da vorankommen müssen, aber eine tatsächliche, eindeutige Positionierung hat man bisher so nicht erfahren. Das ist auch so ein Stück weit unsere Kritik an der Vorlage seitens des Senats.

(D) Ich glaube, wenn wir die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher wirklich verbessern, dann ist das auch eine Möglichkeit für Männer, vermehrt dieses Berufsbild, an das wir ja sehr viel höhere Anforderungen haben, anzuwählen. Wir müssen ganz ehrlich eine Debatte darüber eröffnen, wie gut wir auch die Arbeit unserer Erzieherinnen und Erzieher dann wertschätzen und wie wir sie entlohnen. Ich glaube, das muss auch eine Aufgabe derjenigen sein, die in der nächsten Legislaturperiode hier Jugendpolitik machen und mit Engagement dafür streiten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin begeistert über das, was ich eben von Herrn Bartels gehört habe. Meine Kollegin Frau Wangenheim ist ebenfalls begeistert, sie freut sich, dass sie hier in ihrer letzten Sitzung im Landtag noch solche Worte, solche Versprechungen von der CDU hören kann. In der Vergangenheit war das nicht so, und wenn man das an der konkreten Politik misst, die bisher vertreten worden ist, Herr Bartels, dann kann ich also nur sagen: Wir sind gespannt, wie sich das weiterentwickelt.

Wir sind natürlich erfreut über die vielen Vorschläge, die wir aus Berlin von Frau von der Leyen hören, in denen es darum geht, im Kindergartenbereich zu Verbesserungen zu kommen. Leider fehlt es da an konkreten Zusagen, die sich auf die Finanzen beziehen. Man kann in Berlin wunderbar Vorschläge machen und sagen: Das sollen die Länder und die Kommunen bezahlen. Aber das hilft uns ja hier vor Ort überhaupt nicht weiter. Also, ich denke, da muss

(A) man auf dem Teppich bleiben und sich wirklich an der Realität orientieren. So, finden wir, geht das nicht!

Um diese Themen geht es jetzt hier in dem Antrag aber nicht, sondern hier geht es unter der Überschrift „In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren“ um die Frage, welche Verbesserungen in der Erzieherinnenausbildung, insbesondere hier in Bremen, vollzogen werden können. Wir haben dieses Thema ausführlich in der Sozialdeputation debattiert und uns damit sehr eingehend beschäftigt. Es geht also um die Frage, wie frühkindliche Betreuung verbessert werden kann, das ist das Ziel. Der Weg dahin führt sicherlich über die Qualifikation der Erzieherinnen. Aber da sagen wir, da ist mit dem Antrag zu kurz gesprungen, besser gesagt, da ist daneben gesprungen.

Die Forderung der Grünen geht ja im Prinzip dahin, dies ist erläutert worden, mittelfristig die Ausbildung auf Hochschulniveau anzuheben, zu akademisieren. Daran ist richtig, dass die Ansprüche an den Beruf gestiegen sind. Wenn wir einerseits frühkindliche Bildung wollen, sprachliche Fähigkeiten wecken wollen, Kinder auf die Schule vorbereiten wollen, dann brauchen wir natürlich Personal, das über eine entsprechende Qualifikation verfügt. Aber nur eine akademische Ausbildung, da machen wir drei Fragezeichen, ob dies wirklich der einzig denkbare Weg ist.

(B) Die Forderung, Herr Crueger, so finden wir, läuft Gefahr, die jetzt tätigen Erzieherinnen abzuqualifizieren. Da müssen wir, meinen wir, sehr aufpassen. Wir müssen diese Debatte doch etwas vorsichtiger führen. Die Erzieherinnen machen eine richtig gute Arbeit. Wer Betreuungseinrichtungen besucht, der sieht das und der spürt das, wie dort eine wirklich wunderbare Arbeit im Erziehungsbereich stattfindet.

Nun verweist uns die Antwort des Senats auf ein Konzept, das ist hier schon angesprochen worden, das eine dreijährige Ausbildung mit einer Praxisphase von je 10 Wochen im ersten und zweiten Jahr und einer Praxisphase von 20 Wochen im dritten Jahr vorsieht. Insgesamt bedeutet das eine Präsenz von 40 Wochen in den Kindertageseinrichtungen. Was nicht gesagt wird: Wir haben jetzt eine Ausbildung, die zwei Jahre Praxis hat und ein Anerkennungsjahr, das sich anschließt. Diese Ausbildung beinhaltet den praktischen Einsatz der Auszubildenden über 68 Wochen in den Kindertageseinrichtungen.

Wer also jetzt über eine Änderung dieses Ausbildungsgangs redet, der muss sich klarmachen, dass sich hier natürlich eine ganz erhebliche Differenz ergibt. 68 Wochen während der Ausbildungszeit jetzt, 40 Wochen sollen es künftig sein. Also, es sind pro Praktikantin, es sind ja im Wesentlichen Praktikantinnen, 28 Wochen weniger Einsatz in dieser Ausbildungszeit. Wer also die Ausbildung ändern will, muss sich klarmachen, dass es auch darum geht, den Einsatz dieser Praktikantinnen während der Ausbildungszeit durch andere Kräfte zu ersetzen.

(C) Wir haben einmal versucht, zu ermitteln und hochzurechnen, was das eigentlich für die Betreuungskräfte in den Kindertageseinrichtungen bedeutet, und haben uns sagen lassen, dass in den Einrichtungen etwa 350 Praktikantinnen eingesetzt sind. Wenn man das umrechnet, 28 Wochenstunden pro Person, die künftig weniger an Einsatzmöglichkeiten vorhanden sind, dann ergibt das 100 Praktikantinnen, die vielleicht zu 50 Prozent bedarfsdeckend eingesetzt werden. Man brauchte also vielleicht 50 oder 60 Vollzeitkräfte zusätzlich, um den Ausfall zu kompensieren, der durch eine Änderung des Ausbildungsgangs entstehen wird. Da sagen wir: Das ist, was den Bedarf in den Kindertageseinrichtungen angeht, auch noch überhaupt nicht zu Ende gedacht, an dieses Thema müssen wir wieder heran. Wir sind so, wie es hier formuliert wird, nicht einverstanden.

Der Grund, der zu diesem Vorschlag geführt hat, ist übrigens ein ganz banaler. Auch das, Herr Bartels, sehen Sie mir nach, wenn ich das noch einmal erwähne an dieser Stelle: Dieses Konzept geht ja nicht ausschließlich auf pädagogische Erwägungen zurück, sondern Ausgangspunkt für diese Überlegungen, die in der Verwaltung angestellt werden, war ein Koalitionsbeschluss, der zum Ziel hatte, Einsparungen zu erzielen, nämlich bei der Ausbildungsvergütung dieser Erzieherinnen. Bisher erhalten sie alle während der Ausbildungszeit eine Vergütung, das soll sich nach dem neuen Konzept ändern. Das ist das eigentliche Ziel. Aber was man dort als Ausbildungsvergütung einspart, das wird mit Sicherheit, jedenfalls zu einem großen Teil, an anderer Stelle eingesetzt werden müssen, um Ersatz zu schaffen für die Betreuungsleistung, die diese Praktikantinnen in den Kindertageseinrichtungen erbringen.

Da sagen wir: Das ist nicht zu Ende gedacht, das muss überprüft werden, und wir erwarten dazu, dass zunächst die weiteren Beratungen der Kultusministerkonferenz abgewartet werden, um zu schauen, wie diese Ausbildungsgänge in den anderen Bundesländern reformiert werden. Dann können wir sehen, was wir davon auf Bremen übertragen können, und wir müssen das kompatibel machen mit den tatsächlichen Bedarfen in unseren Kindertageseinrichtungen.

(Glocke)

Ist meine Zeit schon wieder herum?

Präsident Weber: Oh, ja, sehr! Sehr, Herr Kollege!

(Heiterkeit)

Abg. **Grotheer** (SPD): Zu dem Antrag kann ich nur sagen, wir entnehmen der Antwort des Senats, dass es zahlreiche Weiterbildungsangebote gibt, wir entnehmen der Mitteilung des Senats auch, dass es Be-

- (A) schlüsse der Kultusministerkonferenz gibt, die Bachelor-Studiengänge für Elementarpädagogen auszubauen.

Mit beiden Forderungen rennen die Grünen offene Türen ein. Deshalb schlagen wir vor: Wir nehmen die Antwort des Senats zur Kenntnis. Den Antrag der Grünen müssen wir aus den dargelegten Gründen leider ablehnen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Vorbemerkung möchte ich doch machen. Auch wenn Wahlkampf ist, das finde ich verständlich, muss man die Welt nicht immer schlechter reden, als sie ist. Die Äußerung, miserable äußere Umstände, unter denen Kinderbetreuung hier stattfindet, wird der Situation in Bremen nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich glaube, verbesserungsfähig ist vieles, aber man muss auch in der Begriffswahl so bleiben, dass man die Welt nicht schlechter redet, als sie ist.

Ich will zu der Debatte einige wenige Ausführungen machen. Unbestritten ist, dass die Ausbildung der Erzieherinnen zu modernisieren und auch zu verbessern ist, weil die Anforderungen an die Erziehungsarbeit deutlich gestiegen sind und weil es in der Tat so ist, dass Bildung von Anfang an stattfindet und dementsprechend auch Kitas Bildungseinrichtungen sind. Das setzt natürlich voraus, dass die Erzieherinnen und Erzieher auch in der Lage sind, dies von ihren Qualifikationen her zu gewährleisten. Das ist völlig unbestritten, deswegen machen wir ja auch viele Anstrengungen in dem Bereich. Herr Grotheer hat ausgeführt, dass wir zurzeit die Erzieherinnenausbildung überarbeiten und wir in der Tat anstreben, bundesweit einheitliche Curricula für die verschiedenen Stufen zu schaffen.

Strittig in dem Bereich ist die Frage, wie mit den Praxisanteilen in der Erziehung umgegangen wird. Ich glaube, Herr Grotheer hat es schon angesprochen, dass hier eine finanzpolitische Motivation war, dies so anzugehen. Inzwischen hat sich in dem Diskussionsprozess herausgestellt, dass man finanzpolitisch, egal, welche Variante man am Ende wählt, nicht großartig Geld sparen können. Selbst wenn man die Praxisanteile, wie es im Moment noch angedacht wird, stärker in die Schulausbildung integriert, bedeutet das natürlich, dass man auch die Einrichtungen, in denen diese Praxisanteile stattfinden, so ausstatten muss, dass sie diese Anforderungen, die dann an die

Praktiker gestellt werden, auch erfüllen können. Sprich, man muss auch entsprechend Stunden für die Betreuung der Praktikanten dann zur Verfügung stellen, ansonsten sind die Praktika relativ wirkungslos, und das wollen wir alle nicht.

Insofern besteht hier sicherlich für die nächste Legislaturperiode auch Bedarf, das endgültig zu klären, wobei wir als Ressort deutlich dafür plädieren, dass man versucht, das bundesweit in einer einheitlichen Richtung hinzubekommen, damit wir nicht eine unnötige Zersplitterung der verschiedenen Bereiche haben.

Bei dem zweiten Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte, und auch da möchte ich betonen, dass erhebliche Anstrengungen in den letzten Jahren unternommen wurden, die auch in den Einrichtungen sehr positiv aufgenommen worden sind, handelt es sich um den Bereich der Weiterbildung. Es sind verschiedenste Bereiche aufgeführt, in denen konkrete Weiterbildung stattfindet, besonders zu nennen ist aber das Programm proKiTa,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn es bei einigen nicht auf sehr viel Gegenliebe stößt. Es ist aber damit gelungen, dass Weiterbildung ermöglicht wird, und zwar umfassende Weiterbildung, und gleichzeitig damit Ausfälle in den Kitas ersetzt werden durch entsprechend andere Kräfte, damit eben Weiterbildung nicht zulasten des laufenden Betriebs geht, sondern Weiterbildung stattfindet und trotzdem der Betrieb gut weiterlaufen kann.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin 400 Erzieherinnen und Erzieher haben das inzwischen wahrgenommen. Es ist sehr positiv in den Einrichtungen aufgenommen worden, denn damit wurde eine Möglichkeit geschaffen, die es lange nicht gegeben hat. Ich finde, das muss man positiv würdigen und nicht immer nur sagen, es gibt noch mehr zu tun. Das stimmt, aber wie gesagt, das Gewesene sollte man nicht schlechtreden.

Schließlich bin ich hochofret, das ist meine dritte Bemerkung, und damit will ich schließen: Alle haben die Bekenntnisse, dass die Erzieherinnenausbildung rasch verbessert werden muss. Es waren hier auch noch weitere Forderungen genannt worden. Ich blicke dem hoffnungsvoll entgegen, dass dies dann auch in den nächsten Haushaltsberatungen entsprechend positiv zu Buche schlagen wird, dass wir dies alles erfüllen können.

Es geht nicht nur – das wurde in Bezug auf die Bundesebene schon gesagt – um die Bekenntnisse, dass das alles wichtig ist, sondern es geht auch am Ende um die haushaltspolitische Untermauerung, weil da danach festgezurr wird, was wirklich möglich ist. Ich denke, man wird da zu einer vernünftigen Abwägung

(C)

(D)

(A) kommen, und ich bin durch diese Debatte sehr zuversichtlich geworden. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/684 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(B) Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Konzept zur Verstetigung des Girls' Day – Mädchen-Zukunftstages

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007
(Drucksache 16/1298)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen. Oder war eine andere Reihenfolge vereinbart? Frau Wandler, wollten Sie zuerst?

(Abg. F o c k e [CDU]: Ich würde das auf morgen vertagen, morgen ist doch Girls' Day!)

Frau Böschen, Sie haben als Erste das Wort. – Bitte!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Weil es einen Antrag der Grünen dazu gab, war ich jetzt ganz verunsichert. Vielen Dank!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vom Senat vorgelegten Maßnahmen zur Verstetigung des

Girls' Day sind aus meiner Sicht gut geeignet, um hier tatsächlich den Erfolg zu sichern und ihn auch auszubauen und zu steigern, wenn dann auch sichergestellt wird, dass zukünftig die Vor- und Nachbereitung in den Schulen im Rahmen der Berufsorientierung verbessert wird und es wirklich zu einer systematischen Implementierung dessen kommt. Zurzeit, so ist zumindest unser Kenntnisstand, hängt es doch immer noch sehr von Personen ab, ob dies geschieht oder ob es eben, wie leider auch in häufigeren Fällen, nicht geschieht.

Ich habe mich sehr gefreut, dass das Bündnis für Arbeit und Ausbildung der Meinung ist, dass hier Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, und das sowohl mit Sach- als auch Personalmitteln tut. Auch die Empfehlung, die Aktivität in die Vereinbarung des regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs aufzunehmen, halten wir für richtig.

(Beifall bei der SPD)

Dies alles wird sicherlich zu einer weiteren Zunahme der teilnehmenden Mädchen, aber auch der Betriebe führen, obwohl ich auch noch einmal ganz deutlich sagen möchte, dass wir hier in Bremen wirklich Spitzenreiter sind. Wir sind Spitze, was die Teilnahme am Girls' Day angeht, und das bundesweit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Erfolg ist aber sicherlich darauf zurückzuführen, dass der Girls' Day eben ein spezieller Zukunftstag für Mädchen ist und nicht einmündet, wie das in anderen Bundesländern und auch leider in einigen Bremer Schulen bereits geschieht, wie mir zu Ohren gekommen ist, in einen sogenannten Kids' Day oder allgemeinen Berufsorientierungstag für Jugendliche. Das ist nicht das Ziel, das wir verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind froh, dass der Girls' Day dazu geführt hat, dass sich die Zahl der Bewerbungen von Mädchen auf Praktikumsstellen in diesen Berufen, die ihnen vorgestellt werden, erhöht hat und dass auch die Anzahl der Mädchen in den entsprechenden Ausbildungsberufen zugenommen hat.

Selbstverständlich liegen uns die Jungen am Herzen und sollen nicht vergessen werden. Wir alle wissen, dass die Jungen zurzeit die Verlierer in unserem Bildungssystem sind. Waren es früher katholische Mädchen vom Lande, so ist es heute der islamische Junge in der Großstadt, der in unserem Bildungssystem die wenigsten Chancen hat. Bessere Schulabschlüsse, wie sie die Mädchen haben, führen aber leider nicht

(C)

(D)

- (A) dazu, dass sie auch bessere, noch nicht einmal gleiche Chancen in der Berufswelt haben. Die Mädchen haben Vorteile in der Schule und Nachteile in der Berufswelt, bei den Jungen ist es genau umgekehrt.

Immer noch ist es so, dass die Sozialisation, Bildung und Erziehung es fördern, dass nach geschlechtsspezifischen Kriterien die Berufsauswahl stattfindet. Deshalb erwarten wir von der Schule, dass sie den wichtigen Einstieg in die Identitätsarbeit, den Jungen und Mädchen während der Schulzeit leisten, produktiv aufgreift. Es reicht eben nicht, die Jungen jetzt auch am Girls' Day in die Betriebe zu schicken. Eine wesentliche Voraussetzung, dass sich hier etwas verändert, ist zum Beispiel die Selbstreflexion der Lehrkräfte.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen ihre eigene Geschlechterrolle, sie müssen sich ihres Verhaltens und ihrer Vorurteile bewusst werden, um den vorhandenen Teufelskreis zu durchbrechen, denn leider wird auch heute immer noch ein Mädchen dafür gelobt, dass es brav und fleißig ist, während ein Junge Anerkennung dafür bekommt, dass er aufsässig ist oder genial, und mit der Genialität, wissen wir ja, ist es nicht immer so weit her.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Der nächste Schritt ist aber, dass auch Inhalte, Methoden, Interaktion, kurz das Schulprogramm, daraufhin untersucht werden müssen, ob Geschlechterstereotype verstärkt oder ob sie vielleicht abgebaut werden. Ich bin sehr froh, dass der Senator für Bildung ein Konzept für Jungen entwickeln lässt, das sich der besonderen Belange der Jungen annimmt und hier versucht, für ihre Berufs- und Lebensplanung entsprechende Maßnahmen zu entwickeln.

Ich bin sicher, dass berücksichtigt wird, dass viele dieser Jungen Defizite im sozialen Bereich haben, speziell die aus sozial benachteiligten Familien. Diese Jungen haben oft ihre Misserfolgskarrieren bereits im Kindergarten begonnen, sie fallen als aggressive Problemfälle auf, und auch in der Schule gelingt es dann nicht, sie durch Erfolgserlebnisse beim Lernen zu stärken, sodass sie ihre Selbstbestätigung nur in körperlicher Überlegenheit oder einem Machoverhalten finden.

Die Schule muss aus meiner Sicht Raum auch für Ängste und Schwächen der Jungen schaffen. Es müssen alternative Wege zum Mannsein angeboten werden, als sie bisher von den Jungen wahrgenommen werden, und es muss ermöglicht werden, dass auch diese Jungen Spaß am Lernen erleben, indem sie nämlich erfolgreich lernen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

- Präsident Weber:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Windler. (C)

Abg. Frau **Windler** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Warum ist es so wichtig, einen Mädchen-Zukunftstag zu haben? Ich könnte meine Rede eigentlich schnell beenden, indem ich sage, solange Frauen immer noch weniger verdienen als Männer, ist es wichtig, die Frauen dahingehend zu fördern und einen Mädchen-Zukunftstag zu haben.

Junge Mädchen sollen sich schon sehr früh mit der Arbeitswelt auseinandersetzen. Geld verdient man überwiegend in sogenannten Männerberufen. Ich sage hier ganz bewusst sogenannte Männerberufe, denn Dank der Technisierung unserer Gesellschaft ist männliche Körperkraft in vielen Fällen nicht mehr notwendig. Mädchen sind in der schulischen Ausbildung immer besser als die Jungen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Frauen immer noch die sozialen Berufe oder Bürotätigkeiten in ihren Fokus nehmen. Mädchen sollten deshalb schon sehr früh auch in Berufe, die nicht weiblich dominiert besetzt sind, schauen.

Der Girls' Day besteht in Bremen seit fünf Jahren, und wir sind sehr stolz darauf, weil dieser Girls' Day einiges auch schon bewegt hat. Inzwischen wird der Girls' Day so gut angenommen, dass die Mädchen es schon etwas schwerer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Ich habe gehört, dass Mädchen bei besonders beliebten Unternehmen schon Anmeldungen zum nächsten Girls' Day getätigt haben. Ich finde, das ist doch schon etwas sehr Erfreuliches, (D)

(Beifall bei der SPD)

dass da also die Resonanz so groß ist, dass die Mädchen sich jetzt schon Gedanken für nächstes Jahr machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wichtig ist es auch, dass die Mädchen diesen Tag für sich behalten und er nicht von den Jungen dominiert wird. Die Bundesregierung hat ein neues Programm extra für Jungen aufgelegt, es heißt „Neue Wege für Jungs“. Dieses Programm soll Jungen in frauendominierte Berufe schauen lassen und sie von dem überholten Bild abbringen, dass sie später allein ihre Familie ernähren müssen. Erfreulich ist es, dass auch dieser Tag für die Jungen ausgesprochen gut angenommen wird, aber es muss ja nicht unbedingt der Girls' Day sein.

Wir müssen den Frauen Mut machen, andere Berufsbilder anzunehmen als nur die gängigen zehn von 346 anerkannten Ausbildungsberufen. Ich möchte Ihnen nur einmal die Top 5 bei der Berufswahl der

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Mädchen aufzeigen. Das sind zum Beispiel die Kauf-
frau im Einzelhandel, die Bürokauffrau, die medizi-
nische Fachangestellte, die Verkäuferin und die Fri-
seurin. Bei den Jungen sieht es ganz anders aus. Da
dominieren der Kraftfahrzeugmechaniker, der Kauf-
mann im Einzelhandel, der Koch, der Industrieme-
chaniker und der Anlagenmechaniker für Sanitär,
Heizungs- und Klimatechnik.

Wenn Sie sich diese Berufe einmal anschauen, so
könnten diese Berufe auch in der Auswahl von Mäd-
chen und Jungen ausgetauscht werden. Der Girls' Day
ist überflüssig, wenn wir nicht mehr von typischen
Männer- und von typischen Frauenberufen sprechen.

Frau Böschen hat eben schon die schulische Nach-
bereitung angesprochen. Auch die CDU-Fraktion ist
der Meinung, dass hier ein Konzept greifen muss. Die
Erziehung muss hier greifen, eine geschlechtsneu-
trale Sicht der Ausbildungsberufe aufzuzeigen. – Ich
danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der
Abgeordnete Crueger.

(B) Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Prä-
sident, meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht schaut
auch jemand von zu Hause zu. Hier ist ja leider ge-
rade nicht mehr so viel Aufmerksamkeit. Dennoch,
glaube ich, haben wir es hier mit einem sehr wichti-
gen Thema zu tun.

(Heiterkeit)

Ich kann jetzt noch eine halbe Minute warten, ich habe
fünf davon!

Wir haben es hier mit einem sehr wichtigen The-
ma zu tun, und zwar kann ich mich zum einen dem
anschließen, was von meinen beiden Vorrednerinnen
gesagt wurde, das ist ja auch nicht bei jeder politi-
schen Angelegenheit von Bedeutung, sodass sich
eigentlich fast alle Fraktionen einig sind. Ich möch-
te an der Stelle auch noch einmal das Bemühen von
Ulrike Hauffe würdigen.

(Beifall)

Hier versuchen die Politik und die Landesbeauf-
tragte gemeinsam, die Öffentlichkeit zum Jagen zu
tragen, und es gibt hier zwar Fortschritte, bei der
Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich mich
durch den Blätterwald der Zeitungsberichterstattung
gewühlt, aber ich erkenne da auch schon wieder so
etwas wie ein Rollback. Ich möchte aber erst einmal

*) Vom Redner nicht überprüft.

etwas ganz Grundsätzliches sagen. Wir finden es
natürlich richtig, dass es neben dem Girls' Day auch
einen Boys' Day geben soll. Das war ein Antrag der
grünen Fraktion aus dem letzten Jahr. Das will ich
hier ganz deutlich sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ein Problem, dass nur 1,79 Prozent der päd-
agogischen Arbeit in Kindergärten von Männern ge-
macht wird. Auch wenn das viel damit zu tun hat, wie
da die Bezahlung ist, und auch wenn das für andere
soziale Berufe ähnlich aussieht, hat es auch etwas da-
mit zu tun, dass sich die Jungen eben genauso we-
nig in der Arbeitswelt sozialer Berufe auskennen, wie
das vor Jahren zumindest noch bei Mädchen und
technischen Berufen war.

Ich glaube, die Aufgabe, die wir hier haben, ist un-
bestritten. Ich denke aber, wenn wir uns dann einmal
anschauen, ganz aktuell aus dem „Sonntagsjournal
Bremerhaven“, ich zitiere mit Erlaubnis des Senats,
Ausgabe vom 22.4.2007, „Vom Hip-Hop bis zur Se-
xualberatung“ ist die Überschrift – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Es heißt: Ich zitiere mit Erlaub-
nis des Präsidenten und nicht des Senats!

(D) Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich
des Senats gesagt?

Präsident Weber: Ja!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann
meinte ich aber Sie, Herr Präsident! Mein Versehen,
ich war so in Rage. Ich zitiere mit Erlaubnis des Prä-
sidenten, des Staatsoberhauptes unseres Bundeslan-
des:

(Heiterkeit und Beifall)

„Vom Hip-Hop bis zur Sexualberatung“.

(Heiterkeit – Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich komme hier nicht mehr zu Ende, merke ich. Ich
habe doch nur fünf Minuten! Jetzt möchte ich um
etwas Aufmerksamkeit bitten, sonst schaffe ich das
nicht!

„Jungenaktionstag im Lehe-Treff als Parallelver-
anstaltung zum Girls' Day“. Ich finde es sehr rich-
tig, dass man sich darum sorgt, dass Jungen und auch
Mädchen vernünftige Aufklärung bekommen und da
Pro Familia als Träger auch nutzt. Das habe ich selbst
in meiner Schulzeit auch so erlebt, das ist eine schö-

(A) ne Sache. Aber so etwas ausgerechnet am Girls' Day zu machen, finde ich auch bedenkenswert.

Es geht da noch weiter, das Presseecho auf den Girls' Day im letzten Jahr, „Bremer Nachrichten“, „Weser-Kurier“ vom 28.4., ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Ganz im Zeichen der Emanzipation hatte die Polizei Bremen den Girls' Day zum Kids' Day umfunktioniert und auch Jungen eingeladen.“ Ich weiß nicht, was das mit Emanzipation zu tun haben soll.

„Norddeutsche“ vom 28.4.2006, ich zitiere mit Erlaubnis: „Inzwischen ist auf dieser Grundlage des Girls' Day aber eine kunterbunte Mischung geworden. Mädchen schnuppern auch in andere Branchen hinein, die sie eben interessieren. Jungen sind bei Betriebsbesichtigungen dabei, Mädchen bleiben in den Schulen. Beide Geschlechter tummeln sich am Arbeitsplatz der Eltern.“

Ein weiteres Zitat, gleiche Ausgabe „Norddeutsche“: „Bei den Stahlwerken läge der Schwerpunkt des Aktionstages inzwischen aber vor allem auf dem Wort ‚Zukunftstag‘. Das wird ergänzt mit den Worten ‚für die Jugend‘.“

Ein Letztes, um noch eines oben darauf zu setzen! Der Schulleiter eines Schulzentrums aus Vegesack wird hier zitiert: „Überhaupt stelle man die Frage in den Raum, ob man nicht einen Boys' und Girls' Day nebenher laufen lassen könne, das hielte ich für einen modernen Weg“, so das Zitat.

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie das einmal auf sich wirken, was hier als öffentliche gedruckte Meinung zum Girls' Day steht! Die Bekundungen hier habe ich verstanden. Alle Fraktionen finden, dass man den Girls' Day in seiner Eigenständigkeit bewahren muss, weil sonst die Idee kaputt geht,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass ein Boys' Day eine wichtige Sache ist, aber dass es eben darum geht, die Eigenständigkeit zu bewahren. Ich glaube, wenn wir es nicht schaffen, bei dem, was an öffentlicher Meinung dazu in der Praxis Jahr für Jahr – morgen ist es ja wieder soweit – passiert, und dem, was dann an Vor- und Nachberichterstattung auf die Öffentlichkeit einwirkt, unsere Position deutlich zu machen und zu erklären, warum ein Girls' Day eine Sache ist, die für sich stehen muss, dann machen wir wieder einen Schritt zurück, dann verlieren wir wieder Boden, den wir an der Stelle längst gutgemacht haben.

Das war damals keine einfache Debatte, und wehret den Anfängen! Wir müssen scheinbar die Stellung an der Stelle halten, weil es vor dem Hintergrund von schlechter Jungenarbeit zugegeben eben im Moment diese Irrläufer gibt. Ich würde mir wünschen, dass wir uns das alle zu Herzen nehmen. Morgen ist Girls'

Day. Ich hoffe, er wird ein Erfolg, und vielleicht ist danach die öffentliche Meinung ein bisschen eine andere, und spätestens im nächsten Jahr würde ich mir wünschen, dass wir Boys' Day und Girls' Day so auseinandergehalten haben, dass überhaupt keine Vermengungen mehr passieren können. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden über den Mädchenzukunftstag, und hier stehen die Mädchen im Fokus, und die Jungen stehen dann einmal an zweiter Stelle. Das ist auch grundsätzlich richtig.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss es aber schon mit einer Einschränkung machen, weil auch ich denke, dass wir Jungen auch Mut machen, typische Frauenberufe zu ergreifen,

(Beifall bei der SPD)

die nicht im Trend liegen, die nicht im Gesellschaftsbild eines jungen Mannes liegen. Wir haben einen, und das wissen Sie auch natürlich alle, furchtbaren Mangel im Kindergarten- und im Grundschulbereich. Es gibt ganz viele Kinder im Elementar- und auch im Grundschulbereich, die freuen sich, wenn sie auf dem Schulhof oder im Schulgebäude einmal einen Mann sehen, einen Studenten. Von den meistens 20 Kolleginnen und Kollegen ist dann ein Mann dabei, und wenn sie den sehen, dann fassen sie den schon fast an und sagen, wie ist das eigentlich, wenn man einmal einen Kerl anfasst.

(Heiterkeit)

Das ist ein Originalzitat einer Schulleiterin von der Stader Straße im August 1999, mein erster Schulbesuch an einer Bremer Schule! Da fragte ich: Was ist denn das da unten? Ein Knäuel von Kindern um einen jungen Mann! Da sagte die Schulleiterin zu mir: Herr Lemke, das ist der einzige Lehrer, den wir an der Schule haben, und hier gibt es ganz viele Patchwork-Familien im Viertel, da gibt es ganz viele alleinerziehende Mütter, und da gibt es nichts, dass die Kinder das einmal sehen.

Das ist eine Erfahrung, die jeder, der ein bisschen Ahnung von dem Thema hat, auch bestätigen kann. Das heißt, ich würde mir als Bildungssenator und als Mitglied der Landesregierung ausgesprochen wünschen, dass wir Jungen motivieren würden, auch in den Kindergärten zu arbeiten, in den Kliniken, im Al-

(C)

(D)

(A) tenpflegeheim. Wenn wir dort mehr Jungen dazu brächten, wäre das gut.

Aber darüber reden wir im Augenblick nur im zweiten Teil. Ich finde, wir können absolut zufrieden sein mit der Entwicklung des Mädchenezukunftstages in unserem Land, ich schließe mich da meinem Vorredner an. Das, was Ulrike Hauffe mit ihren Mitarbeiterinnen in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat, ist ausgesprochen positiv und wird in anderen Bundesländern übrigens als sehr positiv bewertet. Hier sind wir Trendsetter, wenn ich das so sagen darf.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich glaube natürlich, dass das nur ein kleiner Mo-
saikstein sein kann, weil wir uns nicht ernsthaft ein-
zubilden brauchen, dass wir gegen die großen Me-
dien, die ganzen Jungen- und Mädchenzeitschriften,
gegen Trend-Fernsehsendungen und die ganzen Se-
rien, die die Kinder sehen, ernsthaft ankommen kön-
nen. Aber wir haben eine pädagogische Verantwor-
tung, und dieser Verantwortung kommen wir hier
nach bei den Mädchen, die meistens bis weit ins Stu-
dium den Jungen überlegen sind, doch irgendwann
kommt dann der Bruch, manchmal kommt er in der
gymnasialen Oberstufe, wenn die Naturwissenschaft-
ten nicht mehr so angewählt werden.

(B) Das ist bitter, weil die Voraussetzungen unserer
jungen, starken Mädchen vorzüglich sind. Aber weil
das eben eine Jugendomäne ist, geht normalerweise
ein Mädchen nicht in den Physik- oder Chemie- oder
Mathematikleistungskurs, was ich mir – und ich weiß,
dass das Haus das genauso sieht – wünschen wür-
de, dass mehr dieser hochqualifizierten Mädchen ihre
Chance beim Schopfe packen und sagen, jawohl, ich
fühle mich dafür stark, und ich habe auch eine wis-
senschaftliche Karriere im Sinn, im Fokus, und nicht
irgendetwas, bei dem ich sage, ich gehe jetzt einmal
den ganz leichten Weg, ich mache Sprachen oder Bio-
logie vielleicht gerade noch.

Das ist der falsche Weg, und deshalb glaube ich,
dass je früher wir die Kinder erreichen, die Mädchen
erreichen, um sich eben nicht geschlechterspezifisch
zu orientieren, sondern zu sagen, ich bin stark, ich
weiß, dass ich stark bin, und mich interessiert nicht,
wie der Trend gerade läuft, und ich lasse mich auch
nicht von irgendwelchen Klum-Shows motivieren, in
irgendeinen Beruf hineinzugehen, sondern ich bin
stark, ich weiß, was ich kann, und meine Lehrer un-
terstützen mich dabei, meine Berufswahl nicht so zu
orientieren, wie gerade der gesellschaftliche Trend
ist, der richtige Weg ist.

Ich glaube, wir sind auf einem absolut richtigen
Weg. Wenn aber die eine oder andere Schule auch
für Jungen sich einsetzt, um diesen Mut zu machen,
einen Beruf zu suchen, der normalerweise von Mäd-

chen angewählt wird, finde ich das nicht schädlich,
und ich lasse den Schulen durchaus die Möglichkeit,
das auch so umzusetzen. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, wei-
tere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mittei-
lung des Senats, Drucksache 16/1298, Kenntnis.

Offshore Windenergie – Chance für Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 14. Februar 2007
(Drucksache 16/1309)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. April 2007

(Drucksache 16/1385)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Neu-
meyer.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 29 un-
serer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglich-
keit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bür-
gerschaft mündlich zu wiederholen.

(D)

Meine Damen und Herren, Herr Senator, ich gehe
davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass
wir gleich in die Debatte eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete
Frau Tuczek.

Abg. Frau **Tuczek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr
geehrten Damen und Herren! Wir haben diese Gro-
ße Anfrage nicht eingebracht, um den Senat zu be-
jubeln, obwohl er das allemal verdient hätte, sondern
weil wir von dieser Stelle noch einmal deutlich ma-
chen wollen, welche Chancen und Perspektiven mit
dem Bereich Windenergie für das Land Bremen und
insbesondere für Bremerhaven mit dem Bereich Off-
shore verbunden sind.

Der Senat hat sehr schlüssig dargelegt, dass die im
Frühjahr 2003 hier im Parlament diskutierte Konzep-
tion aufgegangen ist. Ausschlaggebend waren die
durchgeführten Infrastrukturmaßnahmen, die die
Grundlagen bilden, um Firmen im Offshore-Bereich
nach Bremerhaven zu holen. Aber nur so einfach ho-
len, geht natürlich nicht, da müssen die Rahmenbe-
dingungen stimmen.

Hier ist konsequent auf den Standortvorteil Bre-
merhavens gesetzt worden, nämlich die Lage am see-

- (A) schifftiefen Wasser. Die großen Fünfmegawattanlagen können nur an der Küste gebaut werden, weil sie kaum noch über die Straßen transportiert werden können. Aus der Antwort wird deutlich, wie zielgerichtet gerade der Offshore-Bereich, der enorm wichtig für Bremerhaven ist, aufgebaut worden ist. Bremerhaven ist bereits jetzt der Kompetenzstandort für den Bereich der Offshore-Windenergie, was inzwischen weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus anerkannt ist, und das soll auch so bleiben, meine Damen und Herren.

Bereits im Jahre 2002 wurde die Windagentur WAP gegründet, die mittlerweile das größte Unternehmensnetzwerk im Bereich der Offshore-Windenergie darstellt. Die WAP ist im Februar als Mitglied in die Initiative Kompetenznetze Deutschland aufgenommen worden. Diese Möglichkeit, sich mit ihrem Leistungsprofil national und international darzustellen, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Insofern ist es richtig und konsequent, die WAP auch über das Jahr 2008 hinaus zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Wichtig war und ist die Ausweisung von Teststandorten, wie wir heute auch aus der „Nordseezeitung“ sehen können, und die wissenschaftliche Begleitung. Gerade bei neuen Technologien wie die Offshore-Windenergie spielt die Forschung eine wesentliche Rolle. Anders als bei Onshore-Anlagen muss die Technik weitaus ausgefeilter und sicherer sein, weil man Anlagen, die in der Deutschen Bucht stehen, natürlich nicht täglich reparieren oder warten kann. Dafür ist die Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie an der Hochschule Bremerhaven gegründet worden. Auch hier wird eine Fortsetzung der Tätigkeit angestrebt.

In diesem Zusammenhang ist natürlich die Hochschule Bremerhaven mit ihren meeresbezogenen Studiengängen zu nennen. Auch die frühzeitige Ausweisung und Herrichtung entsprechender Gewerbeflächen im südlichen Fischereihafen Luneort war wichtig für die Ansiedlung von Firmen. Das soll und muss auch so weitergehen.

Mit der Offshore-Windenergie stehen wir noch am Anfang. Erst kürzlich ist ein weiterer Windpark in der Nordsee genehmigt worden, nordwestlich der Insel Borkum. Wir brauchen zusätzliche Flächen, eine zentrale Erschließungsachse, einschließlich Ver- und Entsorgungseinrichtungen, sowie eine zentrale Umschlagseinrichtung am Süden des Labradorhafens zum Verladen der Anlagen, und wir brauchen auch weiterhin die notwendigen Fördermittel für die Firmen.

Das alles hat Geld gekostet und wird auch weiterhin Geld kosten, aber ich denke, das Geld ist gut angelegt. Wir haben bereits jetzt dort hochkarätige Fir-

men angesiedelt wie Multibrid, Weserwind, REpower, WindGuard oder gar CWMT, Center für Windenergie und Meerestechnik. Dass sich das Fraunhofer Institut im Rahmen dieser Projektgruppe in Bremerhaven engagiert, ist öffentlich kaum zur Kenntnis genommen worden, was schon sehr verwunderlich ist. Wenn es wirklich gelingt, die Etablierung dieses Instituts als Fraunhofer Institut hinzubekommen, dann wird der Standort Bremerhaven noch weiter aufgewertet. Das wäre schon toll und sollte dann auch so wahrgenommen werden.

In Bremerhaven ist der Aufbau von Produktionsstätten für 200 Fünfmegawattanlagen jährlich geplant. Die vorher genannten Unternehmen werden dort über 100 Millionen Euro in Anlagen investieren bei einem Investitionszuschuss von 17 Prozent und Arbeitsplätze in einer Größenordnung von 700 bis 820 Arbeitsplätzen schaffen. Diese Rechnung, meine Damen und Herren, geht auf, und das ist so wichtig für Bremerhaven, und dazu kommen noch die wissenschaftlichen Arbeitsplätze. Das sind alles qualifizierte Arbeitsplätze, und der Bedarf ist steigend. Wir haben in den letzten Jahren auch im Rahmen der Qualifizierung eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, und dieser Weg muss zielstrebig weiter beschritten werden, weil nicht nur im wissenschaftlichen Bereich Leute gebraucht werden, sondern auch Facharbeiter sowohl in der Produktion als auch in der Wartung der Anlagen.

In fünf Minuten hat man leider kaum Zeit, all das herauszuheben, was dort aufgeführt ist, was wichtig ist und was wir als CDU ausnahmslos unterstreichen können. Herausheben möchte ich die Entwicklung des Windenergieclusters, die systematische Förderstrategie des Landes von der Entwicklung bis zur Marktreife eines Produktes bis hin zur Produktion. Hier haben alle mitgemacht und zusammengearbeitet, die wissenschaftlichen Einrichtungen im Lande Bremen, die Wirtschaft, aber auch das Parlament, die die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt haben.

Der Erfolg, das wissen wir, hat immer viele Väter, besonders möchte ich den Präsidenten der Deutschen Stiftung zur Förderung der Offshore-Windenergie, Jens Eckhoff, erwähnen, der das Thema Offshore-Windenergie als Fraktionsvorsitzender zu seinem Thema gemacht und wesentlich dazu beigetragen hat, dass die notwendigen Entscheidungen seinerzeit getroffen worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Alles in allem weisen die verschiedenen Studien insbesondere durch das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz auf einen erheblichen Investitionsschub im Bereich der Offshore-Windenergie hin mit einem erwarteten Beschäftigungseffekt von 2000 bis 3000 Arbeitnehmern im Lande Bremen. Der Bereich Offshore-Windenergie ist wichtig für den Strukturwandel in Bremerhaven und kommt den Menschen zu-

(C)

(D)

(A) gute, die dort sichere Arbeitsplätze finden. Die CDU wird den eingeschlagenen Weg weiterhin konsequent fördern und unterstützen, und ich hoffe, dass ich das auch weiterhin hier aus diesem Haus heraus begleiten kann. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Marken.

Abg. Frau **Marken** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss auch mit einem Lob beginnen, das geht auch nicht anders, denn die Beantwortung der Großen Anfrage zum Thema „Offshore Windenergie, Chance für Bremerhaven“ ist rundherum gut gelungen. Eine Information, umfassend zu einem Thema, und diese Information sollte man tunlichst aufbewahren! Deswegen kann ich mich auch bei denjenigen, die dafür verantwortlich waren, ganz herzlich bedanken.

Da fünf Minuten Redezeit nicht ausreichen, um auf alle Aspekte dieser Mitteilung des Senats einzugehen, möchte ich mich auf einige wenige Bemerkungen beschränken. In Bremerhaven kann man einen Blick in die Zukunft der Energieerzeugung werfen. Die Stadt ist bereits heute der Standort der Offshore-Windenergie. Bis 2030 sollen Windräder mit einer Gesamtleistung von 25 000 Megawatt in Nord- und Ostsee stehen, genug, um 15 Prozent des heutigen Strombedarfs in Deutschland zu decken. Zusammen mit den Anlagen an Land könnte die Windenergie sogar ein Viertel des benötigten Stroms liefern.

(B) Warum ist nun gerade Bremerhaven so ein hervorragender Standort für die Offshore-Windenergie? Ein Argument ist, dass Offshore-Anlagen an Land gründlich getestet werden müssen und möglichst in Seennähe, das ist eine wesentliche Voraussetzung für ansiedlungswillige Unternehmen. Ich füge einmal ein: Insofern trifft es sich gut, dass weitsichtige Politikerinnen und Politiker die Doppelschleuse erweitert haben. Wir hätten ein riesiges Problem, wenn diese Schleusen noch ihre alten Maße hätten, dann wäre die Ansiedlung dieser Unternehmen nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Im März dieses Jahres wurde die zweite Multibrid-anlage M 5000 vom Bundesumweltminister Gabriel offiziell in Betrieb genommen. Diese Anlage ist für das Windenergiefeld in Borkum-West vorgesehen. Durch den Bau an Land soll sowohl der Testbetrieb der Anlage als auch das Konzept für die Serienfertigung verfeinert werden. Für diese Serienfertigung errichtete die Firma Multibrid im Bremerhavener Fischereihafen eine 3500 Quadratmeter große Halle.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Dort beginnt jetzt die Montage der ersten 200 Tonnen schweren Gondeln für die M-5000-Anlage.

(C)

Bisher geht man von einer Kapazität von jährlich 50 Windenergieanlagen aus, die später durch Erweiterungen auf rund 150 gesteigert werden soll. Insgesamt kann man davon ausgehen, Frau Tuzek hat es erwähnt, dass in den kommenden Jahren bis zu 1000 neue Arbeitsplätze eingerichtet werden. Bei entsprechender Kapazitätserweiterung, bedingt durch steigende Nachfrage – das hoffen wir natürlich! –, kann eine noch nicht bezifferbare Anzahl von Arbeitsplätzen dazukommen. Für Bremerhaven eine ganz wichtige Entscheidung!

(Beifall bei der SPD)

Damit diese Arbeitsplätze besetzt werden können, sind Ausbildung und Qualifizierung notwendig. An der Hochschule Bremerhaven wird durch die Studiengänge Maritime Technologien sowie Prozess-Engineering und Energy-Technology 68 Absolventinnen und Absolventen die Möglichkeit entsprechender Abschlüsse gegeben. Darüber hinaus werden bis Ende 2007 über 500 Beschäftigte aus der Windenergiebranche in Windzentren qualifiziert und circa 200 Arbeitslose aus Bremerhaven, Bremen und dem Umland zu Windenergieservicetechnikern fortgebildet werden.

Doch nicht nur in der Produktion werden Arbeitsplätze geschaffen. Hochwertige Arbeitsplätze sind im neuen Bremerhavener Fraunhofer-Center für Windenergie und Meerestechnik und auch durch die Errichtung eines Windkanals der Deutschen WindGuard GmbH entstanden.

(D)

Das Gewerbegebiet Luneort ist insgesamt der zentrale Punkt für die Offshore-Windenergieindustrie. Die Flächen mit direktem Wasserzugang im Fischereihafen sind inzwischen weitestgehend vermarktet. Das hätte vor ein paar Jahren niemand vermutet. Deshalb ist die Errichtung einer zentralen Umschlagseinrichtung unerlässlich, Frau Tuzek erwähnte es. Zur Weiterentwicklung der Infrastruktur am Südende des Labradorhafens gibt es keine Alternative, und ich hoffe, dass die zurzeit laufenden Ansiedlungsverhandlungen mit der Firma REpower in den nächsten Wochen zu einem positiven Abschluss kommen. Das ist meine große Hoffnung.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Der Senat stellt fest, dass das Land Bremen seine bisherigen politischen und finanziellen Anstrengungen fortsetzen muss, um weiterhin eine wichtige Rolle als führende Innovationsmutterregion im Bereich Windenergie im Wettbewerb der Nordsee-Region um den auch zunehmend weltweiten Markt einnehmen zu können. Dem ist nichts hinzuzufügen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, so habe ich es hier von meinen Vorrednerinnen vernommen, dass wir hier bei dem Thema Offshore-Energie die gleiche Meinung vertreten und dass es eine große Chance für Bremerhaven ist, eine Chance für den Strukturwandel, den diese Stadt dringend braucht.

Diskrepanzen hat es immer in der Vergangenheit gegeben, weil es unterschiedliche Einschätzungen darüber gab, welchen Stellenwert die Windenergie hat. Für uns Grüne war es immer klar, dass die Windenergie eine Technologie der Zukunft ist und auch einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Inzwischen sind aber auch einige Gegner zu wirklich guten Befürwortern dieser Energieform geworden. Wer hätte denn vor 25 Jahren mit solch einem Erfolg gerechnet, als damals der Growian mit seinen 3 Megawatt nach nur 480 Betriebsstunden zur Fehlentwicklung erklärt wurde?

(B) Dass wir den Growian schon lange technisch überholt haben, dass wir heute Weltmeister bei der Windenergie sind, das verdanken wir kleineren Unternehmen aus der Öko-Szene. Sie haben an der Idee festgehalten und kleinere Windturbinen Schritt für Schritt fortentwickelt. Bei dieser Entwicklung ist ihnen oft der Gegenwind sehr eisig entgegengekommen. Oft hat man sie in die Ecke der Öko-Spinner gestellt. Doch die Entwicklung dieser Technologie ist wichtig und nötig, und für sie brauchen wir weiterhin die politische Unterstützung inhaltlich und auch finanziell.

Das wird inzwischen auch deutlich in Bremen auf der Energiemeile – darauf will ich jetzt als Bremerhavenerin nicht weiter eingehen –, auch in Bremerhaven wurde Erhebliches geleistet bei den Themen in den Jahren. Meine Vorrednerinnen haben darauf hingewiesen. Es ist aber nicht nur die Unterstützung auf der Landesebene, sondern es sind auch die nötigen Gesetze auf der Bundesebene. Hier war es insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, das zu einem starken Schub für diese Windkraftbranche geführt hat. Zurzeit wird gerade ein EEG-Erfahrungsbericht erarbeitet, auf dessen Basis das EEG weiterentwickelt werden soll.

Jetzt möchte ich ganz kurz darauf eingehen, warum gerade Bremerhaven sich als Standort für Windenergie und besonders den Schwerpunkt für Offshore anbietet und wo es Alleinstellungsmerkmale hat, denn wir dürfen nicht vergessen, dass sich auch Bremerhaven bei diesem Thema um die Standorte in einem Wettbewerb befindet. Schon 2002 wurde die Windenergieagentur Bremerhaven mit Sitz in Bremerhaven gegründet. 140 Mitgliedsunternehmen sind in-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

zwischen unter diesem Dach versammelt. Es ist erfreulich, dass der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr diese Institution auch über 2008 hinaus fördern will. Das hat meine Kollegin, Frau Tuczec, auch schon hervorgehoben.

Bremerhaven hat mit der Hochschule, dem AWI und dem in Gründung befindlichen Institut für marine Ressourcen, Imare, gute Voraussetzungen für den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Bremerhaven hat Standorte für Prototypen, „Offshore in Seenähe testen“ ist der Ausdruck dafür, Flächen für die Produktion, Bedingungen für die Verschiffung, den Export, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für diese neuen Berufsfelder. Neue Fertigungstechniken wurden eingerichtet, für neue Klebetechniken zum Beispiel. Ich denke, das sind gute Voraussetzungen, die diesen Standort auch hervorheben.

Meine Vorrednerinnen haben deutlich gemacht, was in den letzten Jahren alles passiert ist. Deshalb gehe ich nicht im Detail darauf ein. Ich möchte nur zwei Anmerkungen zum Schluss wiederholen: Ich finde es wichtig, wie es in der Senatsvorlage steht, dass man auch bei diesem Thema in Richtung Metropolregion weiterdenken will. Ich denke, das ist ein richtiger Ansatz.

Wie können wir, die küstennahen Regionen, bei diesem Thema auch zusammen weiterarbeiten, wo können wir Absprachen treffen – das finde ich sehr sinnvoll – und wie wird es weitergeführt werden? Das haben meine Kolleginnen auch schon gesagt, da wurde gesagt, dass politisch und finanziell an dem Ziel Offshore-Windenergie-Schwerpunkt in Bremerhaven festgehalten werden soll. Natürlich werden die Haushalte vom nächsten Parlament beschlossen werden. Ich denke aber, ich habe hier gehört, dass der Standort Bremerhaven diesen Schwerpunkt weiterhin behalten und diese Poleposition auch ausbauen soll. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Man soll ja nicht sagen, wir haben alles richtig gemacht. Ich glaube aber, dass man zu Recht sagen kann, dass wir im Land Bremen beim Thema Offshore-Windenergie in der Tat alles richtig gemacht haben.

Wir haben zum richtigen Zeitpunkt in die Infrastruktur investiert, wir haben zum richtigen Zeitpunkt versucht, Netzwerke auf den Weg zu bringen, die Kolleginnen haben es parteiübergreifend auch noch einmal genannt, mit der Windagentur Bremen, Bremerhaven mit über 140 nicht nur Mitgliedsunternehmen, sondern auch wissenschaftlichen Einrichtungen, In-

(C)

(D)

(A) stituten. Wir haben hier Forschung, Lehre, Wissenschaft ganz eng zusammengebunden mit der Anwendung in Bremerhaven, und nun haben wir den Erfolg. Windkraft ist am Standort Bremerhaven, insbesondere Offshore-Windenergie, ein Exportschlager. Bremerhaven ist beim Thema Offshore-Windenergie Nummer 1 in Deutschland, wenn nicht sogar in Europa.

Meine Damen und Herren, das sind Erfolgsmeldungen, die wir gern brauchen, die wir brauchen können für das Land Bremen, die wir insbesondere für Bremerhaven brauchen, auch für den gebeutelten Arbeitsmarkt in Bremerhaven. Wir haben heute einen Arbeitskräfte-, einen Fachkräftemangel für die Produktion von Windkraftanlagen in Bremerhaven.

Vor diesem Hintergrund sind die Firmen jetzt dabei, in überbetrieblichen Einrichtungen zusätzliche Qualifizierungen zu machen, damit wir Ingenieure interessieren können für diese hoch innovative Technik, auf dass wir aber auch Menschen aus dem Schiffbau, die die Grundfertigkeiten der Stahlfertigung haben, für die Herstellung von Windkraftanlagen, für Offshore-Windkraftanlagen interessieren und qualifizieren können. Damit leisten wir nicht nur etwas für die Umwelt, damit leisten wir nicht nur etwas für eine Spitzentechnologie, sondern wir helfen auch, Arbeitslosigkeit in Bremerhaven zu vermeiden.

(B) Wenn man sich anschaut, wie die Entwicklung ist, die Zahlen sind bereits genannt worden, wir haben im Land Bremen im Übrigen insgesamt in dem Bereich der Umweltwirtschaft über 9000 Beschäftigte. Über 9000 Beschäftigte, das sind mehr als in München, das sind mehr als in ganz Schleswig-Holstein, und davon kommt ein ganz großer Teil aus Bremerhaven aus dem Bereich der Herstellung von Windkraftanlagen, onshore und offshore.

Wenn man sich anschaut, wo die Perspektiven, die Zukunftswachstumsperspektiven, sind, muss man sagen, dass wir heute schon 850 Arbeitsplätze, die direkt mit der Herstellung von Windkraftanlagen verbunden sind, in Bremen und Bremerhaven festgestellt haben, mit Schwerpunkt in Bremerhaven. Wir werden absehbar in den nächsten Jahren 2000 weitere dazubekommen. Das heißt, wir haben hier eine gute Perspektive.

Gerade die Entscheidung und die Ansiedlungserfolge der letzten Wochen werden dazu beitragen, dass diese Zahl nicht nur eine Vision bleibt, sondern dass das Realität ist, ob das der Windkanal ist, ob es die Ansiedlung des Fraunhofer Instituts ist mit dem Rotorblatt-Kompetenzcenter oder ob es die Ansiedlung neuer Unternehmen ist. Es gibt überhaupt nur 3 Unternehmen, die zurzeit in Deutschland in der Lage sind, Windkraftanlagen in der Kampfklasse von 5 MW herzustellen. Das ist genau die Einrichtung, die wir brauchen, um Offshore-Windparks dann auch zu bestücken.

Ein Unternehmen ist bereits in Bremerhaven, das ist Multibrid. Die Multibrid-Anlage ist angesprochen worden, eine von beiden Referenzanlagen im Land. Das zweite Unternehmen ist Enacon. Enacon hat seinen zentralen Vertrieb weltweit im Land Bremen in der Energiemeile in der Stadt Bremen. Es ist aber im Land Bremen, das darf man auch erwähnen.

(C)

Das dritte Unternehmen ist kurz davor, seinen Weg auch nach Bremerhaven zu finden, mit immerhin – wenn es in der zweiten Ausbaustufe alles gut geht – bis zu 400 Arbeitsplätzen. Es zeichnet sich ab, dass wir hier auch auf der Zielgeraden sind.

Wir sind in der gesamten Wertschöpfungskette, ob das die Türme, die Flügel oder die Getriebe sind, all das kann an einem Standort, in Bremerhaven, generiert werden. Das gibt es nirgendwo in ganz Deutschland, auch nicht in ganz Europa in dieser Fertigungstiefe. Deswegen ist Bremerhaven heute wirklich der Leuchtturm für Offshore-Windenergie. Bremerhaven ist Weltmarktführer, was die Verkaufs- und Exportzahlen anbelangt, 70 Prozent der Anlagen gehen in den Export. Bremerhaven ist Innovationsführer, das sind eigentlich Führerschaften, die man gern mit Bremerhaven verbindet.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir wollen, dass das so bleibt, und ich bin mir nach der freundlichen, parteiübergreifenden Debatte hier im Parlament ganz sicher, das wird auch so bleiben. Frau Hoch, ich möchte Ihnen nur eine kleine Korrektur, weil Sie eben auch so freundlich waren, gern mit auf den Weg geben: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist keine Erfindung der rot-grünen Bundesregierung. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat kein anderer als der Umweltminister Klaus Töpfer auf den Weg gebracht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht für Sie und für zukünftige grüne Parteitage: Kein anderer als Bundesminister Trittin hat es schlechter gemacht. Ich erkläre Ihnen das auch, warum, denn die EEG-Förderquote mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ist in Deutschland explizit nur für kleine, mittelständische Unternehmen und nicht für die großen Energieversorger auf den Weg gebracht worden. Derjenige, der das ausgelöst hat, ist kein anderer als Herr Trittin. Insofern ist es ehrlich gesagt genau kontraproduktiv. Sagen Sie das einmal Ihren Kollegen auf dem Parteitag! Sollen sie es lieber so machen, wie es Herr Töpfer früher gemacht hat! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

- (A) Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/1309 auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2006

(Drucksache 16/980)

Wir verbinden hiermit:

Stellungnahme des Senats zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 22. August 2006
(Drucksache 16/1111)

s o w i e

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2006 (Drs. 16/980) und zur Stellungnahme des Senats vom 22. August 2006 (Drs. 16/1111)

vom 14. Februar 2007

(Drucksache 16/1310)

u n d

- (B) **29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2007**

(Drucksache 16/1362)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Mäurer.

Meine Damen und Herren, der 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2006 ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 60. Sitzung am 11. Mai 2006 und die Stellungnahme des Senats dazu vom 22. August 2006 in ihrer 65. Sitzung am 13. September 2006 an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Rechtsausschuss legt mit der Drucksachen-Nummer 16/1310 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist ein bisschen ungewöhnlich. Ich habe gedacht, es kommt erst ein Bericht, Herr Präsident, aber mir wurde gerade mitgeteilt, es gibt keinen Bericht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man einen kurzen Blick – Sie haben ihn jetzt vor sich liegen – auf den 28. Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten wirft, könnte man sagen, wir haben schon Schlimmeres gesehen. Wir hatten beispiels-

weise keine massenhaften Veröffentlichungen von intimen Daten oder ähnlich spektakuläre Fälle, aber die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten ist es nicht, erst dann einzuschreiten, wenn etwas passiert ist. Datenschutz wird hergestellt im Verfahren, und wir haben gesetzlich geregelt, dass der Datenschutzbeauftragte bei relevanten Umstrukturierungen oder bei der Neuregelung von persönlichen Daten von Anfang an einzubeziehen ist.

Das Erfolgskriterium für den Datenschutz in Bremen ist also nicht, dass es gelingt, möglichst viele Fälle von Datenklau und Datenmissbrauch aufzudecken, sondern dass durch frühe Einbeziehung so etwas von Anfang an vermieden wird. Das ist Aufgabe des Datenschutzbeauftragten, er macht seine Sache gut. Auch von unserer Seite, also vom Bündnis 90/Die Grünen, herzlichen Dank an Sie, Herr Holst!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass Datenschutz von Anfang an mitgedacht wird. Wir haben hier letztes Jahr in etwas anderer Zusammensetzung über die Situation für Menschen, die eine Befreiung bei den Rundfunkgebühren, den GEZ-Gebühren, haben wollten, diskutiert. Da war es ja so, dass die kompletten Originalbescheide teilweise mit seitenlangen Beschreibungen über privateste Dinge wie zum Beispiel familiäre Verhältnisse, Suchtprobleme, Überschuldung und so weiter an die GEZ geschickt werden mussten, teilweise über 30 Seiten lange Bescheide. Das lag nicht daran, dass die GEZ-Mitarbeiter sonderlich viel Interesse daran gehabt hätten, über Frau Müller oder Herrn Meyer intime Sachen zu erfahren, es hatte einfach niemand nachgedacht. Aber es kann doch nicht sein, dass die Leute Datenstriptease machen mussten, weil einfach keiner darüber nachgedacht hatte, welche Erfordernisse es für eine neue Regelung gibt. Beim Mammografie-Screening das Gleiche, alles gut gemeint, alles medizinisch gut überlegt, aber beim Datenschutz gibt es nur die Note mangelhaft!

Was uns als Datenschutzausschuss, glaube ich, allen übel aufstößt, ist, wenn sich die Behörde um festgestellte Mängel nicht kümmert. Auch hier ist es so, dass das Thema nicht neu ist. Manche Probleme wurden abgestellt, andere könnten sofort abgestellt werden, wenn denn bei der Gesundheitssenatorin nicht so nachlässig mit Vereinbarungen umgegangen würde, die zwischen Parlamentsausschuss und Fachsenatorin getroffen wurden. Ich hoffe, dass die nunmehr von der Gesundheitssenatorin vorgelegten Verfahrensänderungen alle bisherigen Datenschutzmängel beim Mammografie-Screening ausräumen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Datenschutz ist eine Frage des Bewusstseins. Entweder es wird von An-

(C)

(D)

(A) fang an mitgedacht, oder es wird verdammt kompliziert. Ganz unnötig kompliziert und richtig unangenehm war eine Frage, die schon mehrfach auch hier im Plenum verhandelt worden ist. Da hatte das Stadtamt sämtliche Verfahren, wie mit Daten umgegangen wird, vollkommen neu gestaltet, auch im Zusammenhang mit der Einführung des Bürgerservicecenters. Das war im Jahr 2002. Da geht es also nicht um eine kleine Dienststelle, die sich mit Orchidenthemen befasst, von denen kaum eine Bürgerin oder ein Bürger betroffen ist, sondern es geht um eine Institution, die massenhaft sensibelste Daten verarbeitet. Diese hat – unglaublich, aber wahr! – kein Datenschutzkonzept. Sie hat an Datenschutz überhaupt nicht gedacht, für die Computerfachverfahren nicht, für das Meldewesen nicht, für die Kfz-Zulassung nicht, für die Waffenverwaltung nicht! Es gibt kein abgestimmtes Datenschutzkonzept.

Das ist keine neue Erkenntnis, die hier erst im aktuellen Datenschutzbericht ans Licht gekommen ist, auch keine, die im Vorjahr schon diskutiert worden ist, sondern der Datenschutzausschuss musste sich bereits zu Anfang dieser jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode mit diesem Thema befassen. Der Innensenator hat dann für teures Geld eine externe Firma beauftragt, wie es bei der Großen Koalition üblich ist, und das Konzept liegt erst seit Anfang 2007 beim Datenschutzbeauftragten zur Prüfung vor.

(B) Wenn man dann als Ausrede hört, da war ja der Streik, und deshalb hat das alles etwas länger gedauert, könnte man darüber eigentlich nur lachen, aber es ist traurig: 5 Jahre zu spät, und daran soll dann der Streik schuld sein? Aber die Beratungen mit dem Innensenator sind immer kompliziert, da haut gar nichts hin. Da waren Termine angekündigt und im Datenschutzausschuss genannt, aber es passiert nichts oder nur mit erheblichem Druck, mit erheblicher Verspätung.

Man sollte meinen, der Innensenator sei auch für den Schutz der Verfassung verantwortlich. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein wichtiger Teil der Verfassung im modernen Rechtsstaat. Offenbar kann man Verfassungsschutz missverstehen. Herr Röwekamp – er ist leider nicht da! –, es geht nicht darum, möglichst viel herumzuspißeln, möglichst viele Daten von Bürgern zu sammeln und sie dann an ausländische Geheimdienste weiterzuleiten, sondern es geht darum, die Grundrechte, die in unserer Verfassung stehen, gegen Angriffe zu verteidigen! Ein wichtiges Grundrecht ist der Datenschutz, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Auch für den nun ganz unmittelbaren grundrechtsrelevanten Bereich der Telekommunikationsüberwachung, die ebenfalls im Innenressort bei Herrn Rö-

wekamp angesiedelt ist, gilt das Gleiche. Der Missstand, dass da nicht durch ein schlüssiges Konzept sichergestellt ist, dass mit Daten sicher umgegangen wird, ist seit 2004, also seit 3 Jahren, bekannt. Immerhin liegt hier seit September 2006 ein Entwurf vor. Auch hierüber hatte der Datenschutzbeauftragte nicht erst in diesem Bericht geschrieben, sondern bereits in dem vorigen. Besser spät als nie, aber für ein Ressort, das beim Schutz der Grundrechte in der Verfassung eigentlich führend sein müsste, äußerst bedenklich!

Wir kommen nur dann im Datenschutz voran, meine Damen und Herren, wenn im öffentlichen Bewusstsein bei allen Amtsträgern und Entscheidern in öffentlichen Angelegenheiten fest verankert ist, dass Datenschutz kein Randthema ist, um das man sich einmal so nebenbei kümmert, sondern dass der Schutz und die Sicherstellung der Privatsphäre wichtige Aufgaben der gesamten Staatsgewalt sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Knäpper.

Abg. **Knäpper** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag und der Bericht des Rechtsausschusses liegen vor. Ich möchte das auch nicht alles wiederholen, wie ich Sie kenne, haben Sie das auch dementsprechend gelesen. Es ist aber seit Jahren hier im Hause Tradition, dass die Sprecher für Datenschutz hier noch etwas zu den Belangen oder zu der aktuellen Situation des Datenschutzes hier in Bremen sagen, das möchte ich auch tun. Obwohl wir hier natürlich im Rechtsausschuss mehrere Beanstandungen abgearbeitet haben – Sie können es nachlesen –, kann ich aber aus meiner Sicht feststellen, dass sich die bremischen Behörden datenschutzrechtlich auf einem sehr hohen und bei Weitem sehr zufriedenstellenden Niveau befinden. Es liegt daran, dass viele in den letzten Jahren ein anderes Verständnis für den Datenschutz entwickelt haben, und das, finde ich, ist auch gut so.

Die Ursache liegt auch darin, dass selten nutzlose Frontstellungen eingenommen werden, sondern ein fruchtbares Zusammenwirken zum gemeinsamen Schutz der Grundrechte Vorrang hat. Das schließt nicht aus, dass der Datenschutzbeauftragte immer wieder einzelne Mängel beim Umgang mit personenbezogenen Daten findet: Ob es das Verfahren der Rundfunkgebührenbefreiung ist, technische Mängel bei der Arbeitszeiterfassung oder die Beratung in den Sozialämtern in Anwesenheit anderer Bürger geführt wird, all das ist datenschutzrechtlich nicht in Ordnung, und das bemängeln wir dann auch. Die häufigsten Mängel folgen aus einer Unart, die in der menschl-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) chen Stammesgeschichte begründet ist: Es wird manchmal zu viel gesammelt und zu spät gelöscht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Diese Mängel werden in aller Regel durch wirksame datenschutzrechtliche Überwachung schnell behoben.

Auch der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Verwertung veralteter Daten ist ein zentrales Anliegen des Datenschutzes. Das Recht einer jeden Person auf Rehabilitation und Neuanfang muss ermöglicht werden durch gesetzlich fristgerechte Löschung der Daten über Verfehlung, vergleichbar mit der menschlichen Tugend des Vergessens und Vergebens. Das ist im Strafprozessrecht geregelt, wenn es um Akten der Justiz geht, aber auch im Straßenverkehrsrecht ist es geregelt, wenn es um Führerscheinentzug geht. Alles das ist geregelt, aber natürlich auch im täglichen Umgang bei der Vorbereitung neuer Gesetze und Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Dienstanweisungen sind zunehmend datenschutzrechtliche Fragen abzuklären.

Diesbezüglich ist die hohe Akzeptanz des Datenschutzes aus dem Bewusstsein zu erklären, dass der Verlust der Privatsphäre ein zu hoher Preis wäre, ein Preis, dem jedenfalls deutlich höheres Gewicht zukäme als den Rechtfertigungslasten und Vorkehrungen, die der Datenschutz gebietet. Das hohe Vertrauen unserer Bürger und Unternehmen in den Datenschutz fördert die Bereitschaft, die moderne Telekommunikation in Anspruch zu nehmen.

(B) Wir werden uns demnächst vielleicht auch hier im Hause mit der Zunahme der Chipkartentechnik, der elektronischen Signaturangriffe auf Datenbestände, Verschlüsselungsverfahren, aber auch mit Straftaten im Internet befassen müssen. Viele Unternehmen leiden unter der Flut von Spam-Mails, einige Mails fischen nach persönlichen Daten eines Computerbenutzers, andere enthalten Viren oder Trojaner und können innerhalb von Sekunden ein gesamtes System lahmlegen. Darum müssen wir auch hier am Ball sein und noch mehr in die Sicherheit der Informationstechnologie investieren.

Gerade im Internet werden wir noch Probleme bekommen. Der Begehungsort von Straftaten ist nicht mehr mit dem Zielort identisch, wie die in den USA und Dänemark produzierten nationalsozialistischen Pamphlete im Internet deutlich zeigen. Sie entziehen sich dadurch der strafrechtlichen Sanktion, solange keine internationalen Vereinbarungen getroffen werden können, die einen weltweiten Verfolgungszwang schaffen. Das Internet, das sage ich hier noch einmal ganz deutlich, meine Damen und Herren, darf aber kein rechtsfreier Raum sein.

Die spezifischen Bedingungen des World Wide Web erfordern aber neue Überlegungen bei der Kriminalprävention und Strafverfolgung. Dabei werden wir

uns auch der neuen Medien bedienen, um den Tätern, die gerade diese Medien missbrauchen, wirksam begegnen zu können, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Kinderpornografie oder Links- und Rechtsradikalismus im Netz. Diese von mir hier angeführten Herausforderungen für den Datenschutz waren vor wenigen Jahren noch unbekannt. Auch wenn die technische Revolution eine schnelle Gangart in den letzten Jahren genommen hat, bin ich mir sicher, dass Angriffe auf die Privatsphäre weiterhin durch unsere Datenschutzgesetze abgewehrt werden können.

Allerdings möchte ich auch noch einige kritische Bemerkungen machen, auch zu der Aussage von Frau Wargalla. Meine Partei und ich – ich bin ja auch Innenpolitiker – haben eine andere Vorstellung von Freiheit als unser Bundesdatenschutzbeauftragter, Herr Schaar. Nachdem geplant ist, die Polizeizugriffsmöglichkeiten auf die Passfotos auszuweiten, bemerkte er – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten – Folgendes: „Inzwischen gibt es in Deutschland immer mehr Überwachung, damit geht scheinbar Freiheit verloren.“

Ich glaube, dass wir jede Gelegenheit nutzen müssen, um gegen ein Vorurteil anzukämpfen, das immer noch existiert und verbreitet wird, Frau Wargalla, Gesetze zur Verbesserung der inneren Sicherheit seien Gesetze, die die Freiheit des Bürgers einschränken. Ich denke dabei ganz besonders an New York, London, Madrid, aber auch an die gefassten Täter, die hier in Deutschland Züge in die Luft sprengen wollten. Gott sei Dank hat die Technik versagt! Reichen aktuell mehr als 200 Ermittlungsverfahren gegen islamische Fundamentalisten, mehr als 100 identifizierte gefährdete, 6 verhinderte Anschläge und mehr tote und verletzte Bürger, als die RAF insgesamt hatte, nicht aus, um noch einmal deutlich zu machen, dass gerade Terror Bestandteil unserer Gegenwart ist?

Aus diesem Grund meine ich, innere Sicherheit ist die Voraussetzung friedlichen Zusammenlebens sowie die Grundlage der Freiheit und der freien Selbstentfaltung des Bürgers. Darum müssen wir auch dementsprechend Gesetze haben, damit die Bürger auch entsprechend geschützt werden. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger hier in Bremen fürchten, zu bestimmten Tageszeiten die Straßenbahn zu benutzen oder Kinder morgens um 7 Uhr nicht zur Schule gehen können, weil sie Angst haben müssen, dass sie vielleicht überfallen werden oder sonst irgendetwas passiert, dann ist die Freiheit eingeschränkt, und nicht, wenn wir bessere Gesetze zur Bekämpfung der inneren Sicherheit machen!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg.
K l e n [SPD])

Die Freiheit wird heute durch eine mafiöse Nebengesellschaft gefährdet! Hermann, ich weiß, dass du diesbezüglich eine andere Meinung hast. Das ist auch

(C)

(D)

- (A) schön so, aber behalte deine Meinung einmal! Wir haben eine andere Meinung, zu der wir auch stehen, und das bleibt auch so!

(Beifall bei der CDU)

Nicht das Bündnis der Bürger gegen den Staat, sondern ein Bündnis der Bürger, der gesamten Gesellschaft, der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der staatlichen Organisationen ist gegen das Verbrechen notwendig. Es handelt sich um eine Gefahr, die eben nicht durch den Staat, sondern durch diese Nebengesellschaft droht. Dazu müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass eine ständige Anpassung der gesetzlichen wie auch der institutionellen Instrumente notwendig ist.

Ich komme jetzt auch zum Schluss! Das war mir noch ein Anliegen, das musste ich noch loswerden.

Insgesamt kann ich sagen, der Datenschutzbeauftragte ist da, der Datenschutz in Bremen ist ein Markenzeichen und soll es auch bleiben. Für die geleistete Arbeit im Datenschutzausschuss möchte ich mich bei allen Mitarbeitern im Namen meiner Fraktion bedanken!

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel.

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn es ungewöhnlich sein sollte, möchte ich jetzt etwas zum 28. Jahresbericht sagen!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch gern Herrn Holst begrüßen, den Landesbeauftragten für den Datenschutz, der für die Produktion dieses Berichts zuständig ist. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken, auch bei den Mitarbeitern seiner Behörde. Dass es diese Behörde zu Recht gibt, zeigt jetzt zum Beispiel auch, dass dort, wie ich heute Morgen im Radio gehört habe, glaube ich, 280 Leute pro Tag anrufen wegen einer Aktion eines bestimmten Herrn, die wir, glaube ich, alle nicht so gut finden. Aber wie dem auch sei, ich denke, diese Behörde hat ihre Berechtigung, dieser Bericht auch!

Ich möchte mich auch bei den Behördenmitarbeitern anderer Ressorts bedanken, die in den vielfältigen Bereichen sehr gut mitgewirkt haben. Hervorheben möchte ich, dass es sehr gut geklappt hat in punkto Datenschutz, was das Schuldatenverwaltungsverfahren Magellan anbelangt, mit dem wir auch in dieser Hinsicht die Vorreiterrolle in Europa haben. Es ist also alles sehr gut umgesetzt. Damit in Zusam-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

menhang steht auch die Novellierung des bremischen Schuldatengesetzes, einem Gesetz von praktischer Bedeutung, weil es dafür auch zu gebrauchen ist, dass die PC-Nutzung der Lehrer, wenn sie die Daten von zu Hause aus verwenden möchten, gangbar ist. Auch sehr gut und praktisch ist, dass mit diesem Gesetz nicht konträr dazu gearbeitet wird, dass das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern irgendwie unterminiert wird. Das Schuldatenschutzgesetz ist unseres Erachtens sehr gut umgesetzt worden.

Die Kritik, die ich äußern muss, betrifft die Themen Telekommunikationsüberwachung und das Datenschutzkonzept des Stadtamts. Ich muss zugegebenermaßen sagen, dass es sich mit der Geschwindigkeit einer Wanderdüne vollzieht. Normalerweise sollte zum 27. Jahresbericht bereits Vollzug gemeldet werden. Ich hoffe – das Ganze ist jetzt auf Wiedervorlage für September dieses Jahres gelegt –, dass dann Vollzug gemeldet werden kann, welche Gründe es auch immer hat, dass es nicht fortgeführt werden konnte. Ich denke, dass wir es in diesem Jahr wohl zum Abschluss bringen!

(Beifall bei der SPD)

Das soll es von unserer beziehungsweise meiner Seite sein, und ich hoffe, dass Herr Holst mit seinen Leuten weiterhin so gut arbeitet. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(D) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Knäpper, Sie haben nicht nur den 28. Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten zitiert, sondern Sie sind auch ein bisschen weitergegangen in Richtung bundespolitische Themen. Das war also nicht auf der Tagesordnung. Frau Peters-Rehwinkel hat noch einmal darauf hingewiesen, dass sie über den 28. Datenschutzbericht spricht, das habe ich auch getan.

Ich denke, da Sie nun die Richtung bezüglich der bundesrepublikanischen Änderungen von verschiedenen Gesetzen, um Terrorismus zu bekämpfen und auch Straftaten, die per Computer begangen werden, online zu durchsuchen, eingeschlagen haben, möchte ich sagen, dass es meiner Meinung nach unheimlich schwer ist, den Begriff Freiheit damit zu verbinden. Ich möchte Ihnen einfach nur ein Zitat von Herrn Schäuble – das ist Ihr Innenminister – vorlesen, mit Genehmigung des Präsidenten!

(Zuruf von der CDU: Ihrer auch!)

Nein, Herr Schäuble ist Innenminister der CDU! Er hat gesagt: „Angesichts des neuen Terrorismus

(A) verschwimmen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, verlieren die überkommenen Begriffe ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz. Selbst Krieg oder Frieden sind nicht mehr klar auseinanderzuhalten.“ Das ist ein Originalzitat von Herrn Schäuble!

Man kann es auch überschreiben mit „Der Rechtsstaat löst sich allmählich auf“. Dass Herr Schäuble es ernst meint mit seinen Äußerungen, zeigt doch, was er in letzter Zeit alles an Gesetzgebungsverfahren eingebracht hat: die Pläne zur Erweiterung der Rasterfahndung, heimliche Online-Durchsuchungen, Vorratsspeicherungen, Großer Lauschangriff, und die Änderung zum Passgesetz liegt jetzt auch schon wieder vor. Wissen Sie, als die rot-grüne Regierung das digitale Passgesetz eingeführt hat, hat sie versprochen, dass die biometrischen Merkmale nur im Chip des Dokuments gespeichert werden, das der Besitzer hat. Das will Herr Schäuble ändern. Das heißt also letzten Endes, er möchte die Daten, die schon gespeichert sind, auch allgemein verwenden.

Mit der Maut ist es genau das Gleiche. Die Mautbrücken waren nur dazu da, dass die Abrechnungen ordentlich über die Bühne gehen. Jetzt sagt er, er will das auflösen, damit auch für die Fahndung Daten gesammelt werden können. Das Bundesverfassungsgericht hat schon signalisiert, dass das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Das stört aber Ihren Innenminister nicht. Er hat gesagt, wenn es nicht anders geht, dann ändern wir eben das Grundgesetz. Ich denke, in dem Moment greift der Datenschutz. Deswegen sage ich auch hier, es ist wichtig, dass wir die Datenschützer bei ihrer Mitwirkung genau bei diesen Gesetzen stärken. Sie haben nämlich darauf hingewiesen, dass die Einführung von Befugnissen, die in die Privatsphäre eindringen – und genau davon haben Sie auch gesprochen, weil es technisch möglich ist –, das Ansehen des Rechtsstaates und das Vertrauen in die Sicherheit der Bürger massiv schädigt.

(Glocke)

Dieser Meinung ist auch Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen keinen Überwachungsstaat, und wenn es so weitergeht, sind wir auf dem besten Weg dorthin. Wir wollen das nicht! Wir wollen, dass die Achtung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung nicht durch heimliche staatliche Überwachungsmaßnahmen ausgehöhlt wird! Hier, denke ich, muss greifen: „Wehret den Anfängen!“ Wir unterstützen die Datenschützer aller Länder, die sich vehement gegen diese Gesetze, die Herr Schäuble bisher vorgelegt hat, wehren. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Knäpper. (C)

Abg. **Knäpper** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben hier noch einiges angeführt, gegen das Sie gesprochen haben, Frau Wargalla. Ich kann Ihnen nur sagen, einige Sicherheitsgesetze, die Sie gerade angeführt haben, sind noch von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedet worden. Nur noch einmal zu Ihrer Information! Bei den Mautdaten, die der Bundesinnenminister auch für sich nutzen will, ist es so, dass dadurch natürlich auch mehrere Morde aufgeklärt worden sind. Das haben Sie wahrscheinlich noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Wir haben die Geräte installiert, es hat viele Millionen Euro gekostet, das kann man doch keinem mehr erzählen, und wir dürfen sie nicht benutzen, um Verbrechen aufzuklären? Ich meine, das ist doch wohl das Mindeste, was man damit machen kann!

(Beifall bei der CDU)

Dann noch einmal zur Vorratsdatenspeicherung, das will ich Ihnen auch noch einmal sagen: Sie ist keine Idee des Bundesinnenministers, sondern eine EU-Richtlinie, die Deutschland umsetzen muss! Wir haben dort die Möglichkeit, das Bundesverfassungsgericht beziehungsweise in diesem Fall den Europäischen Gerichtshof anzurufen, aber insgesamt ist es so, dass es keine Idee von Herrn Schäuble ist! Es ist eben so, dass es eine europäische Richtlinie ist. Das wollte ich noch einmal sagen. – Danke! (D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält noch einmal das Wort die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel.

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diesen Verlauf hätte ich nicht erwartet, aber das kommt davon, wenn man sich nicht auf das Thema des Tagesordnungspunktes bezieht, sondern auf andere Themen.

Für uns möchte ich sagen, dass wir es nicht vorziehen, in einem Überwachungsstaat leben zu wollen. Dagegen möchten wir uns ganz deutlich verwehren!

(Abg. **Perschau** [CDU]: Wir ziehen das auch nicht vor! Hat er auch nicht gesagt!)

Ich weiß es nicht! Es ging in eine Richtung, die man so nicht in dieses Thema hineinpressen muss. Das halte ich weder für gut noch für richtig. Solche rela-

*) Vom Redner und von der Rednerin nicht überprüft.

(A) tiv drastischen Worte, wie Herr Knäpper sie jetzt gerade gefunden hat, kenne ich eigentlich gar nicht von ihm, daher finde ich es ein bisschen eigenartig, und ich denke einmal, das ist hier nicht Thema des Tagesordnungspunkts gewesen. Das wollte ich in aller Kürze noch einmal dazu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Ich schaue noch einmal in die Runde. Jetzt gibt es wirklich keine Wortmeldungen mehr dazu.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag des Rechtsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 16/1310 abstimmen.

Wer den Bemerkungen des Rechtsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 16/1310 beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Rechtsausschusses bei.

Bei dem 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz ist Überweisung an den Rechtsausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des 29. Jahresberichts des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, von der Stellungnahme des Senats und von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Sicherheitsverwahrung von Sexualstraftätern gesetzlich neu regeln

(C)

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 1. März 2007
(Drucksache 16/1328)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe hier schon unzählige Anträge zum Thema Kindesmissbrauch und Opferschutz eingebracht, die Sie zum Schaden vieler Kinder und Jugendlicher unverantwortlich abgelehnt haben. Darum werde ich Ihnen lauthals immer wieder erklären, bis Sie es endlich begriffen haben – falls Sie es jemals begreifen sollten –, dass es eigentlich unerträglich ist, wenn sich unsere Bürgerinnen und Bürger nach jedem öffentlich gewordenen schrecklichen Kindesmissbrauch und nach jedem grausamen Tod eines kleinen Kindes – natürlich wieder einmal begangen durch einen mehrfach vorbestraften Triebtäter – von den verantwortlichen Politikern immer und immer wieder die altbekanntesten gleichen Alibisprüche anhören müssen; zum Beispiel: Der Täter hatte eine schlechte Kindheit, wir leben in einem Rechtsstaat, in dem auch Kinderschänder Rechte haben, und wir haben genügend gesetzliche Möglichkeiten, Sicherheitsverwahrungen anordnen zu können und so weiter.

(D)

Das mag ja zum Teil richtig sein. Das Problem ist nur, dass diese bestehenden Möglichkeiten zum Schutz unserer Kinder nicht konsequent umgesetzt werden, und wo bleiben da eigentlich die Grundrechte eines missbrauchten, ermordeten, kleinen Kindes, dessen Zukunft durch eine solche nicht therapierbare Bestie grausam zerstört worden ist! Meine Damen und Herren, es reicht unseren Bürgerinnen und Bürgern schon lange.

Ich habe auch absolut kein Verständnis dafür, wenn zum Beispiel ein fünffach vorbestrafter Kinderschänder immer und immer wieder freikommt und sogar eine Arbeit in einem Kinderstreichelzoo bekommt und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit den kleinen, unschuldigen, liebenswürdigen Mitja brutal geschändet und ermordet hat. Solche widerlichen Bestien haben keine Gnade, keine Haftverschonung und keine Rücksichtnahme verdient. Eine solche Bestie hätte schon beim ersten Mal für immer, und ich meine für immer, weggesperrt gehört.

Wenn die jahrzehntelangen Forderungen der Deutschen Volkunion konsequent umgesetzt worden wären, dann würden der kleine Mitja und sehr viele andere missbrauchte Kinder heute noch leben. Wenn sogar die Eltern des Täters fordern, sperrt ihn für

(A) immer ein und schmeißt den Schlüssel weg, dann muss diese Aussage sogar Sie zu sofortigem politischen Handeln ermahnen.

Meine Damen und Herren, einen solchen unverantwortlichen Behördenwahnsinn, dass zum Beispiel ein fünffach vorbestrafter Kinderschänder immer und immer wieder freikommt – und das ist kein Einzelfall! – und in einem Kinderstreichelzoo arbeiten darf, dass er sogar unter Führungsaufsicht der Justiz eine Sexualtherapie vorzeitig abbrechen darf, ist ein Skandal sondergleichen und für die Deutsche Volksunion unerträglich. Machen Sie sofort Schluss mit der weichen Welle gegenüber Kinderschändern!

Meine Damen und Herren, darin unterscheiden wir uns. Sie machen sich meiner Meinung nach zuerst Sorgen um den Seelenfrieden und das Wohlergehen der Täter, wir von der Deutschen Volksunion machen uns zuallererst Sorgen um den Seelenfrieden, das Wohlergehen, das Schicksal und die Zukunft der unschuldigen Opfer. Darum sage ich Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion: Bei jedem schrecklichen grausamen Mord an einem kleinen missbrauchten Kind erleiden auch die Eltern einen langen grausamen seelischen Tod. Diese Eltern werden durch den Mord an ihrem Kind gleich mit ermordet.

(B) Sehr viele Eltern werden mit dem unerträglich langen Schmerz des lebendigen Totseins nicht fertig und begehen Selbstmord, weil sie diese Schmerzen nicht mehr länger ertragen können, während solche ekelerregenden Bestien nur jeden erdenklichen Schutz und psychologische Betreuung erhalten. Das ist kein Opferschutz, das ist für mich Täterschutz.

Diese Tatsache ist für die Eltern und auch für mich persönlich einfach nur widerlich und unerträglich. Solange ich lebe, werde ich im Namen der Deutschen Volksunion zum Schutz von vielen kleinen unschuldigen, missbrauchten Kindern für einen effektiven Opferschutz, der den Namen Opferschutz auch wirklich verdient, rigoros und uneingeschränkt kämpfen, denn diese nicht therapierbaren Kinderschänder, diese Bestien in Menschengestalt, haben keine Gnade, kein Mitgefühl, keinen Freigang, keinen Hafturlaub oder sonstige Milde verdient.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Es sind trotzdem Menschen!)

Solche Bestien müssen uneingeschränkt für immer – und ich meine für immer, wenn ich lebenslang sage, dann meine ich lebenslänglich –, weggesperrt werden. Darum stimmen Sie dem Antrag der Deutschen Volksunion zum Schutz vieler kleiner unschuldiger Kinder zu, denn ansonsten hört das grausame Morden von kleinen missbrauchten Kindern von mehrfach vorbestraften Triebtätern niemals auf! Sie können aber mit ihrer überparteilichen Zustimmung zu diesem DVU-Antrag mithelfen, unzählige lebende

tickende Zeitbomben zum Schutz unserer Kinder zu entschärfen.

(C)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, ich weiß, dass Sie familiär betroffen sind, aber dennoch brauchen wir Ihren Antrag nicht. Wir brauchen ihn deswegen nicht, weil ein Großteil der Themen, die Sie angesprochen haben, im Erwachsenenstrafrecht geregelt ist und was die nachträgliche Sicherungsverwahrung angeht, aktuell in Bezug auf die Sicherungsverwahrung bei jugendlichen Straftätern, ein Gesetzgebungsverfahren läuft, das auch in Kürze abgeschlossen sein wird.

Wir nehmen das Thema Prävention vor Sexualstraftaten sehr ernst. Wir haben in diesem Hause dieses Thema breit debattiert, wir haben uns im Rechtsausschuss mehrfach mit diesem Thema beschäftigt, und ich möchte Ihnen ganz kurz darstellen, wie gerade die Gesetzgebung in Berlin weitergegangen ist. Daraus wird sich ergeben, dass wir auf Ihren Antrag so nicht reagieren dürfen und können.

Die Koalitionäre in Berlin hatten sich zu diesem Thema geäußert und Vorschläge gemacht. Aktuell wird eine Verschärfung der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei Jugendlichen vorgenommen, und zwar ganz besonders bei den ganz schweren Jugendstraftaten, bei Verbrechen gegen das Leben, gegen körperliche Unversehrtheit, sexuelle Selbstbestimmung, bei Raubverbrechen mit Todesfolgen und Ähnlichem mehr.

(D)

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Da bin ich einmal gespannt!)

Es wird zusätzlich eingeführt, dass auch dann, wenn während des Vollzugs erkennbar ist, dass der Täter für die Allgemeinheit gefährlich sein könnte, eine nachträgliche Sicherungsverwahrung angeordnet werden kann. Im Übrigen kann neuerdings auch eine Gesamtwürdigung der Prognose ausreichen. Wenn es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass ein Täter zu weiteren Straftaten neigt, kann auch dann eine nachträgliche Sicherungsverwahrung angeordnet werden.

Sie haben diesen tragischen Fall in Leipzig angesprochen. Es gab in der Tat eine Regelungslücke beim Übergang des Bundesrechts auf die neuen Bundesländer. Diese Lücke ist jetzt gerade geschlossen worden, und zwar können jetzt auch Altdaten herangezogen werden aus alten Vorverurteilungen, auch in den neuen Bundesländern. Dieses Thema hat der Bundesrat Ende März behandelt. Das neue Gesetz, das diesen Fall und ähnliche Fälle regelt, wird in Kürze in Kraft treten.

(A) Ich darf aber auch noch darauf hinweisen, dass dies nicht die ersten Schritte sind, um eine nachträgliche Sicherungsverwahrung zu etablieren. Es gibt dieses Instrument schon lange. Seit 2002 kann dieses Instrument im Urteil ausgesprochen werden. Neu ist seit dem Sommer 2004, dass auch nach Verurteilung, also nach Ausspruch des Urteils, während der Strafe eine nachträgliche Sicherungsverwahrung bei Erwachsenen ausgesprochen werden kann, wenn sich herausstellt, dass ein Täter gefährlich ist und er zuvor zu einer Haft von über 5 Jahren verurteilt worden ist.

Es gibt einen weiteren Punkt, das ist die Reform der Führungsaufsicht. Das heißt, man kann mit dieser Führungsaufsicht nach Abbüßung der Strafe Verurteilte überwachen und betreuen. Es kann zum Beispiel ein strafbewährtes Kontaktverbot ausgesprochen werden, es kann ein Entlassener angewiesen werden, sich zu melden, und tut er dies nicht, folgt er den Auflagen nicht, dann kann er mit Strafe belegt werden.

Ich sage, wir haben im Rechtsausschuss mehrfach über dieses Thema debattiert. Wir werden uns auch in Zukunft sehr viele Gedanken machen, wo noch Verbesserungen stattfinden können, wo noch mehr Prävention eingeführt werden kann. Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode, wer auch immer, dieses Thema wieder aufgreifen, und wir werden ihm engagiert nachgehen. – Danke!

(B) (Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/1328 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns morgen um 10.00 Uhr.

(Schluss der Sitzung 18.55 Uhr) (D)